DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 12 Dezember 1989 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Bonn:
Wer verzichtet, richtet sich selbst!

David Irving – Ein Engländer kämpft für die Ehre der Deutschen

Revisionismus:
Hitlers und Stalins Absprachen im spanischen Bürgerkrieg

Edgar Bronfman:
Die Geschichte einer Familie

Zivilschutz:
Eine Pille gegen Atomunfälle

Geheimdienste:
Das Verhältnis zu Gaddafi



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

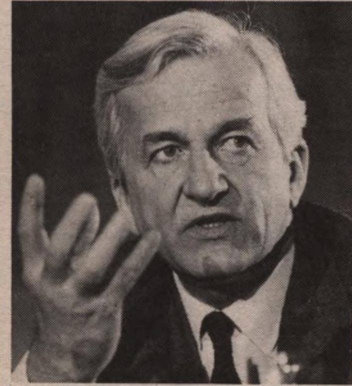
Deutschland

6 Wer verzichtet, richtet sich selbst

In einer tiefgreifend sich wandelnden Weltlage ist das Bemühen um die deutsche Einheit und die unablässige Vertretung seiner völkerrechtlichen Ansprüche Pflicht und Aufgabe jedes Deutschen. Wer darauf verzichtet, richtet sich vor der Geschichte selbst.

8 Der Bundespräsident korrigiert seine Mitarbeit bei Bosch

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat gegen Richard von Weizsäcker ein Ermittlungsverfahren wegen Anstiftung zur Falschbeurkundung eingeleitet. Es geht um die umstrittene Tätigkeit bei der Robert-Bosch-Stiftung GmbH.



Richard von Weizsäcker läßt zwei Jahre nach der Gesellschafterversammlung der Bosch-Stiftung GmbH das Protokoll ändern.

10 Abiturfach: Balancieren von Wassertöpfen

12 Weder vergessen, noch vergeben

14 Massenflucht aus der DDR

Staats- und Parteichef Erich Honecker ist zurückgetreten, aber das Vertrauen der Bürger in der DDR ist nicht gewachsen.



Bundeskanzler Kohl und mit ihm alle drei Lizenzparteien verstricken Bonn immer stärker in den Fesseln der Europäischen Gemeinschaft. Bloß kein Rapallo!

15 400 000 Ausländer erhalten Sozialhilfe in der Bundesrepublik

16 Eine Pille gegen Atomkatastrophen

Finanzen

20 Zur Absicherung der Banken Rückgriff auf Rohstoffe

21 Die Wolken bei den Goldminenaktien sind verflogen

22 Kommt es bei den Zentralbanken zu einer Kontrolle?

23 Japaner wollen beim Schuldenproblem zusammenarbeiten

Internationales

26 Der Druck der Europäischen Gemeinschaft auf die USA wächst

27 Perestroika für das Baltikum

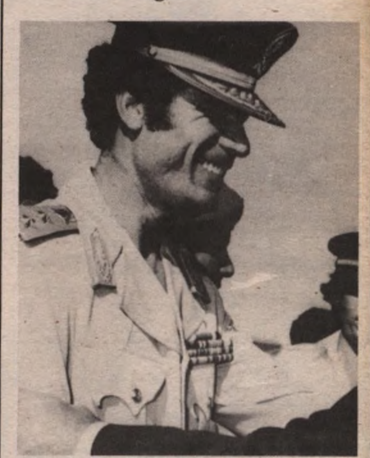
Ist der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow dabei, die westlichen führenden Politiker mit seinen unerwarteten Schritten zur Annäherung an die nichtkommunistische Welt in Schlaf zu lullen? Sind seine Aufrufe zur Glasnost und Perestroika real?

29 Die Frage der Kriegsverbrechen

Die britische Regierung gab bekannt, daß sie Vorwürfe untersuchen will, nach denen einige naturalisierte britische Staatsbürger oder Fremde, die in Großbritannien leben, im Zweiten Weltkrieg angeblich »Kriegsverbrechen« begangen haben sollen.

30 Das Verhältnis zu Gaddafi

Besitzt der libysche Staatschef eine Geheimliste mit all jenen Agenten, die einst für den CIA weltweit gearbeitet haben. Weiß er, was die USA von ihnen bekamen? Und wenn er das weiß, was gedenkt Gaddafi mit seinem Wissen anzufangen?



Oberst Muammar al-Gaddafi wurde durch List und Täuschung in eine Konfrontation mit den USA gelockt.

Nr. 12 Dezember 1989

31 Felix Blochs Spuren führen zu Henry Kissinger

33 Henry Kissingers Vorbild heißt Metternich

34 Die Geschichte der Familie Bronfman. Erster Teil
In den letzten Jahren haben wir erlebt, wie Edgar Bronfman aus der Bronfman-Schnapsdynastie als Teil der »unsichtbaren Regierung«, die niemals gewählt wurde und doch über Schlüsselfragen der Außen- und Wirtschaftspolitik für den Westen entscheidet, in eine Position von immer größerer Macht geschoben wurde.

37 US-Soldaten zum Schutz der Öl-Interessen von Armand Hammer

38 Geheimer Bericht über die Drogenmafia an George Bush

41 Satanismus als Spiel der Geheimdienste

43 Der neue christliche Humanismus des Vatikans

Revisionismus

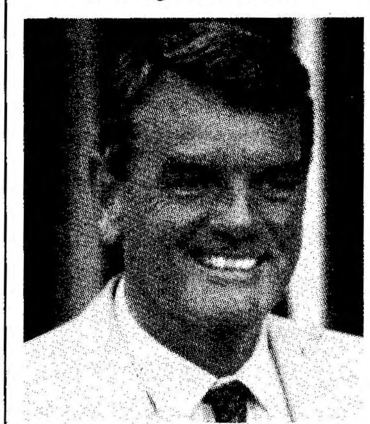
39 Die tödlichen Entscheidungen Eisenhowers am Ende des Zweiten Weltkrieges

43 Amerika braucht Glasnost

46 Robert Faurisson: »Mein Leben als Revisionist«, zweiter Teil

51 David Irving: »Wahrheit macht frei!«
Auf einer Pressekonferenz im Berliner Kempinski-Hotel stellte der britische Historiker sich und seine Arbeiten vor.

55 David Irving: »Meine revidierten Ansichten«
Warum läßt sich das deutsche Volk gefallen, von der Außenwelt so beleidigt und verleumdet zu werden? Warum fordert es nicht von seinen eigenen Historikern verteidigt zu werden.



David Irving, ein Brite, muß kommen und für die Wahrheit und Ehre des deutschen Volkes kämpfen.

56 Die Resonanz auf eine Pressekonferenz

57 Das Berufungsverfahren im Zündel-Prozeß

59 Hitlers und Stalins Absprachen in Spanien

60 Die Wahrheit um die Lusitania

Ständige Rubriken

15 Impressum

18 Banker-Journal
DDR zahlt für Streiks in der Sowjetunion; Für eine Verdoppelung des Brady-Plans; Weltbank bezweifelt weltweite Erwärmung; Einkommensquellen von US-Städten sind erschöpft; Afrika warnt: Schuldenbombe kann hochgehen; Indien plant Erweiterung des Atomkraft-Programms; Schwarzgeld bringt Finanzmärkte durcheinander; Malaysia empfiehlt Abschreibung der Schulden; Die Philippinen hoffen auf eine Erholung.

24 Europa-Journal
Die Totenbücher von Auschwitz; Ufo mit Außerirdischen gelandet; Papst greift Nazi-Kommunismus an; Moskau ruft nach einer eisernen Faust; Frankreich verurteilt Kissingers Politik; Sowjets warnen vor Stellvertreter-Krieg in Afghanistan; Sowjetische Rüstung eine latente Bedrohung Japans; Die Nonnen von Auschwitz.

44 Nahost-Journal
Britisch-jüdische Gruppen lehnen Mordechai Levy ab; Israel untersucht Ausbildung von Drogen-Söldnern; Bushs Dilemma mit Israel; Revolverhelden zu vermieten.

64 Vertrauliches
Interpol fordert Gelder für Krieg gegen Drogen; Frau Aquino verlangt Entscheidung über US-Stützpunkte auf den Philippinen; Chinas Botschafter dankt Bush für Unterstützung; Rotchina kritisiert britische Beamte in Hongkong; Schwerpunkt der Vereinten Nationen heißt Kindersklaverei; UN-Bericht über die Verschlechterung der Weltgesundheit; Vier Milliarden Menschen sollen verschwinden; Blaupause für Israel oder Fata Morgana?; Wer ist Jude?

66 Leserbriefe

Bonn

Wer verzichtet, richtet sich selbst

Werner Symanek

In einer tiefgreifend sich wandelnden Weltlage ist das Bemühen um die deutsche Einheit und die unablässige Vertretung seiner völkerrechtlichen Ansprüche Pflicht und Aufgabe jedes anständigen Deutschen. Wer darauf verzichtet, richtet sich vor der Geschichte selbst.

Beides – die deutsche Einheit und die Sicherung der deutschen Rechte – ist rechtstaatlich erreichbar im Rahmen der niemals aufgehobenen und daher fortgeltenden Reichsverfassung von Weimar, die nach wie vor das gebietende Rechtsband um ganz Deutschland ist.

Grundgesetz ist keine Verfassung

Unbestreitbar ist: Nicht das Deutsche Reich, sondern die deutsche Wehrmacht hat 1945 kapituliert. Kein deutscher Teilstaat kann rechtsverbindliche Verzichterklärungen für das fortexistierende Deutsche Reich abgeben. Niemand kann verzichten auf das, was ihm nicht gehört, auch nicht die Nutznießer der erst 1949 unter Besatzereinfluß entstandenen Teilstaaten Bundesrepublik Deutschland (BRD) – 8. Mai 1949 – und Deutsche Demokratische Republik (DDR) – 7. Oktober 1949 –, die 1989 das 40jährige Bestehen der deutschen Teilung mit ungeheurem Aufwand – bei zunehmender Staatsverdrossenheit – »feierten«.

Aber: Das Grundgesetz wurde wegen seines provisorischen Charakters bewußt nicht »Verfassung« genannt. Sein Artikel 146 lautet: »Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

Hochbedeutsam bleibt: Das Deutsche Reich als gesamtdeutscher Souverän besteht rechtlich fort und ist – zur Zeit – nur durch Gewalt verhindert zu handeln. Die fortbestehende Rechtspersönlichkeit – das Deutsche Reich – wäre nur mit neuem Leben auszufüllen – Wahl beziehungsweise Besetzung der Reichsorgane und der Reichsverwaltung.

Es kommt heute nicht auf die Mängel der Reichsverfassung an, ob sie gefällt oder von solchen Kreisen verschwiegen und verleugnet wird, deren eigentliche Sache sie einst war. Sie verbietet jeden teilstaatlichen Verzicht auf deutsches Reichsgebiet und erübrigt auch den Wirbel einer Nationalversammlung mit neuen Problemen.

Angebote wurden mit unzumutbaren Forderungen blockiert

Unzumutbar wäre auch eine bloße Abwandlung der Teilung in eine Bonn-Pankow-Konföderation mit einer kommunistischen Hälfte und weiterer Ost-West-Einmischung, einerlei, ob diese Konföderation für die Dauer oder nur als unnötige, ungewiß-unheimliche Übergangsregelung vorgeschlagen wird.

Selbst nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und Veröffentlichungen dazu aus Kreisen dieses höchsten westdeutschen Gerichts besteht das Deutsche Reich fort. Das ist durch ein neues Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 1987 bestätigt worden. Danach ist jeder Deutsche, beziehungsweise jede deutsche Behörde verpflichtet, der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht entgegenzuhandeln.

Auch Westdeutschlands Monopol- und »Muster«-Demokraten der CDU/CSU, FDP und SPD verletzen nicht nur das Recht, sondern auch Logik und Aufrichtigkeit, indem sie nun schon jahrzehntelang immer wieder dem nationalsozialistischen Regime mit dem Vorwurf des Unrechtsstaates die Verletzung der Weimarer Reichsverfassung anlasten, obwohl sie selber diese Reichsverfassung nach der Niederlage von 1945 bis heute verleugnen und vier Jahre nach der Kapitulation der reichsdeutschen Wehrmacht den Teilstaat BRD gründeten, dem die DDR folgte.

Die Behauptung, allein der Kreml verhindere die deutsche Einheit, ist haltlos. Adenauers Verweigerung jeder Verhandlung über die bis 1955 wiederholten sowjetischen Angebote freier Wahlen, allgemeiner Räumung und bewaffneter Neutralität ganz Deutschlands und über Verbesserungen dieser Angebote bleibt unverzeihlich. Diese Angebote wurden mit der für den Kreml unzumutbaren Forderung blockiert, das wiedervereinigte West- und Mitteldeutschland müsse sich auch für die NATO entscheiden können.

Trotz einer den deutschen Bauern- und Mittelstand vernichtenden »EG« scheut sich der west-



Bundeskanzler Konrad Adenauer verweigerte Verhandlungen mit den Sowjets über eine bewaffnete Neutralität ganz Deutschlands.

deutsche Teilstaat nicht – auch noch unter Verletzung seines Grundgesetzes – mit Teilen Deutschlands einen westeuropäischen Bundesstaat zu betreiben, mit dem die deutsche Einheit verhindert wird und die Auslöschung der deutschen Geschichte droht.

Die gefährliche Unterwanderung der BRD durch viele Millionen Ausländer und der Versuch, sie zu »integrieren« und ihnen gar das Wahlrecht zu geben – gefordert auch von SPD und »Grünen« –, dient dem gleichen Zweck und gefährdet die deutsche Wiedervereinigung zusätzlich auf schwerwiegende Weise.

Trotz jahrzehntelanger Umerziehung – mit der Diffamierung und Verfolgung alles Nationalen – sind Begriffe wie Vaterland, Volk, Nation, Patriotismus und Interesse für deutsche Geschichte in weiten Teilen unseres Volkes wieder zeitgemäß geworden – zum hilflosen Entsetzen der Westextremisten.

Auf dem Weg zu nationaler Besinnung

Die leidenschaftliche Diskussion um Nuklearwaffen in beiden Teilen Deutschlands mit der Möglichkeit einer atomaren Vernichtung Gesamtdeutschlands hat offenbar selbst im linken Lager die Erkenntnis gebracht, daß auch die BRD – wie die DDR – kein souveräner Staat ist, der also keine Entscheidung über den Einsatz von Waffen auf seinem Gebiet fällen darf. Deutschland als Vorfeld und Schlachtfeld gegeneinander hochgerüsteter Weltmächte, ein alles vernichtender Bruderkrieg – diese Möglichkeit hat zu nationaler Besinnung auch in Kreisen geführt, in denen das gar nicht zu erwarten war.

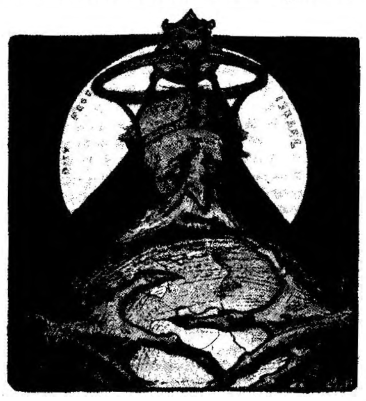
Die neutrale Einheit im Rahmen der fortgeltenden Reichsverfassung unter Räumung ganz Deutschlands von allen Fremdtruppen, unter Verzicht auf die Deutschland teilende Westintegration Westdeutschland und die Ostblockintegration der DDR, mit der Rückgabe der völkerrechtswidrig geraubten deutschen Ostgebiete und des Sudetenlandes, mit der Beseitigung des erneuten rechtswidrigen Anschlußverbots für Österreich – ist auch für den Kreml und seine westlichen Gegenspieler in Westdeutschland und seinen »verbündeten« Staaten der zumutbare Weg der geringsten Zugeständnisse.

Die sowjetische Politik ist in Bewegung geraten. Klügere sowjetische Politiker sind wieder möglich, die wegen Auseinandersetzungen im eigenen Vielvölkerstaat und mit Rotchina und wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten einen echten Ausgleich mit einem in seinen nationalen Anliegen befriedigten Deutschland bejahen.

Die unter der Decke schwelende Sowjetfeindlichkeit der Polen und Tschechen ist erwiesen. Das Grundinteresse des Kreml, den Westen nicht durch deutsche Wehrkraft und Abschußbasen für atomare Waffen verstärkt zu sehen, ist geblieben. Auch Österreich wurde frei mit blockfreier Neutralität.

Wir bekennen uns in Liebe und Treue zum angestammten Deutschen Reich mit seiner 1500jährigen Geschichte und zu seiner nationalen Staatsidee. Nichts in der Geschichte ist so beständig wie der Wechsel, aber mächtig geblieben ist der Ruf des Reiches über Jahrhunderte hinweg. Er läßt auch in unseren Tagen den nationalen Eifer wachsen wie die unerschütterte Hoffnung auf das wiedervereinigte Volk und Reich.

Angesichts einer unter vielfältiger Bedrohung sich dramatisch ändernden Weltlage bleibt unsere alte Forderung unverändert bestehen: Durch die deutsche Einheit mit bewaffneter blockfreier Neutralität unter Räumung ganz Deutschlands von allen Fremdtruppen mehr Sicherheit, Frieden und Freiheit für alle Deutschen und für Europa. □



Richard von Weizsäcker

Korrekturen an der Mitarbeit bei Bosch

Günther Jansen

Die Skandalliste von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der vor kurzem von allen Parteien mit überwältigender Mehrheit für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt wurde, wird fast von Monat zu Monat länger. Der frühere Mannheimer Amtsgerichtsdirektor Rudolf Deichner, der von Weizsäcker bereits wegen des Verdachts der Mitwirkung an einem vermeintlichen Kapitalerhöhungsschwindel bei der Bremer Vulkan AG und der unerlaubten Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit während seiner Amtszeit verklagt hat, hat nun auch Anzeige gegen von Weizsäcker »wegen des Verdachts der Anstiftung zur Falschbeurkundung im Amt« erstattet. Hierzu hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart unter dem Aktenzeichen 5 Js 72 778/89 ein Ermittlungsverfahren gegen von Weizsäcker eingeleitet.

Der Hintergrund der Geschichte ist bereits mehr als drei Jahre alt. Damals war bei der Werft Bremer Vulkan durch mehrere Kapitalerhöhungen der Kreis der freien Aktionäre immer weiter ausgehölt worden. Bei der am 30. September erfolgten Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage, wobei das gesetzliche Bezugsrecht der freien Aktionäre ausgeschlossen wurde, will Deichner dann einen ausgemachten Schwindel entdeckt haben.

Der Bundespräsident war über Hintergründe informiert

Statt dem angegebenen Wert von 150 Millionen DM für die Bremer Vulkan eingebrachte Sacheinlage, einer mittelbaren 7,49prozentigen Beteiligung an MBB, soll diese nur 5,1 Millionen DM wert gewesen sein. Ziel all dessen sei es gewesen, Daimler billig den Einstieg bei Bremer Vulkan und damit die Erlangung weiterer 7,49 Prozent an MBB zu ermöglichen. Wie viele andere Aktionäre verlor Deichner einen Großteil seines beim Vulkan investierten Kapitals durch immer tiefer fallende Aktienkurse.

Deichner wirft dem Bundespräsidenten nun vor, in diese Geschichte verwickelt zu sein. Denn als Gesellschafter der Robert Bosch Stiftung GmbH, die mittelbar an der bewußten Kapitalerhöhung beteiligt war, habe er Bescheid gewußt. So soll, laut Deichner, der damalige Vulkan-Aufsichtsratsvorsitzende Scheider von Weizsäcker selber über die Hintergründe informiert haben.

Von besonderem Interesse ist nun aber der Gesellschafter-Status Richard von Weizsäckers. Denn Artikel 55 Absatz 2 des Grundgesetzes besagt: »Der Bundespräsident darf kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb ausgerichteten Unternehmen angehören« (siehe hierzu auch den CODE-Exklusivartikel in der Mai-Ausgabe dieses Jahres).

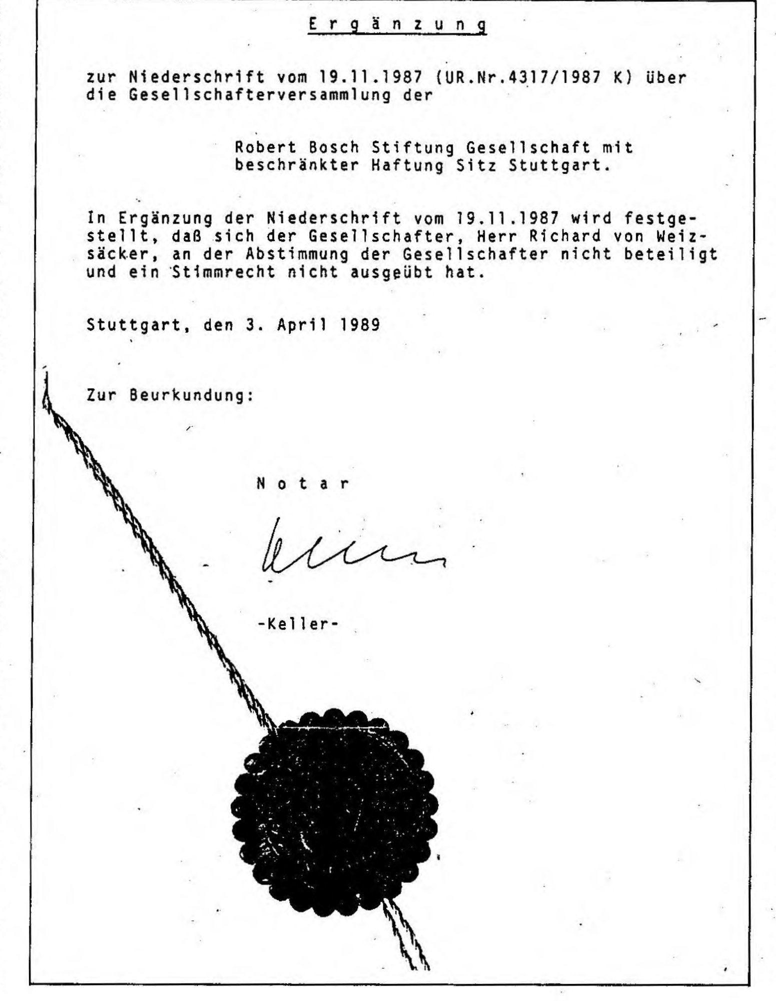
Und die Robert Bosch Stiftung ist mit knapp 90 Prozent an der Robert Bosch GmbH beteiligt, will die Verfügung dieser Anteile aber an die im gleichen Haus sitzende Robert Bosch Industrietreuhand GmbH übertragen haben – was Deichner glaubt, widerlegen zu können –. Damit würde eine gewerbliche Tätigkeit von Weizsäckers nicht mehr gegeben sein. Aber dennoch ruhe, so das Bundespräsidialamt am 22. März dieses Jahres, die Mitgliedschaft von Weizsäckers seit seinem Amtsantritt.

Wie CODE in der Mai-Ausgabe aber ebenfalls exklusiv publiziert hatte, nahm Richard von Weizsäcker an der Gesellschafterversammlung der Robert Bosch Stiftung am 19. November 1987 – also drei Jahre nach seiner ersten Wahl zum Bundespräsidenten – teil und wurde im vom Notar Keller erstellten Protokoll unter den Gesellschaftern geführt. Dieses Protokoll ist in den Handelsregisterunterlagen enthalten.

Verdacht der Falschbeurkundung

Und nun wird es hochinteressant: CODE hatte, wie übrigens einige wenige andere Presseorgane auch, Anfang März die Recherchen zu dieser Geschichte begonnen. Am 3. April dieses Jahres, also 16 Monate (!) nach der bewußten Gesellschafter-Versammlung der Robert Bosch Stiftung, reichte der gleiche Notar Keller eine »Ergänzung zur Niederschrift vom 19. November 1987 (UR. Nr. 4317/1987 K) über die Gesellschafterversammlung der Robert Bosch Stiftung GmbH Sitz Stuttgart« ein. Darin heißt es: »In Ergänzung der Niederschrift vom 19. November 1987 wird festgestellt, daß sich der Gesellschafter, Herr Richard von Weizsäcker, an der Abstimmung der Gesellschafter nicht beteiligt und ein Stimmrecht nicht ausgeübt hat.«

Hier muß sich doch zwangsläufig der Eindruck aufdrängen, daß etwas vertuscht werden soll. Denn es ist im Wirtschaftsleben alles andere als normal, wenn fast anderthalb Jahre nach einer Gesellschafterversammlung eine



E r g ä n z u n g

zur Niederschrift vom 19.11.1987 (UR.Nr.4317/1987 K) über die Gesellschafterversammlung der

Robert Bosch Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung Sitz Stuttgart.

In Ergänzung der Niederschrift vom 19.11.1987 wird festgestellt, daß sich der Gesellschafter, Herr Richard von Weizsäcker, an der Abstimmung der Gesellschafter nicht beteiligt und ein Stimmrecht nicht ausgeübt hat.

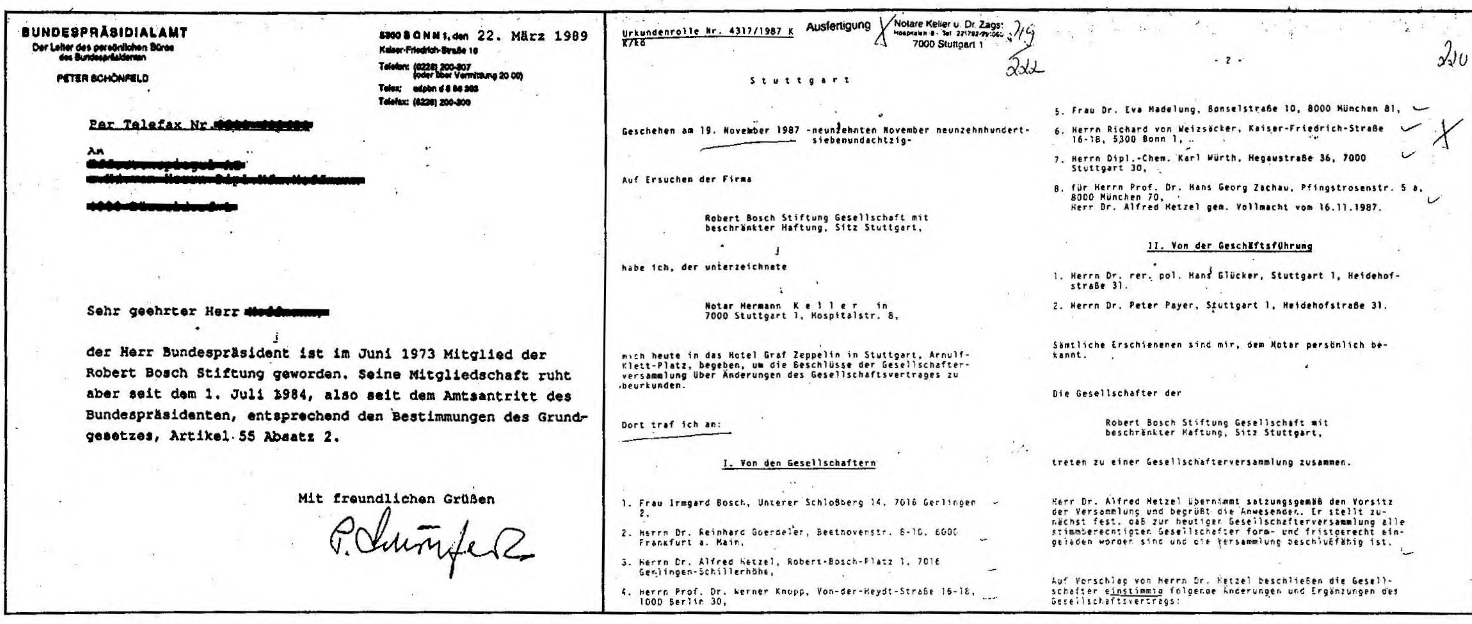
Stuttgart, den 3. April 1989

Zur Beurkundung:

N o t a r

-Keller-

Nach der Veröffentlichung in CODE wurde das Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 19. November 1987 nach fast zwei Jahren ergänzt.



BUNDESPRÄSIDIALAMT
Der Leiter des persönlichen Büros des Bundespräsidenten
PETER SCHÖNFELD

5300 BONN 1, den 22. März 1989
Kaiser-Friedrich-Straße 16
Telefon: (0228) 200-207 (oder über Vermittlung 20 00)
Telex: 8 86 393
Telefax: (0228) 200-200

Per Telefax Nr. [illegible]

An
[illegible]

Sehr geehrter Herr [illegible]

der Herr Bundespräsident ist im Juni 1973 Mitglied der Robert Bosch Stiftung geworden. Seine Mitgliedschaft ruht aber seit dem 1. Juli 1984, also seit dem Amtsantritt des Bundespräsidenten, entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes, Artikel 55 Absatz 2.

Mit freundlichen Grüßen

P. Schönfeld

Urkundenrolle Nr. 4317/1987 K
K/kö

Ausfertigung — Notare Keller u. Dr. Zags, 7000 Stuttgart 1

S t u t t g a r t

Geschehen am 19. November 1987 -neunzehnten November neunzehnhundertsiebenundachtzig-

Auf Ersuchen der Firma

Robert Bosch Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Stuttgart,

habe ich, der unterzeichnete

Notar Hermann K e l l e r in 7000 Stuttgart 1, Hospitalstr. 8,

mich heute in das Hotel Graf Zeppelin in Stuttgart, Arnulf-Klett-Platz, begeben, um die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über Änderungen des Gesellschaftsvertrages zu beurkunden.

Dort traf ich an:

I. Von den Gesellschaftern

1. Frau Irmgard Bosch, Unterer Schloßberg 14, 7016 Gerlingen 2,
2. Herrn Dr. Reinhard Goerdeler, Beethovenstr. 8-10, 6000 Frankfurt a. Main,
3. Herrn Dr. Alfred Hetzel, Robert-Bosch-Platz 1, 7016 Gerlingen-Schillerhöhe,
4. Herrn Prof. Dr. Werner Knopp, Von-der-Heydt-Straße 16-18, 1000 Berlin 30,

\- 2 -

5. Frau Dr. Eva Madelung, Bonselstraße 10, 8000 München 81,
6. Herrn Richard von Weizsäcker, Kaiser-Friedrich-Straße 16-18, 5300 Bonn 1,
7. Herrn Dipl.-Chem. Karl Würth, Hegaustraße 36, 7000 Stuttgart 30,
8. für Herrn Prof. Dr. Hans Georg Zachau, Pfingstrosenstr. 5 a, 8000 München 70, Herr Dr. Alfred Hetzel gem. Vollmacht vom 16.11.1987.

II. Von der Geschäftsführung

1. Herrn Dr. rer. pol. Hans Glücker, Stuttgart 1, Heidehofstraße 31.
2. Herrn Dr. Peter Payer, Stuttgart 1, Heidehofstraße 31.

Sämtliche Erschienenen sind mir, dem Notar persönlich bekannt.

Die Gesellschafter der

Robert Bosch Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Stuttgart,

treten zu einer Gesellschafterversammlung zusammen.

Herr Dr. Alfred Hetzel übernimmt satzungsgemäß den Vorsitz der Versammlung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt zunächst fest, daß zur heutigen Gesellschafterversammlung alle stimmberechtigten Gesellschafter form- und fristgerecht eingeladen worden sind und die Versammlung beschlußfähig ist.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Hetzel beschließen die Gesellschafter einstimmig folgende Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrags:

Laut Schreiben des persönlichen Büros des Bundespräsidenten ruhte seine Mitgliedschaft als Gesellschafter der Robert Bosch-Stiftung GmbH.

Allerdings nahm von Weizsäcker als Bundespräsident seine Aufgabe als Gesellschafter wahr. Erst zwei Jahre später ließ er das Protokoll ändern.

Ergänzung zu dieser Sitzung in das Handelsregister eingetragen wird. Doch die Ergänzung beweist etwas, was von Weizsäcker bislang stets abgestritten hat, daß er nämlich trotz seines Bundespräsidenten-Amtes und trotz seines Dementis noch Gesellschafter der Robert Bosch Stiftung ist. Denn in der Ergänzung steht »Gesellschafter, Herr Richard von Weizsäcker« und nicht etwa, »nahm Herr Richard von Weizsäcker, dessen Gesellschaftsrechte derzeit ruhen, als Besucher teil« oder ähnliches.

Verantwortung für Agent Orange

Und Deichner weist in seiner Strafanzeige gegen den Notar Keller »wegen des Verdachts der Falschbeurkundung im Amt« noch auf folgendes hin: »Der Notar Keller . . . war bereits im Jahre 1981 von der Rechtspflegerin des Stuttgarter Handelsregistergerichts, Frau Breisch, schriftlich und ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Feststellung im Sitzungsprotokoll notwendig ist, wer von den Gesellschaftern in der Gesellschafterversammlung anwesend ist.

Die Sach- und Rechtslage ist eindeutig: Eine Eintragung der am 19. November 1987 mit der Stimme des Dr. Richard von Weizsäcker beschlossenen Änderung des Gesellschaftsvertrags in das Handelsregister wäre ausgeschlossen gewesen, wenn die Beschlußfähigkeit der Gesellschafterversammlung, nachdem alle stimmberechtigten Gesellschafter, darunter Dr. Richard von Weizsäcker, erschienen und abstimmberechtigt waren. Der Notar Keller hat dann auch folgerichtig das einstimmige Abstimmungsergebnis im Sitzungsprotokoll festgehalten.«

Doch der »Rechtswissenschaftliche Arbeitskreis Mannheim«, dessen Sprecher Deichner ist, hat darüber hinaus noch weiteres interessantes über den derzeitigen Bundespräsidenten herausgefunden. So heißt es in einem Schreiben vom 1. Oktober:

»Als der amerikanische Chemiewaffenhersteller Dow Chemical 1964 in Lieferschwierigkeiten geriet, half die Chemiefirma Boehringer-Ingelheim aus und lieferte den Amerikanern ein modernes Verfahren zur Herstellung von Zutaten für das Entlaubungsmittell ›Agent Orange‹, von dem die USA zwischen 1962 und 1970 57 000 Tonnen über Vietnam und Laos versprühten. Dr. von Weizsäcker war zu jener Zeit persönlich haftender Gesellschafter bei Boehringer. Dr. von Weizsäcker hat sich zu seiner Verantwortung für dieses Boehringer-Geschäft, das vielen Menschen in den USA, vor allem jedoch in Laos und Vietnam, Krankheit, Fehlbildung und Tod brachte, bisher nicht geäußert. Fest steht, daß damals bei Boehringer keine wichtige Unternehmensentscheidung ohne Einwilligung von Dr. von Weizsäcker fiel.«

Umgehung von Ausfuhrverboten

Der »Arbeitskreis« weiter: »Nach eigenem Eingeständnis war von Weizsäcker aktives Mitglied des Gewerbebetriebes Robert Bosch Stiftung GmbH in der Zeit, als er Regierender Bürgermeister von Berlin war. Das dort geltende Senatoren-Gesetz verbietet die Ausübung eines Gewerbes durch den Regierenden Bürgermeister.

Dr. Richard von Weizsäcker ist mittelbar an der Teldix GmbH, Heidelberg, beteiligt, und zwar als Mitinhaber der Robert Bosch Stiftung GmbH. Bei Teldix werden die Gehirne für Lenkraketen gebaut, die von MBB über die Euromissile, an der MBB und die französische Aerospatiale zu je 50 Prozent beteiligt sind, die während des Golfkrieges in den Irak geliefert worden sind. Die Euromissile in F-92260 Fontenay-Aux-Roses, 12, Rue de la Redoute, ist hauptsächlich ein Instrument zur Umgehung von Ausfuhrverboten, denen Kriegswaffen nach deutschem Recht unterliegen, wenn es um den Export in Krisen und Kriegsgebiete geht.«

Dieses sind also weitere Skandale aus dem Leben eines Mannes, der sein Leben dazu verschrieben hat, eine angebliche deutsche Schuld für alle tatsächlichen und wie sich mehr und mehr herausstellt vor allem erfundenen Geschehnisse zwischen 1933 und 1945 für alle Zeit festzuschreiben – jedenfalls muß man diesen Eindruck haben, wenn man sich seine seit seinem Amtsantritt 1984 gehaltenen Reden anhört –. Dort spielt er sich als Moralapostel auf. Sollte sich das oben aufgeführte aber bestätigen – und alle Indizien sprechen dafür; die deutsche Justiz geht aber manchmal recht seltsame Wege –, dann wäre dies mit das beste Beispiel für die oftmals zu beobachtende verlogene Doppelmoral in der bundesdeutschen Politik. □



Multikulturelle Gesellschaft

Abiturfach: Balancieren von Wassertöpfen

Carlos Anthony

101 der 112 Schüler der Sophienschule in Frankfurt sind Ausländer. Die ausländischen Schüler kommen aus fast allen Teilen der Welt: aus Süd- und Osteuropa, Afrika, Asien und Amerika. Frankfurt praktiziert den Fortschritt und geht mit gutem Beispiel voran. Endlich wird die multikulturelle Gesellschaft geschaffen.

Es ist derzeit noch nicht völlig geklärt, mit welcher Sprache die Schüler untereinander verkehren werden. Ob dies Deutsch sein wird, darf bezweifelt werden. 25 Schüler sprechen überhaupt kein Deutsch. Wozu auch. Im Zuge fortschreitender humanisierender Zusammenführung der Weltbevölkerung im Herzen Europas, dessen Teil man derzeit noch Deutschland nennt, ist es in Anbetracht der in Kürze zu erwartenden völkischen Verschiebungen zugunsten zahlreicher fremdländischer Menschen ohnehin nicht angebracht.

Unterrichtspläne aufgeteilt in Projektwochen

Ein weiterer gewichtiger Grund, warum wir Deutsche vernünftigerweise die multikulturelle Gesellschaft nicht nur fordern, sondern auch tatkräftig fördern sollten, ist der, die Krankenkassen belastenden Krankheitsursache Streß abzubauen. Wo soll es denn sonst mit uns lern- und arbeitswütigen Deutschen hinführen?

Schulstreß, Deutsch, Mathematik, Chemie, Physik und Geschichte sind der Virus, der an unserer Gesundheit zu nagen beginnt. In Afrika ist diese Art »Zivilisationskrankheit« gänzlich unbekannt. Der erfreulicherweise anhaltende Zustrom von Afrikanern in unser Land beschert uns neben den Segnungen der multikulturellen Vielfalt glücklicherweise auch noch Anschauungsunterricht für streßfreie Lebensart.

Und falls unsere Mohrenfreunde ein bißchen Aids im »Reisegepäck« mitführen, zwingt uns dieser Umstand endlich, unsere sozialen Sinne im Zusammenhang mit der Krankenfürsorge zu schärfen. Im Berufsleben sind überhöhte Ansprüche an jeden Einzelnen die Folge, weil das Gelernte in praktische, existenzfördernde Taten umgesetzt werden soll oder muß.

Schluß damit. Pionier der multikulturellen Volksgesundheit ist die Sophienschule in Frankfurt. Dort widmet man sich neuerdings streßfreien Fächern. So werden die Unterrichtspläne in Projektwochen aufgeteilt. Die afrikanische Projektwoche stimuliert die künstlichen Sinne der Schüler.

So müssen die Schüler solange die senegalesische Urwaldtrommel rühren, bis sie alle miteinander mühelos auf der Welle des afrikanischen Holztrommel-Rhythmus kommunizieren können. Die wohl einfachste und kostenbewußteste Form der Verständigungsmöglichkeit.

Deutsch als Verständigungssprache einzuführen, ist wegen der mannigfaltig vorhandenen altmodischen Schwierigkeitsgrade nicht empfehlenswert. Darüber hinaus kann man die Sprache unseren ausländischen Freunden nun wirklich nicht zumuten. Handelt es sich bei dieser Sprache nicht um ein Relikt nationalsozialistischer Überlieferung? Schließlich ist erwiesen, daß Adolf Hitler alle seine Reden in deutscher Sprache gehalten hatte.

Die Sophienschule legt gesteigerten Wert auf den Erwerb von Körperertüchtigungen in Form von westafrikanischem Tanzen. Richtig! Mathematik macht nervös. Und vielleicht auch noch krank? Wann benötigt der Normalbürger solche Kenntnisse überhaupt? Physik? Lachhaft!

Wozu ist es eigentlich nötig zu wissen, welche Atome in Molekülen eines Schweinebratens kreisen? Die Sophienschule beschreitet nunmehr den praktischen Weg. Den Schülern werden die lebenswichtigen Kenntnisse des äthiopischen Eintopf-Kochens sowie der dazugehörigen gesellschaftsfähigen Wüstennormen im Zusammenhang mit sachgerechtem Essen mit den Fingern vermittelt. Utensilien wie Messer und Gabel sind teure Statussymbole und bestenfalls als längst überholte kapitalistische Angeberrequisiten zu werten.

Selbstverständlich bietet das Fach »mit den Fingern essen« Lern- und Lehrhilfen in Form von Nachhilfeunterricht. Damit dürfte gewährleistet sein, daß das Lehrziel, »mühelos und geschickt mit den Fingern aus gefüllten Töpfen und Pfannen essen«, auch von den in der Klasse verbliebenen deutschen Mitschülern erreicht wird.

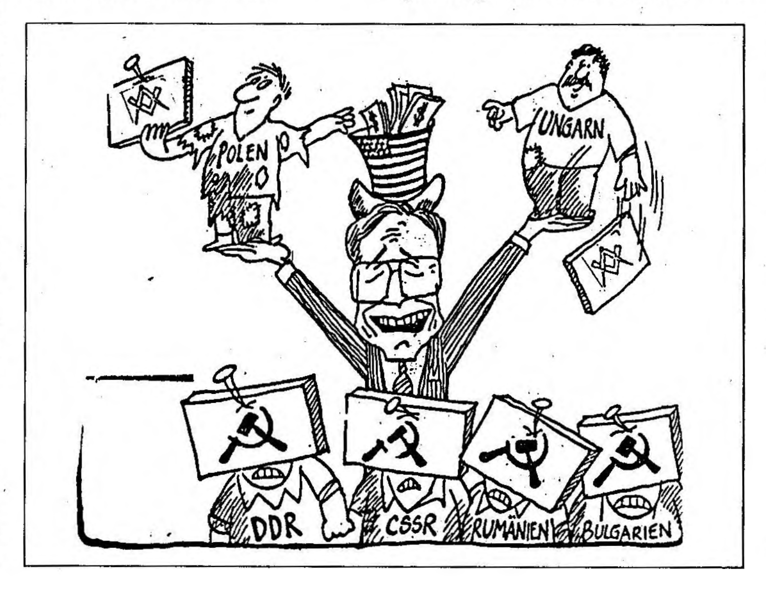
Schüler ab der 7. Klasse sollten sodann in der Lage sein, jeglichen Speisenmatsch in Pfannen und Töpfen derart geschickt mit den Fingern herauszukratzen und handvoll in den Mund zu führen, ohne sich dabei die Fingerspitzen zu verbrennen.

Lehrer und Schulleiter sind freudig erregt

Wie der Schulleiter freudig zu berichten weiß, nahmen die Schüler mit großem Eifer an den Fächern afrikanischer Buschtanz und Trommeln teil. Die Stundenpläne für das Schuljahr 1990/91 sind angereichert mit nachvollziehbaren Arbeiten afrikanischer Bauern. Die Buben werden für das Nachahmen von »Feuerstellen bauen« benotet.

Mädchen hingegen müssen sich im »Tragen von Babys im Tuch auf dem Rücken« üben. Dieses feminine Geschicklichkeitsfach wird selbstverständlich zum Prüffach erhoben.

Martina Kothe berichtet freudig erregt, auf welch enthusiastische Akzeptanz die afrikanischen Wochen bei den Schülern gestoßen sind. Es bleibt zu hoffen, daß letzten Endes kein schwarzer Schlendrian in die Sophienschule einkehrt, denn es ist damit zu rechnen, daß die Meßlatte für Abiturprüfungen höher gelegt wird. Dem Vernehmen nach rechnet der Kultusminister damit, daß zumindest das »Balancieren von einem Krug Wasser auf dem Kopf« zum Hauptprüfungsfach erhoben wird. □



Kommen gefährliche Strahlungen aus Ihrem Mikrowellen-Gerät? Können diese Strahlen bei Ihnen und Ihrer Familie schwere gesundheitliche Schäden verursachen, die Sie unter Umständen – ähnlich wie bei atomarer Strahlung – erst nach mehreren Jahren feststellen können wie zum Beispiel eine Veränderung des Zellgewebes oder Leukämie?

Die schädlichen Mikrowellen

Der Verband deutscher Ingenieure (VDI) warnte vor den schädlichen Mikrowellen und ihren Gefahren bereits vor längerer Zeit. In seinem Fachblatt »VDI-Nachrichten« wurde die Gefährlichkeit austretender Mikrowellenstrahlung beschrieben mit Hinweis auf die zu erwartenden gesundheitlichen Schäden.

Ein Geflecht aus Lügen

Die ganze Geschichte der Gesundheitsgefahren durch Strahlung ist voller Überraschungen. Während es seit langem anerkannt ist, daß Röntgenstrahlen gefährlich sind, zeigen neue Erkenntnisse, daß auch andere Formen der Strahlung, zum Beispiel Mikrowellen, ganz genau so schädlich sind. Wie wichtig die Folgen dieser Strahlung sind, beweist die Verleihung des Nobelpreises 1988 für Chemie an drei deutsche Forscher des Max-Planck-Institut für Biochemie.

Beim Kochen nicht davor sitzen

Das Gehirn des Menschen besteht aus schätzungsweise über 100 Milliarden Nervenzellen. Deren Fasern haben Längen bis hin zu mehreren Zentimetern, stellen ähnlich wie die Blattrippen auch Antennen für technisch erzeugte Mikrowellen im Zentimeterbereich dar. Mit solchen Wellen können wir Menschen nichts anfangen. Sie bringen lediglich unsere Nerven, Sinne, Psyche, Kreislauf und damit letztendlich unser Immunsystem durcheinander. Die Statistik über den Anstieg von Erkrankungen, die durch schädliche Mikrowelleneinwirkung ausgelöst werden, verläuft synchron zur technischen Verbreitung von Sendern mit kritischen Zentimeterwellen und auch der Zunahme der häuslichen Mikrowellengeräte. Wir stehen heute einem kaum begreifbaren Geflecht von regierungsamtlichen Verheimlichungen oder Lügen gegenüber. Schuld daran haben die gegenwärtigen Mitglieder unseres Bundestages nur bedingt. Alle Regierungen der Nachkriegszeit haben versäumt, sich rechtzeitig mit den Folgen von neuartigen Techniken auseinanderzusetzen.
Die starke Ausbreitung zum Beispiel von Mikrowellengeräten im Haushalt in den letzten Jahren hätte erst dann erfolgen dürfen, nachdem deren völlige biologische Risikolosigkeit eindeutig bewiesen war. Ähnliches gilt für die Atomenergie. Bei unserer modernen Technik muß immer erst eine Katastrophe wie durch Tschernobyl auftreten, bevor man über deren große Risiken nachzudenken beginnt.
Eine große deutsche Sonntagszeitung schrieb zur Gefährlichkeit der Mikrowellengeräte: »Gefährlich wird's, wenn das Gerät – gemeint ist das Mirkowellengerät im Haushalt – defekt ist und zum Beispiel durch eine undichte Tür Wellen entweichen. Die können Gewebeveränderungen auslösen. Deshalb: Das Gerät alle zwei bis drei Jahre vom Fachmann prüfen lassen, nie selber reparieren. Tür nie gewaltsam öffnen. Dichtungen immer gut reinigen. Darauf achten, daß Metallgitter und Verschluß in Ordnung sind. Gerät so anbringen, daß Kinder nicht daran herumspielen können. Beim Kochen nicht unbedingt davorsitzen.«

Und so funktioniert das Gerät

Aber auch die Gerätehersteller empfehlen in der Regel eine Überprüfung der Geräte spätestens alle drei Jahre.
Empfehlenswert wäre jedoch eine Überprüfung in kürzeren Zeitabständen, etwa einmal im Monat, besser jede Woche. Zu dieser Meinung sind auch die 90 privaten Institute, die der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungseinrichtungen angehören, gelangt.

Gehen Sie auf Nummer sicher

Eine so häufige Prüfung durch den Fachmann ist lästig und kostspielig. Es gibt jetzt dazu aber das »MWD-1«. Dieses Gerät ist ein zuverlässiger Detektor zur Erfassung der Mikrowellenstrahlung von Geräten, die im Privathaushalt aufgestellt sind. Mit dem MWD-1 kann man das Mikrowellengerät, so oft man will, auf eventuelle austretende Strahlungen überprüfen. Es geschieht in Sekunden.
Mikrowellengeräte sind nach Meinung der Hersteller ungefährlich, solange sie ordnungsgemäß funktionieren und keine Defekte ausweisen. Erst wenn Strahlung nach außen tritt, wird es gefährlich.
Man sollte darum auf Nummer sicher gehen und nicht warten, bis die Medien eines Tages von bekanntgewordenen Schädigungen durch austretende Mikrowellenstrahlung berichten. Die Familie und die Hausfrau selbst sollte sich vor solchen Risiken schützen.
MWD-1 ist preiswert. Preiswerter als eine einzige Prüfung durch den Fachmann. Es ist erhältlich über den Vital-Versand Tien, Bentheimerstraße 11, D-4460 Nordhorn. MWD-1 arbeitet ohne Batterien, ist wartungsfrei und somit jederzeit einsatzbereit. Das Gerät ist nicht größer als ein Kugelschreiber.
Das Mikrowellengerät wird eingeschaltet. Während des Betriebs geht man mit dem Glas-Leuchtkörper des MWD-1 dicht an der rundumlaufenden Abschlußkante der Gerätetür des Mikrowellengerätes entlang. Auf diese Weise werden die Lüftungsschlitze und eventuelle Verschraubungen des Mikrowellengerätes geprüft.
Wichtig ist die langsame Führung des MWD-1 entlang der Problemstellen des Mikrowellengerätes. Das MWD-1 sollte nicht schneller als maximal ein Zentimeter pro Sekunde bewegt werden. Auf diese Weise erhalten Sie die höchste Detektions-Empfindlichkeit.
Leuchtet das MWD-1 in keinem Fall auf, ist das Mikrowellengerät in Ordnung. Sollte das MWD-1 jedoch nur ein einziges Mal und auch nur für kurze Zeit aufleuchten, sollte man das Mikrowellengerät sofort ausschalten, den Stecker aus der Steckdose ziehen und das Gerät umgehend mit Hinweis auf die Undichtigkeit in die zuständige Fachwerkstatt bringen. Ein weiterer Betrieb des defekten Mikrowellengerätes könnte schwere gesundheitliche Schäden verursachen.
Das MWD-1 kann aufgrund seiner Konstruktion bei vorschriftsmäßiger Anwendung niemals eine Falschmeldung abgeben. Darum ist größte Vorsicht geboten, wenn das MWD-1 außerhalb des Mikrowellengerätes Strahlungsleistung meldet.
Die Überprüfung des Mikrowellengerätes sollte mindestens einmal pro Monat, besser jedoch jede Woche, durchgeführt werden. Die Sicherheit vor austretender Mikrowellenstrahlung ist dadurch am besten gewährleistet. □

Heinz Galinski

Weder vergessen, noch vergeben

Klaus Berber

Einer der Männer, die am meisten von Versöhnung zwischen Deutschen und Juden reden, durch ihr Tun diese aber langfristig am meisten gefährden, ist Heinz Galinski, der seit dem Tod des Wiedergutmachungs-Betrügers Werner Nachmann den Vorsitz des »Zentralrats der Juden in Deutschland« übernommen hat und gleichzeitig Vorsitzender der »Jüdischen Gemeinde zu Berlin« ist. Man beachte den kleinen, aber bedeutungsschweren Unterschied: Dieser Verein nennt sich nicht »Zentralrat der deutschen Juden«, sondern »Zentralrat der Juden in Deutschland«. Getreu Galinskis Maxime: »Volle Integration unter Ablehnung der Assimilation.

Der heute 77jährige, der 1943 in Auschwitz eingeliefert wurde und die beiden dort verbrachten Jahre überlebte, ist gleichzeitig auch einer der einflußreichsten Männer dieser Republik. So schrieb dann auch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) in einer Meldung anläßlich seiner Nachmann-Nachfolge: »Die inzwischen mehr als 6000 Mitglieder zählende Berliner Gemeinde ist heute eine Organisation geworden, die über die Stadtgrenze hinaus das kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben der Bundesrepublik beeinflußt.« 6000 Menschen beeinflussen also laut »FAZ« das Leben von mehr als 60 Millionen Bundesdeutschen.

Portion enttäuschter Eitelkeit

Galinski gehört zu denen, die am vehementesten den Rücktritt des damaligen Bundespräsidenten Philipp Jenninger nach dessen mißglückter Reichskristallnacht-Rede forderten. Dabei hatte Jenninger nur versucht, der Jugend heute einige Motive der damals lebenden Deutschen darzustellen, warum sie mit überwältigender Mehrheit die NSDAP und Adolf Hitler gewählt haben. Zwar war für jeden denkenden Menschen aus dem Kontext, aber auch aus dem Wort klang klar, wie Jenninger es gemeint hat, nämlich ablehnend und verneinend, aber für Galinski war es nicht akzeptabel, daß jemand das damalige Glaubensbild der deutschen Bevölkerung und deren – tatsächliche und/oder vermeintliche – Gründe für die Wahl der NSDAP aufdeckte.

Andere behaupten, daß aber eine ganze Portion enttäuschter Eitelkeit darüber mitspielte, daß ihm, dem Quasi-Oberjuden dieser Republik, nicht Gelegenheit gegeben wurde, ebenfalls eine Rede zu halten. Hierfür hatte er sich Presseberichten zufolge mehrfach angeboten, aber stattdessen nur eine Einladung für die Tribüne erhalten.

Und obwohl Simon Wiesenthal und selbst Vorstands-Mitglieder des Zentralrates Jenninger verteidigten, wetterte Galinski massiv gegen den CDU-Politiker. Nicht zuletzt seiner Kritik war es zu verdanken, daß Jenninger dann wenige Tage später seinen Rücktritt erklärte und Deutschland wieder einmal als Buhmann in der ganzen Welt beschimpft wurde.

Mit Gespanntheit wird nun der angekündigte Abschlußbericht des Zentralrates über die mehr als 30 Millionen von Nachmann veruntreuten Mark erwartet. Auffällig ist dabei, daß die deutsche Justiz anscheinend bereits nach etwas mehr als einem Jahr nach Aufdeckung dieses Skandals den Fall bereits als abgeschlossen betrachtet. Der Verbleib der veruntreuten Millionen sei nicht aufklärbar.

Die Möglichkeit eines neuen Antisemitismus

Ein weiterer Vorwurf der Gegner Galinskis im Zentralrat lautet, daß dieser viel zu eitel sei und zu gerne im Mittelpunkt stehe. Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß es im Zentralrat Bestrebungen gibt, Galinski abzulösen – was bislang aber immer gescheitert ist. Zu dieser Gruppe gehört der in Hannover lebende Rechtsanwalt Michael Fürst, der auch im Fernsehen öffentlich die gegen Jenninger gerichteten Rücktrittsforderungen verneinte. Wie es heißt, sieht Fürst »die Möglichkeiten eines neuen Antisemitismus, wenn die Sprecher der jüdischen Gemeinschaften ihre öffentlichen Auftritte ausschließlich auf Erinnerungen an die NS-Zeit konzentrieren«.

Bei einem Treffen mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, im Juni des vergangenen Jahres solidarisierte sich Galinski mehr oder weniger in einigen Punkten der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mit der DDR-Führung, richtete gleichzeitig aber einige sehr kritische Anmerkungen an die Adresse der Bundesrepublik. So war es dann auch kein Wunder, daß Galinski im November 1988 – nur einen Monat nach Bronfman – einen hohen DDR-Orden erhielt.

Eine französische Jüdin schrieb hierzu in einem Leserbrief an die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: »Bewußte und aufrechte Juden – ob in Frankreich, Deutschland, Israel oder anderswo – haben kein Verständnis, wenn jüdische Funktionäre aus persönlichen, geschäftlichen oder karrieristischen Gründen, die sie aber ›moralisch‹ verbrämen, zu jedem Preis um die Gunst (ost)deutscher Regierender buhlen und den allgemeinen jüdischen Konsens bedenkenlos verletzen.«

Des weiteren zeichnet sich Galinski durch einseitige Schuldzuweisungen, durch sein Beharren, daß die während der Nazi-Zeit an den Juden begangenen einzigartigen Verbrechen, so Galinski, nie vergessen werden dürfen, aus. Anders sieht es aber aus, wenn Israel derartige Verbrechen begeht. Einige Beispiele sollen dies belegen.

So hatte Galinski erst im Juni dieses Jahres Regierungssprecher Klein scharf angegriffen, weil dieser die geschichtliche Wahrheit aussprach, daß die Waffen-SS eine kämpfende Truppe und keine Verbrecher gewesen seien, die geglaubt habe, ihr Vaterland verteidigen zu müssen – womit er sich in Übereinstimmung mit Konrad Adenauer befindet –. So ist es dann nur natürlich, daß Galinski stets einer der lautstärksten Gegner bei den Debatten war, ob denn nun auch als letztes Land in der Bundesrepublik eine Amnestie für im Dritten Reich angebliche oder tatsächliche Verbrechen beschlossen werden sollte. Wie jeder weiß, wurde dies – nicht zuletzt aufgrund des immensen Druck Israels und der Juden in Deutschland – abgelehnt.

Ebenfalls ist es Galinski und Co. zuzuschreiben, daß nicht nur die Söhne von während der NS-Zeit verfolgten Juden nicht zum Dienst bei der Bundeswehr eingezogen werden können, sondern dies nun auch auf die Enkel erweitert wurde. Als »unerträglich hoch« bezeichnete Galinski im Juni dieses Jahres die angeblich durch eine Untersuchung belegte Zahl, daß 15 Prozent aller Deutschen antisemitisch, davon knapp acht Prozent »vehement antisemitisch«, seien.

Keine Kritik zu den Vorfällen in Israel

Als verdächtig oder »latent antisemitisch« galt dabei schon, wer heute, 44 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus, fordert, »einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen« und die Beziehungen zu Juden und Israel zu normalisieren. Das gleiche gilt für die Hälfte der Bundesbürger, die glauben, daß »viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Rei-

ches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen«.

Selbst wenn dies nicht verallgemeinert werden darf, ist es aber in Wirklichkeit in Einzelfällen so. Es bedeutet keine Schwierigkeit, anhand von Gerichtsprotokollen nachzuweisen, wie oft dort, oftmals unter Eid, die Unwahrheit gesagt wurde.

Sei es bei angeblichen Vergasungen im Konzentrationslager Dachau, die es nachweislich nie gegeben hat, oder anderswo. Oftmals sind Aussagen gemacht worden, die sich wenig später als falsch herausgestellt haben, wobei aber kaum ein Fall bekannt ist, daß es hierfür eine Anzeige wegen uneidlicher Falschaussage oder gar wegen Meineides gegeben hat. Und die Zahl der Wiedergutmachungsanträge ist so groß, daß entweder niemals sechs Millionen Juden ermordet worden sein können oder im anderen Fall die in den dreißiger und vierziger Jahren erstellten Bevölkerungsstatistiken nicht stimmen können.

Sicher ist dies alles kein typisches jüdisches Merkmal, sondern kommt dies in allen Völkern vor. Keiner würde einen aber als Amerika-Hasser bezeichnen, wenn man sagt, angesichts der extrem hohen Schadensersatzsummen, die in den USA gezahlt werden, ist die Zahl der mißbräuchlichen Schadensersatzklagen immens hoch. Sagt man aber, daß es Juden gibt, die ungerechtfertigt aus der NS-Zeit finanzielle Vorteile für sich ziehen wollen – und die gibt es nachweislich –, dann ist man schon Antisemit oder zumindest stark verdächtig, einer zu sein.

Nichts, aber auch rein gar nichts Negatives ist dagegen von Galinski über die Vorgänge in Israel oder auch manch anderen Vorfällen anderswo zu hören. Während beispielsweise der als »Nazi-Jäger« bekanntgewordene Direktor eines Dokumentationszentrums in Haifa, Tuvia Friedmann, sich vehement gegen die »Hetzpropaganda« des jüdischen Weltkongresses und dessen Vorsitzenden Bronfman gegen den österreichischen Präsidenten Waldheim – der im übrigen noch immer nicht zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik eingeladen wurde – aussprach, ist von Galinski nichts in der Art zu hören.

Während sich Galinski hierzulande gegen jede Begnadigung angeblicher oder tatsächlicher nationalsozialistischer Verbrecher ausspricht und selbst befürwortet, daß 86 Jahre alte schwerkranke Greise noch vor Gericht gezerrt werden, herrscht seinerseits Schweigen, wenn in Israel Verbrecher begnadigt werden, die bei der Intifada Palästinenser ermordet haben.

Im Grunde ist es Rassismus

So hat beispielsweise der israelische Staatspräsident Herzog im Juni dieses Jahres drei wegen Mordes an Arabern ursprünglich zu lebenslanger Haft verurteilte Siedler zu zehn Jahre währenden Haftstrafen begnadigt. Die Männer hätten ihre Tat »ehrlich bereut«, heißt es als Begründung.

Gegenfrage: Müßte dies nicht auch für Deutsche gelten, die ihre Taten nach 44 Jahren »ehrlich bereut« haben. Oder machen sich Galinski und Herzog etwa die Worte von Rabbi Yitzhak Ginsburg zu eigen, der erklärt hatte – laut der kanadischen Zeitung »Toronto Globe & Mail« vom 3. Juni dieses Jahres –: »Wir müssen begreifen, daß jüdisches Blut und das Blut von einem Goy (Nichtjuden) nicht dasselbe ist. Jedes Gesetz, das Goys und Juden als gleichwertig einstuft, ist für uns (Juden) vollkommen unakzeptabel.«

Daß die Begnadigung dieser drei Siedler kein Einzelfall war, zeigte sich Ende September. Damals hatte die israelische Armee drei Soldaten vorzeitig aus der Haft entlassen, die wegen »besonderer Grausamkeit« an einem Palästinenser zu neun Monaten Haft verurteilt worden waren. Der schwer gequälte und geprügelte Mann war später seinen schweren Verletzungen erlegen. Ein Armeesprecher begründete diese Entscheidung damit, daß den Soldaten die Teilnahme am jüdischen Neujahrsfest ermöglicht werden sollte!

Bereits mehr als 500 palästinensische Jugendliche sind seit Beginn der Intifada von den Israelis getötet worden, darunter fünf- und sechsjährige Kinder.

Wird es denn angesichts dieser Vorfälle nicht verständlich, wenn der norwegische Botschafter in Israel vor einem Jahr sinngemäß erklärte, die Besetzung Norwegens durch Nazi-Deutschland wäre schon schlimm genug gewesen, doch so etwas, wie das Vorgehen der israelischen Armee bei der Intifada hätte es damals nicht gegeben! Simon Wiesenthal sagte kürzlich in einem Interview wörtlich: »Wer in Mord unschuldiger Menschen verwickelt war, hat kein Recht, in Ruhe zu sterben.« Müßte dieser Satz, dem nur zuzustimmen ist, dann nicht auch für Israel gelten?

Ein seltsames Demokratie-Verständnis

Und bekannt ist auch nicht, daß Nazi-Deutschland die politischen Führer anderer Staaten entführt oder ermordet hätte, wie von israelischen Elite-Einheiten geschehen. Dies veranlaßte zu folgenden Äußerungen: »Shamir ist ein Terrorist, Begin war ein Terrorist, und Israel hat sich während seiner ganzen Existenz immer terroristischer Mittel bedient«. Israel spiele sich »als Polizist des Nahen Ostens« auf, sei aber in Wirklichkeit wie ein »gefährlicher Krimineller, der arabisches Land besetzt hält und täglich arabische Zivilisten erschießt«.

Und was würde in Deutschland geschehen, wenn ein deutscher Politiker von »dreckigen Türken« gesprochen hätte, so wie der ultraorthodoxe israelische Minister Peretz von »dreckigen Arabern« sprach.

Während von Galinski angesichts des immer stärker werdenden Drucks des Judentums auf die Nonnen des Karmeliter-Ordens, ihr Kloster aufzugeben, das sich auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers Auschwitz befindet und damit nach Ansicht der Juden das Andenken der dort getöteten Juden schmäht, nichts zu hören ist, fordert er aber immer wieder ein Verbot von rechten deutschen Parteien. Dies offenbart ein seltsames Demokratieverständnis, da sich ein Staat nur dann eine Demokratie nennen kann, wenn er rechte und linke Parteien zuläßt. Denn ein einseitiges Verbot würde schon eine Form von Totalitarismus darstellen.

Zeit für Überprüfung des Holocausts

Galinski wird auch nicht müde, immer und immer wieder die Zahl von sechs Millionen von den Nazis ermordeter Juden zu nennen, obwohl spätestens nach dem Bericht des einzigen amerikanischen Gaskammerexperten, Fred Leuchter, und den Enthüllungen des britischen Historikers David Irving, demzufolge es niemals Gaskammern gegeben hat, diese nur eine Erfindung der britischen psychologischen Kriegsführung waren, ernsthafte Zweifel hierzu gestattet sein müssen.

Müßten Galinski und Co. aber in Wirklichkeit nicht froh darüber sein, wenn sich herausstellen sollte, daß weniger Juden als immer geglaubt, beziehungsweise behauptet, ermordet wurden? Müßten sie eine derartige Nachricht nicht eigentlich mit großer Freude aufnehmen und alles menschenmögliche versuchen, hierfür eine Bestätigung zu finden; zum Beispiel durch eine Überprüfung der von Leuchter zu Tage gebrachten Ergebnisse, daß nämlich die Gasspuren in den angeblichen Gaskammern in Auschwitz-Birkenau und Majdanek viel zu gering sind, um dort Massenvergasungen vorgenommen zu haben? Bedeutet ihnen denn ein Menschenleben wirklich weniger als die Aufrechterhaltung einer »deutschen Schuld an einem einzigartigen und in dieser Größenordnung bislang nicht bekannten Massenmord an einem einzelnen Volk?«

Oder geht es ihnen, das soll an dieser Stelle drastisch gefragt werden, in erster Linie wirklich nur um finanzielle Gründe? Wenn nicht, dann muß von ihnen trotz »gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse über den Holocaust« anläßlich der neuen Fakten – neben dem Leuchter-Bericht auch die Veröffentlichung der Totenbücher von Auschwitz durch Gorbatschow; in ihnen sind aber statt vier Millionen »nur« 74 000 Namen von in Auschwitz Gestorbenen enthalten – eine Überprüfung dieser durch jüdische und andere unabhängige Experten verlangt werden. Sonst machen sie sich unglaubwürdig! □

Massenflucht aus der DDR

Arnold Neugebohrn

Die Bewohner des mitteldeutschen Teilstaates, der sich unzutreffend »Deutsche Demokratische Republik« nennt, hegen für ihren Staat keine besondere Zuneigung. Die Gründe sind bekannt.

Ein aufgeblähter Parteifilz in der DDR, von der Besatzungsmacht eingesetzt, bevormundet seine Bürger als verwaltete Untertanen, die obrigkeitlichen Entscheidungen ergehen ohne Begründung frei nach dem Spruch eines anderen, weltweiten, unfehlbaren Machtgebildes: »Roma lokuta, causa finita!«. Die Planwirtschaft in Mitteldeutschland vernichtet mit ihrem lähmenden Leerlauf und der Vergeudung von Arbeitskraft Rohstoffe. Die Wirtschaft wird geprägt von geringem Ertrag, unbefriedigender Erfüllung des Lohnanspruchs, dennoch übersteigt die Kaufkraft das Warenangebot. Die DDR-Mark steht zur D-Mark wie zehn zu eins.



Staats- und Parteichef Honekker ist zurückgetreten, aber das Vertrauen der Bürger in die DDR ist nicht gewachsen.

Der mangelhafte Wert des Geldes

Obwohl man die am lautesten Aufmuckenden in den Westen abschob oder ihnen die Ausreise bewilligte, ist die erhoffte Beruhigung nicht eingetreten, vielmehr haben die von Gorbatschow eingeleiteten Veränderungen in der Sowjetunion und in Teilen des Ostblocks auch in der DDR große Hoffnungen geweckt und die Bevölkerung aufmüpfiger gemacht, doch die Machthaber leisten zähen Widerstand.

Aber sie können offenbar an der Grenze nicht mehr schießen lassen und die Bewilligung von Westreisen nicht wieder auf die früheren Ausnahmen einschränken. Die Masse der Westbesucher erlebt staunend unseren Überfluß und unsere Auslandsreiserei, also vermeintliche Freiheit in Glanz und Gloria. Dabei wird auch der krasse Währungsunterschied besonders deutlich und die Möglichkeit, alles kaufen zu können, wenn man nur genügend D-Mark hätte.

Der mangelhafte Wert der DDR-Mark wird sicher durch die oben angeführten Gründe mitbewirkt, dennoch ist – wie überall in der Welt – die Hauptursache aller Mißverhältnisse im Geld- und Währungswesen bei den Machthabern der kleinen Straße in New York, der Wall Street, zu suchen. Sie erreichen ihre Riesenfischzüge durch ihre manipulativen Machenschaften an den Börsen der Welt, die sie auf Grund ihrer genauen Kenntnis der Kreditlage, die sie plötzlich verengen können, in Gang setzen.

Es ist aber anzunehmen, daß die von der Wall Street in der Bundesrepublik lizenzierten politischen Kräfte zu dem Währungsmißverhältnis zwischen D-Mark-West und DDR-Mark hintergründige Mithilfe leisten.

Die völlige Rat- und Hilflosigkeit der Bundesrepublik gegenüber der Massenflucht aus der DDR ist offenbar, SPD und Grüne machen auch nur Worte ohne anwendbare Vorschläge. Der Kanzler hält markige Reden, seine immer wieder erfolgenden Angebote zu mutiger Aussprache fanden bei Herrn Honecker kein Echo, dieser war zu dieser Zeit seiner Gallenblase vermutlich sehr dankbar. Wenn überhaupt, dann würde sich die DDR ihr Einlenken auf die Veränderungen gemäß Gorbatschow nur zu einem sehr hohen Preis abringen lassen.

Bonns Zusammenschluß mit den Fußkranken

Unsererseits Forderungen zu stellen, die nach »Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR« aussehen, wäre unklug. Zusätzlicher Gesichtsverlust zu dem bereits reichlich eingetretenen kann der SED-Riege kaum zugemutet werden, sie würde auch nicht darauf eingehen, zumal sie wohl auf das Scheitern Gorbatschows hofft. Was können wir tun?

Eine Abschweifung vorweg: Die Bundesregierung drängt auf das vereinigte Europa, Westeuropa natürlich, einschließlich Währungsunion, denn das »gemeinsame europäische Haus«, von Gorbatschow gern erwähnt, ist doch eine unheimliche Vorstellung für alle Abendländer.

Den lieben Polen – den Dieben ohne Eigenverdienst – unter Milliardenverzicht zu helfen, das Ja! Aber das vielleicht doch auf der Kippe stehende Ringen Gorbatschows irgendwie unterstützen – was uns ungemein nützlich anstünde –, kommt wegen Erregen eines möglichen Rapallo-Verdachts bei unseren westlichen Befreiern selbstverständlich nicht in Frage. Rapallo darf sich nicht wiederholen.

Der Zusammenschluß der Bundesrepublik mit allen Fußkranken Westeuropas, die ihre Haushalts- und Zahlungsbilanz-Nöte bisher immer noch mit der Inflation zu bewältigen suchen, würde uns den Ausgleich all der Unterschüsse aufbürden, die unsere Partner in der neuen Union auch weiterhin verursachen; ihre mangelhafte Produktivität wäre ja nicht durch den Unions-Zauberstab beseitigt.

Die deutsche Melkkuh wäre noch bequemer zu melken. Das schert die deutschen Abendländer wenig. Hauptsache ist, die Verstrickung der Bundesrepublik in die Fesseln der Erben Richelieus wird noch unauflösbarer gezurrt. Bloß kein Rapallo! Der Bundeskanzler und mit ihm alle drei Lizenz-Parteien halten die Westeuropa-Union mit ihrer unüberschaubaren Dauerbelastung der deutschen Wirtschaft offenbar für tragbar.

Utopien von heute sind Realitäten von morgen

Eine deutschbewußte Politik müßte diesem Unheil etwas anderes entgegenstellen: Zum Beispiel den Ausgleich des manipulierten Tiefstandes der DDR-Mark, und dies radikal auf eins zu eins.

Zu solcher Anhebung des Wertes der DDR-Mark müßte dann jeder Bundesbürger mit allen seinen Vermögenswerten beitragen, mit einem Notopfer von mindestens 20 Prozent. Die Einzelheiten wären auszuhandeln, etwa die Abzahlungsfrist des von jedem Bundesbürger zu leistenden Notopfers.

Die DDR müßte im Gegenzug ihre lähmende Planwirtschaft aufgeben und ihren Bürgern volle Freizügigkeit unter Gewähr des Heimatrechts zugestehen. Bis zur Gesundung der DDR-Wirtschaft müßte die Stützung aufrechterhalten bleiben. Mauer und Stacheldraht hätten ihren Sinn verloren, die Bulldozer bekämen einige Arbeit. In aller Kürze wäre der Flüchtlingsstrom versiegt.

Utopie? Für die Lösung der lebensfrage unseres Volkes können nicht genug Utopien gedacht werden. Wenn der Wille da wäre, könnten Utopien von heute schon morgen Realität werden.

War die Möglichkeit der Massenflucht aus der DDR, die wir heute erleben, gestern nicht auch noch eine Utopie? □

Bonn

400 000 Ausländer erhalten Sozialhilfe

Martin Voigt

Trotz allgemein positiver Konjunktur wird die Sozialhilfe ein immer schärferer Sprengsatz in den Gemeindekassen. 1988 entfielen bereits 13 Prozent der gesamten kommunalen Ausgaben auf die Sozialhilfe, verglichen mit 8,5 Prozent 1980 und sechs Prozent 1970.

Im Jahr 1987 haben insgesamt drei (1980: 2,1) Millionen Personen in der Bundesrepublik Sozialhilfe erhalten, darunter 400 000 (1980: 160 000) Ausländer.

Es spricht sich in den fernsten Ländern herum

Diese überdurchschnittliche Zunahme ausländischer Hilfeempfänger resultiert aus dem seit 1985 angewachsenen Zustrom von Asylbewerbern, die vor einer Anerkennung keiner Arbeit nachgehen dürfen, die aber auch nach einer Ablehnung in der Masse nicht abgeschoben werden.

Da es sich in den fernsten Ländern der Erde herumgesprochen hat, daß man hier von Sozialhilfe besser leben kann als von harter Arbeit zu Hause, ist für die Gemeindekassen abzusehen, daß sie über kurz oder lang zahlungsunfähig sein werden.

Das wird dann alle sozialhilfebedürftigen Deutsche treffen, die Alten, die Pflegebedürftigen, in erster Linie aber auch die Jugendlichen, die Schulabgänger und arbeitslosen Berufsanfänger, die wegen fehlender Beitragszahlungen keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Wenn diese Zusammenhänge den betroffenen Deutschen eines nicht mehr fernen Tages klarwerden, die im Augenblick noch von einer aufwendigen Propaganda der Parteien, Kirchen und Gewerkschaften gegen



Bundeskanzler Kohl müßte im Interesse der Länder und Gemeinden eine andere Asylpolitik betreiben.

angebliche »Ausländerfeindlichkeit« eingestimmt werden, dann wird dieses Problem nicht nur zu einem Sprengsatz für die Gemeindekassen, sondern für das Parteiensystem und den sozialen Frieden.

Volksbewußte, sich um die Zukunft und das Wohl unseres Volkes wie auch um das Schicksal der in der Fremde entwurzelten Ausländer sorgende Deutsche haben seit Jahren warnend auf diese Gefahren einer verfehlten Politik hingewiesen. Sie wurden dafür diskriminiert und als »ausländerfeindlich« geächtet.

Radikale Umkehr der Politik

Wenn die Folgen dieser Politik nun aber mehr und mehr am eigenen Leibe zu spüren sein werden, und es dadurch zu einer tatsächlichen Ausländerfeindlichkeit der Betroffenen kommen wird, ist das ebenso schlimm wie verständlich.

Jeder verantwortungsvolle Deutsche muß es sich deshalb zur Aufgabe machen, vor falschen Feindbildern zu warnen:

Nicht die Ausländer sind schuld – auch Millionen Deutsche würden in ein Paradies mit offenen Türen strömen, wenn sie es anderswo sähen –, schuldig sind die etablierten Parteien in Bonn, in den Ländern und Gemeinden, die trotz aller Erkenntnis der katastrophalen Zukunftsaussichten eine radikale Umkehr ihrer Politik ablehnen.

Gegen sie aber gibt es ein höchst einfaches, urdemokratisches Mittel: Abwählen! □

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 27. Dezember 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Zivilschutz

Eine Pille gegen Atomkatastrophen

Karl Philipp

Wenn zwei sich streiten, freut sich bekanntlich der Dritte. Viel Wahres birgt dieses Sprichwort. Aber nicht immer trifft es den Nagel auf den Kopf. Sollten sich beispielsweise die USA und die Sowjetunion einmal so sehr »zanken«, daß die »Fetzen« fliegen, kommt für uns Deutsche alles andere als Freude auf. Selbst jene, die es den drei Affen gleichtun und Augen, Ohren, Mund verschließen, wissen mittlerweile Bescheid.

Im Falle eines militärischen Konfliktes zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, werden uns unsere »Freunde« aus Übersee in aller Freundschaft der atomaren Vernichtung preisgeben. Das ist festgeschrieben in den derzeit gültigen NATO-Strategien und wird jährlich erprobt in deutsch-amerikanischen »Freundschaftsmanövern«.

Den Bürgern die Angst nehmen

Aber unsere allzeit auf Fürsorge bedachte Bundesregierung wird uns in Kürze wenigstens die Angst davor nehmen, unsere Freunde der westlichen »Wertegemeinschaft« könnten uns in einem Anfall liebestoller Benommenheit einer durch Tausende von Atombomben zum Kochen gebrachte Nordsee, einem durch einen nuklearen Orkan zur Wüste gewordenen Land sowie einer durch unzählige niederprasselnde Kernwaffen-Kurzstrekkenraketen zum Glühen gebrachte Alpenlandschaft aussetzen. Wie macht die Bundesregierung das?

Durch Aufkündigung ihrer Mitgliedschaft in der Selbstmordallianz NATO? Durch eine Neutralitätspolitik, die die einzig möglichen Täter eines Atombomben-Holocausts – USA und UdSSR – zum Abzug aus ihren besetzt gehaltenen deutschen Teilstaaten bewegen müßte? Durch die Ausschaltung der Ursache, dem Nichtvorhandensein von Tätern und Tatwaffen? Nein, viel einfacher!



Hiroshima: Noch heute leiden 370 000 Menschen an den Folgen der Strahlen der ersten »primitiven« Atombombe.

Roland Tichy von der »Wirtschaftswoche« fand heraus, daß das Bundesamt für Zivilschutz derzeit emsig nach Psychopharmaka suchen läßt, die Euphorie, Ruhe und Schmerzlosigkeit vermitteln. »Ängstliche Gemüter«, so düngt es unserer vorausschauenden Bundesregierung, »könnten die atomare Verteidigungsbereitschaft gefährden«.

Was sollen denn die Freunde von uns denken, wenn wir auf einmal nicht mehr zu Tode beschützt werden wollen. Das können wir unseren Befreiern wirklich nicht antun. Uns erst befreien, teilen und besetzen – Verzeihung, beschützen – zu lassen und hinterher das vorgesehene Kampfgebiet auch noch als Überlebensraum beanspruchen wollen. Dafür wurden wir ja wohl nicht »befreit«?

Pillen, die die Angst nehmen

Und verdient haben wir es schon gar nicht. Oder? Jedenfalls werden wir unserer atomaren Zukunft bald zuversichtlicher entgegengehen können. Pillen, die uns die Angst nehmen, sollen bewirken, »daß wir mit kühlem Verstand bis zum Schluß alle militärischen Atom-Operationen« unserer lieben Freunde »tatkräftig unterstützen«.

Dann werden wir das bizarre Zucken der Atomblitze »völlig entspannt, schmerzfrei und glücklich« als künstlerisches Feuerwerk zu schätzen wissen. Diejenigen von uns, die in einem der wenigen Atombunker Platz finden, werden auf einer Liege träumend einer verseuchten Zukunft entgegen halluzinieren.

Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) läßt derzeit die Möglichkeit untersuchen, ob es machbar ist, Pillen gegen die Angst vor Krieg und Tod herzustellen. Das BZS ist zuständig für großräumige Katastrophen, wie etwa Krieg, die die Leistungsfähigkeit der Landesbehörden übersteigen. Der Forschungsansatz führt aus, daß Angst einerseits als normale Angst auf eine bedrohliche Situation auftritt und für die Bewältigung der Bedrohung durch diese Situation notwendig sein kann. Angst kann sich allerdings auch verselbständigen oder als übermäßige Reaktion vorkommen und dann eventuell notwendige Reaktionen beeinträchtigen.

»Bessere Kenntnisse über die biologische Entstehungsmechanismen«, so heißt es weiter bei den Zivilschützern, »würden auch die bessere Bewältigung von bedrohlichen Situationen ermöglichen«. Um Selbstzerstörung durch Panik zu verhindern, soll bis 1992 an der Psychiatrischen Klinik der Universität München der Einsatz moderner Psychopharmaka – Weiterentwicklungen traditioneller Mittel wie Valium – untersucht werden.

Der Pharmacocktail für den Krisenfall wirkt angstlösend, schmerzdistanzierend, aggressionshemmend, hebt Fluchtreaktionen und motorische Aktivitäten auf. Ja, die Zivilschützer treiben ihre Liebenswürdigkeit auf die Spitze und entwickeln für uns ignorante und undankbare Bevölkerung eine Pille, die uns wie Opium und LSD mit euphorisierenden Traumbildern beglücken wird. Bereits 1982 bestellte das Bundesamt 2,3 Millionen Valium-Tabletten sowie andere Beruhigungsmittel.

Neu ist, daß Psychopharma gezielt über ihre seit Jahrzehnten bekannten Wirkungen hinaus für den großen Krisenfall erforscht werden. Schon seit 1986 wurden in einem laufenden Programm die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Die Wehrpsychiater sorgen sich zunehmend um die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr. Durch Panik könnte der Wehrwille nämlich untergraben werden. So weist der renommierte Hamburger Neurologe und frühere Bundeswehrberater Rudolph Brickenstein in einem Aufsatz im »Hamburger Ärzteblatt« darauf hin, daß eher die Androhung eines Einsatzes von ABC-Waffen zu einer alles vernichtenden Panik führen könne, als der Einsatz selbst. Und das ist nicht im Sinne des Erfinders. □

Sinnvolle Geschenkideen für »CODE«-Leser – vorgestellt vom *VITAL*-Versand Tien:

neues – bewährtes – besonderes

NEU: Elektrischer Fensterreiniger

ohne Wasser-ohne Reinigungsmittel-in Sekunden glasklare Fenster



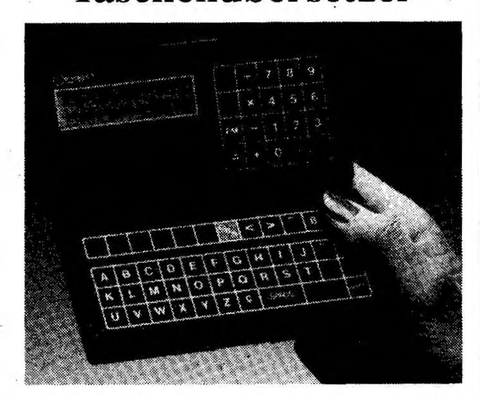
Endlich können Sie einfach und problemlos ohne Wasser, ohne Reinigungsmittel, ohne Kraftanstrengung Fenster und alle glatten Flächen reinigen. **Keine Streifenbildung.** Keine Schlieren. Der **Blitz-Blank-Meister** hat eine Reinigungsfläche von 20 x 8 cm und ist sehr handlich (nur 800 g schwer). Preis DM 198,00.

Einfachste Handhabung

Der neue elektrische Fensterreiniger Blitz-Blank-Meister funktioniert ohne großen Aufwand. Nach Aufheizen des Gerätes fährt man leicht über die zu säubernde Fläche. Eine leichte Dampfschicht zwischen der zu reinigenden Fläche und dem Gerät löst jeden Schmutz sorgfältig und sauber auf.

Wenn auch Sie in Zukunft auf moderne und einfache Weise Fenster putzen wollen, so fordern Sie Gratisprospekte des elektrischen Fensterreinigers telefonisch oder mit dem Coupon an. Bestellung des Gerätes auf Rechnung möglich.

elektronische Taschenübersetzer



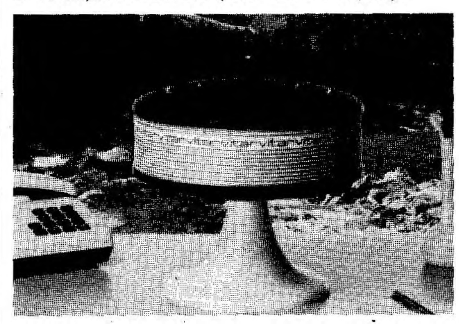
Der erste Übersetzungscomputer der Welt **Hexaglot** hat insgesamt **6 Sprachen** zur Verfügung. Hexaglot verfügt über einen **Wortschatz von 40.800** Wörtern insgesamt. In jeder der Sprachen **Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch 6.800 Wörter**. Zusätzlich pro Sprache **50 Redewendungen**, die es Ihnen ermöglichen, sich immer und überall verständlich zu machen.
Per Knopfdruck kann von jeder in jede Sprache übersetzt werden. Preis DM 398,00. **Hexaglot** kann **14 Tage zur Probe** angefordert werden. Verwenden Sie den Coupon oder rufen Sie einfach bei uns an (Telefon 0 59 21 - 40 74).

Auch bei uns erhältlich:
Langenscheidt alpha 40, der "Englisch-Profi" mit 40.000 Wörtern für Deutsch-Englisch. Mit unregelmäßigen Verben, persönlicher Datenbank und Taschenrechner. Preis DM 298,00.

Endlich Schluß mit Tabakqualm, Schmutzstoffen und Staub

Wohlbefinden durch "reine" Raumluft

Die Atemluft in **Wohn- und Schlafräumen, an Büro- und Arbeitsplätzen** wird mit dem patentierten und von der Universität in Bern empfohlenen **Raumluftreiniger und Ionisator VITAR** wirksam und sicher gereinigt; **ohne Wasser** und ganz **ohne Geräusche**! Lungengängige Schwebepartikel (wichtig **bei Zigarettenrauch**-Teerteilchen), **Schmutzstoffe, Bakterien, Ruß und sogar Viren, Pollen und Allergiestoffe** werden mit den VITAR-Ionen verbunden und am Gerät gesammelt. Dadurch effektive Beseitigung der Giftstoffe und keine tägliche Wartung und Pflege notwendig. Kein Luftzug. Geringer Stromverbrauch (nur 1 Watt). Preiswert (nur DM 478,00).



Für VITAR bieten wir Ihnen sogar einen 4-Wochen-Test ohne Vorauszahlung an, damit Sie sehen, was Sie ohne VITAR alles eingeatmet hätten.
Fordern Sie daher umgehend VITAR oder die Gratisprospekte an, um bald "reine" und somit gesunde Luft einatmen zu können.

Wählen Sie aus dem reichhaltigen Sortiment unseres Hauses sinnvolle und besondere Geschenke zu Weihnachten oder zu anderen Gelegenheiten aus. Auch für den Eigengebrauch eignen sich die Produkte bestens.
Anforderungen der Geräte oder Gratisinformationen können Sie schnell und einfach telefonisch oder mit dem Coupon vornehmen beim:
Spezialversandhaus
***VITAL*-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 7-11/3, 4460 Nordhorn, Telefon (0 59 21) 40 74 (0-24 h)**

☐ Bitte senden Sie mir schnellstmöglich über alle Artikel kostenloses Informationsmaterial.

Die Produkte haben auch mich begeistert und überzeugt. Ich fordere daher zur sofortigen Lieferung folgende Geräte an:

. . Stück **elektrische Fensterreiniger** DM 198,00
. . Stück **Hexaglot** 6 Sprachen DM 398,00
. . Stück **alpha 40** Dt./Engl. DM 298,00
. . Stück **VITAR** Raumluftreiniger DM 478,00

☐ zur Probe, zahlbar erst nach 14 Tagen oder Rücksendung des Gerätes
☐ auf Rechnung, +Versandspesen (ca. DM 5,00)
☐ per Nachnahme, ohne Versandkosten

Vorname Name

Straße und Hausnummer Telefon

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

VITAL-Versand Tien GmbH, 4460 Nordhorn

DDR zahlt für Streiks in der Sowjetunion

Die DDR zahlt einen hohen wirtschaftlichen Preis für die zweifelhafte Ehre, Moskaus Liebling zu bleiben. Die Sowjetunion wende sich mehr und mehr an die Mitteldeutschen, um die durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch in der sowjetischen und anderen Ostblockwirtschaften aufgerissenen Lücken zu stopfen. Mitteldeutsche, verlautet aus einer Informationsquelle, fürchten, daß sie im kommenden Winter unter Kohlenknappheit leiden werden, weil ihre Kohlenbergwerke, die durch die kürzlich stattgefundenen Bergarbeiterstreiks in der Ukraine und Sibirien verursachte verringerte Kohlenerzeugung, ausgleichen müssen.

Die steigende Nachfrage nach hochwertigen Textilien, Mikrorechnern und anderen dringend benötigten Verbrauchs- und Anlagegüter haben die DDR-Wirtschaft stark unter Druck gesetzt. Dies hat eine weitverbreitete und wachsende Verstimmung gegen das kommunistische Regime und die Sowjetunion unter den Arbeitern in den Fabriken hervorgerufen, und viele der nach dem Westen strömenden Flüchtlinge sind gelernte junge Arbeiter aus solchen Fabriken.

Die herrschende SED selbst hat große Probleme bei ihrem Versuch, die Unruhe unter den Arbeitern und die Notwendigkeit, den sowjetischen Lieferungsbedürfnissen nachzukommen, unter einen Hut zu bekommen.

Es gibt sogar Hinweise auf einen breiteren Trend zur heimlichen, wenn auch verhaltenen Behinderung des Produktionsprozesses in mitteldeutschen Fabriken. Arbeiter, deren Fabriken keine Ersatzteile oder Industriebauteile mehr haben, weil sie durch das Versagen an anderer Stelle nicht rechtzeitig geliefert werden, werden häufig zu Aushilfsarbeiten, wie das Anstreichen und die Renovierung von Fabrikhallen abgestellt. Oft werden Arbeiter zu Arbeitsstellen außerhalb ihrer eigenen Werke versetzt.

Die Ableistung dieser unpopulären Ersatzarbeit hat sich immer mehr zu einer Form der Demonstration oder des Protestes gewandelt. Wenn die verspätete Lieferung von Bauteilen und Ersatzteilen endlich eintrifft, ist niemand da, um sie abzuladen oder an ihnen zu arbeiten. Die Arbeiter machen ihre Ersatzarbeit hartnäckig weiter oder sind einfach nicht rechtzeitig verfügbar.

Als Reaktion darauf hat die SED des öfteren Werksdirektoren zu Parteiversammlungen geladen, um über »Probleme« zu berichten und ihnen ideologische Ermahnungen über ihre »sozialistischen Pflichten« zu erteilen. □

Für eine Verdoppelung des Brady-Plans

Ein neuer Bericht über die weltweite Schuldenkrise, der von dem in Helsinki ansässigen World Institute for Development Economics Research (WIDER) veröffentlicht wurde, ruft zu einer weiteren Verringerung der Schulden der dritten Welt, über die vom amerikanischen Finanzminister James Brady vorgeschlagenen Beträge hinaus, auf.

Laut »Financial Times« ruft der Bericht zu einer Schuldenverminderung in einem zweimal so hohem Ausmaß wie der Brady-Plan auf, »einer Verringerung der Handelsschuld der dritten Welt in Höhe von 125 Milliarden Dollar, zurückgekauft zu 40 Cents pro Dollar«.

Die »Financial Times« bezeichnet dies als »wahrscheinlich den detailliertesten und weitreichendsten Vorschlag einer angesehenen Körperschaft bis heute. Der Vorschlag hat weltweite Anerkennung gefunden, nicht zuletzt dank des Kalibers seiner Verfasser«.

Der Brady-Plan ist weitgehend kritisiert worden, weil er den mit Schulden belasteten Ländern so wenig Hilfe biete, daß er fast bedeutungslos sei. Die Ausarbeitung dieses Berichts stand unter der Leitung von Johannes Witteveen, dem ehemaligen leitenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) und somit eines der Architekten der derzeitigen Schuldenkrise. Unter ihm arbeiteten unter anderen der ehemalige französische Premierminister Raymond Barre; der ehemalige brasilianische Finanzminister Luiz Carlos Bresser Pereira; der Vorsitzende des Rats der Wirtschaftsberater der indischen Regierung Sukhamoy Chakravarty; der ehemalige nigerianische Staatschef General Obesanjo; der ehemalige Präsident der Bank for International Settlements Fritz Leutwiler; der Brown Brothers Harriman Banker Robert Roosa; und der Wirtschaftswissenschaftler an der Harvard University Jeffrey Sachs, dessen »Schockbehandlung« als wirtschaftspolitischer Berater für Bolivien dazu beitrug, den Produktionssektor der dortigen Wirtschaft zu zerstören, wodurch den Anbauern von Kokain der Weg bereitet wurde.

In einem anderen fast gleichzeitig herausgegebenen Bericht wird die Gründung eines »Weltwirtschaftsrates« zur Überwachung der Weltschulden und -wirtschaftskrisen gefordert. □

Weltbank bezweifelt weltweite Erwärmung

Beamte der Weltbank sind skeptisch in bezug auf unwissenschaftliche Behauptungen, daß die »Treibhauswirkung« den Planeten aufwärme. Ein vertrauliches Dokument der Weltbank nennt die Voraussagen über eine weltweite Erwärmung »Mutmaßungen« und das besagt, daß solche Voraussagen zu ungewiß seien, um die Begrenzung von Darlehen an Länder der dritten Welt allein aus Umweltgründen zu rechtfertigen.

Diese interne Denkschrift diente als Grundlage für eine politische Erklärung durch Weltbankpräsident Barber Conable in Tokio auf einer internationalen Konferenz über weltweite Umweltfragen. Inzwischen haben die Länder der dritten Welt das Papier der Weltbank gegen den sogenannten Treibhauseffekt und seine Wirkung unterstützt. □

Afrika warnt: Schulden-bombe kann hochgehen

Afrikanische Beamte, die in Kairo zu einem Seminar zusammentrafen, veranstaltet durch die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU), warnen die Gläubiger, daß Afrika seine Schulden nicht bezahlen kann, und daß die Schuldenbombe jederzeit hochgehen kann. Die Beamten versuchen den Druck zur Herbeiführung einer internationalen Konferenz über die Auslandsschulden des Kontinents in Höhe von 240 Milliarden Dollar zu verstärken.

»Bis zum Jahr 2002 könnte die Gesamtschuld Afrikas explosionsartig bis auf 1,500 Milliarden Dollar ansteigen«, heißt es warnend in einem für die Delegierten erarbeiteten Mitteilungsblatt. »Wenn die Leihbedingungen mittelfristig und langfristig beibehalten werden, dann ist die Bedienung dieser schnell anwachsenden Schuld nicht mehr aufrechtzuerhalten.«

Die OAU, die jetzt von Ägyptens Präsident Hosni Mubarak geleitet wird, beklagte sich darüber, daß die vorgeschlagene Konferenz keine internationale Resonanz gefunden hat, und daß einige der Maßnahmen, die auf ihr besprochen werden sollten, nicht verstanden worden sind. Ein Seminarpapier beschrieb die Reihe der von den Gläubigern in den letzten Jahren ergriffenen Initiativen, um Afrikas Schuldenlast zu mildern, als wenig hilfreich. Die Auslandsschuld sei das Haupthindernis für Wachstum in Afrikas Wirtschaften, die von fallenden Preisen für die hauptsächlichen Ausfuhren des Kontinents, Mineralien und landwirtschaftliche Produkte, und von Bürgerunruhen und Trockenheit betroffen worden seien, heißt es in diesem Papier.

Eine Verlangsamung in der Auslandshilfe und ein schnelles Ansteigen der fälligen Schulden, die in einigen Ländern schon die Exporteinkünfte übersteigen,

haben den ärmsten Kontinent der Welt in einen Netto-Exporteur von natürlichen Rohstoffen verwandelt. □

Einkommensquellen von US-Städten sind erschöpft

Amerikanische Großstädte haben ihre Einkommensquellen erschöpft, heißt es in einem neuen Bericht, der von dem National League of Cities (Staatlicher Städtebund) herausgegeben wurde.

Der Bericht legt dar, daß örtliche Beamte Investitionen in grundlegende Infrastruktur, wie den Straßenbau, annullieren und alles zusammenraffen, um wichtige Sozialprogramme über Wasser zu halten.

In einem seltenen Eingeständnis, daß die Sparprogramme soziale Unruhen hervorrufen, sagte ein Offizieller des Städtebundes: »Wir stehen vor einer wirklich ernsthaften Bedrohung unserer Stabilität und Zukunftsaussichten.«

Bürgermeister Moran aus Alexandria, US-Bundesstaat Virginia, fügte hinzu, daß amerikanische Großstädte ihre Möglichkeit, Gelder aufzutreiben, bereits erschöpft haben. 1979 erhielten die Städte 55,5 Milliarden Dollar von der amerikanischen Bundesregierung; 1989 werden sie nur 15,8 Milliarden bekommen. Der Betrag für 1990 ist auf dem Stand von 1989 eingefroren. Aber anstatt zu Änderungen in der Wirtschaftspolitik aufzurufen, mit denen der Produktionsausstoß regeneriert werden könnte, forderte der Städtebund, daß dem US-Verteidigungshaushalt Gelder entzogen und den Städten zugeteilt werden sollten. □

Indien plant Erweiterung des Atomkraft-Programms

M. R. Srinivasan, Vorsitzender des indischen Ausschusses für Atomenergie, sagte vor der Presse, daß Indien zwölf neue Kernreaktoren mit einer Leistung von je 235 Megawatt und sechs Reaktoren mit einer Leistung von 500 Megawatt baut, die bis zum Jahr 2000 fertiggestellt sein sollen als Teil der Verpflichtung Indiens zur Entwicklung einer Energieversorgung auf der Basis von Atomkraftwerken.

Außerdem werden zwei durch die Sowjets gebaute 1000-Megawatt-Reaktoren in diesem Zeitraum installiert. Laut Srinivasan wird Indien bis spätestens im Jahr 2000 32 Atomreaktoren in Betrieb haben, von denen 26 im Inland konstruiert und gebaut wurden.

Indien begann Ende der fünfziger Jahre mit seinem Atomenergie-Entwicklungsprogramm unter der Anleitung von Dr. Homi Bhabha. Nach dem ursprünglichen Plan von Dr. Bhabha beabsichtigt der indische Ausschuß für Atomenergie, den ersten im Inland gebauten Brüter bis spätestens 2005 zu installieren. □

Schwarzgeld bringt Finanzmärkte durcheinander

Eines der Hauptprobleme der Weltfinanzmärkte ist der riesige Strom an Schwarzgeld. Aus Kreisen europäischer Banker verlautet, daß jüngste Schätzungen der gesamten Schwarzgeldmenge der Welt auf 1,5 Billionen Dollar kommen, darunter 500 bis 600 Milliarden an direkten Drogeneinkünften. Jetzt, wo Länder versuchen, die Wäsche solch illegaler Geldströme abzuschneiden, ohne zum Ausgleich dafür die Liquidität aus dem herkömmlichen Bankwesen beträchtlich zu erhöhen, drohe die Gefahr, daß dies die Finanzschrumpfungen verschlimmern wird. Kürzlich erfolgte Razzien auf Drogenbanken von Luxemburg bis Panama einschließlich verschiedener in Paris ansässiger Nahost-Banken dienen als Beispiel für diese Behauptung.

Die Kennedy School of Government an der Harvard University, eine Institution, die beharrlich auf Legalisierung der Drogen hinarbeitet, hat indessen eine neue Studie herausgebracht, in der behauptet wird, daß die Bemühung der amerikanischen Regierung, den Strom von Marihuana ins Land zu stoppen, nur den inländischen Ausstoß der Droge begünstige.

Die von Mark Kleiman, einem ehemaligen Mitarbeiter des amerikanischen Justizministeriums unter Reagan, erstellte Studie besagt, daß Versuche, die Einfuhr von Marihuana zu unterbinden, tatsächlich die einheimischen Anbauer ermutigt. Kleiman klagt an: »Die natürliche Auswirkung des gewöhnlichen Drogengesetzvollzugs ist, daß die schwächsten Drogendealer vertrieben und die Gewinne der übrigen erhöht werden. Je mehr Gesetzesvollzug es gibt, desto besser machen sich Gewalt und Korruption bezahlt.« □

Die Philippinen hoffen auf eine Erholung

Zahlen, die das staatliche Amt für Statistik der Philippinen in Manila veröffentlichte, belegen, daß entgegen der Versprechungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) die philippinische Bevölkerung ärmer als je zuvor ist, und daß immer mehr Menschen am Rande des Verhungerns sind. Die Weltbank versprach den Philippinen, daß sie sich bis spätestens 1990 wirtschaftlich erholen werden, und die Philippinen befolgten jede einzelne Vorschrift der Weltbank.

Wie die Zahlen belegen, stieg das Bruttosozialprodukt in den ersten sechs Monaten um 5,3 Prozent im Vergleich zu 6,8 Prozent im gleichen Zeitraum 1988. Philippinische Wirtschaftswissenschaftler sagen, daß die Regierung mindestens sechs Prozent Wachstum beibehalten muß, um der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Inflation stieg inzwischen stark an und kam an 11,7 Prozent heran, ein weiterer Hinweis darauf, daß die angebliche wirtschaftliche Erholung dort ins Wanken gerät. Es war das erste Mal seit April 1987, daß die Inflationsrate in zweistellige Zahlen geriet.

Das staatliche Amt für Statistik sagt, die Hauptursache dafür sei der Anstieg der Nahrungsmittelpreise, da schwere Stürme im August in einigen Regionen zur Verknappung von Obst, Gemüse, Reis, Fisch und Molkereiprodukten geführt haben. □

Malaysia empfiehlt Abschreibung der Schulden

Malaysias Premierminister Dr. Mahathir Mohamed sagte auf einer Versammlung der blockfreien Länder, daß eine Abschreibung der gesamten oder fast der gesamten internationalen Schulden die einzige Lösung des Auslandsschuldenproblems sei, mit dem viele Mitglieder der Non-Aligned-Movement zu tun haben.

Dr. Mahathir meinte, daß die reichen Länder wegen der Abschreibung nicht bankrott gehen werden, und daß ihre Banken immer noch saniert werden können. Regierungen wie Handelsbanken müssen sich mit Verlusten abfinden.

»Die Gruppe der ›reichen Länder‹ hat es auf sich genommen, die Weltwirtschaft und Finanzen zu regeln, und die armen Länder leiden jetzt darunter«, sagte Mahathir. Eine Folge davon ist, daß Länder wie Malaysia durch die Aufwertung des Yen, in dem sie ihre Darlehen aufgenommen haben, jetzt doppelt so hohe Schulden haben. □



Banken

Zur Absicherung Rückgriff auf Rohstoffe

Klaus-Dieter Gerber

Die internationalen Banken haben eine Rückwendung weg vom sogenannten kreativen oder innovativen Banking hin zum traditionellen Banking beschlossen. Der Grund hierfür ist, daß die Banken vor einem von ihnen erwarteten neuen Crash die wichtigsten Märkte unter ihre Kontrolle bekommen wollen. Und dies scheint ihnen mittlerweile gelungen.

Angefangen hatte alles im März dieses Jahres, als Kreise einflußreicher Persönlichkeiten, unter ihnen der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, die neugewählte US-Regierung unter George Bush warnten, bis zum G-7-Gipfel in Paris zu beweisen, daß sie ernsthaft bemüht sei, ihr riesiges Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen. Doch es zeigte sich, daß die amerikanische Regierung zumindest bis Oktober 1990, dem Beginn des neuen Fiskaljahres in den USA, nicht bereit ist, diese von Schmidt im Namen dieser Männer geforderten Aktionen durchzuführen. Auf der anderen Seite wußte die Bush-Administration aber, daß die Warnungen dieser Gruppen ernst zu nehmen sind.

Die Inflation unter Kontrolle halten

Drei Dinge ließen sie nämlich aufhorchen. Dies war zum einen die nach Rund-um-die-Uhr-Gesprächen am 23. Juli 1989 zustande gekommene Kredit-Übereinkunft mit Mexiko, die Serie von Abstimmungsniederlagen im US-Kongreß über die von der Regierung gemachten Haushaltsvorschläge sowie die Warnungen der japanischen Notenbank, die Leitzinsen zu erhöhen, um die Inflation unter Kontrolle zu halten.

Dies alles läßt erkennen, daß die amerikanischen Gläubigerbanken, die beispielsweise auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel unter Kontrolle haben, beschlossen, das weltweite Finanzsystem umzustrukturieren, und zwar weg von den spekulativen Geschäften – des sogenannten kreativen oder innovativen Banking, in der Bundesrepublik auch bekannt als Reaganomics – hin zum sogenannten traditionellen Banking oder traditioneller Finanzierung.

Dieses löste große Erleichterung bei den Top-Finanz-Zirkeln Europas aus, die glauben, daß die Welt kurz vor einer neuen Serie von Finanzkollapsen steht. Für diese Kreise stellt sich nicht die Frage, ob es zu einem neuen Crash kommt, sondern wann dieser geschieht. Das veränderte Vorgehensmuster seit dem Pariser Gipfel ist ein sicherer Beweis, daß dieser Kollaps früher oder später wirklich kommen wird.

Zusätzlich kompliziert wird die Lage noch durch die innenpolitischen Probleme der UdSSR und durch die Entscheidungen der westlichen Staaten, der Sowjetunion Handelshilfen von insgesamt 15 Milliarden Dollar zuteil werden zu lassen. Nichtlieferungen würden jedoch die Gefahr eines Kollapses noch weiter vergrößern.

Die sogenannte mexikanische Kredit-Übereinkunft ist das beste Zeichen über das Ausmaß der Änderungen der Geschäftspolitik der Banken. Auch sollte dies beweisen, wie sehr die US-Regierung bemüht ist, ihre Finanzprobleme in den Griff zu bekommen.

Zur Vermeidung einer neuen Krise

Doch diese Übereinkunft wurde in der Woche nach dem Gipfel weiter ausgebaut. Neue Interessengruppen tauchten auf, und Zusatzvereinbarungen wurden zusätzlich in die Übereinkunft aufgenommen. Zu den »neuen Spielern« gehörten unter anderem die bereits erwähnte BIZ und die New Yorker Distriktsfiliale der US-Notenbank, Federal Reserve System (FED), unter der Leitung von Gerald Corrigan.

Zu den Zusatzvereinbarungen gehören unter anderem mit langfristigen Sicherheiten versehene neue Kredite an Mexiko zur Rückzahlung alter Kreditschulden sowie Lieferverträge mit festen Preisen. Die BIZ soll sich dabei bereit erklärt haben, weitere zwei Milliarden Dollar zur Übergangsfinanzierung bereitzustellen. Diesen zwei Milliarden Dollar soll eine weitere Überbrückungshilfe der Vereinigten Staaten in gleicher Höhe folgen.

Diese kurzfristige Bereitstellung von vier Milliarden Dollar zeigt, wie groß damals die Angst vor einem neuerlichen Kollaps war. Obwohl es bereits schon vorher Vermutungen gab, daß die BIZ und die Fed in Kreditverhandlungen involviert waren, konnten diese Beweise aber nur bei besonders schweren Finanzkrisen, wie beispielsweise in Mexiko 1982 und in Brasilien Ende 1988, erbracht werden.

Ein Beispiel für die Zukunft

Obwohl lediglich rund 200 Millionen Dollar ausmachend, gilt die langfristige Kupfervereinbarung, an der unter anderem elf Banken beteiligt sind, als »Beispiel für die Zukunft«. Der Grundgedanke ist nämlich, daß die Banken zu dem traditionellen Warengeschäft zurückkehren, sei es bei industriellen, Agrar- oder gar Energierohstoffen. Durch diese langfristigen, mit festen Preisen abgesicherten Verträge haben die Banken die Möglichkeit, auf diese Geschäfte Einfluß zu nehmen, unter anderem, wer der Endverbraucher ist.

Gleichzeitig wird dadurch, daß diese Lieferverträge in festen Händen sind, die Spekulation eingedämmt, die durch die verschiedenen Märkte und die vielen Arten der verschiedensten Optionen auf Waren-Indizes und ähnlichem entstanden ist. Außerdem sicherten sich aber die Banken durch diese mit festen Preisen versehenen Verträge vor einem eventuellen Kollaps und dem damit verbundenen Kursrückgang der Wertpapiere ab.

Besondere Bedeutung kommt dabei auch den sogenannten Swaps zu. Im Gegensatz zu Warentermin-Kontrakten, bei denen Verträge gehandelt werden, sind Waren-Swaps ein über Banken abgewickeltes Geschäft zweier Partner mit einer relativ langen Laufzeit und einem festen Kurs – wobei die Banken die Waren auch selber aufnehmen können. Diese Geschäfte unterliegen nicht der Kontrolle der amerikanischen Aufsichtsbehörden, da es sich eben nicht um unbestimmte Termingeschäfte handelt.

Es wird erwartet, daß die Größenordnung dieser Waren-Swaps von derzeit etwa zwei Milliarden Dollar auf 100 Milliarden Dollar ansteigen wird – immer bei gleichzeitiger Mitwirkung der Banken, die diese Swaps finanzieren.

Zur Absicherung der Macht

Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß die Banken durch diese neue Form einen starken Einfluß auf den Markt bekommen. Denn durch diese neuen Waren-Swaps entfällt der Handel und der Ausgleich über die Börse. Gleichzeitig erhalten die Banken dadurch aber auch einen gewichtigen politischen Einfluß, da sie eben die Waren unter ihrer Kontrolle haben. □

Goldminenaktien

Die Wolken sind verflogen

C. Gordon Tether

Die Appeasementpolitik der südafrikanischen Regierung gegenüber den Kommunisten, so widerwärtig sie auch für rechtsdenkende Menschen sein mag, ist kein ungemischter Fluch. Überraschenderweise war eine Folge der Weißen feindlichen Haltung von F. W. de Klerk, daß die Goldminenaktien des Landes zu einer attraktiven Anlage für Europäer und Amerikaner wurden.

Vor rund einem halben Jahr lenkte ich bereits die Aufmerksamkeit auf den steilen Anstieg, den die Werte der südafrikanischen Goldminenaktien – es war in der Größenordnung eines Drittels – gegenüber den äußerst tiefstehenden Kursen auf die diese in den ersten Wochen des Jahres gesunken waren, verzeichnet hatten. Das Verhalten der Goldbarren führte in diesem Zeitraum nicht zu einem solchen Vorteil.

Eine Wende für die Goldaktien

Wie ich sagte, mußte die Erklärung in einer Verringerung des unheilvollen Einflusses, den die Apartheid-Kontroverse auf diesen Teil des Anlagegebietes viele Jahre lang gehabt hat, gesucht werden.

Ein plötzlicher Einbruch in den Preisen des Metalles auf dem internationalen Edelmetallmarkt stoppte die Erholung kurz danach, und eine Zeitlang neigten die südafrikanischen Goldminenaktien dazu rückläufig zu werden. Aber sie fielen niemals auch nur annähernd auf ihre Tiefstände Anfang der achtziger Jahre zurück.

Darüber hinaus offenbarten sie in jüngster Zeit eine neue Stärke, die ihre Preise über die im Frühjahr erreichten Höhen hinaustrug; eine Entwicklung, die dadurch besonders bedeutungsvoll war, daß sie trotz der Tatsache eintrat, daß der Dollar-Preis für Goldbarren gleichzeitig nach unten gedrückt wurde durch die Stärke des amerikanischen Dollar auf den Devisenmärkten.

Die einzige plausible Erklärung für diese neue Wende in der Situation ist in den Entwicklungen in dem Kampf um die Apartheid zu suchen, die jetzt – unter anderen Dingen – in der wenig feierlichen Ablösung von P. W. Botha in Südafrikas Präsidentenvilla durch F. W. de Klerk, ehemaliger Führer der Regierungspartei im Parlament, ihren Ausdruck fanden.

Signal zur Neigung nach links?

Es ist Tatsache, daß Botha eine große Rolle dabei gespielt hat, den Abbau der sogenannten »kleinen Apartheid« – der Diskriminierung gegen Südafrikas schwarze Bürger in solchen Angelegenheiten wie die Anwendung der Paßgesetze, der Benutzung der öffentlichen Einrichtungen und ähnliche Dinge –, in die Wege zu leiten.

Wenn sein Weggang als Signal dafür gesehen wird, daß ein weiterer – und möglicherweise bedeutungsvoller – stufenweiser Abbau der Apartheid bevorstehen könnte, dann ist das so, weil sein Nachfolger angedeutet hat, daß er Ideen hat, wie die politische Trennung der schwarzen Gemeinde dadurch beendet werden kann, daß man ihnen eine Art von Wahlrecht verleiht.

Die Bedeutung, die diese neue Lageveränderung für den zukünftigen Verlauf der südafrikanischen Goldminenaktien haben könnte, ist nicht schwierig zu erfassen. Sie kann an dem Ausmaß des Schadens ermessen werden, der ihnen im Laufe der Jahre durch den Apartheidfaktor zugefügt wurde, ohne daß es – bis vor kurzem – ein Hinweis darauf gab, daß man mit seinem Verschwinden von der Bildfläche rechnen konnte, bevor zunächst ein gewaltiger politischer Umsturz eintritt, der in der Lage wäre, die Goldindustrie selbst zu zerstören.

So lagen in den Jahren 1984 bis 1986, als der Preis für Goldbarren zum letzten Mal innerhalb fast derselben Bandbreite schwankte, wie das kürzlich der Fall war – das heißt zwischen 350 und 400 Dollar pro Unze –, die Werte der südafrikanischen Goldminenaktien etwa um das zwei- oder dreifache höher als die durchschnittlichen Werte im laufenden Jahr bis heute. Die Produktionskosten der Industrie sind natürlich seit den Jahren 1984 bis 1986 beträchtlich gestiegen. Aber dieser Unterschied ist zum größten Teil auf das Eingreifen des Apartheidfaktors zurückzuführen.

Spielraum für eine Erholung

Daraus folgt, daß, sollte sich die Rolle des Apartheidkonflikts in absehbarer Zukunft wesentlich verkleinern, Spielraum für eine merklich größere Erholung der Aktienpreise von ihren Tiefständen Anfang dieses Jahres vorhanden sein dürfte, als wir bis jetzt wahrnehmen konnten – immer vorausgesetzt, daß der Preis des Metalles selbst nicht in wirklich verheerender Weise fällt.

Und was das betrifft, so deutet sein kürzliches Verhalten und die Abschätzungen der Experten nicht darauf hin, daß er im schlimmsten Falle etwas Ernsthafteres erleidet als ein weiteres geringfügiges Nachgeben gegenüber den Niveaus des laufenden Jahres.

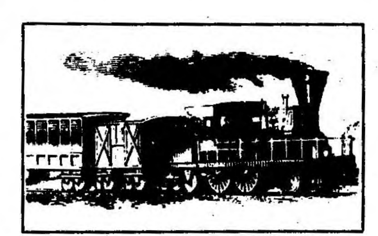
Was diese Botschaft für den Anleger besonders interessant macht, ist die Tatsache, daß es jetzt Gründe dafür gibt zu glauben, daß eine zusätzliche Wolke, die eine Zeitlang über dem südafrikanischen Goldminenaktienbereich des Aktienmarktes hing, sich so weit es sie betrifft jetzt anscheinend langsam auflöst. Es handelt sich um die Wolke, die sich durch Maßnahmen des amerikanischen Kongresses gebildet hat, den amerikanischen Angriff auf die Apartheid an der Sanktionenfront zu verstärken.

Die härteste Maßnahme, die die amerikanische Anti-Apartheid-Lobby ursprünglich in einem Gesetzesvorschlag einbringen wollte, der in diesem Jahr dem US-Kongreß vorgelegt werden sollte, hätte zur Folge gehabt, daß von Amerikanern verlangt worden wäre, sich von ihren Anteilen an den südafrikanischen Goldminengesellschaften zu trennen. Jetzt scheint die Begeisterung für derartige Formen der Intervention beträchtlich nachgelassen zu haben.

Es lohnt sich darüber nachzudenken

Ein Grund dafür ist, daß Südafrika dadurch, daß es Maßnahmen getroffen hat, seine Truppen aus Südwestafrika abzuziehen und auf andere Weise seinen Kritikern im Westen in gewisser Weise entgegenkommt. Ein weiterer Grund ist in dem stärker werdenden Gefühl zu sehen, daß man dem neuen südafrikanischen Präsidenten eine Chance einräumen sollte, die hohen Erwartungen in bezug auf die Verfassungsreform in seinem Lande, die er für sich selbst aufgebaut hat, zu erfüllen.

Dies scheint darauf hinauszulaufen, daß sich Anleger jeden Spielraum für Kursgewinne, den sie bei südafrikanischen Goldaktien wahrnehmen, zunutze machen können, ohne sich darüber Sorgen zu machen, daß man sie zwingen könnte, sich wegen einer Verordnung aus Washington in ziemlich naher Zukunft von ihren Erwerbungen zu trennen. Es lohnt sich daher, über die Sache nachzudenken. □



Zentralbanken

Kommt es zu einer Kontrolle?

C. Gordon Tether

In den Vereinigten Staaten gibt es endlich Anzeichen dafür, daß man sich der Gefahren bewußt wird, die darin bestehen, dem Zentralbankenarm der herrschenden Hierarchie bei der Ausübung solcher Funktionen, wie die Planung und Abwicklung der Geldpolitik des Landes, ein beträchtliches Ausmaß an Unabhängigkeit einzuräumen.

Eine Offenbarung dieser neuen Erkenntnis kann in der Kampagne gesehen werden, den Schleier der Geheimhaltung, der die Tätigkeiten des Federal Reserve System umgibt, dadurch zu lüften, daß es gezwungen wird, sich einer Rechnungsprüfung des General Accounting Office zu unterziehen.

Ein System, das wild gewachsen ist

Eine weitere Offenbarung ist die Entscheidung des Abgeordneten Henry Gonzales, Vorsitzender des House Banking Committee (Bankausschuß des Repräsentantenhauses), eine eingehende Studie des Federal Reserve Board anzuordnen mit der Begründung, dieses habe die Bankgesetze falsch ausgelegt, indem es den Banken neue Machtbefugnisse verlieh.

Die Bankpolitik, erklärte er, »ist zu einer weitläufigen formlosen Masse« geworden. Es sei Zeit, daß der amerikanische Kongreß die Herrschaft über ein »System, das wild gewachsen ist«, übernimmt.

Was hinter solchen Vorstößen liegt, ist die Feststellung der Bedrohung für die Fundamente der demokratischen Lebensart, die stillschweigend in den schweren Einbrüchen, die das Zentralbankwesen in den letzten beiden Jahrzehnten in das Gebiet der Wirtschaftspolitik im allgemeinen vorgenommen hat, auszumachen ist. Es muß jedoch erkannt werden, daß dieser unheilvolle Vorgang weltweit noch sehr stark im Aufstieg begriffen ist, weitgehend unterstützt durch einen bestimmten Gedanken, der sich immer mehr ausbreitet.

Beschützer der Preisstabilität

Es ist der Gedanke, daß eine der wirksamsten Möglichkeiten, das Inflationsübel einzudämmen, darin bestehe, den Zentralbankern die Rolle des Beschützers der Preisstabilität zuzuteilen, mit der Befugnis, jede Tätigkeit durch andere Stellen des Staates, die diese Sache gefährden könnte, durch Vetoeinspruch zu blockieren.

Die Zentralbank von Neuseeland überredete kürzlich tatsächlich die Labor-Regierung dazu, eine Gesetzgebung zu verabschieden, die ihr größere Unabhängigkeit von der Regierungskontrolle einräumt in solchen Angelegenheiten wie die Festlegung der Art von Geldpolitik, mit der die Preisstabilität am wahrscheinlichsten erreicht und beibehalten werden kann.

Ein weiterer Faktor, der in die gleiche Richtung zieht, ist der Vormarsch der Internationalisierung aller Formen des Wirtschaftsverkehrs. Es ist überzeugend dahingehend argumentiert worden, daß, wenn der neueste Vorstoß der Europäischen Gemeinschaft zur Einigung der Mitgliederstaaten eine Chance zum Erfolg haben soll, eine Sache von wesentlicher Bedeutung ist, nämlich die amtliche Kontrolle über das so überaus wichtige Gebiet des Geldes in den Händen ganz gleich welcher kombinierten Zentralbankorganisation, die aus dem Integrationsprozeß hervorgehen wird, zu zentralisieren.

Wie die Kritiker der ganzen Vision der europäischen Einigung zu bedenken geben, wäre dies weitgehend ein Fall von »Beherrschung durch Zentralbanker«.

Verwässerung staatlicher Souveränität

Es ist nicht schwierig zu erkennen, daß es keine Rechtfertigung dafür gibt zuzulassen, daß das Recht der Menschen, demokratisch regiert zu werden, in einer solchen Weise beiseitegeschoben wird, auch wenn dargelegt werden könnte, daß es ein reiner Segen wäre, den Bankern freie Bahn zu lassen. Schließlich, wenn derartige Abweichungen von den demokratischen Gepflogenheiten erst einmal zugelassen werden, wer kann sagen, wo die Verwässerung der staatlichen Souveränität enden wird?

Die Dinge liegen jedoch so, daß das Leistungsverzeichnis der Zentralbanken der Welt, rundum betrachtet, nicht so ist, daß man sich auf sie verlassen kann, das Richtige zu tun auch auf jenen Gebieten, auf denen ihr Fachwissen angeblich von einer hohen Rangordnung ist.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Programme zur wirtschaftlichen Erholung, die vielen unter Überschuldung leidenden Ländern der dritten Welt durch jene Superzentralbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) genannt, aufgezwungen wurden, oft katastrophale Folgen hatten, weitgehend weil sie die dadurch ausgelösten politischen Nebenwirkungen übersehen hatten.

Nicht weniger bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß die Zentralbanken aus ihrer Natur heraus dazu neigen, den Interessen der Banker im allgemeinen beträchtliche Sympathie entgegenzubringen. Die Folge davon ist, daß sie sich häufig in einer Weise verhalten, die für die Nation als Ganzes schädlich ist, in solch lebenswichtigen Gebieten wie Durchführung der Geldpolitik, der Handhabung der Zinssätze und so weiter; wobei die wahre Natur dessen, was sie tun, durch die Nebelwandtaktik verschleiert wird, über die sich Gonzales beschwert.

Die Schuld an der Schuldenkrise

Es ist eine Tatsache, daß über ein Jahrzehnt lang die Bank of England, Großbritanniens Zentralbank, sich hartnäckig dem Gedanken der Beschneidung des britischen Pfund Sterling auf einen realistischeren Kurs widersetzt hat, weil sie befürchtete, dies könne die Beziehungen des internationalen Finanzzentrums in London zu seinen überseeischen Kunden schwieriger gestalten. Die Folge war, daß Großbritannien ständig von einer Zahlungsbilanzkrise in die andere schlitterte, was für das allgemeine Wohlbefinden des Landes die schädlichsten Auswirkungen hatte.

Großbanken in aller Welt sahen sich dazu gezwungen, Jahr für Jahr Auslandsschulden in einem derartigen Ausmaß abzuschreiben, daß ihre Gewinne dezimiert und beträchtliche Erhöhungen der Gebühren für Dienstleistungen an ihre Kunden hervorgerufen wurden.

Darüber hinaus wirkte sich die Beseitigung der durch die Schuldenkrise hinterlassenen Unordnung dahin aus, die Volkswirtschaften einer ganzen Reihe von Ländern der dritten Welt lahmzulegen. Und das hat nicht nur deren eigene Bevölkerung hart getroffen; es hat sie auch gezwungen, eine Handelspolitik einzuschlagen, die ihre ehemaligen Lieferanten in der industrialisierten Welt ebenso hart getroffen hat – vor allem in den Vereinigten Staaten.

Da das Zentralbankwesen den Vorsitz über die Tätigkeiten der kommerziellen Bankwelt hatte, die zu dieser unglücklichen Notstandssituation führten, ist eine Sache klar, nämlich daß die Zentralbanken nicht nur wegen ihrer Einbrüche in die Demokratie unter viel schärfere öffentliche Überwachung kommen sollten, sondern auch weil man ihnen kein Vertrauen schenken kann, daß sie die ihnen zugestandene Unabhängigkeit auch in verantwortungsbewußter Weise wahrnehmen. □

Schulden

Japaner wollen zusammenarbeiten

Warren Hough und George Nicholas

Die gute Nachricht lautet, daß den Vereinigten Staaten ein rüdes Erwachen bevorsteht, das verspricht einem der zerstörerischsten derzeitigen Trends ein Ende zu bereiten: den massiven Defiziten. Eine neue Studie der internationalen Kreditagenturen hat Schockwellen durch die amerikanische Regierung gesandt.

Ein Frösteln ging auch über die Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) hinweg. Die Ursache des Fröstelns sind Berichte und Studien, in denen die internationalen Schulden als »Zerstörer der Nationen« – sogar der mächtigsten Nation, der Vereinigten Staaten – dargestellt werden, wie ein japanischer Überblick es ausdrückte.

Der Sturz der USA

Finanzminister, Zentralbanker und andere Großgeldmanager aus 152 Ländern, die sich alljährlich zu dem gemeinsam vom IWF und der Weltbank organisierten Treffen zusammenfinden, freuten sich auf die übliche Runde von Banketts, Empfängen und anderen Galaabenden, als sie sich in diesem Jahr in Washington trafen. Aber was sie statt der erwarteten Unterhaltung vorfanden, war eine Reihe von vertraulichen Papieren und Dokumenten, die ein krasses Licht auf die durch die weltweite Schuldenkrise verursachte Verwüstung warfen.

Was die versammelten Finanzleute am meisten erschreckte, war eine vertrauliche japanische Studie, in der offen gesagt wird, daß die Vereinigten Staaten ihren Anspruch auf die Führung der Weltwirtschaft dadurch verloren haben, daß sie zu »Schulden-Abhängigen« geworden sind.

IWF-Delegationen aus Japan und einigen anderen asiatischen Staaten gingen nach dem Bericht über den Sturz der Vereinigten Staaten gleich weiter und verlangten, daß der IWF ein neues Management unter Toyo Gyohten, Japans stellvertretender Finanzminister, akzeptiert.

Das privat in Umlauf gebrachte Dokument, das das IWF-Palaver in Verwirrung brachte, war gemeinsam vom Forschungsinstitut Nomura und der japanischen Regierung erarbeitet worden.

Es war bekannt, daß Nomura Research, der Nachrichtenarm der größten Effektenmaklerei Japans – jetzt auch die größte der Welt –, über ein Jahr lang zusammengetreten war, um mit Hilfe von ausgeklügelten Rechnertechniken die Daten für seine Studie über die rückläufige amerikanische Wirtschaftsstärke zu analysieren. Das Ergebnis: Tatsachen und Schlußfolgerungen, die nach den Worten von Karl-Otto Poehl, dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, »sogar den klügsten westlichen Bankern das Zittern beigebracht haben«.

Eine erschütternde Gesamtbilanz

Die amerikanischen Nettoschulden, die bereits »besorgniserregend hoch« sind, werden sich bis 1995 auf den Stand von 1,3 Billionen Dollar, um mehr als das Doppelte, erhöhen, wie aus der Nomurastudie hervorgeht. Diese erschütternde Gesamtsumme der US-Auslandsschuldscheine wird dann 17 Prozent des Bruttosozialprodukts des Landes ausmachen.

Im gleichen Zeitraum werde Japans Netto-Gläubigersposition weltweit ebenfalls steigen, auf mehr als 700 Milliarden Dollar. Die sich daraus ergebende Lükke von etwa zwei Billionen Dollar zwischen Japan und den Vereinigten Staaten wird dieses Land zu der Position zurückstufen, die jetzt von einigen größeren Schuldnerländern der dritten Welt eingenommen wird, warnt die Studie.

Unter der Annahme, daß der durchschnittliche Zinssatz für Amerikas Außenschulden bei 8,5 Prozent liegen wird – er könnte höher sein, warnt das Papier –, dann besteht die Aussicht, daß Mitte der neunziger Jahre etwa zehn Prozent des Bruttosozialprodukts der Vereinigten Staaten für die Zahlung von Zinsen, Dividenden und Pacht an ausländische Gläubiger, hauptsächlich Japan, draufgehen werden.

Die japanischen Forscher fanden heraus, daß Amerikas Abstieg in Schulden von übermäßigen Spekulationen und künstlich überreiztem Verbrauch gefördert wurde und zu einem Verlust an realer Produktionskraft geführt hat. »Im Augenblick machen Dienstleistungsindustrien in den Vereinigten Staaten mehr als 75 Prozent der bezahlten Beschäftigung und fast die Hälfte des realen Bruttosozialprodukts aus«, stellt die Studie fest.

Der Aufstieg Japans und Westeuropas

»Wenn der von Dienstleistungen getriebene Prozentsatz der amerikanischen Wirtschaft sich gegenüber seinem derzeitigen Stand nicht ändert, dann wird das vorausgesagte Wachstum des Bruttosozialprodukts jährlich um 0,5 Prozent verlangsamt werden.«

H. Erich Heinemann, Chefwirtschaftler einer großen Investitionsbank an der Wall Street, erklärte das so: »Das mag wie ein kleiner Unterschied aussehen, aber über die Jahre hinweg wird die kumulative Auswirkung verheerend sein.«

Die japanische Studie argumentiert ebenso. Indem sie feststellt, daß die Löhne und Gehälter in Amerika »jetzt schon niedriger als in Japan oder Europa liegen«, weist die Studie warnend darauf hin, daß 1995 Japans Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt das Amerikas um erstaunliche 33 Prozent übersteigen wird.

Der Aufstieg Japans und Westeuropas im Vergleich zu Amerikas katastrophalem Niedergang »wird zwangsläufig eine dramatische Auswirkung auf den Lebensstil in diesen Ländern haben», warnt Heinemann. Die Vereinigten Staaten werden nicht mehr zu den reichsten Ländern der Welt zählen, in denen das Streben nach einer besseren Lebensqualität vorherrscht und den Bürgern einen höheren Lebensstandard verspricht.

Als die internationalen Schulden sich in den sechziger und siebziger Jahren aufzublähen begannen, behaupteten die Banker und Bürokraten, die damals die sich entfaltende Kreditwirtschaft leiteten, daß die meisten Leute davon profitieren würden: Riesendarlehen würden die Produktivität anreizen und die Erwartungen der sogenannten weniger entwickelten Länder steigern.

»Genau das Gegenteil war richtig«, sagte Frederick Daninos, ein französischer Wirtschaftsanalytiker bei der IWF-Zusammenkunft. »Die Schulden haben den Lebensstandard der dritten Welt zerstört und Hunderte von Millionen zum Hunger und ständig geringer werdenden Einkommen verurteilt.«

Sehen die Amerikaner, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen, einem ähnlichen Schicksal entgegen: geringere Bezahlung, geringere Kaufkraft und von Jahr zu Jahr größere Not? »Wenn das Wachstum der amerikanischen Industrie-Investitionen über den derzeitigen niedrigen Stand nicht mehr hinausgeht, dann wird die amerikanische Wirtschaft stagnieren und der Produktionsrückgang des Landes wird nicht mehr umzukehren sein«, warnt die Studie. □

Die Totenbücher von Auschwitz

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS verbreitete folgende Meldung: »Moskau. Die Schicksale von Bürgern vieler Länder – Opfer des Zweiten Weltkrieges – zu ermitteln, werden die Namenskarten von 130 000 Häftlingen von Auschwitz und die Totenlisten des Konzentrationslagers helfen, die in sowjetischen Archiven entdeckt wurden. In 46 umfangreichen Bänden sind ausführlich Tag für Tag und Stunde für Stunde die Todesakten von mehr als 74 000 Menschen festgehalten, ihre Namen, Geburtsjahr und die Namen der Eltern. Das teilte Valentina Fatjuchina, Leiterin der Hauptabteilung für Ermittlung beim Internationalen Roten Kreuz, in einem TASS-Gespräch mit.

Daß es diese Bücher in der Sowjetunion gibt, war schon lange, seit dem Jahr 1964, bekannt, als in Frankfurt am Main ein Prozeß gegen die Schergen von Auschwitz stattgefunden hat. Der sowjetische Vertreter, der in diesem Prozeß auftrat, hatte damals einige dieser Bände vorgelegt. Wie Valentina Fatjuchina weiter sagte, wurden bei der Befreiung Europas vom Faschismus durch die Sowjetarmee die entdeckten Materialien dieser Art in die UdSSR überführt. Sie gerieten jedoch in verschiedene Archive, was die Suche nach ihnen erschwert habe.

Viel Kraft, um die Bände zu finden, wandte auch Valentina Fatjuchina selbst auf. Es waren Jahre unermüdlicher Arbeit, endloser Eingaben und Anträge bei offiziellen Einrichtungen erforderlich, denn viele Archive waren in jenen Jahren unzugänglich. Erst in den letzten etwa eineinhalb Jahren, nachdem der Zugang zu den Archiven erleichtert wurde, konnten die Dokumente gefunden werden. Übrigens hat von der Existenz von 130 000 Karten von Häftlingen des Konzentrationslagers niemand etwas gewußt. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes will unverzüglich mit der Arbeit mit diesen Dokumenten beginnen.« □

Ufo mit Außerirdischen gelandet

Sowjetische Wissenschaftler haben nach einer Meldung der amtlichen Moskauer Nachrichtenagentur TASS die Landung eines mit riesigen Außerirdischen bemannten Raumschiffs bestätigt. Die Wissenschaftler hätten festgestellt, daß »ein unbekanntes Flugobjekt kürzlich in einem Park in der russischen Stadt Woronesch landete«, berichtete die Agentur. Sie hätten »auch die Landungsstelle verifiziert und Spuren von Außerirdischen gefunden, die einen Spaziergang im Park gemacht haben«.

Wie TASS weiter schrieb, sahen Woronescher Bürger eine große, glänzende Kugel oder Scheibe über dem Park. Den Augenzeugen zufolge sei das Ufo gelandet, und drei oder vier menschenähnliche Wesen seien in Begleitung eines kleinen Roboters ausgestiegen. »Die Außerirdischen waren drei oder sogar vier Meter groß, mit sehr kleinen Köpfen«, zitierte die Agentur weiter. »Sie spazierten nahe der Kugel und verschwanden dann darin.« Die Zuschauer seien von einem Angstgefühl überwältigt worden, das mehrere Tage angehalten habe.

Den Leiter des Geophysikalischen Instituts von Woronesch, Genrich Silanow, zitierte TASS mit den Angaben, Wissenschaftler hätten bei der Untersuchung der Berichte eine 20 Meter weite Vertiefung mit vier tiefen Löchern und unidentifizierte Steinproben in dem Park gefunden. Auf den ersten Blick hätten diese tiefrotem Sandstein geähnelt. Mineralogische Analysen hätten jedoch gezeigt, daß diese Substanz nirgends auf der Erde gefunden werden könne. Allerdings seien weitere Untersuchungen erforderlich, um einen endgültigen Schluß ziehen zu können. □

Papst greift Nazi-Kommunismus an

Papst Johannes Paul II. griff in einem Hirtenbrief an katholische und Weltführer den Nazismus und Kommunismus als moralisch gleichwertig an.

»Das nazistische Heidentum und das marxistische Dogma sind beide im Grunde genommen totalitäre Ideologien und neigen dazu, zu Ersatzreligionen zu werden«, behauptet der Papst. »Der Nazi-Holocaust bleibe für immer eine Schande für die Menschheit.«

Der Papst wiederholte immer wieder, daß Antisemitismus in völligem Gegensatz zur christlichen Lebensanschauung stünde, und erinnerte seine Leser daran, daß Katholiken und andere auch unter dem Naziübel gelitten hätten. »Man muß sich auch daran erinnern, daß dieser mörderische Wahnsinn gegen viele andere Gruppen gerichtet war, deren Verbrechen es war, ›anders‹ zu sein, oder die gegen die Tyrannei der Besatzer rebellierten«, sagte der Papst.

In einem anderen Schreiben an polnische Bischöfe meint der Papst, der Hitler-Stalin-Pakt von 1938 sei das Todesurteil für die baltischen Staaten gewesen.

Weiter schreibt er: »Es ist schwer, gegen die Überzeugung zu kämpfen, daß die Nachkriegszeit nicht das Wachstum und den Fortschritt gebracht hat, die das polnische Volk sich angesichts der Verwüstung so sehr wünschte und benötigte.« Die Ära hat statt dessen »eine große sozialwirtschaftliche Krise« hervorgebracht und Polen müsse jetzt »das nachlassende Tempo – nicht nur auf die Wirtschaft beschränkt –, das die bittere Frucht des Systems ist, das die Macht ausgeübt hat, aufholen«. □

Moskau ruft nach einer eisernen Faust

Die sowjetische Wochenzeitung »Literaturnaja Gazeta« rief nach einer eisernen Faust, um mit den Krisen im Sowjetreich fertig zu werden. Die Zeitung druckte ein Gespräch mit Professoren vom Institut der Wirtschaft des Sozialistischen Weltsystems ab, deren Gedankengänge in den Untertiteln »Der Weg zur Demokratie führt durch die Diktatur«, »Ein Ausschuß der nationalen Rettung wird benötigt« und »Demokratie wird nur zur Stärkung des Führers gebraucht« zum Ausdruck kamen. Ihre Schlußfolgerung ist, daß Perestroika eine feine Sache sei. Sie könne aber nur dadurch erreicht werden, daß Gorbatschow zu einem Diktator wird, oder durch konservative Kräfte, die an seine Stelle treten. »Wird eine eiserne Faust gebraucht?«

Professor Andranik Migranyan schreibt: »Der ganze Weg der Weltzivilisation zeigt, daß die Modernisierung von Regimen wie das unsere«, das er als »totalitär«, politisch und primitiv in seiner Wirtschaft bezeichnet, nicht über Demokratisierung vonstatten gehen kann.

Professor Igor Klyamkin fügt hinzu, daß wirtschaftliche Umwandlung »niemals, nirgendwo, nicht für ein einziges Volk parallel mit Demokratisierung durchgeführt wurde, sondern einer mehr oder weniger langen Herrschaft autoritärer Regime bedarf«. Solche Reformen verursachen »Zentrifugalkräfte« und »wenn das Regime nicht in der Lage war, damit fertig zu werden, dann wurde es durch ein neues autoritäres Regime nach bonapartistischer Art ersetzt, das die gleichen Aufgaben anpackte, aber härter«.

Nach Migranyan wäre es die einzige nützliche Funktion des Kongresses der Volksabgeordneten zuzugeben, daß »sich das Land in der Krise befindet, die Wirtschaft in Scherben liegt, die soziale Lage katastrophal ist, die Beziehungen zwischen den Volksgruppen in eine Sackgasse geraten sind«, und daß er »dem Präsidenten ein Mandat für besondere außerordentliche Machtbefugnisse erteilt hat.

Und ihm die Möglichkeit gegeben hat, einen Ausschuß der nationalen Rettung zu bilden, wobei natürlich eine Zeitlang die Tätigkeit aller anderen Institutionen der Macht eingestellt werden. Hier ist es leicht, mich zu beschuldigen, ich neige zur Diktatur. Aber im Augenblick

bin ich für einen Diktator, eine Diktatur.«

Frankreich verurteilt Kissingers Politik

Der französische Außenminister Roland Dumas verurteilte die US-Politik gegenüber dem Libanon und das amerikanische Bündnis mit Syrien mit so scharfen Worten, wie sie noch nie aus Europa zu hören waren. Er machte seine Bemerkungen während einer Parlamentsdebatte in der Nationalversammlung nach einer Rede des Oppositionsführers Valéry Giscard d'Estaing, der verkündete, daß die Opposition fest hinter der Regierung und ihren Initiativen gegenüber dem Libanon stehe.

Dumas erhob sich, um den »bitteren Schlag« der US-Regierung gegen den libanesischen Premierminister Michel Aoun zu verurteilen. Er sagte, eine solche Politik stünde »im Einklang mit der Kissinger-Doktrin, die ein Bündnis mit Syrien begünstigt«. □

Sowjets warnen vor Stellvertreter-Krieg in Afghanistan

Der sowjetische stellvertretende Außenminister und Botschafter für Afghanistan, Yuli Worontsow, warnte davor, daß sich ein »amerikanisch-sowjetischer Krieg durch Stellvertretung« in und um Afghanistan herum entwickeln könnte wegen des sich vertiefenden Engagements der Vereinigten Staaten gegenüber den afghanischen Rebellenstreitkräften.

In einem exklusiven Interview mit der BBC sagte Worontsow, daß dies die »kürzlich eingetretenen Verbesserungen« in den globalen Beziehungen zwischen Moskau und Washington verderben und einen negativen Einfluß auf die Abrüstungsgespräche haben könnte. Er wies warnend darauf hin, daß die Lage in Afghanistan Moskaus Zustimmung in gewissen Regionen, für die die Vereinigten Staaten empfänglich sind, keine Schwierigkeiten zu machen, verhindern könnte.

Worontsow sprach von einer »gefährlichen Kette von Ereignissen« in Zusammenhang mit der kürzlichen Entlassung des CIA-Chefs, der die Hilfe für die afghanischen Rebellen überwachte. Er sagte, daß die Vereinigten Staaten jetzt direkt Mujaheddin-Generale bewaffnen, was vorher nicht der Fall war. Worontsow behauptete auch, daß die Vereinigten Staaten in Quetta einen Luftwaffenstützpunkt bauen und von einem Stützpunkt in Karatschi aus Piloten ausbilden. Die Bush-Regierung bewerte die sowjetische Politik in der dritten Welt völlig falsch.

Die festgelegte Meinung sei, daß das Kabul-Regime kein Standvermögen habe und Gorbatschow sich im Namen von besseren Beziehungen zu Washington mit einer Niederlage abfinden würde.

Im Rahmen einer Änderung in der amerikanischen Politik, ließen Regierungsbeamte in der »Washington Post« verkünden, sei ein US-Abgesandter mit dem ehemaligen König von Afghanistan, Zahir Shah, zusammengetroffen, der die Aktionen des fundamentalistischen Führers Hekmatyar, darunter das Massaker an anderen Guerilla-Führern, dafür verantwortlich macht, daß eine Meuterei der Truppen des sowjethörigen Najibullah auf breiter Basis verhindert und der Krieg verlängert wurde. □

Sowjetische Rüstung eine latente Bedrohung Japans

Die Sowjetunion bleibt trotz der kürzlichen Entspannung in den Ost-West-Beziehungen weiterhin eine starke militärische Bedrohung, teilte das japanische Verteidigungsministerium mit.

»Die Entwicklungen in den sowjetischen Fernost-Streitkräften stellen für Japan eine latente Bedrohung dar«, heißt es in dem Bericht. »Seit dem erstmaligen Auftreten von Dr. Gorbatschow als sowjetischer Führer im Jahr 1985 hat sich die Verstärkung oder Verbesserung in den sowjetischen Streitkräften weiter fortgesetzt, besonders im Fall der Marine- und Luftstreitkräfte im Fernen Osten«, sagte der Beamte des Verteidigungsministeriums, Yuuken Hironaka.

Der Bericht stellt fest, daß ein Drittel der sowjetischen strategischen Atomwaffen, wie interkontinentale und von U-Booten abzufeuernde ballistische Raketen, im sowjetischen Fernen Osten stationiert sind. neue Tu-95N Bear-Bomber, die in der Luft abzufeuernde Marschflugkörper mit sich führen, sind auch in der Region stationiert, außerdem noch eine Reihe von taktischen Atomwaffen.

Der Bericht belegt auch, daß Nordkorea seine militärischen Bindungen mit den Sowjets verstärkt und weiterentwickelte Jäger und Raketen kauft. In dem diesjährigen Weißbuch, das soeben freigegeben wurde, stellt das japanische Verteidigungsministerium fest: »Korea hat von der Sowjetunion einige Jäger vom Typ MiG-29 und Boden-Luft-Raketen erhalten, von denen angenommen wird, daß es sich um SA-5 handelt.«

Der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Abel Aganbegyan wies Hinweise darauf, daß die Sowjets vier kleine Inseln im Austausch für Investitionen an Japan zurückgeben werden, scharf zurück. »Nein, wir werden diese Inseln niemals aufgeben. Niemals. Wir brauchen die Japaner nicht.« □

Die Nonnen von Auschwitz

Die Streitfrage zwischen internationalen zionistischen Aktivisten und den polnischen Katholiken über das sich auf dem Boden des ehemaligen KZ Auschwitz befindliche Karmeliter-Kloster wurde anscheinend dadurch beendet, daß der polnische Kardinal Jozef Glemp seinen Irrtum eingestanden und gesagt hat, er sei sich über die volle Bedeutung des Holocaust für das Weltjudentum nicht im klaren gewesen, und daß er versprochen hat, das Nonnenkloster zu verlegen.

Was Glemp eigentlich hätte sagen sollen ist, daß er sich nicht über die wirkliche Macht und den Einfluß der Zionisten und vor allem der amerikanischen Judenheit im klaren war – selbst wenn es sich um den einst sakrosankten Vatikan handelt.

Diese traurige Kontroverse, die sich über mehr als zwei Jahre zusammengebraut hat und kürzlich übergekocht ist, dreht sich um die Frage, wer das moralische Eigentum von Auschwitz für sich in Anspruch nehmen kann. Die Zionisten beanspruchen das alleinige Eigentum mit der Begründung, daß sage und schreibe 2,5 Millionen von ihnen dort während des Zweiten Weltkriegs gestorben seien.

Die Polen beanspruchen das Eigentum teilweise für sich, weil schätzungsweise 1,5 Millionen Nichtjuden, in der Mehrzahl Polen, ebenfalls dort gestorben seien. Die polnischen Karmeliterinnen wollten für alle dahingeschiedenen Seelen beten. Aber die Zionisten sagten, Auschwitz sei geheiligter jüdischer Boden und müsse unberührt bleiben. Vor allem sollten sich keine katholischen Nonnen dort aufhalten, ganz gleich für wen sie beten.

Auschwitz ist ein jüdischer Schrein, heißt es stillschweigend, und niemand anderes hat ein Recht darauf.

Es war dumm von den Zionisten, über das Nonnenkloster in Auschwitz eine Streitfrage von derartigen Ausmaßen hervorzurufen. Und ihr Sieg wurde zu einem überhöhten Preis errungen. Und doch glauben sie offensichtlich, daß dies den großen Unwillen, den sie sich selbst nicht nur unter den Polen im besonderen und den Katholiken im allgemeinen, sondern auch unter den christlichen Gemeinden der Welt auf den Hals geladen haben, wert war. □

Europäische Gemeinschaft

Druck auf die USA

Oscar Boline

In den Anfangstagen des neuen europäischen Parlaments erwecken jene Mitglieder, die im Juni dieses Jahres neu gewählt wurden und inzwischen in Straßburg ihre Arbeit aufgenommen haben, einen weit stärkeren paneuropäischen Eindruck als ihre Vorgänger. Ironischerweise sind sie auch nationalistischer, zumindest in ihrer Gegnerschaft zu den Vereinigten Staaten, die, wie sie meinen, im kulturellen, politischen und militärischen Leben Europas zu dominierend sind.

Es ist offensichtlich, daß sie ein neues Tempo für Europa festlegen werden, eines mit dem die Vereinigten Staaten nur mit Mühe Schritt halten könne. Mit der Vereinigung der Europäischen Gemeinschaft (EG) zu einem Binnenmarkt, der für das Jahr 1992 geplant ist, und damit der größte Einzelmarkt der Welt geschaffen werden soll, wird der amerikanische Markt wohl oder übel nur noch der zweitgrößte der Welt sein.

Unabhängig von Wall Street und Washington

Das grundlegende Thema, das bei den Europa-Abgeordneten vorherrscht, ist die bewußte Stärke, Vitalität und Bedeutung Europas gegenüber dem Niedergang der Vereinigten Staaten als politische und wirtschaftliche Macht. Die Abgeordneten sind bereit, die Vergangenheit ruhen zu lassen und von jetzt ab allein weiterzumachen, unabhängig von irgendwelcher Politik oder Pläne, die von Washington, Wall Street und sogar von Hollywood vorgelegt werden.

Dieses selbstbewußte Vorgehen wurde augenscheinlich von dem Moment an, als der 88jährige Claude Autant-Lara seinen Platz als Vorsitzender über die Eröffnungszeremonien des neugewählten Parlaments einnahm, von denen die Hälfte Neumitglieder sind.

Autant-Lara, selbst ein neues französisches Parlamentsmitglied, hat sein Leben in der Filmindustrie verbracht. Anfang der dreißiger Jahre arbeitete er in Hollywood, kehrte dann nach Frankreich zurück und wurde dort ein bekannter Filmproduzent.

Als ältestes Mitglied des neuversammelten Parlaments führte er den Vorsitz bis ein neuer Präsident gewählt wurde – das übliche Verfahren in Europa.

Gefährdung der Kultur verurteilt

In seiner Eröffnungsrede sprach Autant-Lara des längeren über die Gefährdung der europäischen Kultur und Zivilisation durch amerikanische Geschäftsfirmen, multinationale Gesellschaften und besonders durch die Beherrschung der europäischen Film- und Fernsehindustrie durch Amerikaner.

In einem Interview, nachdem der ständige Präsident des Parlaments gewählt worden war, erklärte Autant-Lara: »Man muß sich dieser kulturellen Beherrschung widersetzen, weil dies schließlich zur Beherrschung unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens führen wird.

Wir in Frankreich produzieren nur 30 bis 32 Prozent der Filme, die in unseren Kinotheatern und im Fernsehen gezeigt werden, während 52 Prozent in Amerika produziert werden. Dies ist äußerst gefährlich für unsere Landeskultur.«

Autant-Lara ist Mitglied der National Front, die von Jean-Marie Le Pen gegründet wurde und deren Vorsitz er innehat. Zwischen Autant-Laras Rede und der Wahl des ständigen Präsidenten sprach ich mit Le Pen und fragte ihn, ob die Front National eine »amerikafeindliche« Haltung einnehmen würde.

Egon Bahr: »Wir wollen eine Situation, in der die fremden Truppen auf unserem Boden unsere Gäste und nicht unsere Herren sind.«

Europa muß seine Interessen wahren

Le Pen antwortete: »Ich bin ein Freund Amerikas. Ich habe viele Freunde dort. Aber jede Freundschaft besteht aus Übereinstimmungen und Gegensätzen und aus der Verantwortung seinem Freund die Wahrheit zu sagen, seine eigenen Interessen zu erläutern und offen zu verteidigen.

Monsieur Autant-Lara wies auf einige der schwerwiegendsten Differenzen hin, die wir Franzosen und Europäer mit den Amerikanern haben. Wir müssen unsere Interessen wahren. Die Amerikaner sollten dies als ein Teil unserer Freundschaft verstehen«, schloß Le Pen.

Obwohl einige Abgeordnete den Saal verließen als Autant-Lara sprach, kann kaum daraus geschlossen werden, daß sie etwas dagegen hatten, was er über die amerikanische Bedrohung für die kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur Europas zu sagen hatte, denn nach der Zwischenpause kehrten die Abgeordneten zurück und wählten mit überwältigender Mehrheit im ersten Durchgang Enrique Baron Crespo zum Präsidenten des Europaparlaments für die nächsten zweieinhalb Jahre. Diese Aktion stimmte mit der unabhängigen gaulistischen Doktrin überein, die Autant-Lara zum Ausdruck gebracht hatte.

Daß Crespo Spanier ist, ist von großer Bedeutung, denn Spanien ist das erste europäische Land, das die Entfernung der amerikanischen Luftwaffenstützpunkte aus seinem Territorium verlangt, seit 1968, als de Gaulle Frankreich aus der NATO herausnahm und diese aufforderte ihr Hauptquartier aus Frankreich zu entfernen.

In den letzten zehn Monaten ist »Souveränität« auch in Deutschland zur Hauptfrage geworden. Die SPD verkündete kurz nach der letzten Sitzung des Europäischen Parlaments, daß die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland bei den Bundestagswahlen gegen Ende 1990 die vorwiegende Frage sein wird.

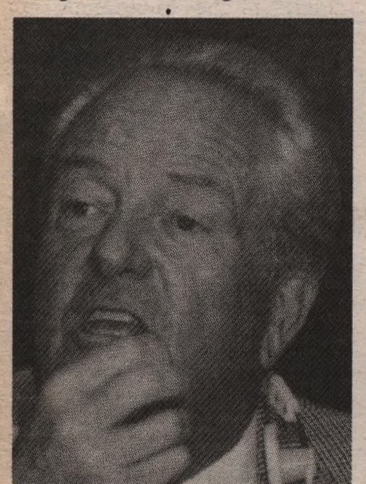
Unter der Präsidentschaft Crespos rechnet die SPD mit der Unterstützung durch das Europäische Parlament und ganz Westeuropas außer Englands.

Die Frage der deutschen Souveränität

Am 23. August hielt die SPD in Bonn ein politisches Forum über die deutsche Souveränität ab. Es wurde von dem SPD-Mitglied Herta Daubler-Gmelin einberufen, um die Parteimitglieder mit den Fragen vertraut zu machen, die im Herbst im Bundestag debattiert werden sollen.

Alle zwölf Experten, Fachleute für Völkerrecht und Politiker,

die auf diesem Forum zu Wort kamen, strichen den Verlust der Souveränität auf Grund der Politik des Alleingangs des US-Militärkommandos in Deutschland heraus. Darüber hinaus gebe es nichts, was die Bundesregierung oder die Verwaltungen daran ändern könnten, denn ihre Rechte seien unter den Bestimmungen des Vertrags über den



Jean-Marie Le Pen: »Ich bin ein Freund Amerikas. Und einem Freund muß man die Wahrheit sagen, um eigene Interessen zu verteidigen.«

Status der Streitkräfte in den ersten Nachkriegsjahren aufgegeben worden.

Ein Redner nach dem anderen bezog sich auf die Bestimmungen der Vereinbarungen mit den britischen und amerikanischen Streitkräften als »Relikte« einer Ära als Deutschland wirtschaftlich, politisch und militärisch am Boden lag. Mit den französichen Streitkräften hätten die Deutschen weit bessere Beziehungen und keine grundsätzlichen Probleme, betonten die Redner.

»Wir wollen eine Situation, in der die fremden Truppen auf unserem Boden unsere Gäste und nicht unsere Herren sind«, stellte Egon Bahr, Abrüstungsexperte der SPD und Anführer des Widerstands gegen auf deutschem Boden stationierte Atomraketen, fest.

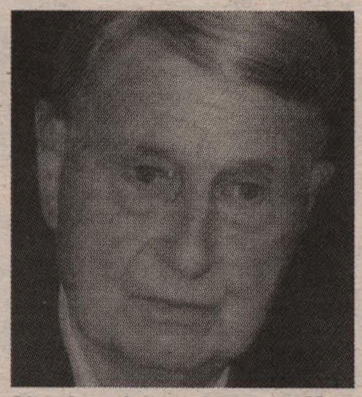
Forderungen mit Schwerpunkt auf Atomwaffen

An erster Stelle in ihren Forderungen nach einer Revision lag die, daß die amerikanische Regierung Bonn um Erlaubnis bitten müsse, die auf deutschem Boden stationierten Atomwaffen einzusetzen.

Unter der geltenden Vereinbarung über den Truppenstatus hat der Präsident der Vereinigten Staaten die alleinige Verantwortung darüber zu entscheiden, wann diese Atomwaffen abgefeuert werden können.

Die gewöhnlich im Frühherbst abgehaltenen Großmanöver, bei denen 30 000 und noch mehr Soldaten und Militärgerät aus den Vereinigten Staaten herübergebracht werden, müssen verringert werden, meinten die Redner.

Die Royal Air Force geriet unter scharfe Kritik wegen ihrer Tiefflugübungen, die jeden Tag in



Claude Autant-Lara: »Man muß sich der kulturellen Beherrschung durch die USA widersetzen, weil dies zur Beherrschung unseres Lebens führt.«

der britischen Zone stattfänden und ständig Gegenstand von Beschwerden seitens der örtlichen Einwohner seien.

Dem Verfasser wurde von vielen in amtlichen Positionen gesagt, daß Präsident Bush eine realistische Europapolitik vertrete, die stark durch das Erscheinen des Pontillion-Berichts und vom Aufenthalt beim französischen Staatspräsidenten François Mitterrand im Juni dieses Jahres beeinflußt worden sei. Sie sehen die amerikanische Politik so, als sei sie jetzt in Frankreich statt an der Downing Street Nr. 10 in London verankert, was stillschweigend als eine gewisse Lösung von dem vergangenen Schema seitens der USA verstanden wird. Dieser neue Kurs wird wegen der in den Vereinigten Staaten drohenden Wirtschaftskrise als sehr realistisch angesehen. □

Sowjetunion

Perestroika für das Baltikum?

Mike Blair

Ist der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow dabei, die westlichen führenden Politiker mit seinen unerwarteten Schritten zur Annäherung an die nichtkommunistische Welt in Schlaf zu lullen? Meint es Gorbatschow mit seinem Willen zum Weltfrieden ernst? Sind seine Aufrufe zu Glasnost und Perestroika real?

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Geschichtsvortrag des Propagandachefs der Kommunistischen Partei, Dimitry Z. Manuilski, an der Lenin-Schule für politische Kriegsführung in Moskau.

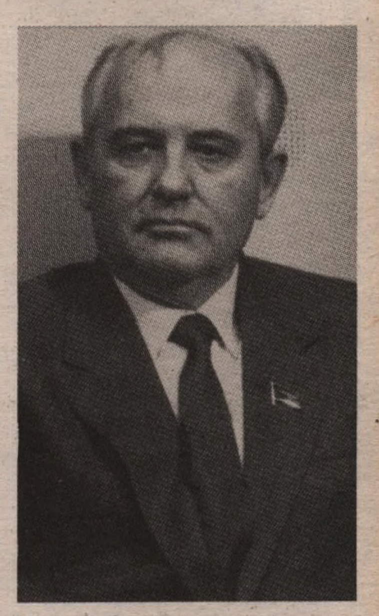
Stalinisten fürchten Gorbatschow

»Um zu gewinnen, brauchen wir das Überraschungsmoment« sagt Manuilski. »Die Bourgoisie muß in Schlaf versetzt werden. Daher werden wir die spektakulärste Friedensbewegung starten, die es jemals gegeben hat. Es wird elektrifizierende Vorschläge und bisher noch nie gehörte Zugeständnisse geben. Die kapitalistischen Länder, dumm und dekadent wie sie sind, werden mit Freuden bei ihrer eigenen Zerstörung mitarbeiten.

Sie werden eifrig nach einer weiteren Chance schnappen, um Freunde sein zu dürfen. Sobald ihre Wachsamkeit nachläßt, werden wir sie mit unseren geballten Fäusten zerschlagen.«

»Der Mann hat ein freundliches Lächeln, aber Zähne aus Eisen«, beschrieb der verstorbene Andrei Gromyko, kurz vor seinem Tod Anfang dieses Jahres und kurz nachdem Gorbatschow ihn aus dem regierenden Politbüro hinauswarf, den sowjetischen Staats- und Parteichef.

Sogar Gromyko mit seinem steinernen Gesicht, jahrzehntelang sowjetischer Außenminister und



Michail Gorbatschow braucht Erfolge, eine freie Marktwirtschaft mit freiem Geld.

untertäniger Stalinist, fürchtete Gorbatschow.

Eine Untersuchung dessen, was während der Gorbatschow-Jahre geschah, bringt wirklich nicht sehr viele Beweise für seine Aufrichtigkeit.

Er redet von Frieden und Abrüstung, aber unter seiner Führung baut die Sowjetunion weiterhin mehr und mehr ICBM's (Interkontinentale ballistische Raketen), die auf die Vereinigten Staaten gerichtet sind.

Sowjetisches Kriegsgerät fließt weiterhin nach Kuba und Nicaragua und zu den Guerillas, die in einigen Schlüsselländern Süd- und Mittelamerikas operieren.

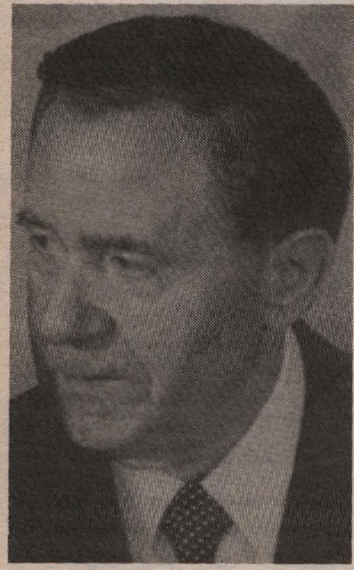
Sowjetunion

Perestroika für das Baltikum

Die sowjetische Unterwanderung freier Nationen in aller Welt geht unvermindert weiter.

In den Vereinigten Staaten war die sowjetische Spionagetätigkeit noch niemals so intensiv wie jetzt.

In einer kürzlich erschienenen Kolumne zitierte der ehemalige Informationsdirektor des Weißen Hauses, Patrick J. Buchanan, frei aus einem Gedicht von Rudyard Kipling »The bear that walks like a man« (»Der Bär, der wie ein Mensch geht«) und warnte von der »stahlbehuften Tatze« des russischen Bären.



Andrej Gromyko über Gorbatschow: »Der Mann hat ein freundliches Lächeln, aber Zähne aus Eisen.«

Kipling schrieb: »When he stands up as pleading, in wavering, man-brute guise;
When he veils the hate and cunning of his little swinish eyes;
When he shows as seeking quarter with paws like hands in prayer;
That is the time of peril – the time of truce of the Bear.«

Übersetzt heißt es in etwa: »Wenn er torkelnd und bittend, halb Mensch halb Tier, aufrecht steht; Wenn er den Haß und die List seiner kleinen Schweinsaugen verschleiert; Wenn er um eine Gabe bettelt und die Hände wie zum Gebet faltet; Das ist die Stunde der Gefahr – die Stunde des zeitweiligen Waffenstillstand des Bären.«



Josef Stalin hätte an Gorbatschow seine Freude: Er redet vom Frieden, aber die Aufrüstung geht weiter.

Eine echte Prüfung der Aufrichtigkeit steht für Gorbatschow jetzt an, wo die Aufmerksamkeit der Welt auf die einst freien baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland gerichtet ist. Die kleinen Republiken an der Ostseeküste wurden 1940 vom Sowjetreich verschluckt und schnell von der Sowjetunion annektiert. Heute bewegen sich alle drei Republiken auf einen völligen Bruch mit und Loslösung von der Sowjetunion zu.

Der wirkliche Test kommt erst

Am 23. August 1989 reichten sich Hunderttausende von Balten die Hand und bildeten eine unglaublich lange Kette von 650 km Länge durch die baltischen Staaten. Sie verlangten nichts weniger als völlige Unabhängigkeit von der Sowjetunion, die sie verachten. Eine Loslösung der baltischen Republiken wäre für den sowjetischen Monolithen eine Katastrophe.

Moskau würde sieben Millionen seiner fleißigsten Bürger verlieren und die riesige sowjetische Ostseeflotte hätte nur noch einen engen und höchst verwundbaren Kanal zum sowjetischen Territorium. Der Vorgang würde auch die Flamme der Freiheit in den Herzen von Millionen anderer versklavter Menschen entzünden, vor allem in der Ukraine wo 50 Millionen eifrig danach streben, den Balten in die Freiheit zu folgen. Dies würde die Sowjets von den Balkanländern, der Tschechoslowakei und Ungarn abschneiden.

Eine Herausforderung Gorbatschows

»Das Sowjetreich fällt langsam zusammen«, stellte Tunne Kelam von der Estländischen Nationalen Unabhängigkeitspartei fest. »Moskau ist schwach. Wir stellen fest, daß das ganze Schiff sinkt«. Im Kielwasser der Demonstration vom 23. August war Gorbatschow anscheinend die treibende Kraft hinter einer längeren Erklärung des herrschenden Politbüros bezüglich der baltischen Unabhängigkeitsbewegung.

Die Erklärung war rein stalinistisch, in bezug auf Glasnost und Perestroika mäßig. Sie warnte die baltischen Staaten, daß »ihre nackte Existenz« am Ende in Frage stehen könnte.

»Die entstandene Situation erfordert ein tiefes Bewußtsein, eine realistische und ernsthafte Abschätzung, dringende Maßnahmen um den Prozeß der ›Perestroika‹ in den baltischen Staaten vom Extremismus, von zerstörerischen und schädlichen Tendenzen zu säubern«, heißt es in der Erklärung. Es wird davor gewarnt, daß der »Virus des Nationalismus« zu einer »realen Gefahr des Bürgerkriegs und der Massenunruhen auf den Straßen mit schwerwiegenden Folgen« führen könnte.

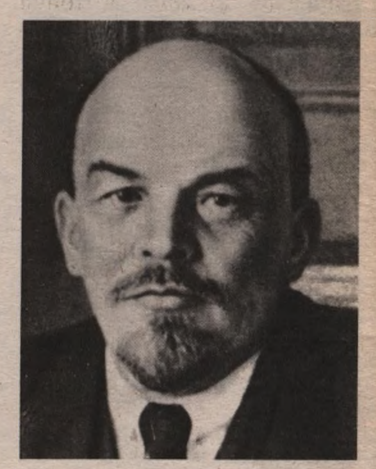
Ungeachtet dieser Drohung fordern die Führer der Unabhängigkeitsbewegung in den baltischen Staaten weiterhin die Sowjets heraus und eine Gruppe von 28 estnischen Führungspersönlichkeiten erklärte, daß es den Anschein habe, daß sich die Sowjets bereit machen, »militärische Gewalt einzusetzen um die Ordnung in den baltischen Staaten wiederherzustellen«.

Schickt Moskau am Ende doch Panzer?

»Diese Erklärung aus Moskau war ein Versuch uns mit politischem Terror zu ängstigen und um Feindschaft gegen uns zu entfachen«, sagte Vytautas Landsbergis von Sajudis, der litauischen Unabhängigkeitsbewegung. »Aber wir haben schon vor langem entschieden, daß dies etwas ist was wir tun müssen, um für unsere Unabhängigkeit zu kämpfen.«

»Diese Erklärung von Moskau hat nur dazu beigetragen, die Menschen in Lettland noch fester um den Gedanken der völligen Unabhängigkeit herum zu einigen«, stellte Dainis Ivans, Vorsitzender der Lettischen Volksfront fest.

»Es hat kein so finsteres Dokument (die Moskauer Erklärung) gegeben seit dem Tode Stalins und den Ereignissen in der Tschechoslowakei von 1968 (als die Sowjets mit Panzern in das Land einmarschierten um die Ordnung zu bewahren)«, stellten die Führer der drei baltischen Republiken in ihrer eigenen gemeinsamen Erklärung fest.



Bereits Lenin verlangte von den Kapitalisten des Westens das Seil, mit dem die Sowjets sie eines Tages aufhängen.

Die meisten Beobachter des Kremls glauben, daß wenn die baltischen Staaten auf ihrer Unabhängigkeit beharren, Gorbatschow Schritte unternehmen muß, um sie zu zerschlagen. Sonst wird das »ganze Schiff« des Sowjetreichs sinken, sagte der estnische Führer Belam.

Die Welt wird jetzt beobachten, ob der Bär seine »stahlbehufte« Klaue benutzen wird.

Oder wird der baltische David den sowjetischen Goliath erschlagen? □

Großbritannien

Die Frage der Kriegsverbrechen

Vivian Bird

Die britische Regierung gab bekannt, daß sie Vorwürfe untersuchen will, nach denen einige naturalisierte britische Staatsbürger oder Fremde, die in Großbritannien leben, im Zweiten Weltkrieg angeblich »Kriegsverbrechen« gegen Juden begangen haben sollen.

Die Entscheidung fiel, nachdem Vertreter einer »amerikanischen« Pressure-Group, das Simon-Wiesenthal-Center, mit Abgeordneten des britischen Parlaments zusammengetroffen waren. Obwohl es als wahrscheinlich angesehen wird, daß eine britische Zweiparteien-Untersuchungskommission diese Anschuldigungen als falsch zurückweisen oder die Ansicht vertreten wird, daß Verfahren nach einer so langen Zeitspanne für Einzelpersonen, die jetzt zu alt sind, um vor Gericht zu stehen oder Beweise vorzulegen, unfair wären, ist die Untersuchung sorgfältig eingefädelt worden, damit die ganze Frage der britischen Kriegsverbrecher-Prozesse wahrscheinlich vom Parlament geregelt werden muß.

Englische Gesetze lassen es nicht zu

Führende Juristen unter vielen anderen Persönlichkeiten sind bereits jetzt in höchstem Maße beunruhigt über die Aussicht auf mögliche Versuche eine rückwirkende Gesetzgebung einzuführen, ein Schritt, der wie sie meinen, nicht nur den britischen Rechtsgrundsätzen fremd wäre sondern auch rachsüchtig sei. Englische Gesetze lassen es derzeit nicht zu, daß jemand, der eines Verbrechens außerhalb Großbritanniens und bevor er naturalisierter britischer Staatsbürger wurde beschuldigt wird, dafür später in Großbritannien abgeurteilt wird.

Sollte die Regierung von Margaret Thatcher in dieser Sache nachgeben, dann gibt es mehrere mögliche Verfahrenswege. Einer würde darin bestehen, die ältlichen angeblichen Kriegsverbrecher an die Sowjetunion auszuliefern, die jene Länder, in denen die Verbrechen vor so langer Zeit stattgefunden haben sollen, mit Gewalt besetzt hat; man würde damit dem früheren Beispiel der amerikanischen Regierung unter Ronald Reagan folgen.

Ein weiterer möglicher Weg wäre, diesen Personen summarisch die britische Staatsbürgerschaft abzuerkennen und sie auszuweisen, und die dritte Option bestünde darin, das Gesetz zu ändern, so daß sie strafrechtlich verfolgt werden können.

Die Beweise kommen aus der Sowjetunion

Diesen dritten Weg möchten die israel-freundlichen Parlamentsmitglieder und kommunistischen Sympathisanten in ganz Großbritannien gerne eingeschlagen sehen. Trotz vorausgehender Versuche, den öffentlichen Haß gegen die Beschuldigten wachzutrommeln, halten es viele Briten für verabscheuenswürdig, alte Männer zu Tode zu jagen, die vor der chaotischen Hölle Europas und der kommunistischen Versklavung ihrer eigenen Länder vor mehr als 40 Jahren in Großbritannien eine neue Heimat gefunden hatten.

Eine sogenannte Allparteien-Untersuchung basierte auf verdächtigen und offensichtlich gefälschten Dokumenten, die aus sowjetischen Quellen stammen, und es wird behauptet, das ganze Beweismaterial sei »bis ins Detail« untersucht worden.

In vier von sieben Fällen soll nach dieser Untersuchung »genügend Beweismaterial« dafür vorliegen, um Anklage auf Mord zu erheben, obwohl einer der vier Verdächtigen inzwischen verstorben ist. Die Kommission rief zur Untersuchung der verbleibenden drei Fälle sowie weiterer 75 von 300 Fällen auf, die ihr zur Kenntnis gelangt seien. Das Gremium drang auch darauf, Anstrengungen zu unternehmen, um 46 »Verdächtige« aufzuspüren.

Es erhebt sich jedoch schon beträchtlicher Widerstand gegen die neuen Versuche durch fremde Elemente in Großbritannien, den alten Haß wieder aufflammen zu lassen, und das nicht nur seitens führender Juristen. Verschiedene Parlamentsmitglieder der Konservativen haben der Thatcher-Regierung Mitteilung gemacht, daß sie sich Änderungen im britischen Strafgesetz, nur um Männer vor Gericht zu schleppen, die jetzt zum größten Teil schon in ihren achtziger Lebensjahren stehen, widersetzen werden.

Darüber hinaus behauptete ein weiteres Parlamentsmitglied: »Sie sind unschuldig, und Opfer der sowjetischen Propaganda.« Ivor Stanbrook, Parlamentsvertreter für Orpington, sagte: »Es könnte sich als tragischer Fehler erweisen, jetzt in diesem Lande Kriegsverbrecherprozesse in die Wege zu leiten und damit Gefühle des Hasses und der Rache zu schüren, die von den Stories über Kriegsgreueltaten heraufbeschwört würden.

Wie sollen diese wenigen Männer einen fairen Prozeß bekommen, wenn eigens ein Gesetz erlassen wird, um ihnen etwas anhängen zu können, wenn das Beweismaterial fast 50 Jahre alt ist und wenn es für sie unmöglich ist, in die Sowjetunion zu reisen um Zeugen ausfindig zu machen, die sie entlasten könnten?« fragte er.

Die Hintergründe des Geschehens

Eine Änderung der Grundeinstellung zu dieser Situation kündigt sich vielleicht dadurch an, daß eine Dokumentation mit dem Titel »Crimes of War«, die im schottischen Fernsehen gezeigt werden sollte, nach einer einstweiligen Verfügung, die von Anwälten, die einige der Beschuldigten vertreten, in die Wege geleitet wurde, abgesetzt wurde.

Die meisten Behauptungen, die von der britischen Untersuchungskommission untersucht wurden, betreffen Menschen aus den Balkanländern, Weißrußland und Ukraine, von denen einige auf der Seite der Deutschen kämpften, um mitzuhelfen ihr Land vom Bolschewismus zu befreien.

Da die Anschuldigungen über Kriegsverbrechen von Personen stammen, die der zionistischen politischen Philosophie nachhängen, lohnt es sich an dieser Stelle, einmal die Lage in Osteuropa zur Zeit des Krieges zu betrachten. In Litauen, Estland, Lettland und Ukraine waren die führenden Verwaltungsbeamten der Bolschewisten fast ohne Ausnahme jüdischer Herkunft.

Diese Funktionäre waren Mittelpunkt eines tiefen Hasses seitens der örtlichen Bevölkerung, mit der Folge, daß, als die deutschen Truppen nach Osten stürmten, diese Personen als erste von der einheimischen Bevölkerung angegriffen wurden, die für ihre Leiden unter der bolschewistischen Herrschaft nach Rache verlangte.

Außerdem, für viele Briten die Tag für Tag in den Zeitungen, im Rundfunk und auf den Fernsehbildschirmen die harte Behandlung von weitgehend unbewaffneten palästinensischen Arabern, darunter Frauen und Kinder, durch das israelische Militär hautnah miterleben, ist der Hinweis auf sogenannte Kriegsverbrechen ein ziemlich fadenscheiniges Argument geworden.

Wenn man sich für das rückwirkende Gesetz entscheiden sollte, dann wäre es nach Meinung vieler Briten höchste Zeit, daß terroristische Führer die 1946 und 1947 für den Mord an britischen Soldaten in Palästina, für den Mord an den UN-Gesandten Graf Folke Bernadotte aus Schweden und für zahlreiche haßerfüllte Mordhandlungen im Nachkriegsdeutschland verantwortlich, sind vor Gericht gestellt werden. □

Geheimdienste

Das Verhältnis zu Gaddafi

James Harrer

Das amerikanische Geheimdienstwesen hat mit einem hartnäckigen Problem zu tun, das manche Rätsel aufgibt. Diese Situation hat schon die amerikanische Regierung unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan an den Rand eines Krieges gebracht. Jetzt schwebt dieses Unheil über den Beratern für nationale Sicherheit, die den US-Präsident George Bush umgeben.

Und dennoch ist das Rätsel, auf das Wesentliche beschränkt, eine einfache Frage: Was sagte Ed Wilson zum Obersten Muammar al Gaddafi? Um zu verstehen, warum die Frage die Experten, Schätzer und Spionageabwehr-Experten sowohl beim CIA als auch beim FBI wie ein Alptraum verfolgt, ist es erforderlich, eine der verwirrendsten Spionageepisoden der achtziger Jahre ins Gedächtnis zurückzurufen.

US-Präsident Reagan ordnete die Bombardierung Libyens an, um sich an Gaddafi zu rächen.

Die Rolle von Edward P. Wilson

Das ist der Fall des Edward P. Wilson, eines amerikanischen Meisterspions, der auf den vordersten Seiten von Nachrichtenblättern »Schurke« und »Abtrünniger« genannt, von der amerikanischen Regierung als »gefährlicher Spezialtäter« bezeichnet und für den Rest seines Lebens im härtesten Gefängnis des Landes in eine Einzelzelle gesperrt wurde.

Aus regelmäßig von einer Mannschaft unserer Mitarbeiter durchgesehenen Gerichtsaufzeichnungen geht hervor, daß in den Jahren 1982 bis 1983 gegen Wilson drei getrennte Verfahren vor dem amerikanischen Bundesgerichtshof liefen. Er wurde verurteilt wegen Verschwörung zur Übertretung des US-Arms Export Control Act (Gesetz zur Bekämpfung der Waffenausfuhr); Transport von Feuerwaffen im Außenhandel »ohne Benachrichtigung des üblichen Transportunternehmens«, das heißt der Luftfahrtgesellschaft; Übertretung des Munition Control Act; verschiedener damit zusammenhängender Vergehen, und weil er als Agent einer fremden Regierung tätig war.

Es ist dieser letzte Anklagepunkt – rechtlich der geringste unter Wilsons Vergehen –, der den Beamten des amerikanischen Geheimdienstes immer noch Sorgen bereitet. Es besteht kein Zweifel darüber, daß Wilson ein Schlüsselagent war, aber wessen Agent war er eigentlich? Aus gut unterrichteten Kreisen aus der Gesetzesvollstreckung verlautet, daß die Antwort auf diese Frage wichtige Fragen der Staatssicherheit der USA berührt.

Ein prächtiger US-Meisterspion

Die Lebensgeschichte Wilsons, die von der Untersuchungsmannschaft unserer Zeitung aus umfangreichen Bänden zusammengestellt und mit Wilson selbst in längeren Interviews in der Haftanstalt durchgesprochen wurde, ist ein finsterer Bericht über internationale Intrigen, Spionage und verdeckte Kriegführung, von denen die Weltangelegenheiten in den letzten Jahrzehnten beherrscht wurden.

Als Sohn einer armen Bauernfamilie aus Idaho machte Wilson seinen Weg durch die Universität in Portland, Oregon, und bekam eine Anstellung beim CIA. Er arbeitete für die Agentur als Außenagent, Sachbearbeiter und Programm-Koordinator von November 1955 bis November 1970.

Obwohl in seinem Bewährungsbericht jetzt behauptet wird, er sei »organisatorisch nicht geschickt«, haben ehemalige CIA-Kollegen Wilson in Gesprächen mit unseren Reportern als »einen prächtigen Meisterspion« und »hervorragenden Geheimstrategen« bezeichnet. Aus den Unterlagen geht hervor, daß Wilson während seiner Jahre beim CIA in einer Reihe von Hauptunruheherden Dienst getan hat: Kuba, Angola, Iran, Mittelamerika, Vietnam, Laos, Westeuropa.

Von März 1971 bis zum Frühjahr 1976 leitete Wilson einen weltweiten Einsatz mit dem Decknamen Task Force 157. Streng bewacht, um mehrere Stufen über »streng geheim« eingestuft, war das Programm 157 eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem CIA und dem Geheimdienst der US-Marine.

Obwohl die Einzelheiten darüber immer noch als strenges Staatsgeheimnis gelten, flüstert man sich zu, daß die Aufgabe der Task Force (Einsatzgruppe) 157 darin bestand, strategische Marine-, Hafen-, Fernmelde- und Industrienachrichten über ein Netz von ausländischen Spionen auf hoher Ebene zu sammeln, die mit beträchtlichen geheimen Geldsummen entlohnt wurden.

Vertrauter Umgang mit Spitzenbeamten

»Wenn die Unterlagen über diesen Einsatz ans Tageslicht kämen«, sagt ein ehemaliger Beamter des geheimen Dienstes, der jetzt als Anlagemakler tätig ist, »dann würden Hunderte von führenden Figuren in Dutzenden von Ländern als verdeckte Agenten bloßgestellt, die von den Vereinigten Staaten Spionagegeld entgegengenommen haben.«

Obwohl Task Force 157 im Jahr 1976 stufenweise eingestellt wurde – durch Admiral Bobby Inman, damals stellvertretender Direktor des CIA, dem die Operation zu kostspielig und Wilson zu ungehemmt erschien –, wird angenommen, daß einige der ausländischen Agenten, die in diesem Netz verfangen waren, dem amerikanischen Geheimdienst weiterhin geheime Dienste geleistet haben. Wilson behauptet jetzt, dies selbst getan und als CIA-Agent fungiert zu haben, als er 1977 vorgeblich selbständiger Geschäftsmann wurde.

Aus CIA-Kreisen wird bestätigt, daß Wilson durch die späten siebziger Jahre hindurch weiterhin mit Spitzenbeamten des CIA, darunter Theodore Shackley, der mächtige Chef des geheimen Dienstes der Agentur, und Tom Clines, ein weiterer altgedienter Meisterspion, zusammengearbeitet hat. Sie wurden zu der Zeit auf öffentlichen Plätzen und in der Cafeteria des CIA oft zusammen gesehen, verlautet aus diesen Kreisen.

Shackley, Clines und der CIA selbst streiten jetzt ab, daß Wilson nach seinem Ausscheiden aus der Task Force 157 irgendwelche Geheimdienste für die Vereinigten Staaten geleistet hat. Ein Großteil der Gegenbeweisführung in Wilsons Prozessen vor dem US-Bundesgericht wegen Verkaufs von illegalen

Waffen an den starken Mann Libyens, Gaddafi, drehte sich um diese Frage.

Wilson sagte, er sei Geheimagent für die Vereinigten Staaten in Libyen gewesen, habe für den CIA höchstwichtige Informationen über das Gaddafi-Regime eingeholt und dabei Maschinengewehre und Tonnen von C-4-Plastik an den umstrittenen arabischen Führer geliefert.

Der Fall bleibt weiterhin ungelöst

Staatsanwälte am US-Bundesgericht wiesen diese Behauptung zurück und behaupteten, Wilson sei nur ein weiterer profitgieriger Munitionsschmuggler gewesen. Wilsons CIA-Akte enthält keine Beweise dafür, daß er während seiner Geschäftstätigkeit in Libyen irgend etwas von geheimdienstlichem Wert beigesteuert hat.

Dieser Streitfall ist jedoch noch ungelöst. Wilson versichert, daß Shackley, Clines und andere Bürokraten des nationalen Sicherheitsdienstes der USA, die ihm mittlerweile mehr als eine Million Dollar aus einem verschwörerischen Handel schulden, den er finanziert habe, seine Akten gesäubert hätten, um sicherzustellen, daß er, Wilson, verurteilt und mit einer empfindlichen Haftstrafe belegt würde.

Was auch immer die anderen Fakten sein mögen, dieser Teil des anrüchigen Wilson-Komplotts erwies sich als nur zu real: Obwohl seine Mitverschwörer mit kurzen oder ausgesetzten Haftstrafen davonkamen, erhielt Wilson 55 Jahre in einer, wie sich herausstellte, Einzelzelle in dem am strengsten bewachten Zuchthaus der Bundesregierung in Marion, US-Bundesstaat Illinois.

Falls er kein neues Verfahren bekommt, ist Wilson zum Sterben verurteilt, ohne jemals auch nur noch einen einzigen Atemzug in Freiheit tun zu können.

Ronald Reagan war außer sich vor Zorn

Aus Kreisen, die mit diesem Fall vertraut sind, verlautet, daß das, was den alternden Meisterspion zu Fall gebracht hat, nicht nur einige illegale Waffen- und Sprengstoffgeschäfte waren. Sie weisen darauf hin, daß zu dem Zeitpunkt, als Präsident Ronald Reagan 1981 sein Amt übernahm, ihm dringende Geheimdienstberichte vorgelegt wurden, die weitgehend auf Informationen aus israelischen Kreisen beruhten und in denen Gaddafi als Hauptbedrohung für die Staatssicherheit der Vereinigten Staaten bezeichnet wurde.

»Dann wurde Reagan über die enge persönliche und geschäftliche Beziehung zwischen dem radikalen arabischen Feuerkopf und dem Agenten Wilson in Kenntnis gesetzt«, erzählte Daniel Alcorn, ein angesehener junger Washingtoner Anwalt mit sanfter Stimme, der Wilsons Fall bearbeitet und über ein Jahr lang vor Gericht vertreten hat.

»Der Präsident war außer sich vor Zorn. Es ging ja nicht nur darum, wieviel Geschütze Wilson an die Libyer verkauft hat. Wichtiger war die Frage, wie viele geheime Informationen Gaddafi von ihm bekommen hat.«

Laut Alcorn und aus ehemaligen Kreisen des Weißen Hauses verlautet, Reagan habe gesagt, dies sei Verrat von der schlimmsten Art. Er fühlte sich anscheinend sowohl von Gaddafi als auch von Wilson hintergangen.

Reagan ordnete eine Razzia an. Als amerikanische Jagdbomber und Raketen auf Gaddafis Zelt niedergingen, hätte es diesem beinahe das Leben gekostet.

»Sie waren so darauf versessen, Wilson hinter schwedische Gardinen zu stecken und den Schlüssel wegzuwerfen, daß sie vergaßen, sich ernsthaft darum zu bemühen, welche Informationen er, wenn überhaupt, zusammen mit all diesen Sprengstoffen an Gaddafi verkauft hat«, sagt Richard Clement, ein ehemaliger Sicherheitsbeamter, der den Fall Wilson mit bearbeitet hat.

»Jetzt sitzt Wilson im Knast, aber das Rätsel bleibt ungelöst. Hat Gaddafi eine Geheimliste mit all jenen Agenten, die einst für Wilson gearbeitet haben? Weiß er, was die Vereinigten Staaten von ihnen bekamen? Und wenn er das weiß, was gedenkt Gaddafi mit seinem Wissen anzufangen?« □

Spionage

Felix Blochs Spuren führen zu Kissinger

Manfred Mankel

Merkwürdig ruhig ist es in den vergangenen Monaten rund um die Spionageaffäre Felix S. Bloch geworden. Und das, obwohl Bloch bislang mit Abstand der höchste US-Politiker ist, der Spionage für den Ostblock betrieben haben soll. Jüngste Ermittlungsergebnisse geben aber erste Hinweise für den Grund für die ungewöhnlich stille Behandlung dieses Falles: Danach soll Bloch nämlich den Kreisen um den ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger angehören.

Die Spionageaffäre Bloch ist der größte Skandal in den Vereinigten Staaten seit 1947. Damals wurde Alger Hiss, ein hoher Ministerialbeamter im diplomatischen Dienst, als sowjetischer Spion in den USA entlarvt. Dies macht die Geschehnisse rund um die Entlarvung von Bloch und vor allem was danach geschah – oder besser, nicht geschah – noch viel merkwürdiger.

Zwischen FBI und KGB

So war Bloch eine Woche nach dem 22. Juli dieses Jahres, als die Medien weltweit über seine Enttarnung berichteten, noch immer nicht verhaftet. Und obwohl schon sehr lange gegen ihn ermittelt und sein Dienstausweis ihm abgenommen wurde, nahm er noch in der Woche vor diesem 22. Juli an einem Treffen der Atlantischen Versammlung, einem Treffen des trilateralen Council on Foreign Relations (CFR) teil, bei dem ihm bedeutet wurde, an seiner Tätigkeit im amerikanischen Außenministerium vorläufig festzuhalten.

Fast lächerlich wurde es aber, als Bloch, um dem Medienrummel zu entgehen, in das Haus seiner Tochter in Chappaqua im US-Bundesstaat New York einzog. Das FBI beschloß daraufhin eine offene Beobachtung des US-Diplomaten, wobei das FBI-Team stets offen vom KGB verfolgt wurde. Der Sprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater, spottete dann auch: »Die erste Hälfte der Beobachter ist das FBI, die zweite Hälfte der KGB, Gruppe eins und zwei. Es ist stark. Eine große Szene.«

Dazu kam noch der große US-Fernsehsender ABC, der hinter dem Rücken von FBI/KGB die ganze Affäre mitfilmte. So berichtete dann ABC-News als erster Fernsehsender, daß Bloch drei Jahre zuvor von einem Ermittlungsteam gefilmt wurde, als er einen Briefumschlag einem bekannten KGB-Agenten überreichte.

Weitere Ermittlungen ergaben dann, daß Bloch nicht eine »einsame Figur« war, sondern Teil eines »Maulwurfshügels« (als »Maulwürfe« werden oft Agenten bezeichnet, da sie im Untergrund arbeiten; der Verfasser), der Kontakte zu dem früheren Außenminister Henry Kissinger hatte. Die Kissinger-Clique machte es noch komplizierter herauszufinden, welche Intentionen Bloch denn nun wirklich hatte: In der perversen Welt von Doppel- und sogar Dreifachagenten hatte der US-Geheim-

Spionage

Felix Blochs Spuren führen zu Kissinger

dienst oft versucht, sowjetische Spione für seine eigenen Ziele umzudrehen.

Ein Teekind von Kissinger

Wie aus Geheimdienstkreisen zu erfahren war, soll diese Affäre besonders auch die Gruppe rund um Lawrence Eagleburger erschüttert haben, denn ein Spionageskandal war das letzte, was diese »Wir-lieben-Gorbatschow«-Fraktion angesichts ihrer Pläne, globale Abmachungen mit Rotchina und der Sowjetunion zu treffen, gebrauchen konnte. Eagleburger wiederum ist aber der frühere Berater Kissingers.

Weitere Geheimdienstinformationen besagen, daß Bloch am Anfang seiner Karriere im Außenministerium stark von Kissinger-Protegé Helmut Sonnenfeldt unterstützt wurde. So arbeiteten beide in den späten fünfziger Jahren in einer Abteilung des Außenministeriums, das als »Hauptsieb für Informationslecks« galt. Sonnenfeldts Aufgabe bestand dabei in der Sammlung von Informationen über die UdSSR. In den siebziger Jahren geriet Sonnenfeldt dann in den Verdacht, ein »Maulwurf« zu sein, dessen Informationen über Israel in die Sowjetunion flossen.

Ein anderer Report weist nun darauf hin, daß sich Bloch und Sonnenfeldt das erste Mal in Shanghai trafen, in das die Eltern der beiden – allesamt Juden – in den späten dreißiger Jahren auswanderten. Shanghai war damals einer der Hauptfluchtpunkte von Juden vor den Nationalsozialisten. Sonnenfeldt verneint diese Geschichte zwar, gibt aber zu, Bloch mehrfach in Wien getroffen zu haben.

Bloch hatte eine Menge hochkarätiger Posten in Orten, die im Mittelpunkt zahlreicher diplomatischer Aktivitäten standen und mit dem Namen Henry Kissinger verbunden waren. So war er stellvertretender Missionschef (also die Nummer zwei) in der US-Botschaft in Wien. In dieser Position hatte Bloch Einsicht in alle geheimen Botschaften und Einblick in die Operationen des CIA. Da in Wien, weit weg von den Hauptspionagezielen in Europa, auch die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung und die nuklearen Kurzstreckenraketen beider Supermächte geführt wurden, war Bloch auch über alle diesbezüglichen Fernschreiben der Wiener US-Botschaft mit Washington sowie über die täglichen Memoranden wichtiger Geheimdienstermittlungen und die politischen Schlüssel-Dokumente des Ministeriums über die UdSSR und ihrer Verbündeten informiert.

Ein seltsames Puzzlespiel

In den späten sechziger und frühen siebziger Jahren war Blochs Einsatzgebiet Berlin, das damals Hauptstadt der Entspannungspolitik war. In einem kürzlich erschienenen Buch mit dem Titel »Witwen« war zu lesen, daß der CIA Informationen bekam, daß zu dieser Zeit Henry Kissinger wegen möglicher verräterischer Aktionen überwacht wurde. Mittels elektronischer Überwachungsgeräte war nämlich herausgefunden worden, daß Kissinger mündlich Informationen an den sowjetischen Botschafter Anatoly Dobrynin über die US-Verhandlungsstrategien bezüglich SALT 1 weitergegeben haben soll.

Bloch, der sich stets für die Lokkerung der Einschränkungen des Technologie-Transfers an den Ostblock einsetzte, arbeitete zeitweise auch in den US-Konsulaten in Düsseldorf und Caracas. Dann erhielt er einen Handels- und Wirtschaftsposten in Singapur. Und nach Informationen der »Washington Post« war er für einen Botschafterposten in Lateinamerika oder den Posten eines stellvertretenden Staatssekretärs eingeplant, erhielt dann aber den Direktor-Posten eines der elf Büros im Amt für europäische und kanadische Angelegenheiten. Der Grund für die Abberufung aus Wien soll nach Informationen aus Kreisen des Außenministeriums sein, daß er »zu eng« mit der österreichischen Regierung zusammenarbeitete.

Ein weiteres seltsames Puzzlesteil in diesem ganzen Mosaik stammt vom World Jewish Congress (WJC), dessen Vorsitzender der Entspannungs-Fanatiker und Seagram-Whisky-Baron Edgar Bronfman ist. Elon Steinberg von WJC berichtete der Bush-Administration von Erkenntnissen seiner Gruppe, daß Bloch von der australischen Regierung erpreßt werde, Einfluß bei den USA zu nehmen, das bestehende Einreiseverbot (Watchlist) in die USA für den österreichischen Staatspräsidenten Kurt Waldheim zu lockern. Dies hatten die USA gegen Waldheim verhängt, weil dieser während des Zweiten Weltkriegs von angeblichen Nazi-Verbrechen gewußt haben sollte, was sich später aber als unsubstantiiert herausstellte; was an dem Einreiseverbot aber nichts änderte.

Die Rolle Edgar Bronfmans

Informationen zufolge soll der WJC Bloch als »größten Feind Israels im US-Außenministerium« bei den Bemühungen, Waldheim auf die Watchlist zu setzen, betrachtet haben. »Bloch arbeitete in diesem Fall eng mit dem österreichischen Außenminister Alois Mock zusammen. Es muß vermutet werden, daß die Österreicher von Blochs Verbindung zum KGB wußten und ihn damit für ihre eigenen Zwecke erpreßten«, um Waldheim zu unterstützen, von dem vermutet wird, daß er selber von den Sowjets belastet wurde, so der Standpunkt des WJC.

Dadurch wird aber im Bewußtsein der Leute vergessen, daß das Office of Special Investigations (OSI), das verantwortlich für die Affäre Waldheim war, schon zuvor mit der UdSSR zusammengearbeitet hatte und es damit sowjetischen Berichten, gefälschten sowjetischen KGB-Beweisen und anderen Beweisführungen der Sowjet-»Justiz« erlaubte, Eingang in US-Gerichte zu finden.

Des weiteren wurde damit verdeckt, daß Bronfman nichts anderes als ein Heuchler sei, seitdem er Führungsmitglied im US-UdSSR Handels- und Wirtschaftsrat (USTEC) ist. Ein Report des US-Außenministeriums und des CIA beweise nämlich, daß die USTEC massiv von sowjetischen Spionen unterwandert wurde, einschließlich eines Oberstleutnants des KGB, der bis zu seiner jüngsten Aufdekkung zusammen mit Bronfman im Vorstand der USTEC saß.

Und es gilt noch über eine interessante Parallele zu berichten. Sicherlich will Bronfman nach Verwirklichung der obigen Forderungen große Profite machen, doch dies ist nicht alles. Während der neuen sowjetischen Wirtschaftspolitik in den zwanziger Jahren, die eingeführt wurde, um dem Land aus der ersten große Krise herauszuhelfen, war Pierre du Pont von dem Familienunternehmen, das Bronfman gerade übernimmt, Vorstandsmitglied der American International Corporation, dem »Kronjuwel« des anglo-sowjetischen Konzerns, der sein Hauptquartier auf dem Broadway in New York hatte. Heute nun führt Bronfman diese Tradition fort.

Kehren wir nach dieser kurzen Exkursion zu Bloch zurück: Obwohl viele sagen, daß dieser nur ein »gesichtsloser Bürokrat« war, hatte er großen Einfluß in seiner Position als Leiter des politischen und wirtschaftlichen Büros im US-Außenministerium betreffend Kanada und Europa. So wird beispielsweise berichtet, daß Bloch an der Zusammenstellung von Dokumenten für den vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris stattgefundenen Weltwirtschaftsgipfel beteiligt war, bei dem es zu großen Differenzen zwischen Bush und dem französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand kam.

Die Verärgerung Mitterrands über Bush mag Erklärung für die Veröffentlichung in der ABC-Sendung »Nightline« vom 24. Juli sein, daß entgegen anderslautenden Berichten nicht der amerikanische Geheimdienst, sondern der französische Geheimdienst SDECE Bloch verhaftete. So soll auch der Film, der zeigt, wie Bloch einen Diplomaten-Koffer an einen bekannten sowjetischen Geheimdienstmann aushändigte, nicht, wie zuerst berichtet, in Wien, sondern in Paris aufgenommen worden sein. □

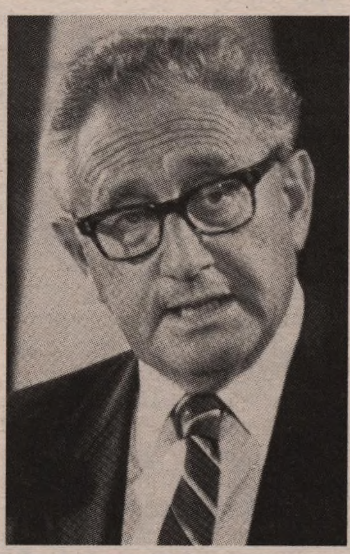
Henry Kissinger

Das Vorbild heißt Metternich

Peter Blackwood

Die amerikanische Zeitung »Los Angeles Times« veröffentlichte wieder einmal einen jener langen und langweiligen Aufsätze von Henry Kissinger. Auf das Wesentliche verkürzt, war der Artikel ein Aufruf zur Wiederherstellung eines Systems der »Balance of Power« (Gleichgewicht der Macht) nach dem Muster dessen, was der Wiener Kongreß im Jahr 1815 geschaffen hatte.

»Um Stabilität zu gewährleisten muß ein internationales System zwei Bestandteile haben: ein Gleichgewicht der Macht und ein allgemein angenommenes Prinzip der Legitimität«, behauptet Henry Kissinger. Er griff moralistische Festlegungen auf solche Gedanken »wie den Grundsatz der Selbstbestimmung« zur Unterminierung »der Sicherheitsbedürfnisse« an.



Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, heute wichtigster Berater des Rokkefeller-Clans, verteidigt das Vorgehen Rotchinas gegen die Studenten.

Eine Laune des Widerwillens

Für Leser, die mit Kissingers »intellektueller Laufbahn« vertraut sind, ist dies eine Neuauflage der These, die er in den fünfziger Jahren unter der Gesamtleitung von McGeorge Bundy in Harvard schrieb und unter der Überschrift »The World Restored« (»Die wiederhergestellte Welt«) veröffentlichte. Das Buch unterstützte die Feindschaft des österreichischen Fürsten Metternich gegenüber dem Gedanken des mit den frühen Vereinigten Staaten von Amerika verbundenen Republikanertums.

Da Bundy und Kissinger in der längsten Zeit des Zeitraums von 1961 bis 1976 Berater für nationale Sicherheit der USA waren und da ihre Gedankengänge seitdem weiterhin den National Security Council beherrschen, hält die antiamerikanische metternichsche Realpolitik die amerikanische Außenpolitik schon seit fast drei Jahrzehnten in Fesseln. Bushs NSC-Chef Brent Scowcroft gehörte schließlich dem Vorstand von Kissinger Associates an.

Jetzt wurde Kissingers metternichsche Philosophiererei durch ein führendes westeuropäisches Blatt unter Beschuß genommen. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die für den gemäßigt-konservativen Zweig des deutschen Establishment spricht, brachte auf der ersten Seite einen Leitartikel, in dem Kissingers Weltanschauung für diesen ungünstig mit jener philosophisch-rechtlichen-theologischen Tradition, wie sie in der American Declaration of Independance verkörpert ist, verglichen wird.

In dem Leitartikel der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« spiegelt sich eine Laune des Widerwillens gegen Kissinger in einer Parteiung des transatlantischen politischen Establishments wider. In Amerika wurde Kissingers Politik von den Kolumnenschreibern der »New York Times«, Anthony Lewis, – der beklagte, daß Kissinger die mit den Vereinigten Staaten verbundene Macht der philosophischen Gedanken zurückgewiesen hat – und A. M. Rosenthal; durch den Abgeordneten Stephen Solarz und den Kolummenschreiber der »Washington Post«, Richard Cohen, angegriffen. Die gleiche »Los Angeles Times«, in der auch Kissingers Kolumnen veröffentlich werden, brachte eine Flut von Leserbriefen gegen ihn.

Macht durch internationale Beziehungen

Am besten auf den Punkt gebracht, stellte der Kommentator der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Günter Nonnenmacher, die westliche geschichtliche und philosophische Auffassung von »Menschenrechten« den Ansichten von Nixon und Kissinger gegenüber, die »auf internationale Beziehungen vom Standpunkt der Macht- und Realpolitik schauten«.

Er stellte fest: »Der Historiker Gordon Craig nannte den ehemaligen amerikanischen Außenminister ›Metternissinger‹, da er die Reise- und Fernmeldeeinrichtungen seiner Zeit für eine Kabinett-Diplomatie des 19. Jahrhunderts verwendet.«

Diese metternissingerische Annäherung kennzeichnete die Entspannungspolitik der letzten Jahre, schrieb der Leitartikler der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, fügte jedoch hinzu: »Frieden und Stabilität haben ohne Freiheit und Selbstbestimmung für den Einzelnen und die Völker keinen Bestand.«

Es sei müßig darüber nachzudenken, ob Gorbatschow, mit dem der Westen ein Abkommen treffen möchte, wirklich an »die auf dem Einzelnen beruhende Auffassung von Freiheit« glaubt, die »im sozialistischen System bestenfalls als zweitrangig angesehen wird«, hob Nonnenmacher hervor. Die führenden Werte der westlichen Welt, schrieb er, beruhen auf »griechischer Philosophie, römischem Gesetz, die in die amerikanische Unabhängigkeitserklärung gipfelten und anderthalb Jahrhunderte später zur UNO-Erklärung über die Menschenrechte von 1948 führten«. Diesen Auffassungen, schrieb Nonnenmacher, sind Moskaus Auslegung der Menschenrechte fremd.

Metternichs Geist und chinesische Kommunisten

Ein Großteil der Verärgerung gegen Kissinger ist sicherlich die Reaktion auf seine kaltblütige Verteidigung des Deng Xiaoping-Regimes in China. Dies bringt uns ebenfalls auf Metternich zurück.

Eine Person, von der Kissinger sich wichtige Ratschläge über China eingeholt hat, ist John K. Fairbanks von der Harvard University. Fairbanks, jetzt in seinen achtziger Lebensjahren, ist der führende akademische Apologet des chinesischen Kommunismus. Er behauptet, der Kommunismus sei der positive Höhepunkt und Ausdruck der chinesischen Kultur und Geschichte. Fairbanks ist stolz darauf, Kissinger auf dessen erster diplomatischer Reise nach China, unter Nixon geraten zu haben, daß die einzig wirksame Weise mit der chinesischen Führung umzugehen darin besteht, daß man um deren kaiserliche Selbsteinschätzung, der Mittelpunkt der Welt zu sein, weiß.

Ein fähiger Diplomat, der in China erfolgreich sein will, muß vor den Herrschern in Peking seinen Kotau machen, riet Fairbanks. Fairbanks betrachtet den verstorbenen Sir Charles Webster, einen britischen Historiker, als seinen Mentor. Webster war unter anderen der halbamtliche Historiker des britischen Außenministeriums für den Wiener Kongreß; er bewunderte die Politik des »Gleichklangs von Europa« des britischen Außenministers Castlereagh, Metternichs Partner bei seinen diplomatischen Verbrechen. □



Edgar Bronfman

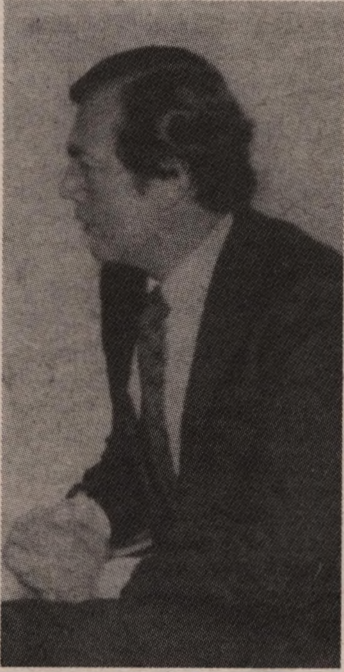
Die Geschichte einer Familie

Erster Teil

John Springfield

In den letzten Jahren haben wir erlebt, wie Edgar Bronfman aus der Bronfman-Schnapsdynastie als Teil der »unsichtbaren Regierung«, die niemals gewählt wurde und doch über Schlüsselfragen der Außen- und Wirtschaftspolitik für den Westen entscheidet, in eine Position von immer größerer politischer Macht geschoben wurde. Der Aufstieg der Familie Bronfman zur Macht ging mit dem Rückgang der Vereinigten Staaten einher. Aus offenkundig kriminellen Anfängen heraus, haben sie für sich selbst eine anerkannte Position unter der Elite erobert. Ihre Macht spiegelt die Kriminalisierung der amerikanischen Justiz wider, die bei der strafrechtlichen Verfolgung von Verbrechen Polizeistaat-Methoden an die Stelle von ehrlichen republikanischen Traditionen gesetzt hat.

Die Bronfmans repräsentieren eine weniger bekannte Seite des mit Henry Kissinger und Armand Hammer zusammenhängenden Phänomens. Obwohl die anglo-amerikanische Elite von Familien beherrscht wird, die Wert auf ihre Stammbäume legen, ist sie schnell dabei, nützliche Agenten wie Kissinger, Hammer und Bronfman – Männer, deren Eifer, sich ihre Taschen zu füllen, durch ihre Fassade nur dürftig maskiert wird – zu assimilieren. Solche Agenten mit Einfluß arbeiten darauf hin, die Vereinigten Staaten und den Westen überhaupt dazu zu bringen, ein neues »Jalta«-Abkommen mit den Sowjets zu treffen, das die Welt in den Alptraum eines Polizeistaates verwandeln würde.



Edgar Bronfman aus der Schnaps-Dynastie ist Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses.

Wer sind die Bronfmans?

Die gesamten Vermögenswerte im Besitz der verschiedenen Zweige der Familie Bronfman wurden 1978 von Peter C. Newman in seinem Buch »King of the Castle« auf sieben Milliarden Dollar geschätzt. Mit ihren Anteilen an der DuPont Corporation sind die Bronfmans heute in der Lage, die unerwarteten Profite einzuheimsen, die sich aus dem Umwelt-Schwindel ergeben, daß Fluorkohlenwasserstoffe verbannt werden müssen, um die Ozonschicht zu schützen. DuPont hat die Patente auf die einzigen in Aussicht stehenden Ersatzkühlmittel aufgekauft.

Die Familie nahm ihren wirtschaftlichen Anfang zur Zeit der Prohibition in den USA, als ihnen das Marktrecht für britische Spirituosen, die über Kanada in die Vereinigten Staaten gelangten, erteilt wurde. Sie war auch im illegalen Drogenhandel verwickelt, aber dieser Aspekt ihrer Geschäftstätigkeit läßt sich weniger leicht belegen. Die größten öffentlichen Vermögenswerte der Bronfmans stecken immer noch im Schnapsgeschäft, das sie mit 61 Whiskymarken, wie Calvert, Seagram's, Chivas, und populären Marken von Gin, Wodka, Rum und über 250 verschiedenen Weinen und Sektsorten beherrschen.

Eine Lobby mit großem Einfluß

Ein typischer Weg für die Wäsche von Drogengeld und anderem Heißgeld führt über Grundstücksspekulationen, Spielkasinos und Sportveranstaltungen. Die Bronfmans verfügen über große spekulative Immobilienanteile überall in den Vereinigten Staaten, in Stadien, Einkaufszentren und anderen Projekten. Ihnen gehört Cadillac Fairview und Trizec, beides große Holdinggesellschaften, und die fünftgrößte, vom amerikanischen Öl unabhängige Texas Pacific Oil Company, die über Anteile in Dubai, Thailand, Spanien, Kenya, der Nordsee und Mexiko verfügt. Die Bronfmans sind die größten Privatgrundbesitzer in Kanada und besitzen die größte kanadische Beteiligung an der British American Oil Company und große Anteile an Bell Telephone in Kanada.

Sie gehören zu dem Versicherungs-Konglomerat British Eagle Star, das mit Kissinger Associates in internationalen Geschäften zur Beherrschung des Bankwesens außerhalb Kanadas fungiert, entweder direkt oder durch Vermittlung der vielen Banken, deren Gesellschafter sie sind, wie die Bank of Nova Scotia und die Bank of Montreal – und durch ihre Verbindungen mit den Finanzimperien der mächtigen Familien Rothschild und Gunzberg durch Einheirat.

Sie stellen auch einen bedeutenden Faktor in der Unterhaltungsindustrie dar. Sie besitzen Aktien der Curtis Publishing Company und Paramount Pictures und Metro-Goldwyn-Mayer.

Weil sie eine jüdische Familie sind, haben sie sich durch ihre großzügigen Zuwendungen an Israel in die Beherrschung des nordamerikanischen Zionismus eingekauft. Dies verlieh ihnen ein bedeutsames Ausmaß an politischem Einfluß als Lobbymacht in den Vereinigten Staaten, Israel und Kanada, die sie ausgespielt haben, um wirtschaftliche Maßnahmen zu ihrem eigenen Vorteil, darunter nicht zuletzt eine liberale Politik des Drogengesetzesvollzugs, durchzusetzen. Politisch haben sie ihr Gewicht hinter dem »Roten Milliardär« Armand Hammer und der sowjetfreundlichen Lobby in die Waagschale geworfen.

Schnaps in Mineralwasser-Flaschen

Die Familie Bronfman wanderte Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts aus dem russischen Reich nach Kanada aus. Zunächst betrieben die Bronfmans Landwirtschaft und arbeiteten im Bauwesen, aber als ihre Kinder heranwuchsen, wechselten sie in das Hotel-Prostitutionsgeschäft über, nachdem die Canadian Northern Railway Line gebaut worden war.

Zur Zeit der Prohibition (totales Alkoholverbot) in den Vereinigten Staaten konnten sie mit Verbrechernetzen in den Vereinigten Staaten Verbindung aufnehmen. Ein Mittel dazu war die Gründung einer pharmazeutischen Großhandlung, der Canada Pure Drug Company in Yorkton, eine Tarnung für den Verkauf von Schnaps und Drogen in der Form von Mineralwasser. Sie erhielten die Protektion der Hudson's Bay Company und einen Vertrag zum Verkauf von Dewar's Whiskey.

Ihre Praxis bestand darin, britische Marken aufzukaufen, sie zu verdünnen und dann mit ähnlich klingenden Namen an einen amerikanischen Abnehmer zu verkaufen. Sie trafen schließlich eine Vereinbarung mit der Distillers Company of Edinburgh and London – eine 1877 entstandene Fusion von britischen Schnapsbrennern, die über die Hälfte des Scotch-Marktes beherrschte. Unter dieser Vereinbarung wurde Distillers ein fünfzigprozentiger Anteil an ihrem illegalen Handel mit alkoholischen Getränken zugesprochen,

als Gegenleistung für den ständigen Strom britischer Lieferungen. 1922 wurde ein Bronfman-Schwager, Paul Matoff, nach der Art von kriminellen Banden durch den Chikago-Mob hingerichtet. Obwohl häufig mit Strafverfolgung bedroht, kam die Familie wegen der stillschweigenden Komplizenschaft der kanadischen Regierung beim ungesetzlichen, aber gewinnbringenden Handel über die Grenze stets am Gefängnis vorbei.

Als die Prohibition beendet wurde, drängten die Bronfmans als legitime Vertreiber auf den amerikanischen Markt, aber Distillers übertrugen ihr Marktrecht statt dessen an Joseph Kennedy.

Gemeinsame Geschäfte mit den Kennedys

Nichtsdestoweniger wurden die Bronfmans wohlhabend auf Grund der Unterstützung durch den Lansky-Rothstein-Clan in den Vereinigten Staaten und sie konnten ihre Schnapsmarken selbst festlegen.

Keineswegs zufällig begannen andere einflußreiche politische Kräfte, nämlich Hammer und die Familie Kennedy, ebenfalls mit illegalem Handel mit Drogen und Schnaps. Nach John H. Davis in seinem Buch »The Kennedys« wurde Joseph Kennedy von mehreren bedeutenden Figuren der Unterwelt als einer der erbarmungslosesten Konkurrenten im ungesetzlichen Handel mit alkoholischen Getränken über die ganzen zwanziger Jahre und die ersten dreißiger Jahre hinweg bezeichnet.

Armand Hammer und sein Vater stiegen ebenfalls während der Prohibition in das Schnapsgeschäft ein und gründeten die Allied Drug and Chemical Company, die wie der Bronfman-Betrieb sowohl Drogen als auch Schnaps an ihre Kunden lieferte.

Historisch gesehen wurde der Handel mit Opium durch die British East India Company abgewickelt und nahm in der Politik des Empire eine zentrale Stellung ein. Diese Tradition wurde fortgesetzt, als die Prohibition in Amerika zum Vorwand für die Kriminalisierung der Gesellschaft in den Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien wurde. Nicht nur war die Café-Gesellschaft der Treffpunkt für Verbrecher, die Hollywood-Bande und degenerierte Gesellschaften – die später zum »Jet-set« (Vergnügungssüchtige, die mit Düsenflugzeugen um den Erdball reisen) wurden –, sondern sie bot auch Gelegenheit, den Mob ganz groß in Hollywood zu integrieren.

Es ist bekannt, daß Teile der Mafia während des Zweiten Weltkriegs durch amerikanische Geheimdienste benutzt wurden. Die Verbindungen zwischen dem organisierten Verbrechen, den Fehlschlägen in Kuba in der Kennedy-Ära und dem Komplott zur Ermordung des Präsidenten sind schon zu oft durchgehechelt worden, als daß diese Dinge hier wiederholt werden müßten. Man sollte sie im Gedächtnis behalten in Verbindung mit dem späteren Iran-Contra-Skandal, als aufgedeckt wurde, daß US-Geheimdienste in illegalem Drogenhandel verwickelt waren als Mittel zur Finanzierung ihrer Unternehmungen außerhalb des Haushaltsplans, wie zum Zwecke der Anwerbung krimineller Elemente, die willens waren, gefährliche Geheimaufträge auszuführen.

Als Minda Bronfman 1953 den Baron Alain de Gunzberg heiratete, gelangte die Familie in die aristokratischsten Kreise jüdischer Familien hinein. Die Familie Gunzberg aus Odessa war Banker für den Zaren, obwohl ihnen der Familientitel durch die Habsburger verliehen worden war.

Alain de Gunzberg ist leitender Direktor der Banque Louis-Dreyfus, Frankreichs drittgrößte Handelsbank, und unterhält enge Verbindungen zu den Rothschilds im Club Mediterranée. Die Gunzbergs haben den Bronfmans europäische Schnaps- und Weinmärkte eröffnet. Und was noch wichtiger ist, sie haben innerhalb des Zionismus eine prosowjetische Parteiung konsolidiert.

Um als unbedeutende Einwandererfamilie die Prominenz der Bronfmans zu erreichen, mußte sie als Speerspitze für andere Kräfte gedient haben. Die offensichtliche Hypothese ist, daß die Bronfmans durch die Hudson's Bay Company, die historisch im Opiumhandel verwickelt war, ins Geschäft gebracht worden sind. Als die Familie zu Wohlstand kam, wurde ihr von der Distillers Corporation ein begrenztes Marktrecht eingeräumt, das nach Beendigung der Prohibition zurechtgestutzt wurde.

Gute Kontakte zu den Geheimdiensten

Die Bronfmans hatten jedoch genügend gute Verbindungen, um ihre Position trotz der Briten beibehalten und ausbauen zu können. So spielten sie bald gewissermaßen eine unabhängige Rolle. Sie wurden dabei unterstützt von der Anwaltskanzlei Philips, Bloomfield, Vineberg und Goodman, die die Finanzierung für die Expansion von Seagrams in die Vereinigten Staaten besorgte. Die Kanzlei wurde von Major Louis Bloomfield gegründet, der den Bronfmans seit den dreißiger Jahren bis Ende der sechziger Jahre als Anwalt und bis zu seinem Tod Mitte der achtziger Jahre als Berater diente.

Bloomfield war der Nachfolger von Sir William Stephenson als Leiter der British Special Operations Executive (SOE) in Nordamerika. Er war auch in den Mord an US-Präsident Kennedy verwickelt. Er trat 1938 in die SOE ein, als dem britischen Geheimdienst gestattet wurde, eine Dienststelle in den Vereinigten Staaten einzurichten. Unter dieser Vereinbarung wurde Bloomfield ein Offiziersrang in der US-Army verliehen und während des Krieges wurde er zum Geheimdienst, dem OSS, abgestellt. Er arbeitete auch mit J. Edgar Hoover im Spionageabwehrdienst.

Nach dem Krieg kehrte Bloomfield nach Montreal zurück und nahm seine Beziehungen zu den Bronfmans wieder auf; er setzte jedoch seine Geheimdiensttätigkeit fort und gründete 1958 einen privaten Geheimdienst, als Permindex – Permanent Industrial Expositions – (Ständige Industrieausstellungen) bekannt, der in der Schweiz zur juristischen Person gemacht wurde und in Montreal ansässig war.

Es laufen Gerüchte herum, nach denen Permindex als Murder Inc. (Mord GmbH) auf höchster Ebene tätig war, und das wird untermauert durch die Aktion des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, der ihre Rolle als Kanal für geheime Gelder in die Geheimorganisation der Armee (OAS), die 1962 in einen Anschlag auf sein Leben verwickelt war, aufdeckte. Als Folge davon wurde Major Bloomfields Name 1968 aus dem Briefkopf seiner Anwaltskanzlei entfernt, obwohl er als Berater für die Bronfmans eine aktive Rolle spielte.

Tarnung für Waffenschmuggel

Es gibt Belege dafür, daß die Bronfmans selbst in Geheimdienstoperationen verwickelt waren. Eine Firma namens Space Research wurde 1968 als Partnerschaft zwischen dem Allan-Bronfman-Flügel der Familie – jetzt vertreten durch Allans Söhne Edward und Peter – und A. D. Little Inc. gegründet. Diese Firma wurde vorgeblich gegründet, um Haubitzen zu bauen, mit denen Sprengköpfe in den Weltraum gefeuert werden können. Sie diente jedoch als Tarnung für Waffenschmuggel unter dem Schutz amerikanischer und britischer Geheimdienste. Zu den prominenten Mitgliedern der Firma Space Research zählten Generalleutnant Arthur Trudeau, ehemaliger Chef von US-Army R & D, Richard Bissell, ehemaliger Einsatzleiter des CIA; und verschiedene andere pensionierte Offiziere der US-Army.

In der Zeit vor 1979 verkaufte Space Research Haubitzen zum Abschuß von taktischen Kurzstreckensprengköpfen an den Iran. Als die iranische Revolution begann, verkauften die Bronfmans ihre Anteile an Space Research an Saad Gabr.

Israel, ein Bauer auf dem Schachbrett der Bronfmans

Peter Bronfman kaufte kürzlich einen Anteil an der »Jerusalem Post«, zusammen mit Henry Kissinger und dem ehemaligen Generalsekretär der NATO, Peter Carrington, durch die Hollinger Corporation. Aber es ist Edgar, als Leiter des Jüdischen Weltkongresses, der den größten Einfluß in Israel ausübt.

Edgar Bronfman

Die Geschichte einer Familie

Die Bronfmans sitzen in Israel am langen politischen Hebel, weil sie das Fluidum jüdischer Menschenfreundlichkeit besitzen. Newman beschreibt, wie dies funktioniert. 1978 verpflichtete sich die Familie dazu, etwa zwei Millionen Dollar jährlich an den Staat Israel über die verschiedenen jüdischen karitativen Einrichtungen zu spenden. 1962 zahlten sie eine weitere Million Dollar direkt für den Bau eines neuen Flügels für das israelische Museum in Jerusalem. Allein in Kanada zahlt Sam Bronfman jeweils die typischen zehn Prozent der Summe, die er sich bei Geldeintreibungen von der jüdischen Gemeinschaft als Ganzes zum Ziel setzt.

Die Rolle, die Edgar Bronfman heute spielt, entspricht der, von der der Schriftsteller Ben Hecht in seinem traurigen Buch »Perfidy« erzählt, der Geschichte, wie die Ostjuden im Zweiten Weltkrieg von zionistischen Verrätern hinters Licht geführt wurden. Die meisten Juden seien als Geiseln festgehalten worden für das, was von gewissen Gruppierungen des Zionismus als höhere Fragen der Politik angesehen wurde, schreibt Hecht. Bronfman hat versucht, ein Abkommen mit den Sowjets zu erreichen, wonach sowjetischen Juden nur die direkte Auswanderung in den Staat Israel ermöglicht und sie daran gehindert werden sollten, in den Vereinigten Staaten oder Westeuropa um Asyl zu ersuchen, was viele sonst getan hätten.

Das Vorbild heißt Armand Hammer

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Abkommens war die Komplizenschaft des israelischen Geheimdienstes bei der Übermittlung von amerikanischen Geheimnissen an die Sowjets. Dies trat bei dem berühmten Spionagefall des Jonathan Pollard zutage und ist wahrscheinlich auch die Realität hinter der derzeitigen Spionageaffäre um Felix Bloch. Edgar Bronfman ist Mitglied des Handels- und Wirtschaftsrates USA/UdSSR, der nicht nur eine prosowjetische Lobby, sondern auch ein Kanal zur Übermittlung von Technologien an die Sowjets ist.

Der jetzt alt gewordene Armand Hammer, der für Edgar ein Vorbild ist, war der wichtigste Einzelagent, der sowjetische Interessen im Westen vertrat. Obwohl in den Vereinigten Staaten geboren, war er das Kind sozialistischer russischer Emigranten, und von der Zeit der bolschewistischen Revolution an arbeitete er als ein Teil des sowjetischen Auslandsgeheimdienstes, der als »The Trust« bekannt ist.

»The Trust« war eine Schnittstelle zwischen den Sowjets und denjenigen im Westen, die bereit waren, ihnen finanzielle und andere Hilfe zu gewähren. Obwohl die Bronfmans auch russische Emigranten sind, scheinen ihre sowjetischen Interessen insgesamt darauf abgestimmt zu sein, sich in eine Position der wirtschaftlichen und politischen Macht zu schieben, darum unterhalten sie enge Verbindungen zum britischen Geheimdienst.

Der Gedanke hinter »The Trust« der heutigen Zeit – seit den fünfziger Jahren, als die Sowjets die Atombombe bekamen und versuchen konnten, eine Partnerschaft mit dem Westen zu diktieren – war eine Art neues Jalta-Abkommen, das jetzt in stärker werdendem Ausmaß die Weltpolitik diktiert.

Um solch eine politische Verschiebung herbeizuführen, war ein massives Manövrieren auf kulturellem Gebiet erforderlich. Ein Weg in diese Richtung war die Entfesselung kleiner Lokalkonflikte, die eingedämmt werden konnten und die als Vorwand zu Verhandlungen über Staatsgrenzen dienten und damit die Bedingungen zur Übernahme der Gewalt über regionale Blöcke durch überstaatliche Behörden herstellen würden. Zu diesem Zweck förderten die Sowjets und ihre westlichen Verbündeten in »The Trust« fundamentalistische Bewegungen, mit Terrorismus, darunter Geiselnahmen, als Nebenprodukt.

In Israel standen von Ariel Sharon unterstützte Extremisten im Vordergrund der Besiedlung der besetzten West Bank durch Juden. Gleichzeitig wird der moslemische Fundamentalismus durch die Sowjets, Linkslastige und durch die Sozialdemokratie gefördert. Geheimdienste auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs haben bei der Bildung dieser fanatischen Bewegungen eine große Rolle gespielt. Während die Bronfmans als Vertreter der europäischen und nordamerikanischen Zionisten vorgeblich »liberale« Gegner der von Sharon vertretenen fundamentalistischen Politik sind, sind sie nichtsdestoweniger insgeheim an wirtschaftlichen Abkommen an der West Bank beteiligt.

Während das liberale westliche Judentum gegen solche extremistischen Gruppierungen in Israel ist, war die Rolle von Edgar und die seines Bruders Charles zwiespältig. Sie waren bereit, mit den Verrückten zusammenzuarbeiten, um Israel in ein Hauptzentrum des organisierten Verbrechens, mit Drogenhandel und Geldwäsche, zu verwandeln. Max Fisher und Meyer Lansky – beide Kollaborateure der Familie Bronfman während ihrer früheren offen kriminellen Jahre – waren bei diesen Plänen die Schlüsselfiguren.

Die wichtigen Freunde der Bronfmans

Das gegenseitige Interesse an diesen schändlichen Plänen trat im Frühjahr 1982 ans Tageslicht, als eine Sitzung auf der Ranch von Ariel Sharon abgehalten wurde, bei der Kissinger und der Bronfman-Anwalt Major Louis Bloomfield zugegen waren, um politische Fragen, darunter die israelische Invasion in den Libanon, voranzutreiben. An einer späteren Zusammenkunft nahmen Lord Harlech, Fürst Johannes von Thurn und Taxis, der ehemalige amerikanische Außenminister Alexander Haig und andere wichtige Leute teil. Pläne für massive Investitionen an der West Bank wurden zwar besprochen, aber wegen der Opposition seitens der israelischen Regierung unter Begin vertagt.

Israels Zukunft könnte diesen Plänen sehr wohl geopfert werden. Das gegenwärtige Blutbad im Libanon ist ein Vorbote der Zerstörung, die die ganze Region befallen wird, falls der derzeitige Wahnsinn nicht eingedämmt wird. Religiöser Fundamentalismus ist nur der Zünder; Frieden im Nahen Osten hängt von wirtschaftlichen Lösungen für die Gegend ab. Shimon Peres' Aufruf zu einem Marshall-Plan für den Nahen Osten, der nicht beachtet wurde, ist der einzige Weg zum Frieden. Er würde Hilfe aus den Vereinigten Staaten erfordern, um die wirtschaftliche Infrastruktur zu schaffen, die erforderlich ist, um den Nahen Osten zu verändern und Israel mit seiner fortschrittlichen Technologie die Chance bieten, bei der Entwicklung der Region eine entscheidende Rolle zu spielen.

Der Dolch in Israels Rücken

Die Bronfmans, Henry Kissinger und Lord Harlech denken anders darüber. Sie sind bereit, die nationalen Bestrebungen Israels zynisch zu verraten und den Libanon an den sowjethörigen Staat Syrien auszuliefern. Sie zogen es vor, ein geopolitisches Spiel im Dienste von »The Trust« zu treiben, mit offensichtlichen Folgen für das Angebot und den Preis von Öl in einer rückläufigen Weltwirtschaft.

Während er Israel den Dolch in den Rücken stieß, winkte Edgar Bronfman zynisch mit dem blutigen Hemd des Holocaust, um Beschimpfungen gegen deutsche und osteuropäische naturalisierte Amerikaner zu rechtfertigen, die beschuldigt werden, eine Nazi-Vergangenheit zu haben. Akten des KGB wurden durch das Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums verwendet, ohne Bestätigung durch und in einigen Fällen sogar im Widerspruch zu anderem Beweismaterial. Und diese Bürger wurden summarisch ausgewiesen – im Falle von Karl Linnas in den Tod bei seiner Ankunft in der Sowjetunion. Bronfmans »Jüdischer Weltkongreß« unterstützt öffentlich die Handlungsweise des OSI, indem er diesen naturalisierten Amerikanern das verfassungsmäßige Recht auf eine gerechte Verhandlung vor einem ordentlichen Gerichtshof wegen ihrer angeblichen Kriegsverbrechen abspricht. □

Armand Hammer

US-Soldaten zum Schutz von Öl-Interessen

James Harrer

Unterstützt durch die steigende Volkswut gegen den Drogenmißbrauch in den meisten westlichen Industriestaaten, sendet der amerikanische Präsident George Bush mehr als 200 US-Soldaten – meistens Ausbilder von Sonderkommandos zur Bekämpfung von Aufständischen – nach Kolumbien, aber nicht in erster Linie zur Drogenbekämpfung. Sie sollen vielmehr die Frontsoldaten in einem Kampf um Öl sein.

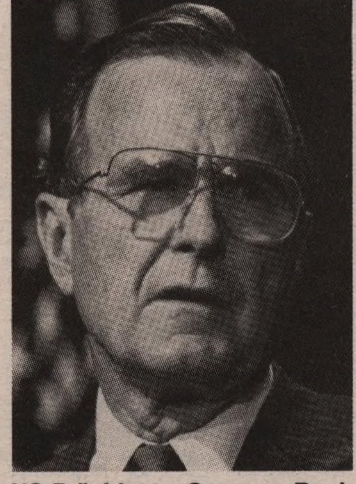
Aus Kreisen der amerikanischen Gesetzesvollstreckung verlautet, daß diese Truppen wenig Einfluß auf den »Drogenkrieg« haben werden. Sie sollen vielmehr amerikanische Interessen in einem anderen Konflikt, dem eskalierenden Ölkrieg, vertreten.

Ein Konkurrenzkampf ist ausgebrochen

Obwohl die Öffentlichkeit so gut wie gar nicht darüber unterrichtet wurde, erfuhren wir, daß in den letzten eineinhalb Jahren die Occidental Petroleum Corporation – Inhaber Armand Hammer – im Gebiet von Cano Limon, weniger als 80 km von der kolumbianischen Nordgrenze zu Venezuela entfernt, auf mehrere reiche Ölvorkommen gestoßen ist.

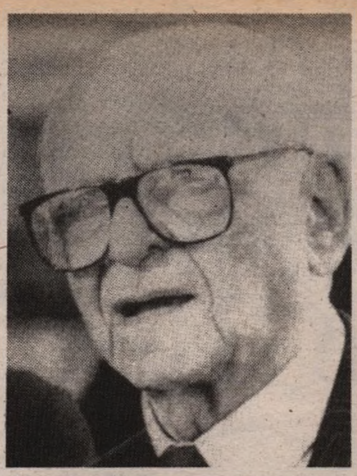
Die Titanen treffen aufeinander

Seitdem sind andere Großgesellschaften ins Land gekommen, um sich einen Teil der Ausbeute zu sichern, und die Erdölsuche läuft auf fieberhaften Hochtouren. Wie verlautet, hat Occidental in diesem Jahr in Nordkolumbien 81 Erdölquellen angezapft, während seine Hauptkonkurrenten, Shell, British Petroleum und Ecopetrol, die kolumbianische staatliche Energiegesellschaft, 32 solcher Explorationen durchgeführt haben.



US-Präsident George Bush schickt Elite-Soldaten nach Kolumbien, um Hammers Ölimperium zu retten.

Da der Ausstoß an Rohöl auf rund 500 000 Barrel pro Tag gestiegen ist und die Reserven nun auf rund drei Milliarden Barrel geschätzt werden, wurde eiligst eine Pipeline von Cano Limon nach Covenas, einem großen Ölterminal an der karibischen Küste Kolumbiens, gelegt. 1988 nahm Kolumbien annähernd 1,5 Milliarden Dollar durch Ölexporte ein, wodurch es neben Mexiko zum größten Energie-Exportland in Lateinamerika geworden ist.



Armand Hammer, ein milliardenschwerer Freibeuter, ist für seine Geschäfte mit der Sowjetunion bekannt.

Aber die Ölproduktion wird durch die inneren Kämpfe zwischen den rivalisierenden Ölgiganten beeinträchtigt. Jeder von ihnen möchte sich in eine möglichst günstige Position bringen, um den größten Anteil an den neuen Ölvorkommen zu erhaschen. Ecopetrol hat mit jeder ausländischen Gesellschaft Lizenzabkommen getroffen und gibt die Gewinne aus seinen Ölvorkommen an die kolumbianische Regierung ab.

Im Januar 1989 schaltete sich eine linksradikale kolumbianische Guerillabande, bekannt als Nationale Befreiungsarmee, in das Gerangel um Öl ein, griff mehrere Shell-Bohrquellen an und sabotierte sie. Diese ersten Guerilla-Angriffe, sagen kolumbianische Diplomaten, wurden sehr wahrscheinlich durch einen oder mehrere Erdölgiganten angestiftet, um zu versuchen, die Konkurrenten aus Kolumbien zu vertreiben.

Aber die anfänglichen Feuergefechte eskalierten bald zu einem allgemeinen Ölkrieg, in dem mehr als 500 Opfer bereits ihr Leben lassen mußten.

Die marxistischen Guerillas – die Forderungen nach riesigen Profiten, von den Buschkämpfern »Befreiungssteuern« genannt, und nach anderen Konzessionen stellten – begannen mit einer Reihe von wahllosen Feuerbombenangriffen auf die Ölfelder. Am 16. Juni 1989 streiften sie durch Covenas und machten das neue, weitgehend durch Occidental errichtete Ölterminal dem Erdboden gleich.

»Der Angriff auf Covenas verursachte enorme Schäden«, sagte Dr. Andres Restrepo, Ecopetrols Vizepräsident, Mitte August zu unserem Sonderkorrespondenten Anthony Baggs. »Jetzt, wo sich einige der größten Ölinteressen gegenseitig an der Kehle liegen und die Guerillas Verwüstungen anrichten, ist dies kein Gerangel mehr; es ist ein Krieg.«

Hammers Ölfirma »rutscht aus«

Obwohl der verschlagene Boß von Occidental, Armand Hammer, ein milliardenschwerer Freibeuter, der für seine lukrativen Geschäfte mit der Sowjetunion bekannt ist, es nicht gerne zugibt, befindet sich sein Ölimperium in großen Finanzschwierigkeiten und benötigt verzweifelt das kolumbianische Großgeschäft, um wieder auf die Beine zu kommen. In diesem Monat hat Occidental mehrere amerikanische Anlagen stillgelegt; über 1400 Angestellte werden auf die Straße gesetzt.

»Oxy rutscht aus«, sagt Seth Trumbill, ein Broker an der Wall Street, der die Erdölaktien verfolgt, »und ich vermute, daß Hammer, der Bush gut kennt, zu diesem gesagt hat: ›Wir brauchen Hilfe‹«.

Ob als Reaktion auf Hammers Ersuchen oder aus anderen Gründen, das Weiße Haus hat kürzlich eine geheime Direktive zur Staatssicherheit erlassen, mit der das Pentagon angewiesen wurde, Elite-»Bereitschaftseinheiten« – das heißt Einsatzgruppen – in Kolumbien ausschwärmen zu lassen, um den bewaffneten Streitkräften Kolumbiens bei ihren Auseinandersetzungen mit kriminellen, aufständischen oder freischärlerischen Elementen »Ausbildungs-, logistische und, wo notwendig, Feldunterstützung« angedeihen zu lassen.

Offiziell ist diese kleine amerikanische Expeditionsstreitmacht Teil des Kriegs der Regierung gegen Drogen. Aber Beobachter sagen voraus, daß die meisten Einsatzgruppen in der Region von Cano Limon landen werden, um ihre Kenntnisse gegen linksstehende Guerillabanden und andere konkurrierende Elemente im Krieg um Öl in die Waagschale zu werfen. □

Drogenmafia

Geheimer Bericht an George Bush

Martin Mann

Von israelischen Beratern ausgebildete Killer des Kokainkartells sollen in Kolumbien mehr als ein Dutzend amerikanische Geheimdienstagenten ermordet haben, wie CODE aus gut unterrichteten Kreisen des amerikanischen Justizministeriums erfahren hat.

Einzelheiten über den Drogenterrorismus, der von Ausbildern von Schlägertrupps des Mossad, Israels Geheimdienst, ausgeht, wurden dem Weißen Haus in der zweiten Septemberwoche in einer streng geheimen Denkschrift des CIA gemeldet. Der Bericht, der, wie es heißt, hochstehenden Beamte des Staatssicherheitsdienstes in Washington erschüttert hat, stellt jetzt den amerikanischen Präsidenten George Bush vor eines der schwierigsten Probleme seiner Regierung, teilten diplomatische Beobachter und Geheimdienstexperten sowohl in Washington als auch am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York mit.

Die Schlüsselfiguren des Kokainhandels

»Dies riecht nach einem schlimmeren Skandal als die Pollard-Affäre«, versicherte Paul Sakwa, ein ehemaliger hoher Beamter des Untergrunddienstes des CIA, der jetzt Anlageberater in Washington ist. »Als entdeckt wurde, daß drei israelische Obristen Schlägertrupps für Schlüsselfiguren des Kokainhandels ausbildeten, wurden diese zunächst als Söldner abgetan.

Aber jetzt stellt sich heraus, daß sie für die israelische Regierung gearbeitet haben. Ihre Namen stehen hoch auf einer amtlichen Liste zugelassener Kommando-Ausbilder, die vom israelischen Verteidigungsministerium herausgegeben wurde.«

Von kolumbianischen diplomatischen Kreisen in Washington war zu erfahren, daß hochrangige Mossad-Offiziere seit mehreren Jahren in geheimnisvollen Aufträgen nach Kolumbien ein- und ausreisen, aber sie wurden niemals aufgehalten oder befragt, denn sie trugen Beglaubigungspapiere bei sich, die sie als Gesandte des israelischen Verteidigungsministeriums ausweisen.

Kreise des Washingtoner Gesetzesvollzugs sind gewöhnlich zurückhaltend, wenn es um israelische Verbindungen zum Drogenkartell geht.

»Sind Sie sicher, daß Sie mich schützen können?« ist die Frage, die unsere Reporter, die Berichte untersuchen, die die Interessen des Kleinstaates berühren, am meisten zu hören bekommen. Aber diese Kreise räumen jetzt ein, daß es Berichte über Vertragsagenten des Mossad gibt, die schon seit 1982, als eine Gruppe von Banditen Marta Nieves Ochoa, die Enkelin einer führenden Figur im sogenannten Medellin-Kartell, dem großen Kokain-Handelskonzern, entführten, Sicherheitsdienste für milliardenschwere Drogenbosse leisten.

»In der Tat, dieser Vorfall drängte die Drogenspediteure in das Bündnis hinein, das wir jetzt das Kokain-Kartell nennen«, erinnerte sich Herbert Stutz, ein ehemaliger Untersuchungsbeamter der amerikanischen Zollbehörde. »Sie legten über zehn Millionen Dollar zusammen, um eine private Kommandotruppe aufzustellen, um ihre Gegner auszulöschen, seien es Entführer, Guerillas oder kolumbianische Justizbeamte, die sich weigerten, Bestechungsgelder anzunehmen.

Eine Welle von Morden wurde losgelassen. Und wir glauben, daß von Anfang an diese Privatarmee von ›Sicarios‹ (Killer einer Drogenbande) von Schlägertrupps-Ausbildern aus Israel aufgestellt und ausgebildet wurde.«

Hochstehender Israeli leitete Ausbildung der Killer

Nach dem CIA-Bericht, der jetzt im Weißen Haus umläuft, ist der israelische Beamte, der für die Ausbildungsprogramme für Kokain-Killer verantwortlich war, Zvi Reuter, ein hoher Beamter des israelischen Verteidigungsministeriums.

Einer der israelischen Offiziere, der vor kurzem als Ausbilder einer Drogenbande namentlich identifiziert wurde, Oberst Yalir Klein, sagte zu Reportern in Jerusalem: »Wir wurden von niemand anderm als von der israelischen Regierung nach Kolumbien entsandt«, und er behauptete, ein israelischer General sei einmal Leiter des Ausbildungsprojekts für Drogenbanden gewesen.

Aus Kreisen des amerikanischen Außenministeriums verlautet jetzt, daß Reuter den Rang eines Brigadegenerals in der Reserve der israelischen Verteidigungsstreitkräfte bekleiden soll.

Ausbildermannschaft von Weltklasse

Mit der vielleicht größten Sorge wird in dem CIA-Bericht für den US-Präsidenten festgestellt, daß das Drogenkartell seine Bemühungen, tüchtige Killer auszubilden, nach 1987 noch verstärkte, als die Kokain-Bosse erfuhren, daß amerikanische Behörden dabei waren, geheime Drogenbekämpfer nach Kolumbien einzuschleusen und anzuwerben, um Nachrichten über die Lieferquelle zu erforschen.

Das Drogensyndikat mobilisierte im vergangenen Frühjahr weitere Millionen für bewaffnete Hilfskräfte, heißt es in dem CIA-Memorandum, als es erfuhr, daß am Hauptsitz des CIA in Langley, Virginia, einem Vorort von Washington, heimlich ein sogenanntes Counter Narcotics Center (Drogenbekämpfungszentrum) eingerichtet wurde.

Das neue Zentrum wurde in Dienst gestellt, »um den Vorstoß gegen internationale Drogendealer mit Einsätzen zu unterstützen«, teilte uns der Sprecher des CIA, Bill Devine, mit. Aber aus Geheimdienstkreisen verlautet, daß die Drogenbarone fürchteten, zum Ziel von selektiven Erstschlägen – das heißt Mord oder Entführung – durch von Amerika aus dirigierte Einsatzgruppen zu werden.

Um ihre persönliche Sicherheit besorgt, wandten sich die Kartellbosse an Israel wegen einer »Ausbildermannschaft mit Weltklasse«, wie eine Informationsquelle es nannte, um Killern beizubringen, wie man sich das zum Ziel nimmt und tötet, was sie als wachsende Bedrohung anzusehen begannen: amerikanische Geheimagenten.

Eine Gruppe von drei israelischen Obristen, zwei von ihnen Veteranen der Schlägertrupps des Mossad zur Terroristenbekämpfung, einer ein erfahrener Offizier des Shin Beth, des inländischen Sicherheitsdienstes des Kleinstaates, traf unter Oberst Klein in Kolumbien ein.

Ein »professioneller« Mord

Zwei Monate nachdem Kleins Mannschaft damit begonnen hatte, eine Gruppe kolumbianischer Killer auf einer Ranch auszubilden, die einem Drogenlord gehört, wurde Oberst Valdemar Franklin Quintero, der Kommandeur der Staatspolizei in Antioquia, von einer mit professioneller Sachkenntnis operierenden Killertruppe ermordet, verlautet aus diplomatischen Kreisen Kolumbiens.

Franklin war jedoch nicht der einzige Verbündete in Washingtons Krieg gegen die Drogen, der von durch Israelis ausgebildeten »Sicarios« in Kolumbien getötet wurde, verlautet aus Kreisen des amerikanischen Justizministeriums. □

Zweiter Weltkrieg

Die tödlichen Entscheidungen Eisenhowers

P. J. Huxley-Blythe

Als die Deutschen sahen, daß sich das Kriegsglück gegen sie wandte, besonders an der Ostfront gegen Ende 1944, erhielt General Andrej Andrejewitsch Wlassow, ein sowjetischer Armeekommandeur, der sich 1942 den Deutschen ergeben hatte, die Erlaubnis eine »Russische Befreiungsarmee« (»Russkaja Oswoboditelnaja Armia«), besser bekannt durch die Abkürzung ROA, aufzustellen. Sie sollte zunächst aus drei Divisionen bestehen.

General Wlassow hatte zuständigen Deutschen wiederholt gesagt, daß er nicht an einem deutschen Sieg interessiert sei; seine einzigen Gedanken seien auf die Befreiung der UdSSR und seines Volkes von den Bolschewisten gerichtet.

Wir kämpfen für Rußland

Wlassow sagte, daß sie kämpften, »weil ich den Bolschewismus kenne, diese furchtbare Synthese von Wahnsinn und Verbrechen, die mein armes unschuldiges Volk im Griff hat. Aber wenn ihr Deutschen den Krieg verliert, dann werden wir russischen Patrioten den Kampf nicht aufgeben. Denn, vergessen Sie nicht, wir kämpfen nicht für Deutschland, sondern für Rußland.«

Josef Stalin wußte, daß das, was Wlassow gesagt hatte, wahr war, und da die russische Emigration durch alle diejenigen angeschwollen war, die sich den Deutschen ergeben hatten, die Mehrheit von ihnen im wehrfähigen Alter, mußten sie um jeden Preis vernichtet werden. Tausende von antikommunistischen Russen, die sich nach der Kapitulation Deutschlands dem Westen gegenüber ergaben, wurden zwangsweise zur Hinrichtung an die Sowjets ausgeliefert.

Die »großen Drei« von Jalta, von links: Winston Churchill, Großbritannien; Franklin D. Roosevelt, USA; Josef Stalin, Sowjetunion.

Viele Jahre lang war angenommen worden, Stalin habe auf der berüchtigten Jalta-Konferenz auf die westlichen Führer Druck ausgeübt, alle sowjetischen Staatsbürger an die UdSSR auszuliefern, ohne Rücksicht auf deren persönlichen Wünsche in dieser Angelegenheit.

Jedoch in den Jalta-Dokumenten finden wir keinen Hinweis darauf, daß unter den Alliierten eine solche Vereinbarung getroffen wurde. Dies bedeutet, daß die Westmächte damit einverstanden waren, Angehörige der Roten Armee, die Kriegsgefangene waren, nicht aber jene Antikommunisten, die in deutscher Uniform gekämpft hatten und in ihr gefangengenommen wurden, in die Heimat zurückzuführen.

Die alleinige Entscheidung Eisenhowers

Unter den Jalta-Unterlagen befindet sich nämlich ein Schreiben vom 7. Februar 1945, abgefaßt durch den amtierenden amerikanischen Außenminister an den amerikanischen Außenminister, aus dem hervorgeht, daß die amerikanischen Streitkräfte in Europa allen sowjetischen Bürgern, die in deutscher Uniform in Gefangenschaft geraten waren, Schutz gewähren, daß denjenigen Russen, die um Asyl gebeten haben, dieses ihnen gewährt werde, wenn der amerikanische Generalstaatsanwalt dem zustimmt, und daß alle Russen die keine sowjetischen Staatsbürger waren, nicht der Rückführung unterlägen.

Unter den Jalta-Papieren befindet sich auch ein Schreiben von Anthony Eden an den amerikanischen Außenminister mit Datum vom 5. Februar 1945. In seinem Brief schrieb Eden – und es ist von wesentlicher Bedeutung, daß Eden dies zwei Tage bevor der amerikanische Außenminister entschieden hatte, keine Russen zwangsweise in die Heimat zurückzuführen, schrieb –, daß der US-Bürger und alliierte Oberkommandeur Dwight D. Eisenhower bereits entschieden habe, Russen so schnell wie möglich auszuweisen, anscheinend eine Entscheidung, die der offiziellen amerikanischen Politik direkt entgegenstand.

Die Zwangsrückführung russischer Antikommunisten, unserer Freunde von heute und Verbündeten von morgen, war ein Verbrechen das früher oder später ans Tageslicht kommen wird, und die dafür Verantwortlichen sollten gezwungen werden, sich zwei Anklagen zu stellen.

Erstens: Wegen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit – in den Nürnberger Prozessen strafbar mit dem Tode gemacht –; und zweitens, wegen Zerstörung einer Waffe – einer zukünftigen Befreiungsarmee, die vom Kreml mehr gefürchtet wird, als A- oder H-Bomben –.

Im März 1945 entsandte Wlassow zwei Geheimbotschafter ins westalliierte Hauptquartier, um mitzuteilen, daß er und alle Russen in Deutschland nicht gegen den Westen kämpften sondern versuchten, ihr Land vom Bolschewismus zu befreien und so eine Bedrohung für die ganze Welt zu vernichten. Diese Botschaft blieb ohne Gehör.

Auch Massenselbstmorde überzeugten die Amerikaner nicht

Noch in Prag befindlich, setzten sich Streifen der 1. Division (ROA) mit Vorauseinheiten der amerikanischen Armee in Verbindung und erfuhren von diesen, daß Eisenhower beabsichtigte, die Rote Armee die Tschechoslowakei erobern zu lassen; und dementsprechend befahl Wlassow der 1. Division, die rund 25 000 Mann zählte, nach Westen zu marschieren und sich den nächstliegenden amerikanischen Streitkräften zu ergeben, was sie auch taten, indem sie sich am 10. Mai 1945 der 3. amerikanischen Armee ergaben.

Zweiter Weltkrieg

Die tödlichen Entscheidungen Eisenhowers

Die 1. Division wurde dann zwangsweise entwaffnet und durch amerikanische Panzer der Roten Armee in die Arme getrieben, die auf sie wartete. Massenselbstmorde überzeugten den amerikanischen Kommandeur nicht davon, daß es sich bei diesen Männern um tapfere Patrioten und Freunde der freien Welt handelte.

Die Zwangsausweisung der 1. Division erfolgte ohne, daß Wlassow, der im Hauptquartier der 3. US-Army als Gast behandelt wurde, etwas davon wußte. Doch waren diese Ereignisse dem antikommunistischen General George S. Patton bekannt und dieser fühlte, daß er nicht untätig dabeistehen und zusehen könne, wie diese tapferen Russen zum Abschlachten übergeben werden. Er bat um Erlaubnis, Wlassow besuchen zu dürfen.

Das Zusammentreffen, das weitreichende Auswirkungen auf die heutige politische Lage gehabt haben könnte, sollte nicht stattfinden, da Eisenhower Patton dazu überredete, die Fahrt nicht anzutreten. Die US-Army begann mit der Übergabe von Tausenden von russischen antikommunistischen Soldaten, Frauen und Kinder zur Hinrichtung, obwohl diese Soldaten in der Uniform der deutschen Wehrmacht gekämpft hatten und daher durch den Brief des amtierenden amerikanischen Außenministers geschützt waren.

Sollte der spätere Präsident der Vereinigten Staaten, Eisenhower, protestieren und sagen, er habe seinerzeit nur Befehle ausgeführt, dann hätte man ihn erstens daran erinnern sollen, daß deutsche Generäle wegen ähnlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit hingerichtet wurden und ihre Verteidigung, sie hätten höheren Befehlen gehorcht, von der American War Crimes Commission unter Eisenhowers Oberkommando beiseitegeschoben wurde.



George Marshall (rechts) war der US-General, der die Jalta-Vereinbarungen zugunsten Stalins auslegte.

Zweitens hätte man ihn an Edens Schreiben in den Jalta-Akten erinnern sollen, aus dem hervorgeht, daß schon bevor Jalta oder andere spätere Vereinbarungen unterzeichnet worden waren, Eisenhower entschieden hatte, alle Russen zu »repatriieren«.

Ein unglaublicher Verrat an Patrioten

Drittens befindet sich ein Geheimdokument im Pentagon-Archiv mit dem Titel »The Recovery and Repatriation of Liberated Prisoners of War, Occupation Force in Europe, 1945«. Dieses Dokument bestätigt, daß Russen, die in deutscher Uniform gefangengenommen wurden, nicht zu den Sowjets zurückgeführt würden; es sei denn, sie wollten freiwillig zur UdSSR zurückkehren – ziemlich unwahrscheinlich – oder sie wären »Kriegsverbrecher«.

Obwohl Eisenhower die Zwangsrepatriierung von Wlassow 1. Armee befohlen haben muß, geschah es erst am 20. Dezember 1945, daß die US-Regierung schließlich die Rückführung von antikommunistischen Russen an die Sowjets zur Hinrichtung beschloß. Und doch hatte Eisenhower schon sieben Monate vorher, anscheinend auf seine eigene Initiative hin, ohne Bevollmächtigung durch seine Vorgesetzten in Washington, antikommunistische Russen zwangsweise »in die Heimat zurückgeführt«.

Vor Verlassen dieser besonderen Phase des Verrats an antikommunistischen Patrioten und an der freien Welt, sollte der Leser wissen, daß der Chef der US-Joint Chiefs of Staff, der die Jalta-Klausel zugunsten von Stalin verdrehte, niemand anders als General George C. Marshall war.

Ein hinterlistiges Manöver der US-Army

Als Wlassow sich im Hauptquartier der 3. US-Army befand, schrieb er einen Brief an den Obersten Befehlshaber in Europa und an die verschiedenen westlichen Regierungen, in dem er darum bat, seine Streitkräfte nicht an die Sowjets auszuliefern, sondern daß ihm und seinen führenden Offizieren gestattet werde, sich einem internationalen Gerichtshof zu stellen. Die Westmächte beachteten diese sehr vernünftige Bitte nicht, zweifellos um Stalin eine »Peinlichkeit« zu ersparen, und die 3. US-Army erhielt den Befehl, Wlassow zur Hinrichtung an die Sowjets auszuliefern.

Doch der Oberste Kommandeur lieferte Wlassow nicht offen an die roten Henker, die Feinde des russischen Volkes, aus. Stattdessen griff die 3. Armee auf ein hinterlistiges und schändliches Manöver zurück. Am 12. Mai 1945 wurde Wlassow und seinem kleinen Stab mitgeteilt, daß sie sich zu einer Konferenz mit hohen amerikanischen Offizieren ins Hauptquartier der 4. US-Army zu begeben hätten.

Die Transportkolonne mit Wlassow, »geschützt« von vier Panzern, die vom Hauptquartier der 4. Armee geschickt worden waren, setzte sich zum Tagungsort der Konferenz in Bewegung. Aber etwas über drei Kilometer vom Ausgangspunkt aus, blokkierte ein Wagen der Roten Armee und Soldaten die Straße, nahmen Wlassow und seinen ganzen Stab fest, während die »Schutz«eskorte ruhig zuschaute.

Sollte Eisenhower protestieren, der amerikanische Kommandeur habe bis zu dem Zeitpunkt als es tatsächlich geschah nichts davon gewußt, dann wäre das eine Lüge, denn der Wagen der Roten Armee, der die Straße blockierte und die Offiziere transportierte, die Wlassow festnahmen, hatten den ganzen Tag im Hauptquartier der 3. US-Army gewartet bis die ROA-Kolonne abfuhr. Wir können daher nicht darüber überrascht sein, daß Stalin Eisenhower für dessen Dienste für die Sowjetunion mit dem mit schweren Juwelen besetzten Soworow-Orden auszeichnete.

Obwohl die obenerwähnten Ausweisungen sowohl moralisch als auch politisch gesehen verbrecherisch waren, könnten sich sowohl Marshall als auch Eisenhower der Verantwortung entziehen, indem sie sagten, die betreffenden Russen hätten mit der deutschen Wehrmacht, dem Feind der Alliierten, gekämpft, so daß sie keine andere Möglichkeit hatten.

Diese Entschuldigung ist jedoch eine einzige weitere Verzerrung der Wahrheit, denn wir wissen heute, daß jene russischen Patrioten, die mit den Alliierten – bei den Amerikanern in Italien – gekämpft hatten, das gleiche Schicksal ereilte, wie ihre Landsleute, die an der Seite der Deutschen kämpften. □

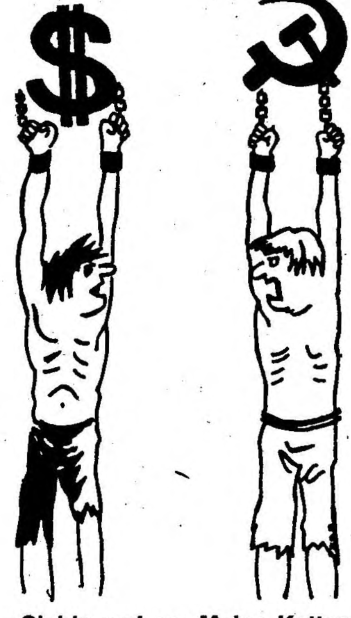
Satanismus

Ein Spiel der Geheimdienste

Peter Blackwood

Die Förderer des »Condominismus« veranstalteten eine satanistische Rock-Burleske in Moskau »mit Hilfe von ihren Freunden«. Ein »Heavy-metal«-Rock-Konzert, »Moscow Music Peace Festival« genannt, fand im Spätsommer im Moskauer Leninstadion unter Teilnahme von 100 000 »Rock-Fans« statt und soll von »mehreren zehn Millionen« im sowjetischen Fernsehen gesehen worden sein. In ganz Westeuropa lauteten die Schlagzeilen über das Ereignis: »Woodstock 1969 – Moskau 1989«.

So erstaunlich wie die reinen Zahlen auch sein mögen, die Veranstalter repräsentierten den Bodensatz der westlichen »Heavy-metal«-Gruppen, deren typischer Vertreter der ausgebrannte Alkoholiker und Satanist Ozzy Osbourne ist. Er ist dafür bekannt, auf der Bühne einer Fledermaus den Kopf abgebissen zu haben und für sein vormundschaftsähnliches Verhältnis für die Satan verehrende Black-Sabbath-Gruppe.



»Sieh's mal so: Meine Ketten sind rostfrei.«

Erlöse für KGB-Organisationen

So lächerlich es auch erscheinen mag, es war der Zweck, der Veranstaltung im Leninstadion, Gelder aufzutreiben, um den Mißbrauch von Drogen und Alkohol in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten zu bekämpfen. Der heruntergekommene Osbourne hielt in Moskau sogar eine »Pressekonferenz« ab, von der in der Zeitschrift der amerikanischen Armee »Stars and Stripes« ein Foto veröffentlicht wurde.

Weniger bekannt in der Öffentlichkeit ist die Tatsache, daß bedeutende Beträge des Erlöses in Organisationen fließen, die als Fassaden für den sowjetischen KGB bekannt sind.

Es ist eine bequeme Fiktion, ernährt durch den CIA, den KGB und den britischen Geheimdienst, die »Rock-Konzerte unter freiem Himmel« seien eine Form des »kulturellen Eindringens des Westens« in die UdSSR und werden durch Gorbatschows »Glasnost« und »Reform«politik ermutigt.

Es wäre angemessener, sich an den Titel des Songs der Beatles: »Back in the U.S.S.R.« (»Wieder in der UdSSR«) zu erinnern. Ozzy Osbourne und seine Bande kehrten in gewissem Sinne zu ihren Wurzeln in Mütterchen Rußland zurück.

In einem bedeutsamen Ausmaß waren Rock 'n' Roll-Auftritte eine sowjetische kulturelle Unterwanderung des Westens, gefördert oder geplant durch solche Ost-West-»Trust«-Organisationen wie das ehemalige Aldous Huxley's Esalan Institute in Kalifornien oder britische Rockmusik produzierende Firmen. Viele Jahre hindurch vertrat die sowjetische Kommunistische Partei die Propagandathese, Rock 'n' Roll sei »imperialistisch«, gleichbedeutend mit »moralischem Aids«. Jetzt wurde diese Propaganda fallengelassen.

Sich den »Heavy-metal«-Rock zu eigen zu machen, eröffnet dem KGB neue Möglichkeiten des »Playback« in den Westen hinein. Besonders im Falle von Ozzy Osbourne ist es auch das Ziel, ihn zu rehabilitieren, nachdem er durch Kampagnen in Westeuropa und in den USA als Promoter des Satanismus angegriffen wurde. In Schweden, der Schweiz und anderswo wurden Osbourne-Konzerte durch antisatanistische Bürgerinitiativen gestört, und mindestens ein Osbourne-Konzert wurde annulliert. Bis zum August befand sich Osbourne auf einer landesweiten Tournee in den Vereinigten Staaten. Überall in den USA war Osbourne das Angriffsziel verärgerter Bürgergruppen.

Satanskult versteckt hinter sozialen Fragen

Am 13. August, während einer Rede in Moskau, beklagte sich der »Heavy-metal«-Rock-Promotor, Doc McGhee, darüber, daß die Ehefrau des US-Senators Albert Gore, »Tipper Gore«, behauptete, Motley Crue und Ossy Osbourne seien die Bands des Satankults. »Wir wollen der Welt zeigen, wie besorgt die Bands um soziale Fragen« sind.

McGhee fördert »Heavy-metal«-Rock-Konzerte als »Drogenbekämpfungs«veranstaltungen, als eine Bedingung zur Bewährung nach einer Verurteilung wegen eines Planes zur Einfuhr von Marihuana. McGhee prophezeite: »Das nächste Rock-Konzert findet in Tinanmen Square statt. Wir wissen, daß dort eine Million Platz hat – wenn man die Panzer außer acht läßt.

Das Riesenspektakel im Leninstadion wurde eingeführt durch Genrikh A. Borovik, Leiter des offiziellen Committee for the Defense of Peace (Ausschuß zur Verteidigung des Friedens). Er sagte, das Ziel des Konzerts sei die Drogenbekämpfung, die Abrüstung von Kernwaffen und ein Ende des »Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus«. Boroviks Ausschuß »verspricht, die beim Verkauf von Eintrittskarten zu erwartende eine Million Rubel Gewinn für caritative Zwecke zu verwenden«, berichtete die »International Herald Tribune«.

Borovik ist auch der Schwager des Generals Wladimir Kryuschkow, Chef des KGB. In der gleichen Woche als die Veranstaltung im Leninstadion stattfand, brachte die sowjetische »New Times« in reißerischer Aufmachung ein Interview mit General Kryuschkow, in dem zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem KGB und den westlichen Geheimdiensten auf den Gebieten der Drogen, Verbreitung der Kernwaffen und Kernwaffenterrorismus aufgerufen wurde.

Ein weiterer Spitzenpromotor der Veranstaltung war Anastas Mikoyan, Namensvetter des verstorbenen sowjetischen Außenhandelsministers Anastas Mikoyan, einer der bedeutendsten sowjetischen Makler der Macht dieses Jahrhunderts.

Ob der »Trust«-Agent Armand Hammer von Occident Petroleum, der kurz vor der Veranstaltung ebenfalls in Moskau war, an der Finanzierung des Spektakels beteiligt war oder nicht, es steht außer Frage, daß das Satansfest im Zusammenhang mit den »Condominium«-Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion steht. Ein öffentlich herausgestellter »Überraschungsgast« war der amerikanische Botschafter Jack Matlock, der kürzlich ein bisher noch nie dagewesenes privates Zusammentreffen mit dem KGB-Chef Kryuschkow hatte.

Es wird berichtet, daß Matlock ein Hemd trug mit der Aufschrift: »Just Say No« (»Sag bloß nein«), der abgeschmackte »Anti-Drogen«-Slogan von Nancy Reagan, die auf Magie und Astrologie schwört und eine enge Freundin von Armand Hammer ist. □

Amerika braucht Glasnost

Peter Blackwood

Die amerikanische Tageszeitung »Washington Post« hat Neuigkeiten entdeckt, die im Grunde 50 Jahre alt sind. Der Kernpunkt dieser »Überraschungen« ist die Tatsache, daß die Briten sich verschwörten, um die Vereinigten Staaten in den Krieg, der am 3. September 1939 mit der britischen Kriegserklärung an Deutschland begann, hineinzubekommen, um diesen zu einem Weltkrieg auszuweiten.

Dabei wurden amerikanische Gesetze en masse gebrochen, ganz zu schweigen, daß das amerikanische Volk mit allen möglichen schmutzigen Tricks hinters Licht geführt und betrogen wurde – und das alles mit der ungesetzlichen und kriminellen Begünstigung durch den damaligen amerikanischen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt.

Die Wahrheit unter Lügen begraben

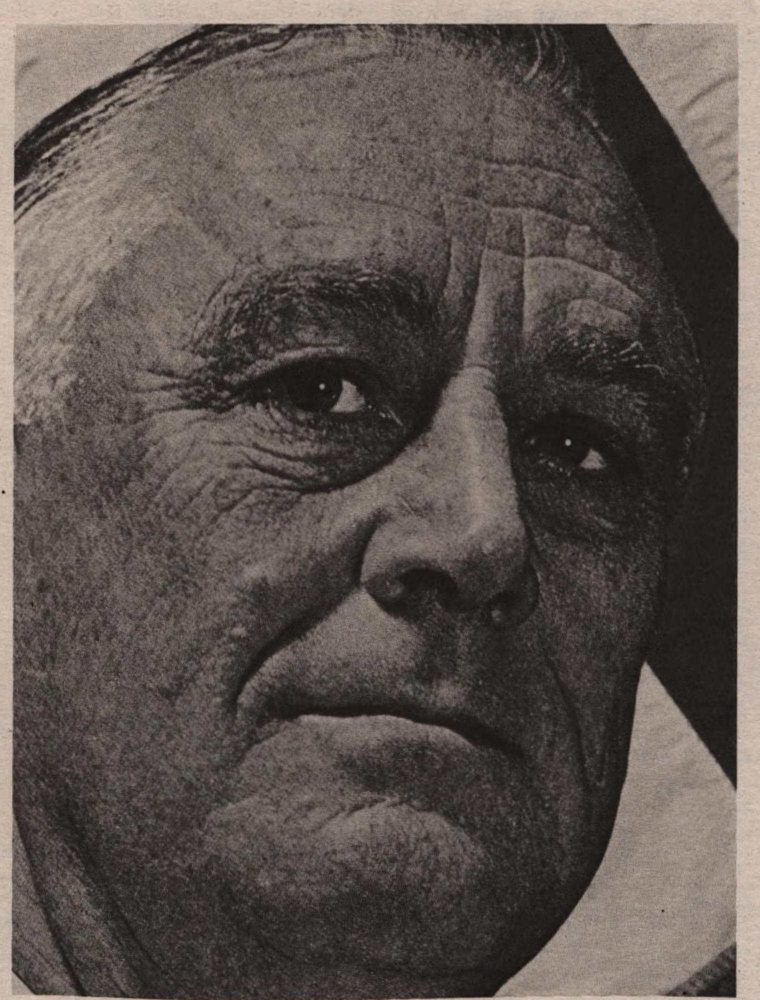
Das alles ist nicht neu. Jeder, der mit den Fakten vertraut ist, weiß dies seit vierzig Jahren. Viele Bücher sind darüber geschrieben worden. Die klügsten der Nicht-Interventionisten, die Roosevelts Kriegspläne Ende der dreißiger Jahre und Anfang der vierziger Jahre bitter bekämpften, erwarteten und sagten genau diese Art von britischer Gaunerei voraus, bevor sie dann auch wirklich geschah; und sie taten ihr Bestes, um die Amerikaner zu warnen.

Für ihre Bemühungen wurden sie als »Isolationisten« und Schlimmeres beschimpft. Sie wurden lächerlich gemacht und angespuckt von der interventionistischen Presse, die damals wie heute die Strategie der internationalen Banker und der Kommunisten sowie der Zionisten verfolgt.

Seitdem haben die »Hofhistoriker« – wie der Pionier der Revisionisten Harry Elmer Barnes sie nannte – versucht, die Wahrheit unter Lawinen von Lügen, Orkanen von Geschrei und Fluten von Tinte zu begraben. Aber jetzt ist es »amtlich«. Die »Washington Post« räumt nun ein, wie korrupt und betrügerisch die damalige amerikanische Politik war.

Diese Zeitung und viele andere Blätter des Establishments sind genau diejenigen, die über die Jahre hinweg genau die Darstellungen verbreitet haben, die sie nun als Fälschung, Unwahrheiten und tendenziöse Berichterstattung zu enthüllen vorgeben.

Und die Revisionisten, die über die Jahre hinweg nach den klaren Tatsachen schauten und die Schuld für den Krieg auf die Schultern Roosevelts und des »British Crime Minister« Winston Churchill sowie auf die starken internationalen Kräfte des Kommunismus und Zionismus hinter ihnen legten, haben Recht behalten.



US-Präsident Roosevelt und die internationalen Kräfte des Kommunismus und Zionismus werden für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht.

Entlarvung irreführender Mythen

Und fünfzig Millionen Menschenleben später, was können wir aus diesem furchtbaren Geschehen lernen? Oder sind wir dazu verdammt, die Geschichte endlos zu wiederholen, immer wieder von einer Katastrophe in die andere zu schlingern, mit dem ewigen Sirenengesang übler Menschen, die uns immer und immer wieder in die Felsen locken bis wir völlig vernichtet sind?

Im Jahr 1965 schrieb Harry Elmer Barnes: »In den letzten vierzig Jahren ist ›Revisionismus‹ ein Kampfbegriff geworden. Für die sogenannten Revisionisten bedeutet dies eine ehrliche Forschung nach der historischen Wahrheit und die Entlarvung irreführender Mythen, die eine Barriere für den guten Willen unter den Völkern darstellen. In den Gedankengängen der Gegner des Revisionismus hat dieser Begriff den Beigeschmack der Böswilligkeit, Rachsucht und des unheiligen Begehrens, die Retter der Menschheit zu besudeln.

In Wirklichkeit bedeutet Revisionismus nicht mehr oder weniger als die Bemühung, die Geschichtsschreibung im Lichte einer vollständigeren Sammlung von historischen Tatsachen, in einer besonneren politischen Atmosphäre und mit einer objektiveren Einstellung zu korrigieren.

Er ist am häufigsten und wirksamsten angewendet worden, um die Geschichtsschreibung in bezug auf Kriege zu berichtigen, weil die Wahrheit immer das erste Opfer des Krieges ist; die Verzerrungen in der Geschichtsschreibung sind zu Kriegszeiten am größten, und sowohl die Notwendigkeit als auch das Material zur Richtigstellung von Mythen sind am augenscheinlichsten in Zusammenhang mit Kriegen.«

CODE wird sich künftig sehr eingehend mit dem Fortschritt des historischen Revisionismus beschäftigen. Die Ergebnisse dieser Forschung sind aber nicht nur für die Deutschen von Interesse. Die Rückwirkungen auf die USA sind noch nicht vorstellbar.

In den Vereinigten Staaten waren die Menschen immer stolz auf die Freiheiten, die sie genießen, die angeblich weit über denen anderswo in der Welt stehen. □

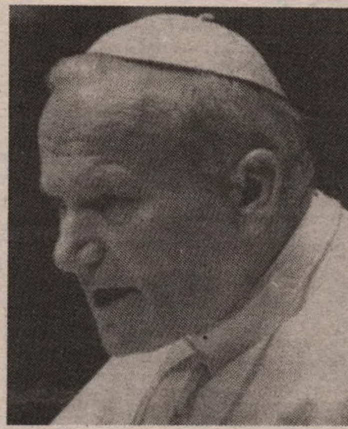
Vatikan

Neuer christlicher Humanismus

John Springfield

Eine Pilgerfahrt nach Spanien und zwei Abhandlungen zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs kennzeichnen die neuesten Bemühungen des Papstes Johannes Paul II.

Der Vatikan erlebte Ende August eine aufregende diplomatische Tätigkeit, die vom Papst geleitet wurde. Unermüdlich, wie immer, führte Johannes Paul II. eine Pilgerfahrt von Jugendlichen zu dem ehrwürdigen Schrein von Santiago de Compostela in Spanien an und er reagierte auf die Hoffnungen der Massen, die sich in Osteuropa nach Freiheit und Demokratie sehnen, indem er zum ersten Mal seit 60 Jahren einen katholischen Bischof in Weißrußland ernannte.



Papst Johannes Paul II. übt harte Kritik an den Vereinbarungen von Jalta und am Geist eines »neuen Jaltas«.

Kritik am Geist dieser Welt

Stets der fleißige Berater für sein geliebtes Polen, unterstützte der Papst die Herstellung von regulären diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan am 17. Juli 1989. Jetzt beabsichtigt Johannes Paul II. als Missionar in den vom Krieg zerrütteten Libanon zu reisen.

Der Geist, der den Aktivismus von Papst Johannes Paul II. beflügelt, rührt nicht von sorgfältig ausgearbeiteten diplomatischen Projekten des Vatikans, sondern von seiner tiefen Überzeugung von der Notwendigkeit her, die christliche Botschaft in alle Winkel der Erde zu tragen.

Er hatte es den Tausenden von jungen Leuten, die seiner Einladung, nach Santiago zu pilgern, gefolgt waren, verkündet: »Die Kirche strebt danach, der Reisebegleiter der Menschheit – für unsere Menschheit zu sein, früher leidend und im Stich gelassen wegen so vieler Treuebrüche, stets unter dem Bedürfnis stehend, durch den über ihr hängenden dichten Nebel zum Heil geleitet werden zu müssen.«

Der Papst bat die jungen Leute, ihm zu helfen, einen christlichen Humanismus erblühen zu lassen, durch die neuerliche Entdekkung Christis, des Grundpfeilers unserer Zivilisation. Jesus' Worte: »Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben« waren das Motto für die ganze Pilgerreise.

Johannes Paul II. kritisierte den »Geist dieser Welt«: »Das Kriterium, von dem diese Welt beherrscht wird«, sagte der Papst während der Sonntagsmesse in Compostela, »ist das Kriterium des Erfolgs. Macht zu besitzen . . . Wirtschaftsmacht auszuüben, die Unterordnung anderer offenkundig zu machen. Die kulturelle Macht zu haben, das Bewußtsein zu manipulieren. Ausnutzen . . . zu mißbrauchen! Das ist der Geist von dieser Welt.«

Der Papst forderte die jungen Leute auf, sich nicht von diesem »Geist« versklaven zu lassen und die wahre Freiheit zu suchen, die Freiheit, die uns von Christus verliehen wurde. Kurz bevor er Spanien verließ, fuhr er nach Oviedo in Asturien, wo die Befreiung von der maurischen Besetzung ihren Anfang nahm.

Eine Humanisierung der Natur

An dieser historischen Stätte verurteilte Johannes Paul II. sowohl den Kommunismus als auch den Kapitalismus, der nur auf Profitgier beruhe: »Ist es nicht vielleicht in den Augen eines jeden richtig, daß auf atheistischem Materialismus begründete Gesellschaften mit ihrer kollektivistisch-bürokratischen Organisation der menschlichen Arbeit versagt haben? Aber die an Profit interessierte neokapitalistische Gesellschaft hat sicherlich nicht weniger Probleme.«

Was sollten Christen tun? Sie sollten die Arbeit des Menschen heiligen, und indem sie das tun, »durch ihre eigenen Werke für eine wahre Humanisierung der Natur Zeugnis ablegen und ihr den Stempel der Gerechtigkeit und der Schönheit aufdrücken«.

Über die Bedeutung der Rolle Europas und die Notwendigkeit der Wiederentdeckung der christlichen Wurzeln gab der Papst zwei Schriftstücke heraus: eines anläßlich des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs verfaßt, das andere eine Botschaft an die Bischöfe von Polen, aus dem gleichen Anlaß. Johannes Paul II. stellte fest, daß »die Stunde der Dunkelheit« nach 50 Jahren noch anhält: »Unser Kontinent hat den Krieg exportiert, heute ist es eine Pflicht, der Friedensmacher zu sein.«

Kein Wort über Polens Chauvinismus

Was war die Ursache einer derart furchtbaren Feuersbrunst? Der Papst nannte die Verachtung für den Menschen und für Gott: »Schon lange vor 1939 tauchte in gewissen Bereichen der europäischen Kultur der Wille auf, Gott und sein Image vom Horizont des Menschen verschwinden zu lassen. Man begann damit, die Kinder in dieser Weise zu indoktrinieren, von ihrer frühesten Kindheit an!«

Er meinte weiter: »Das neue Heidentum und die damit verbundenen Systeme haben sicherlich die Juden erbarmungslos angegriffen, aber sie nahmen sich gleichermaßen das Christentum zum Ziel, dessen Lehren die Seele Europas darstellte. Durch die Verfolgung der Menschen wurde das Evangelium der ebenbürtigen Würde aller Kinder Gottes verhöhnt.«

In der letzten Analyse, schreibt Johannes Paul II., »haben das Heidentum der Nazis und das marxistische Dogma das Merkmal gemeinsam, totalitäre Ideologien zu sein, die dazu neigen, zu Ersatzreligionen zu werden«.

Nachdem er an den Holocaust des jüdischen Volkes erinnert hatte, rief der Papst das Schicksal Polens ins Gedächtnis zurück, das im September 1939 »durch die Laune von gewissenlosen Invasoren verwüstet und zerschmettert wurde«. Solche Situationen, warnte Johannes Paul II. eindringlich, gibt es sogar heute noch, und er nennt dabei den Libanon: »In diesem Zusammenhang und in diesen Tagen ist es notwendig, den Fall des Libanon zu beschwören, wo vereinte Kräfte, die ihre eigenen Interessen verfolgen, nicht davor zurückschrecken, die nackte Existenz des Landes zu gefährden.«

Der Papst geht hart mit dem Abkommen von Jalta ins Gericht, mit dem Polen dadurch geopfert wurde, daß man es als besetztes Land behandelte. Die Anklage klingt als indirekte Warnung an die heutigen Macher von Verträgen zwischen den USA und der UdSSR im Geiste eines »neuen Jalta«.

Dieser polnische Papst verliert natürlich kein Sterbenswort des Tadels für die polnischen Chauvinisten von 1939, die »ihren Krieg« mit Hilfe Englands, aber auch ohne diese, gar nicht früh genug bekommen konnten und »schon in aller Kürze« auf der Berliner Straße »Unter den Linden« promenieren wollten. Was wäre wohl mit Deutschland geschehen, wenn das gelungen wäre? Bromberg ist ein blutiges Beispiel dafür. □

Britisch-jüdische Gruppen lehnen Mordechai Levy ab

Jüdische Organisationen in Großbritannien lehnen Mordechai Levy und die von ihm vertretenen fanatischen Ansichten ab, berichtet die »Jerusalem Post« in einem Artikel mit der Überschrift »British Jews Reject Militant Jewish Defense Organization« (»Britische Juden weisen militante jüdische Verteidigungsorganisation zurück«).

Levy, ein zeitweiliger Agent des FBI, der von diesem für schmutzige Dienstleistungen eingesetzt wurde, steht wegen der Anklage des versuchten Mordes unter Arrest und befindet sich zur Zeit ohne Kautionsleistung in einer New Yorker Haftanstalt.

Die »Jerusalem Post« bemerkt: »Anglo-jüdische Führungspersönlichkeiten haben eine Bemühung der selbstbetitelten ›militanten‹ Jewish Defense Organization in den Vereinigten Staaten, ihre Tätigkeiten auf das Vereinigte Königreich auszudehnen, scharf zurückgewiesen.

Aufgeschreckt durch ein Rundschreiben der JDO an verschiedene kommunale Organisationen, in dem junge Juden dringend aufgefordert wurden, mit dem ›weltweiten Leiter‹ Mordechai Levy bei dessen bevorstehendem Besuch im Vereinigten Königreich zusammenzutreffen, verurteilte das Board of Deputies of British Jews (Gremium der Abgeordneten britischer Juden) den ›Extremismus und die Gewalttätigkeit‹ der Gruppe und wies nachdrücklich darauf hin, daß ›kein Platz für sie in Großbritannien vorhanden sei‹.

Der Vorsitzende des Gremiums, Dr. Lionel Kopelowitz, sagte: ›Wir wünschen keine Einmischung, was auch immer deren Motive sein mögen. Die JDO sollte wissen, daß ihre Methoden für unsere Gemeinde kein Thema sind.‹

Die JDO ist eine abgespaltene Gruppe der Jewish Defense League und behauptet, in Südafrika, Frankreich, Kanada und Mexiko sowohl auch in den Vereinigten Staaten tätig zu sein. Unter Aufführung ihrer Errungenschaften in der Bekämpfung von neonazistischen Studenten, der Ausbildung von jüdischen Jugendlichen zur Selbstverteidigung und der Handhabung von Feuerwaffen und der Organisation von ›deutlich sichtbaren Freiwilligen-Streifen‹ in den Vereinigten Staaten stellte die JDO in ihrem Rundschreiben die Frage: ›Ist es nicht Zeit, daß junge Juden in England ihre eigene JDO bekommen, um gegen Nazis, Skinheads, die PLO und andere Antisemiten zurückschlagen zu können?‹« □

Israel untersucht Ausbildung von Drogen-Söldnern

Betroffen durch Beschuldigungen, daß ehemaliges Personal der israelischen Verteidigungsstreitkräfte Schlägertrupps für die kolumbianischen terroristischen Drogenkartelle ausgebildet hat, begann Israel eine Untersuchung gegen den Obersten der Reserve Yair Klein und seine Sicherungsfirma, Hod Hahanit, die der unerlaubten Ausbildung an Waffen beschuldigt wird.

Die Untersuchung wird auf Verlangen des Verteidigungsministeriums durchgeführt. Yehoshua Caspi, Leiter der Kriminalabteilung der israelischen Polizei, wird die Untersuchung leiten. Auf das Schlangennest anspielend, mit dem Caspi es zu tun haben wird, sagte Klein: »Es scheint, daß Major Caspi gegen viele hohe Offiziere, darunter einige, die jetzt in der Knesset sitzen, wegen ihrer Verwicklung in diese Sache ermitteln muß. Wenn sie nach einem Sündenbock suchen, laßt uns auch alle übrigen suchen.«

Ein Sprecher für die israelische Friedensbewegung teilte mit, daß Oberst Klein, der eng mit General Zevi – der für seinen Aufruf zur Massenumsiedlung von Palästinensern aus dem besetzten Gebiet berüchtigt ist – zusammengearbeitet hat, eine Figur in Israels »Drittverträgen« mit den USA ist, die die Ausbildung an Waffen für die Contras und andere Kräfte in Mittel- und Südamerika regeln.

Indessen verlangte das Parlamentsmitglied der britischen Labour Party, George Foulkes, eine gründliche Untersuchung der Behauptungen, britische Söldner hätten die privaten Dschungelarmeen der kolumbianischen Drogenbarone ausgebildet. □

Bushs Dilemma mit Israel

Trotz der wachsenden Unnachgiebigkeit seitens des israelischen Premierministers Yitzhak Shamir und der steigenden Ungeduld seitens des Vorsitzenden der PLO, Jassir Arafat, hält US-Präsident George Bush an seiner Strategie fest, die lokalen Führer im Ausland ihre regionalen Probleme selbst lösen zu lassen. Und so verschlimmert sich die Lage in Israel – der palästinensische Aufstand oder Intifada gegen die jüdische militärische Besetzung und die wirtschaftliche Ausbeutung der West Bank und des Gazastreifens – immer mehr.

»Die Regierung ist sich darüber im klaren, daß sie ein großes Risiko eingeht«, sagt ein Beamter des amerikanischen Außenministeriums, der in Israel gedient hat. »Beide Seiten schauen auf uns, ihnen bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen, aber jede will eine andere Lösung. Nichtsdestoweniger könnte möglicherweise etwas ausgearbeitet werden, mit dem beide Seiten leben könnten, aber wir würden es ihnen so ziemlich aufzwingen – oder sie vielleicht bestechen müssen, ein solches Arrangement zu akzeptieren.

Das Weiße Haus mit all seinen anderen Haupttätigkeiten auf internationaler Ebene ist nur ungern dazu bereit, in diesem Streit den Schiedsrichter zu spielen. Die Bush-Mannschaft hat gesehen, wie die Israelis Reagan und Shultz zum Narren hielten, als diese 1988 versuchten, eine Einigung herbeizuführen. Bush und Baker wollen nicht, daß ihnen das gleiche passiert. Und es geht der derzeitigen Regierung gegen den Strich, den Frieden im Nahen Osten zu erkaufen, wie Carter es in Camp David mit Israel und Ägypten tat.

Das Verhältnis zwischen den Israelis und den Palästinensern wird möglicherweise noch viel schlimmer, bevor es besser wird.«

Diese Voraussage, obwohl für viele eine Enttäuschung, scheint realistisch zu sein. Shamirs marktschreierisch angepriesener und vielfach unter Beschuß stehender »Friedensplan«, den der Premierminister Anfang des Jahres erst unter ziemlichem Druck seitens der Amerikaner vorlegte, gilt jetzt als hoffnungslos festgefahren – und dies ist genau das, was sich die fanatischen Zionisten und deren Anhänger erhofft hatten. Zunächst einmal war es kaum ein Friedensplan, da er auf von Israelis überwachte Wahlen in den besetzten Gebieten beschränkt war, nur um eine palästinensische Delegation zu bilden, die mit Verhandlungen über eine Einigung mit den Israelis beginnen soll.

Später formulierte der ägyptische Präsident Hosni Mubarak einen anderen Plan, einen Zehn-Punkte-Vorschlag zu Verhandlungen zwischen Israel und einer ad hoc gebildeten palästinensischen Delegation, um über Wahlen und eine schließliche Land-für-Frieden-Einigung in den besetzten Gebieten zu verhandeln. Der Vorschlag fand die Unterstützung sowohl der Bush-Regierung als auch der führenden Mitglieder der israelischen Arbeiter-Partei. Die PLO hatte auch ihre Bereitschaft angedeutet, hier mitzuspielen. Shamir wies den ägyptischen Vorschlag jedoch brüsk als »unkoscher« zurück.

Innerhalb von Tagen gab es starke Anzeichen, daß die Knesset diesen Vorschlag ebenfalls zurückweisen würde – während Shimon Peres, der Vorsitzende der Arbeiter-Partei und Finanzminister, sich in Washington aufhielt, um die praktische Durchführung des Planes mit dem Weißen Haus zu besprechen. Shamirs Außenminister, Moshe Arens, sollte auch zu Gesprächen nach Washington kommen. Unter anderem sollten von den

Amerikanern ermutigte Gespräche mit Peres und Mubarak über den ägyptischen Vorschlag stattfinden.

Trotz der aufgeregten Aktivitäten hat sich also nichts geändert. In der Tat liegen die Dinge alle wieder im Planquadrat eins, wo sie sich befanden, als die Intifada vor zwei Jahren ihren Anfang nahm. Mittlerweile werden die Palästinenser immer unruhiger und die PLO immer ungeduldiger.

Shamir und seine Anhänger, die Mehrheit der Israelis und ihrer Sympathisanten in den Vereinigten Staaten, klammern sich weiterhin an den Traum von Eretz Yisrael, Großisrael, trotz aller gegenteiliger Empfehlungen seitens der Bush-Regierung. Trotz gelegentlicher Versuche seitens der Arbeiter-Partei und sogar einiger gerechtdenkender amerikanischer Juden, diesen Standpunkt aufzuweichen, wird Israel kein Stück Land zurückgeben, das es von den Palästinensern gestohlen hat, es sei denn, es würde dazu gezwungen.

So wird Israel niemals dazu bereit sein, einer palästinensischen Unabhängigkeit zuzustimmen. Es ist die Absicht des Judenstaates, um jeden Preis an der West Bank – und vielleicht sogar am Gazastreifen als riesiges Flüchtlingslager – festzuhalten. Es steht den Palästinensern frei, nach Jordanien oder sonstwo hinzugehen, aber in ihrem eigenen Heimatland wird ihnen keine Freiheit zugestanden. Das, sagt Israel, gehört den Israelis. Gott gab es ihnen.

In Wirklichkeit weiß die überwältigende Mehrheit der Palästinenser gar nicht, wo sie hingehen kann. Die von den Israelis vorgeschlagene und von israelischen Kollaborateuren in der US-Regierung unterstützte »jordanische Option« ist sogar eine noch unrealistischere Phantasie als der Traum von Eretz Yisrael. Sie haben schon so viel Land an die Juden abgegeben, wie sie können. Ihre Wahl besteht jetzt darin, in dem Teil ihres Heimatlandes zu bleiben, der ihnen noch verblieben ist, und zu kämpfen.

Die Frage lautet: Werden sie auf eine offene Kriegführung gegen ihre zionistischen Unterdrücker zurückgreifen oder werden sie sich zu einem langen Zermürbungskampf eingraben?

Angesichts dieser Lage ist es verständlich, daß es die Bush-Regierung lieber sehen würde, wenn die Israelis und Palästinenser ihren regionalen Streit selbst beilegen würden, ohne daß Amerika eingreifen muß. In den Augen der US-Regierung ist der Streit eine »sumpfige Situation, in der keiner gewinnen kann«, sagt ein Mitarbeiter des Weißen Hauses.

Aber wie lange können die Vereinigten Staaten noch am Rande dieses Sumpfes stehenbleiben und zuschauen, bis irgendjemand – sehr wahrscheinlich die Freunde Israels in Amerika – die Regierung in den Sumpf hineinstößt? □

Revolverhelden zu vermieten

Die israelische »Schadensbekämpfung« trat plötzlich in Aktion, als kolumbianische Drogenlords einen schweren Fauxpas begingen, indem sie den jüdischen Staat in die Ausbildung von lateinamerikanischen Killerbanden verwickelten. In ihrer kühnen Bemühung, die Regierung zu demoralisieren und einzuschüchtern, gaben die Drogenhäuptlinge ein Videoband heraus, auf dem die Ausbildung von Schlägertrupps, offensichtlich zum Einsatz gegen Polizei und Armee, gezeigt wird. Aber sie ließen die Tonspur ein bißchen zu lange laufen. Man hörte die Männer, die diese Schlägermannschaften ausbildeten, hebräisch reden. Es folgten sofortige Reaktionen auf internationaler Ebene, sowohl von Freunden als von Feinden Israels.

Oberst Yair Klein, ein »pensionierter« Fallschirmjäger und ehemaliger Kommandeur einer Terroristen-Bekämpfungsmannschaft, wurde als der angemietete Revolverheld identifiziert, der in diesem Ausbildungsfilm zu sehen ist. Aber von offizieller israelischer Seite verlautet, das Verteidigungsministerium habe sein Gesuch, in Kolumbien tätig zu sein, abschlägig beschieden.

Indem sie offiziell verkündete, daß die israelische Regierung mit dieser Episode nichts zu tun gehabt habe, spielte die »Jerusalem Post« bei der Vertuschung dieser Angelegenheit zwar mit, schrieb nichtsdestoweniger in ihrem Leitartikel: »Die einzige wirklich bedeutende Frage, über die die Israelis nachdenken müssen, ist letzten Endes, wie sie selbst, nicht wie andere, die habgierige Komplizenschaft ihrer Landsleute bei einer der sicherlich niederträchtigsten Taten des Menschen beurteilen.«

Laut »Jewish Telegraph Agency« ist Klein der Gründer und Vorstandsvorsitzende von Hod Hahanit, einer von 800 israelischen Firmen, die Sicherheits- und militärisches Know-how exportieren. Aus dem israelischen Außenministerium verlautet, daß, wenn der Bericht den Tatsachen entspricht, dann handeln die betreffenden Personen auf eigene Faust und verstoßen gegen »Israels Gesetz und Politik, die streng an den Krieg gegen Drogen gebunden sind«. Aber die Katze war aus dem Sack.

Der Nachrichtendienst stellt fest: »Für viele Israelis ist dies keine Überraschung. Es gibt keinen Mangel an erfahrenen Kampfveteranen in Israel, die in einem verhältnismäßig frühen Alter aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Da es daheim nur begrenzte Möglichkeiten gibt, trachten sie danach, ihre Fachkenntnisse und Know-how im Ausland zu vermarkten.«

Dan Raviv, ein in London ansässiger Korrespondent der CBS News, und Yossi Melman, ein israelischer Journalist, Mitverfasser des Buches »Behind the Uprising« über die palästinensische Intifada, kommentierten, daß die kolumbianische Eskapade »nur ein Beispiel des israelischen Netzes ist, das sich heute über die ganze Welt erstreckt«.

Nach den Verfassern sind israelische Berater – die meisten von ihnen Veteranen aus Elite-Kommandoeinheiten des Heeres oder ehemalige Geheimdienstoffiziere – in mindestens einem Dutzend Länder. »Sie verkaufen ihr Fachwissen und israelische Waffen an Regierungen, Gesellschaften und andere private Gruppen mit zweifelhaften Motiven. Das Geschäft blühte in Afrika über zwei Jahrzehnte lang und in Lateinamerika wird es nur noch besser, eine Hochkonjunktur, die anscheinend mit Drogenprofiten finanziert wird.«

Raviv und Melman sagen: »Shamir weiß ebensogut wie jeder andere, daß der Verkauf von Waffen ins Ausland für Israelis ein lebenswichtiges Interesse ist. Die israelische Waffenindustrie muß weit mehr Geschütze, Kugeln, Granaten, Uniformen, Panzer und Funkgeräte herstellen, als Israel selbst gebrauchen kann. Und das bedeutet Exporte.«

Die Geschäfte müssen geheim bleiben, deswegen hat man bis zu dem Drogen-Videoband nichts darüber gesagt. Und selbstverständlich ist der Mossad darin verwickelt, der seine Spione oft anweist, als Verkaufsleute aufzutreten. »Burma und China waren die ersten Länder, die schon 1957 derartige Geschäfte mit Israel abwickelten.«

Vor allem für die Amerikaner eine herbe Enttäuschung. Sie geben Israel mehr als drei Milliarden Dollar pro Jahr, und sie exportieren ihr eigenes Kriegsgerät und Ausbildung an die kolumbianischen Drogenlords. Ein großer Teil Lateinamerikas ist ein lukrativer Markt dafür.

Zwei ehemalige Mossad-Agenten wurden als besonders aktiv namentlich genannt: Michael Harari und Rafi Eitan. Harari war Führer der »Schlagmannschaft« des Mossad, die nach dem Zwischenfall bei den Olympischen Spielen in München über ein Dutzend verdächtiger Mitarbeiter der PLO in Europa töteten. Er war darin verwickelt, was das »peinlichste Ereignis«, die versehentliche Erschießung eines unschuldigen Arabers in Norwegen im Jahr 1973, genannt wird.

Harari ist derzeit Sicherheitsberater und Freund des panamesischen Diktators Manuel Noriega. Noriega ist der Mann, der den internationalen Drogenlords hilfreich zur Seite steht.

Eitan wurde im Fall des Jonathan Pollard bloßgestellt. Er war Pollardes »führende Hand« in Amerika. Er floh zurück nach Israel, während das FBI sich räusperte, und wurde schließlich befördert. □

Revisionismus

Mein Leben als Revisionist

Zweiter Teil

Robert Faurisson

In der vorigen Ausgabe begann CODE mit der Veröffentlichung einer Serie des französischen Wissenschaftlers Professor Robert Faurisson, der weltweit wegen seiner revisionistischen Erklärungen, Schriften und Studien anerkannt ist.

Der Zeuge Rudolf Vrba war international bekannt. Slowakischer Jude, in Auschwitz und Birkenau zusammen mit Alfred Wetzler aus Birkenau entflohen. Als er in die Slowakei zurückkehrte, habe er den Bericht über Auschwitz, Birkenau und deren Krematorien und »Gaskammern« diktiert.



Ernst Zündel hat wegen seiner aufsehenerregenden Prozesse in Kanada weltweites Ansehen erlangt.

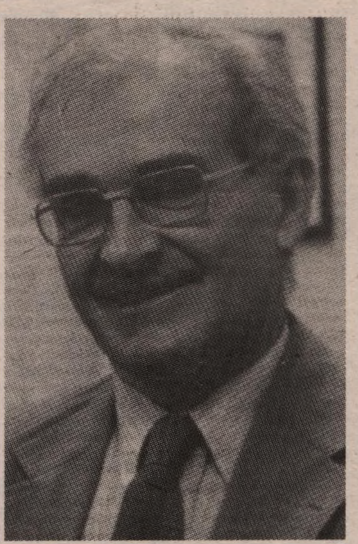
Die Entlarvung eines Zeugen

Mit der Hilfe slowakischer, ungarischer und schweizer jüdischer Behörden gelangte der Bericht nach Washington und diente dort als Grundlage für den berühmten »War Refugee Board Report«, der im November 1944 veröffentlicht wurde. Somit hatte jede alliierte Organisation, die mit der Verfolgung von »Kriegsverbrechern« befaßt war und jeder für die Strafverfolgung von »Kriegsverbrechern« zuständige alliierte Staatsanwalt Zugang zu dieser offiziellen und gefälschten Version der Geschichte der Lager.

Mit Rudolf Vrba und seinem Gefährten Alfred Wetzler beginnt daher die amtliche Akzeptanz des Auschwitz-Mythos. A. R. Butz hat dies in bewundernswürdiger Weise dargelegt – siehe: »The Hoax of the Twentieth Century«, die Hinweise auf »Vrba« und auf den »WRB-Report«.

Nach dem Krieg wurde Vrba britischer Staatsbürger. Er veröffentlichte die Geschichte seines Lebens unter dem Titel »I Cannot Forgive« (»Ich kann nicht vergeben«), die 1964 herauskam. Sie wurde jedoch eigentlich von einem Ghostwriter, Alan Bestic, geschrieben, der in seinem Vorwort die Stirn hatte Vrba »für die ungeheure Mühe, die er sich mit jeder Einzelheit gemacht hat, für seinen übertriebenen, beinahe fanatischem Respekt vor der Genauigkeit« Tribut zu zollen.

Am 30. November 1964 sagte Vrba im »Frankfurter Auschwitz-Prozeß« aus. Später ließ er sich in Kanada nieder und nahm die kanadische Staatsbürgerschaft an. Er tauchte in verschiedenen Filmberichten und vor allem in Claude Lanzmanns »Shoah« auf. Er lebt heute in Vancouver, wo er als Professor für Pharmakologie an der University of British Columbia tätig ist.



Professor Robert Faurisson muß immer wieder wegen revisionistischer Äußerungen grausamen Terror erleiden.

Die Götter lächelten Vrba zu bis zu dem Tage, an dem er es zum ersten Male mit Doug Christie zu tun hatte. Dem Buch von Arthur R. Butz konnten wir einige ausgezeichnete Punkte als Grundlage für Vrbas Kreuzverhör entnehmen. Meine Dokumente – vor allem der »Kalender der Ereignisse im Lager Auschwitz«, die in den verschiedenen Bänden der blauen Auschwitz-Anthologie enthaltenen Studien, Serge Klarsfeld »Memorial à la déportation des juifs de France« (Denkschrift zur Deportation der Juden aus Frankreich), und verschiedene Dokumente aus dem Auschwitz-Museum – versetzten uns in die Lage, Vrba einige peinliche Fragen zu stellen.

Ein Hochstapler wird entlarvt

Der Hochstapler wurde vor allem bei drei Punkten entlarvt: Seine angebliche Kenntnis über die Gaskammern und Krematorien von Birkenau; Himmlers angeblicher Besuch in Birkenau im Januar 1943 zur Einweihung eines neuen Krematoriums mit der Vergasung von 3000 Personen als Höhepunkt, und die angebliche Gesamtzahl von 1 750 000 in der Zeit von April 1942 bis April 1944 in Birkenau vergasten Juden.

Beim ersten Punkt wurde schon klar, daß der Zeuge niemals seinen Fuß in die Krematorien und »Gaskammern« gesetzt hatte, von denen er in seinem Bericht an das War Refugee Board (Behörde für Kriegsflüchtlinge) vom November 1944, sogar eine – völlig falsche – Zeichnung vorgelegt hatte. Beim Zündel-Prozeß beharrte Vrba immer noch kühn darauf, die Zeichnung entspreche den Tatsachen. In Wirklichkeit entspricht nichts darin den Tatsachen, weder die Anordnung der Räume, noch deren Abmessungen, noch die Anzahl der Öfen, noch die Anzahl der Brennstellen. Der Zeuge verlegte zum Beispiel die »Gaskammer« und den Raum mit den Verbrennungsöfen auf die gleiche Flurhöhe, mit der Skizze einer Eisenbahnschiene die das eine mit dem anderen verband und auf der ein flacher Karren rollte. Tatsächlich befand sich der Raum mit den Verbrennungsöfen aber im Erdgeschoß, während die »Gaskammer« (eine Leichenhalle) unterirdisch angelegt war, und keine Eisenbahnschiene hatte einen unterirdischen Raum mit einem sich im Erdgeschoß befindlichen Raum verbinden können.

Es war dichterische Freiheit

Was den zweiten Punkt betrifft, so hatte Vrba ebenfalls alles erfunden. Himmlers letzter Besuch in Birkenau fand im Juli 1942 statt. Außerdem war im Januar 1943 das erste der neuen Krematorien noch lange nicht fertig; wir haben sogar Unterlagen von der Bauleitung in den von Behinderung der Bautätigkeit durch die Winterkälte die Rede ist. Vrbas Buch beginnt großartig mit dem angeblichen Besuch Himmlers im Jahre 1943, der mit einem großen Reichtum an Einzelheiten beschrieben wird, sogar über die Überlegungen und Gespräche Himmlers und seiner Entourage wird berichtet. Aber alles war Vrbas Fantasie entsprungen.

Der Zeuge legte ein außergewöhnliches Ausmaß an Unverschämtheit an den Tag. Er behauptete, überall gleichzeitig gewesen zu sein, sowohl am Tage

als auch in der Nacht, im riesigen Lager Birkenau. Er habe alles gesehen und erinnere sich an alles dank seiner »besonderen Memotechnik« (Gedächtniskunst) – Prozeßniederschrift, Seite 1563 –.

Laut Vrba haben die Deutschen allein in Birkenau im Zeitraum von nur 25 Monaten etwa 1 750 000 Juden »vergast«. Von diesen seien 150 000 aus Frankreich gekommen. Serge Klarsfeld war jedoch in seinem »Memorial à la déportation des juifs de France« zu dem Schluß gekommen, daß die Deutschen in alle KL insgesamt nur 75 721 Juden (Franzosen, Ausländer und Staatenlose) aus Frankreich deportiert haben. Viele kamen bekanntlich zurück.

Vrba wurde aufgefordert, seine Einzelschätzung von 150 000 und seine allgemeine Schätzung von 1 750 000 zu erläutern. Er behauptete zunächst, die Ziffer von 75 721 sei falsch.

»Von wem haben Sie diese Zahl? Aus Nazi-Zeitungen?« fragte er – Prozeßniederschrift, Seite 1579 –. Doch die Ziffer stammt von Serge Klarsfeld, einem »Nazi-Jäger«. Dann versuchte er seine eigenen Ziffern irgendwie zu rechtfertigen, aber völlig vergebens wie wir noch sehen werden.

Ungeachtet seines unverschämten Auftretens wurde Vrba bezüglich seines Buches Hals über Kopf zum Rückzug gezwungen. Statt weiterhin zu behaupten, er habe in seinem Buch größte Sorgfalt auf Wahrheit und Genauigkeit gelegt, erklärte er nun, es sei nur ein literarisches Werk, in dem er auf dichterische Freizeit zurückgegriffen habe. Er verwendete folgende Ausdrükke: »ein künstlerisches Bild«, »der Versuch einer künstlerischen Beschreibung«, »ein literarischer Aufsatz«, »ein künstlerischer Versuch«, »Kunstwerk der Literatur«, »Literatur«, »Künstler«, »dichterische Freiheit« (licentia poetarum) – Prozeßniederschrift Seite 1390, 1392, 1446–1448.

Die Sitzung wurde vertagt

Kurz gesagt: Für den Hauptzeugen der Anklage war dieses Kreuzverhör eine wahre Katastrophe. Wir waren gespannt wie der Staatsanwalt Griffith bei seinem erneuten Kreuzverhöhr versuchen würde, das lädierte Image seines Zeugen zu korrigieren. Zu jedermanns Überraschung erledigte Griffiths, der durch den Verlauf des Prozesses wohl erschöpft und über die Lügen dieses Zeugen, auf den er so viel gesetzt hatte, verärgert war, Vrba mit zwei Fragen, die wie zwei Gewehrschüsse fielen. Die erste Frage – der jeder Anwesende im mäuschenstillen Gerichtssaal gespannt lauschte – lautete wie folgt:

»Sie sagten bei der Besprechung Ihres Buches ›I Cannot Forgive‹ mehrere Male zu Mr. Christie, Sie hätten sich darin der dichterischen Freiheit bedient. Haben Sie sich bei Ihrer Aussage auch der dichterischen Freiheit bedient?« – Prozeßniederschrift, Seite 1636.

Vrba murmelte verstört eine Antwort, worauf Griffiths ohne eine Pause zu machen seine zweite Frage abschoß:

»Können Sie uns, Doktor, kurz sagen, wie Sie zu der Zahl von 1 750 000 gekommen sind?« – Prozeßniederschrift, Seite 1637.

Um sowohl die Frage in ihrem Zusammenhang wie auch den Gebrauch des Wortes »kurz« richtig zu verstehen, weisen wir darauf hin, daß Doug Christie diese Frage mehrmals an Vrba gerichtet hatte und daß jeder seiner Versuche, sie zu beantworten, sich endlos hinzog, verwirrend, absurd und gelegentlich sogar wie eine unbeabsichtigte humoristische Einlage klang.

Auf Griffiths Frage wußte Vrba nicht, wie er vermeiden sollte, sich zu wiederholen. Er sagte: »Ich entwickelte eine besondere Gedächtnismethode, um mich an jeden Transport zu erinnern« – Prozeßniederschrift, Seite 1630.

Griffiths, der ein wenig mit seinem Unterlagen durcheinanderkam, verkündete, daß er noch eine Frage hinsichtlich des Himmler-Besuchs habe. Er bat um eine Vertagung der Sitzung. Als diese wieder aufgenommen wurde, nahm Vrba im Zeugenstand Platz auf dem erhöhten Podium zwischen dem Richter und dem Geschworenengericht Platz. Er wartete auf die Rückkehr der Geschworenen und die Frage zu Himmlers Besuch. In diesem Augenblick erklärte Griffiths, an den Richter gewandt:

»Bevor die Geschworenen hereingeführt werden, Euer Ehren, ich habe keine Fragen an Dr. Vrba« – Prozeßniederschrift, Seite 1641.

Jeder war erstaunt. Vrba sah völlig niedergeschlagen aus und die Farbe wich aus seinem Gesicht. Er stolperte aus dem Zeugenstand heraus. Während er am ersten Tage erlebt hatte, wie sich die Journalisten und Kameraleute um ihn scharten, wie es sich für einen Zeugen gehört, der den Revisionisten den Marsch blasen würde, verließ er an diesem letzten Tag den Gerichtssaal als völlig einsamer Mann. Ich habe kein Mitleid mit Vrba; er besitzt die Arroganz eines professionellen Hochstaplers; er wird sein Haupt wieder erheben und zu seinen Lügen zurückkehren, davon bin ich überzeugt.

Niederlage und Sieg des Ernst Zündel

Der Prozeß hatte sich zu unserem Gunsten gewendet. Ich will damit nicht sagen, daß das Geschworenengericht Zündel in diesem Augenblick freigesprochen hätte; eine solche Entscheidung, vor dem Richter, den Journalisten und der öffentlichen Meinung getroffen, hätte jene Art von Mut gefordert, die in einer Gruppe von zwölf aufs Geratewohl aus einer seit vierzig Jahren der wohlbekannten Propaganda über »Nazi-Verbrechen« unterworfenen Gesellschaft herausgelesenen Personen schwierig, wenn nicht unmöglich zu finden ist. Aber der Staatsanwalt Griffiths war offensichtlich angeschlagen.

Dann kamen die Zeugen und Gutachter der Verteidigung. Griffiths verlor noch mehr die Fassung. Er hatte nicht mit einer derartigen Fülle von Informationen seitens der Revisionisten gerechnet.

Richter Locke befand sich in einem ständigen Zustand der Verärgerung. Er drohte damit, daß er gegen Ende des Prozesses Doug Christie der Verächtlichmachung des Gerichts (contempt of court) anklagen würde. So hing bis zum letzten Tag das Schwert des Damokles über dem Haupt unseres Anwalts.

Dann wendete sich das Blatt wieder zugunsten der Anklage. Doug Christie entschloß sich, Ernst Zündel selbst in den Zeugenstand zu rufen. Vielleicht war das ein Fehler. Denn Griffiths bekam dadurch die Gelegenheit, Zündel in ein Kreuzverhör zu nehmen und das Unheil zog am Horizont auf.

Zündels Auftreten war sicherlich bewunderungswürdig, aber durch seine Weigerung den Nationalsozialismus zu verurteilen, verurteilte er sich selbst. Zündels enormes Wissen, seine nicht einstudierte Wortgewandtheit, seine Aufrichtigkeit, die Großherzigkeit seiner Ansichten, all dies war vergessen im Vergleich zu der Bewunderung, die er, wie sich hier herausstellte, für Adolf Hitler hegte und zu der Leidenschaft, die er für sein durch die Eroberer erniedrigtes und mißhandeltes deutsches Vaterland an den Tag legte.

Griffiths, schwach und nervös und, wie wir später erfuhren, durch Schlaflosigkeit und übermäßiges Rauchen erschöpft, faßte neuen Mut. In seiner Zusammenfassung beschrieb er Zündel als einen gefährlichen Nazi. Richter Locke tat in seiner Schlußansprache an die Geschworenen das Gleiche. Die Geschworenen traten in die gleichen Fußspuren.

Zündel wurde wegen des Vertriebs der Schrift »Starben wirklich sechs Millionen?« schuldig gesprochen, aber freigesprochen in bezug auf die Versendung einer persönlichen Botschaft, vorwiegend nach außerhalb Kanadas, mit dem Titel: »The West, the War and Islam«. Er wurde zu 15 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt und es wurde ihm untersagt über den Holocaust zu reden.

Im Januar 1987 beschloß ein fünfköpfiges Berufungsgericht das Urteil zu verwerfen und den Schuldspruch von 1985 aufzuheben. Dies geschah aus grundsätzlichen Erwägungen heraus: Richter Locke hatte der Verteidigung kein Stimmrecht bei der Auswahl der Geschworenen zugebilligt; er hatte unseren Gutachtern unrechtmäßigerweise

Revisionismus

Mein Leben als Revisionist

verboten, Dokumente, Fotos und weiteres Beweismaterial verschiedener Art zu verwenden, und er hatte in seiner Schlußansprache die Geschworenen über die eigentliche Bedeutung des Prozesses hinters Licht geführt.

Um es noch einmal zu sagen: Zündel und die Revisionisten verloren zwar in Richter Lockes Gerichtssaal, gewannen aber vor der Geschichte. Zündel hatte vorausgesagt, daß er »den Nürnberger Prozeß vor Gericht bringen« und »das Stalingrad für die Verfechter der Vernichtungsthese« sein würde.

Die Ereignisse gaben ihm Recht. Aber ich befürchte, daß eines Tages seine Gesundheit oder gar sein Leben dieser furchtbaren juristischen Heimsuchung zum Opfer fallen werden, vor allem angesichts der Tatsache, daß die kanadische Regierung 1988 einen »Zündel-Prozeß Nr. 2«, einen noch längeren und härteren Prozeß als der von 1985 vom Stapel lassen wird.

Juristische und andere Affären

Von September 1983 bis September 1987 waren die juristischen Unterdrückungsversuche gegen den Revisionismus verhältnismäßig mild. Die jüdische Organisation, die mit meiner Verurteilung vom 26. April 1983 unzufrieden waren, entschlossen sich dazu, den Revisionismus auf indirektem Wege anzugreifen: Sie wählten einen deutschen Offizier, Klaus Barbie, zu ihrem Ziel und erreichten dessen Verurteilung. Der Barbie-Prozeß und der Schuldspruch sind vielfach als Reaktion auf das Aufkommen des Revisionismus bezeichnet worden.

Sowohl die Presse als auch Rundfunk und Fernsehen spielten in dieser Situation eine wesentliche Rolle. Journalisten, die gleichzeitig als Polizisten und Richter auftraten, heizten eine derartige Kampagne gegen Klaus Barbie an, daß eine Verurteilung und die Höchststrafe möglich waren. Gleichzeitig wurde in diesen vier Jahren eine sogenannte »Affäre« nach der anderen hochgespielt (die »Roques-Affäre«, die »Paschound-Affäre«, die »Le Pen-Affäre« und viele andere), die ihnen als Gelegenheit dienten, zu weiteren juristischen Unterdrükkungsmaßnahmen aufzurufen.

Die Zeitung »Le Monde« ging dabei am heftigsten vor. Am 1. Juli 1987 forderte die Französische Föderation der Journalistenverbände die Justizbehörden dazu auf, die Revisionisten zu bestrafen und zum Schweigen zu bringen. Am 20. September sagte Charles Pasqua, der Innenminister, der richtige Platz für mich sei im Gefängnis. Ein Sondergesetz gegen den Revisionismus, eine Art »Lex Faurissonia« ist in Vorbereitung.

Während des besprochenen Zeitraums kennzeichneten drei weitere Ereignisse das Aufkommen des Antirevisionismus: die Vorführung des Films »Shoah«, die Verleihung des Friedensnobelpreises an Elie Wiesel und schließlich, in Jerusalem, der Beginn des Demjanjuk-Prozesses. Mit nur einer Ausnahme – der Fall der Zeitschrift »Dalloz-Sirey« –, setzte das französische Gerichtswesen die Unterdrükkungsmaßnahmen gegen den Revisionismus fort, kam jedoch dabei mehr und mehr in peinliche Verlegenheit. Die Unterdrückung wurde von den Journalisten Frankreichs auf Betreiben von Claude Lanzmann gefordert.

Methode des absoluten Lügens

Lassen Sie mich nun im einzelnen auf die verschiedenen juristischen und anderen Affären eingehen:

Ich erreiche die Verurteilung der Zeitschrift »Dalloz-Sirey«. Die jüdischen Verbände waren nicht nur wegen meiner relativ milden Verurteilung vom 26. April 1983 enttäuscht; sie waren auch über die Tatsache bestürzt, daß ich andererseits die Verurteilung der juristischen Zeitschrift namens »Recueil Dalloz-Sirey« (im Gericht der ersten Instanz, im Berufungsgericht und im Obersten Berufungsgericht) erreichte.

In Frankreich gilt diese Zeitschrift sozusagen als »die Bibel der Juristen«. Sie veröffentlicht insbesondere bemerkenswerte Gerichtsbeschlüsse mit Kommentaren unter dem Titel »gerichtliche Mitteilungen«. »Dalloz-Sirey« legte Eifer an den Tag, um den Wortlaut meiner anfänglichen Verurteilung vom 8. Juli 1981 zu veröffentlichen – Ausgabe vom 3. Februar 1982, Seite 59–64 –. Dieses Urteil, das zwar in der Berufung am 26. April 1983 bestätigt, im Grundsatz aber wesentlich abgeändert wurde, war meiner Ansicht nach von einem gewissen Wunsch zur Bestrafung gekennzeichnet; es wurde von einem meiner drei Richter, Pierre Drai, abgefaßt, der wie sich herausstellte Jude und Abonnent der Zeitschrift »Information juive« ist. Aber anscheinend hatte Richter Drai sich in meinem Falle noch nicht hart genug ausgedrückt.

Deswegen entschloß sich der von »Dalloz-Sirey« erwählte Redakteur, der das Urteil vom 8. Juli 1981 darstellen und in einer langen »gerichtlichen Mitteilung« zu kommentieren hatte, dazu noch viel weiter zu gehen. Er ging dabei auf zweifache Weise vor: Erstens fälschte er den Wortlaut des Urteils, um mich noch mehr zu verunglimpfen; und zweitens verfaßte er eine »gerichtliche Mitteilung« in einem derart heftigen und rachsüchtigen Ton, daß man hätte glauben können, der Text sei von Ilja Ehrenburg geschrieben worden. Der betreffende Schreiber war Bernard Edelman, ein Anwalt, ehemaliger Kommunist jüdischer Abstammung und Freund von Pierre Vidal-Naquet. Edelman stellte mich in seiner Mitteilung als Befürworter der »Methode des absoluten Lügens« dar.

»Dalloz-Sirey« ist seit ihrer Gründung zu Beginn des 19. Jahrhunderts niemals mit Erfolg vor Gericht gebracht worden. Diesmal wurde die Zeitschrift zum »Schadenersatz« verurteilt wegen der Art und Weise, in der sie das Urteil vom 8. Juli 1981 abgedruckt hatte. »Dalloz-Sirey« mußte das gegen sie gerichtete Urteil selbst veröffentlichen – Ausgabe vom 4. Juli 1985, Seite 375–376 – und mir einen Franc Schadensersatz leisten.

Die Erstverurteilung fand am 23. November 1983 statt; das Urteil wurde am 8. Mai 1985 in der Berufung beibehalten und eine weitere Berufung wurde am 15. Dezember 1986 vom Obersten Berufungsgericht verworfen. Edelman war der Trick gelungen, 57 Prozent des Wortlauts vom Urteil vom 8. Juli 1981 wegzulassen.

Ruinöse Auswirkungen meiner Prozesse

Beinahe unvermeidlich erhalte ich einen Franc Schadensersatz, wenn ich meine Prozesse gewinne; wenn die andere Partei gewinnt, muß ich bedeutsame und manchmal beträchtliche Summen zahlen.

Die Angriffe auf meine Person waren so heftig und so unerhört ungerechtfertigt, daß ich mich dazu entschloß, in zwei von möglicherweise tausenden von Fällen in die Berufung zu gehen. Einerseits verklagte ich Jean-Pierre Bloch, den Präsidenten der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus (LICRA) und Verfasser eines Memoirenbandes, in dem er mich als Nazi und Fälscher darstellte, der dementsprechend von französischen Gerichten verurteilt worden sei. Andererseits verklagte ich die kommunistische Zeitung »L'Humanité«.

Ich verlor diese beiden Prozesse ebenso wie die Berufungsverfahren. Die Richter erkannten zwar an, daß ich diffamiert worden war, fügten aber hinzu, meine Prozeßgegner hätten dies »in gutem Glauben« getan. Folglich mußten sie freigesprochen werden, und ich durfte alle Gerichtskosten tragen.

Das Blatt »Leo Droit de Vivre« – Februar 1985, Seite 7 – Organ der LICRA, überschrieb seine Story triumphierend mit: »Faurisson als Fälscher zu bezeichnen heißt ihn zu diffamieren, aber in ›gutem Glauben‹.« Dies war für jederman eine Einladung, mich als Fälscher zu bezeichnen, und das geschah auch.

Durch Gerichtsbeschluß vom 26. April 1983 wurde ich dazu verurteilt, die Kosten für die Veröffentlichung des gesamten Urteils zu tragen. Die Richter schätzten diese auf 60 000 Franc »mit der Möglichkeit einer späteren genaueren Bewertung im Hinblick

auf die Schätzungen und Rechnungen«, was darauf hinauslief, daß 60 000 Franc nur der Mindestsatz war. Ohne mir den Text vorzulegen, veranlaßte die LICRA dessen Veröffentlichung in der Zeitschrift »Historia«.

Der Wortlaut wurde schwerwiegend gefälscht. Ich verklagte die LICRA und erhielt einen Franc Schadensersatz. Dessen ungeachtet mußte ich für die Veröffentlichung des verzerrten Textes 20 000 Franc berappen. Etwa 60 000 Franc wurden von meinem Gehalt gepfändet. Zur Zeit verlangt die LICRA, wie immer, mehr und mehr Geld von mir; sie bekommt das Geld und behält es, hat aber den korrekten Wortlaut des Gerichtsbeschlusses von 1983 immer noch nicht veröffentlicht.

Der Prozeß gegen Klaus Barbie

Der Prozeß gegen Klaus Barbie und die Hysterie, die er hervorrief war die Gelegenheit zu juristischen Maßnahmen gegen französische Revisionisten. Jacques Vergès hat Barbie, der zur Zeit der Tat wegen der er angeklagt wurde, nur Untersturmführer (Leutnant) war, mutig verteidigt; es war damals Barbies Pflicht für die Sicherheit seiner Kameraden zu sorgen. 1939 hatte Frankreich Deutschland den Krieg erklärt; 1940 hatten wir Franzosen unseren Eroberern versprochen mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Wenn Leutnant Barbie in Lyon und Umgebung Repressalien zur Vergeltung der Taten der Résistance, der Kommunisten und der Juden in der gleichen Weise verübt hätte, wie die israelischen Behörden heute gegen die Palästinenser vorgehen – das heißt mit zahlreichen 500-Kilo-Bomben –, dann wären die Verluste der französischen Bevölkerung an Menschenleben und an Zerstörungen aller Art noch schrecklicher gewesen.

Jacques Vergès scheint anschaulich dargelegt zu haben, daß jenes berühmte Telegramm – das echt ist und nichts Verbrecherisches an sich hat – nicht die Unterschrift Barbies trägt, aber ich persönlich besitze nicht die Dokumente, die er als Basis für seine Demonstration und die es ihm ermöglichten festzustellen, daß Serge Klarsfeld die Quelle dieser Fälschung war. Ich kann daher in dieser Angelegenheit kein Urteil abgeben.

Andererseits kann ich sagen, daß im Prozeß von Lyon der deutsche Staatsanwalt Holtfort, der für die Anklage aussagte, und André Cerdini, der den Vorsitz des Gerichtes führte, ein abgeändertes Dokument verwendeten: Die Dannecker-Notiz vom 13. Mai 1942. Diese Notiz ist im Zentrum für Zeitgenössische Jüdische Dokumentation in Paris als Dokument XXVb-29 zu finden. In dem Dokument erwähnt Theodor Dannecker beiläufig ein Zufallsgespräch, das er mit Generalleutnant Kohl, der in Paris für den Eisenbahntransport verantwortlich war, geführt hatte. Im Verlauf dieses Gesprächs schien Kohl in den Augen Danneckers ein Gegner der Juden zu sein, der zu 100 Prozent »einer Endlösung der Judenfrage mit dem Ziel restloser Vernichtung des Gegners« einverstanden war.

So dargeboten, könnte dieser Satz den Eindruck vermitteln, daß Dannecker und Kohl vom Vorhandensein einer Politik zur Judenvernichtung gewußt haben. In Wirklichkeit bedeutet der Satz nur, daß Kohl zu 100 Prozent mit der endgültigen Lösung der Judenfrage einverstanden war; der Jude ist der Gegner und von der Begriffsbestimmung her muß der Gegner vernichtet werden.

Aber es ist überhaupt nicht klar, daß er damit meinte, sie müßten physisch ausgelöscht werden. Der darauffolgende Satz, der in Zitaten heute stets fortgelassen wird, bringt nämlich etwas Klarheit in die Sache: »Er (Kohl) zeigte sich auch als Gegner der politischen Kirchen.«

Das Dogma wurde nicht in Frage gestellt

Die Lager des »Gegners« sind hier deutlich dargestellt: einerseits Deutschland und andererseits die Juden und die politischen Kirchen. Kohl wollte den Einfluß jener beiden Gegner Deutschlands auslöschen. In beiden Fällen war das keine Frage der physischen Vernichtung. Der aus neun Wörtern bestehende Satz wird daher stets ausgelassen und durch eine Auslassung (. . . .) ersetzt, da er den Verfechtern der Vernichtungsthese nicht ins Konzept paßt.

Von den Historikern, die nicht davor zurückschreckten zu derartigen Betrügereien zu greifen, möchte ich nur folgende nennen: Joseph Billig, »Le Cas du SS-Obersturmführer Kurt Lischka«, »Le Monde juif«, Juli–September 1974, Seite 29; nachgedruckt drei Jahre später in Billigs »La Solution finale de la question Juive«, Centre de documentation juive contemporaine, 1977, Seite 94;

Serge Klarsfeld, »Le Memorial de la déportation des juifs de France«, 1978, Seite 28;

George Wellers, »Deportation des Juifs de France, Légendes et réalites«, »Le Monde juif«, Juli-September 1980, Seite 97;

Michael R. Marrus und Robert O. Paxton, »Vichy France and the Jews«, New York, Basic Books, 1981, Seite 351.

An Ort und Stelle überreichte ich Jacques Vergès einen Eilbrief, in dem ich ihm über die Art der Betrügerei Mitteilung machte, die darauf abgestimmt ist, die Überzeugung zu wecken, daß, wenn Kohl und Dannecker von der Judenvernichtung wußten, Barbie es auch gewußt haben muß. Leider entschloß sich Vergès dazu, das Dogma der Judenvernichtung nicht in Frage zu stellen und er behielt diese Politik der Vorsicht bis zum (bitteren) Ende bei. Nach dem Beispiel so vieler deutscher Anwälte zog es Vergès vor, dahingehend zu plädieren, daß Barbie »nicht wußte«, daß die Juden vernichtet wurden.

Am Rande des Barbie-Prozesses

Während des Barbie-Prozesses wurde das Leben für Revisionisten schwierig, vor allem in Lyon, wo die Polizei und Journalisten Wache schoben. Ich wurde mehrmals von der Polizei vorgeladen, aber ich lehnte es ab, zu erscheinen und erklärte, daß ich lieber ins Gefängnis ginge als »mit der Polizei und den französischen Gerichten bei der Unterdrückung des Revisionismus zusammenzuarbeiten«. Obwohl mit Verhaftung bedroht, blieb ich fest.

In den Filmtheatern wurde »Shoah« vorgeführt; im Theater wurde ein Stück über den Auschwitz-Prozeß aufgeführt. Auf einem großen Platz in Lyon organisierten die Juden eine – im wesentlichen symbolische – Ausstellung über den Holocaust; in den Schulen wurden Lehrer und Schüler heftig indoktriniert; in der Lokalpresse schürte man Haß gegen Barbie und die Revisionisten. Um das Gerichtsgebäude herum befanden sich die Kräfte von Gesetz und Ordnung mit Walkie-Talkies im Einsatz, »gerade hart genug um revisionistische Demonstranten zu entmutigen – »Le Monde«, 18. Juni 1987, Seite 14 –.

Diese unbeständige Situation wurde dadurch erzeugt, daß kurz vor Eröffnung des Prozesses – nur durch Zufall – die erste Ausgabe der »Annales d'Histoire Révisionniste« und ein Flugblatt, formlos und polemisch in der Tonart, erschien mit dem Titel »Info-Intox . . . Histoire-Intox . . . ça suffit. GASKAMMERN = BIDON (etwa: Vergiftung durch Informationen, Vergiftung durch Geschichte, das reicht. GASKAMMERN = SCHWINDEL), unterzeichnet von einem »Kollektiv der Gymnasiasten von Lyon, Nancy und Straßburg«. Auf der Rückseite des Flugblatts befanden sich die Zeichnungen des Karikaturisten Konk, mit denen er die chemische Unmöglichkeit der Auschwitz-Vergasungen darstellt.

Die Atmosphäre einer Hexenjagd

Diese Hexenjagdatmosphäre, in der sich die Zeitung »Le Monde« besonders durch die Heftigkeit der Tonart hervortat, hatte manchmal Folgen, über die man lachen konnte. Man glaubte plötzlich in einem vor acht Jahren von einem jüdischen Verlagshaus veröffentlichten gelehrten Werkes Spuren von Revisionismus entdeckt zu haben, und schon beeilte sich der Verleger zu verkünden, daß man die Druckplatten sobald wie möglich vernichten wolle – »Le Martin de Paris«, 21. Mai 1987, Seite 12; »Le Monde«, 24./25. Mai 1987, Seite 10 –.

Ein paar Tage später ordnete Serge July, Direktor der Zeitung »Libération«, nachdem er her-

Revisionismus

Mein Leben als Revisionist

ausgefunden hatte, daß zwei revisionistische Leserbriefe in die Spalten seiner Zeitung geschlüpft waren, die Beschlagnahme seiner eigenen Zeitung an Kiosken an, feuerte den Redakteur der Leserbriefspalte auf der Stelle und beschloß, seinen Redaktionsstab völlig zu erneuern – »Libération«, 28. Mai 1987, Seite 34; 29. Mai 1987, Seite 45; »Le Monde«, 3. Juni 1987, Seite 48 –.

Der gaullistische Abgeordnete Jacques Chaban-Delmas rief die französische Jugend zur Bildung einer neuen Art von Résistance auf: Widerstand gegen den Revisionismus – »Rivarol«, 29. Mai 1987, Seite 8 –.

Die Verleger von Geschichtsbüchern für höhere Schulen hatten bereits vom »Comité des enseignants amis d'Israel« (»Lehrerausschuß der Freunde Israels«) Ratschläge und Drohungen erhalten – »Sens«, Dezember 1986, Seiten 323–339 –, die keinen Zweifel daran ließen, daß angesichts des Barbie-Prozesses »Verleger von Lehrbüchern sich bei Nichtbeachtung der Vorschläge über die möglichen Auswirkungen auf den Verkauf ihrer Bücher klar sein sollten« – ebenda, Seite 325 –.

Journalisten verlangen Unterdrückung mit juristischen Mitteln

Claude Lanzmann war über den geringen Erfolg seines Films »Shoah« in Frankreich und über die Unmöglichkeit, mich wegen des mit vielen hieb- und stichfesten Beweisen und Fußnoten versehenen Textes, den ich diesem Meilenstein der Propaganda gewidmet hatte, vor Gericht anzugreifen verstimmt. Pierre Guillaume veröffentlichte und verbreitete diesen Text mit einem Titel, den er einem Slogan entliehen hatte, der bis in die Mai-Tage des Jahres 1968 zurückgeht: »Macht die Augen auf, zertrümmert Euren Fernsehapparat!«

Lanzmann wandte sich an die Agence France-Presse (AFP) und erreichte von ihr eine Initiative, die in der Geschichte der Weltpresse lebendig bleiben wird. Am 1. Juli 1987 veröffentlichte die AFP eine lange Erklärung, in der sie ihrer Emotion über die an »Shoah« gerichtete Kritik seitens der Revisionisten freien Lauf ließ und verlangte, daß die Gerichtsbehörden »den Machenschaften der Revisionisten sofortigen Einhalt gebieten« – im Namen der »Achtung für die freie Forschung und die Rechte des Menschen«.

Meine Analyse von »Shoah« wurde als unaussprechlich verdammt. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

»Die Föderation glaubt, daß Personen wie Robert Faurisson das nicht straflos schreiben dürfen sollten, was sie schreiben und verbreiten. Unaussprechliches Verhalten und Rassismus haben ihre Grenzen. Die Ethik des Journalismus verbietet es, einfach alles, die verrücktesten Unwahrheiten zu schreiben, mit Verachtung für die Wahrheit und daher für die Wissensfreiheit. Einen Film wie ›Shoah‹, den man nur mit tiefer Ehrfurcht und unendlichem Mitgefühl betrachten kann zu besudeln, ist nichts anderes als ein Angriff auf die Rechte des Menschen.«

Die Föderation fährt fort: »Der Journalist ist stets Zeuge seiner Zeit, und in diesem Sinne hat Claude Lanzmann ein bewunderungswürdiges Werk als Journalist vollbracht, indem er zehn Jahre lang die erschreckendsten Zeugenaussagen nicht nur von den Opfern sondern auch von ihren Peinigern und von den in der Nähe der Lager lebenden gesammelt hat. Es ist furchtbar, und das ist es, was die Revisionisten, die sich immer noch nicht von der Nazi-Niederlage erholt haben, in Verlegenheit bringt.«

Die Föderation kommt zu dem Schluß: »Mitten im Barbie-Prozeß und jetzt wo die Aktivitäten der Revisionisten zunehmen, ist es dringend erforderlich, daß die Gerichtsbehörden im Namen der Achtung für die freie Forschung und für die Menschenrechte solche unaussprechlichen Flugblätter verbieten, ihre Verfasser bestrafen und sie gleichzeitig daran hindern, es wieder zu tun.«

Die Französische Föderation der Journalistenverbände ist der Dachverband von mehr als zwanzig Gesellschaften – vor allem TF1, A-2, Fr-3, Agence France-Presse, »Le Monde«, »Sud-Ouest«, »L'Equipe« – insgesamt mehr als 2000 Journalisten.

Das Kommuniqué sollte schwerwiegende Folgen haben. TF-1, A-2 und FR-3 sind die drei hauptsächlichen französischen Fernsehsender; Agence France-Presse ist unsere Haupt-Presseagentur. »Le Monde« ist unsere angesehenste Tageszeitung; »Sud-Ouest« ist die Tageszeitung mit der höchsten Auflage in Frankreich; »L'Equipe« ist die am meisten gelesene und beliebteste Sportzeitung. Ich fand mich daher von den gesamten Massenmedien meines Landes verdammt; sogar die Sportjournalisten verurteilten den Revisionismus.

Die Revisionisten wurden als Personen mit den beschämendsten Argumenten hingestellt, die beschämende Gedanken und Rassismus verbreiten, so ungefähr alles schreiben – die verrücktesten Unwahrheiten –, die Wahrheit und die Freiheit der Forschung verachten, die Menschenrechte verletzen und sie sich immer wieder noch nicht von der Nazi-Niederlage erholt haben. Insbesondere hätten die Revisionisten den unanfechtbaren und bewundernswerten Film, den man nur mit tiefer Ehrfurcht und unendlichem Mitgefühl betrachten könne, besudelt.

Beschlagnahme der »Annales d'Histoire Révisionniste«

Die Massenmedien riefen die Richter um Hilfe an und forderten eine sofortige und dauerhafte Unterdrückung »im Namen der Achtung für die freie Forschung und die Rechte des Menschen«. »Le Monde« zeichnete sich durch die Maßlosigkeit ihrer Angriffe aus; in weniger als zwei Monate erwähnte sie den Revisionismus in über zwanzig Artikeln, die einheitlich feindselig abgefaßt waren; Bruno Frappat verurteilte seinerseits »die Experten im Lügen, die Gangster der Geschichte« – »Le Monde«, 5./6. Juli 1987, Seite 31 –.

Die Gerichtsmaschinerie trat sofort in Aktion. Am 25. Mai 1987 ordnete der zum Zwecke der Regelung einer einstweiligen Verfügung bestellte Richter Gérard Pluyette auf Betreiben von Jean-Pierre Bloch bereits die Beschlagnahme der ersten Ausgabe der »Annales« an. Am 3. Juli klagte mich mit Namen Legname, Untersuchungsrichter in Auch (Départment du Gers) an, ein Apologet der Kriegsverbrechen zu sein und Falschnachrichten verbreitet zu haben in zwei Artikeln, die in der ersten Ausgabe der »Annales« veröffentlicht wurden. Einer trug die Überschrift »Wie die Briten zu den Geständnissen von Rudolf Höss, Kommandant von Auschwitz, kamen« und der andere trug die Überschrift »Jüdische Seife«.

Pierre Guillaume wurde aus dem gleichen Grund angeklagt, da er der Herausgeber der »Annales« ist. Carlo Mattogno wurde ebenfalls angeklagt wegen seiner Studie »Der Mythos der Judenvernichtung«. Als italienischer Staatsbürger war er am 10. August Gegenstand eines internationalen Haftbefehls. Der gesamte Vorgang wurde von jemand namens Robin, Staatsanwalt in Auch, auf Verlangen von Madame Lydie Dupuis, Beamtin der Liga für die Rechte des Menschen und Verwandte von François Mitterrand, des französischen Staatspräsidenten, in Bewegung gesetzt.

Am 20. September erklärte Charles Pasqua, der Innenminister, über Rundfunk, daß seiner Ansicht nach Professor Faurisson ins Gefängnis gehört – »Charles Pasqua: Les theses révisionnistes, véritable délit«, »Le Figaro«, 21. September 1987, Seite 7 –.

Ein Sondergesetz gegen die Revisionisten – eine Art »Lex Faurisson« – wird zur Zeit vorbereitet. Es wird noch strenger sein als das deutsche 21. Strafrechtsänderungsgesetz vom Juni 1985 (das »Auschwitzlüge-Gesetz«).

Die Beschlagnahme der ersten Ausgabe der »Annales« wurde dann mit Urteil vom 16. Dezember 1987 vom Pariser Landgericht, Erste Sektion, wieder aufgehoben. □

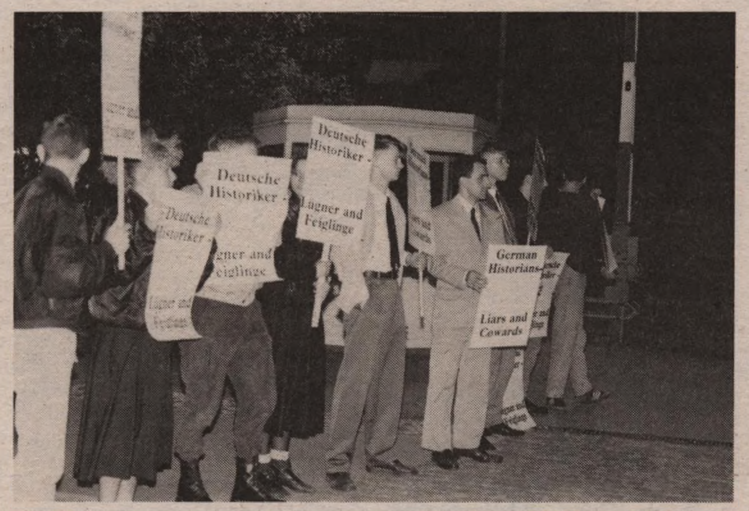
David Irving

Wahrheit macht frei

Karl Philipp

Der weltweit am meisten gelesene englische Zeitgeschichtler, David Irving, lud am 3. Oktober 1989 im Berliner Hotel Kempinski zu einer Medienkonferenz ein. Anlaß war die vom Sender Freies Berlin an ihn zuerst ergangene Einladung, zusammen mit den Historikern Jäkkel, Mayer, Rosendorfer und Schneider am Abend desselben Tages im »Berliner Salon« über neue Bücher im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg zu diskutieren. Der britische Historiker sollte über das Leuchter-Gutachten, wozu er das Vorwort geschrieben hat, sprechen. Fazit des Leuchter-Gutachtens: Es gab in den Konzentrationslagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek keine Gaskammern.

Eine Woche später unterrichtete man David Irving mittels Telegramm, daß er wieder ausgeladen sei. Ihn, Irving, hatte man ausgeladen, dessen Bücher in der ganzen Welt gelesen und von allen namhaften Verlagen weltweit publiziert werden. »Die deutschen Historiker«, so David Irving nicht ohne Spott, »schreiben ihre Bücher unter Ausschluß der Öffentlichkeit.« Der Moderator der Sendung, Dr. Rott, wurde seinen Angaben zufolge von Herrn Jäckel zu diesem Schritt gedrängt. David Irving empfand diese Behandlung als geschmacklos und feige. Seine Kämpfernatur trieb ihn zur Gegenoffensive. Die Auseinandersetzung wollte er nunmehr mit Fakten auf dem Felde einer Medienkonferenz im Hotel Kempinski am Vormittag sowie mit Demonstrationen am Nachmittag und am Abend des Sendetermins vor dem Sendegebäude des SFB austragen.



Junge Berliner demonstrieren unter dem Motto »Deutsche Historiker – Lügner und Feiglinge« vor dem Sender Freies Berlin.

Pünktlich um 11 Uhr begrüßte der Historiker die anwesenden Journalisten. Er stellte sich und seine Arbeit vor. Irving führte an, daß er mehr als dreißig Bücher über die Ära des Dritten Reiches veröffentlichte. Er legte Wert auf die Feststellung, daß er weder die Bücher anderer Historiker liest noch deren Quellen für seine Werke heranzieht. Der Engländer zeigte auf seine 700seitige Hitler-Biographie. Diesem Buch liegen seinen Angaben zufolge 13 Jahre intensivster Recherchen zugrunde.

Irving schrieb das Buch aus der Sicht und vom Schreibtisch Adolf Hitler aus. Dabei stützte er sich ausschließlich auf Tagebücher, Fernschreiben, Briefe, Dokumente und direkt beteiligte Zeitzeugen. Als er bereits 78 prall gefüllte Ordner mit Dokumenten und Zeugenaussagen zusammengetragen hatte, stellte er mit Erstaunen fest, daß sich unter all diesen Dokumenten und Zeugenaussagen nicht der geringste Hinweis fand, daß Adolf Hitler den Plan, die europäischen Juden auszurotten, verfolgte, oder daß er gar einen Befehl dazu erteilt hätte. Daraufhin schickte der Historiker Mitarbeiter in die wichtigsten Archive der ganzen Welt, um vielleicht doch noch jene Dokumente zu finden, die einen Befehl oder einen Plan zur Tötung der europäischen Juden dokumentieren hätten können.

»Ohne Erfolg«, gestand David Irving. »Wir sind nicht fündig geworden.« Zu guter Letzt setzte er eine Prämie von tausend englischen Pfund dafür aus, ihm ein solches Dokument zu beschaffen. Auch dieser Vorstoß blieb erfolglos.

Kritik an den »Abschreibe-Historikern«

»Adolf Hitler saß also an seinem Schreibtisch und wußte nichts von den sogenannten Massenvernichtungen der Juden in den angeblichen Gaskammern der deutschen Konzentrationslager«, stellte Irving lakonisch fest.

Seit dieser Zeit habe sich der Historiker mit dem Thema Auschwitz befaßt, ließ er die anwesenden Journalisten wissen. Er hegte allerdings nicht die Absicht, darüber zu schreiben. Diesen Vorsatz ließ er aber fallen, als er mit den laborwissenschaftlichen Untersuchungen des amerikanischen Ingenieurs für Gaskammern zur Hinrichtung von Menschen, Fred Leuchter, konfrontiert wurde.

»Von diesem Augenblick an«, versicherte Irving, »gehörte ich nicht mehr zu den Gläubigen der Religion des 20. Jahrhunderts. Ich glaubte nicht mehr an den Gaskammermord in den deutschen Konzentrationslagern. Hier sind die deutschen Historiker einer ungeheuren Fälschung aufgesessen.«

Irving wurde nach eigenem Bekunden klar, daß man mit der Gaskammerpropaganda eine Attraktion, ähnlich der des Londoner Wachsfigurenkabinetts, geschaffen habe. Der Engländer bemängelte, daß es kein deutscher Historiker bislang als nötig empfand, laborwissenschaftliche Untersuchungen in den sogenannten Vernichtungslagern durchzuführen. Er griff die deutschen Historiker scharf an, als er sie vor den Anwesenden als »Augenzeugen« – und »Abschreibe-Historiker« anprangerte.

Gerade die Augenzeugen seien nach seinem Dafürhalten der treffendste Beweis für das Nichtvorhandensein eines Ausrottungsprogramms und somit ein Fall für die Psychiatrie.

Der Historiker wurde nach der Veröffentlichung des Leuchter-Gutachtens in Großbritannien – welches mit seinem Vorwort versehen war – Opfer hinterhältiger Gewalttäter. »Jüdische Untergrundorganisationen setzten Gewaltverbrecher auf mich an. Als Postbeamte getarnt verschafften sie sich Zutritt zu meiner Wohnung. Dort schlugen sie mich zusammen und meine Wohnung in Stücke«, berichtete der Historiker in schmerzhafter Erinnerung. Aber gerade diese Reaktionen zeigten ihm, daß er die Wahrheit auf seiner Seite habe.

Überdrehung geschichtlicher Proportionen

Irving erklärte anschließend, warum das Gutachten des Gaskammerexperten Fred Leuchter die Gaskammern als »Märchen« entlarvt habe. Er führte aus, daß in den Boden- und Wandproben der angeblichen Gaskammern keine nennenswerten Zyankalirückstände festgestellt werden konnten, während in den entnommenen Proben der Entlausungskammern extrem hohe Rückstände zu verzeichnen waren. In den entnommenen Proben der angeblichen Gaskammern hätte aber bis zu einer Million mal mehr Zyankalirückstände vorzufinden sein müssen als in den Entlausungskammern, wären dort Millionen von Menschen durch Giftgas getötet worden.

Diese wissenschaftliche Tatsache schließt nach seiner Über-

David Irving

Wahrheit macht frei

zeugung zweifelsfrei aus, daß es überhaupt Gaskammern zur Tötung von Menschen in den deutschen Konzentrationslagern gegeben habe. Irving informierte die Anwesenden, daß das sowjetische Rote Kreuz nunmehr die Totenbücher von Auschwitz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Diese Bücher wurden seinen Recherchen zufolge mit minuziösen Aufzeichnungen aller Sterbefälle versehen und beinhalten detaillierte Angaben von etwas mehr als 74 000 ums Leben gekommener Häftlinge.

»Verbindet man diese Offenbarung mit den Veröffentlichungen des jüdischen Professors Arno Mayer«, kombiniert Irving, »dann sind weniger als 35 000 dieser Toten durch Gewaltmaßnahmen ums Leben gekommen. Diese Zahl ist vergleichbar mit einem englischen Bombenangriff auf Hamburg. Gott sei Dank waren es nicht mehr, kann man da nur sagen.«

Irving sprach in diesem Zusammenhang den Aufsatz des Historikers Eberhard Jäckel, veröffentlicht in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« am 26. Januar 1980, an. In diesem Artikel soll Jäckel eingeräumt haben, daß geschichtliche Unwahrheiten über die jüngere deutsche Vergangenheit pädagogisch begrüßenswert gewesen seien. »Auch die Überdrehung geschichtlicher Proportionen«, fügte Irving hinzu, »rechtfertigt Herr Jäckel in seinem Aufsatz.«

»Dieser Herr«, empörte sich David Irving, »diskutiert heute abend in der Sendung ›Berliner Salon‹ über deutsche Geschichte. Er weiß vom Leuchter-Gutachten. Aber er scheut die Wahrheit und möchte unter keinen Umständen meinen Argumenten ausgesetzt sein. Deshalb sorgte er dafür, daß ich an dieser Runde nicht teilnehmen konnte. Aber ich verspreche Ihnen, ab heute 11 Uhr wird zurückgeschossen. Ich stelle die heutige Pressekonferenz unter das Motto: Wahrheit macht frei. Stellen Sie Ihre Fragen, meine sehr verehrten Damen und Herren.«

Journalist: Herr Irving, ist es richtig, daß Sie weniger bei deutschen Historikerkonferenzen als bei Veranstaltungen der rechtsradikalen DVU auftreten?

»Wir, die Engländer, haben uns das ausgedacht.«

Irving: Ich halte Vorträge in allen Erdteilen. Die größten Fernsehstationen in aller Welt ziehen mich hinzu, wenn es um Diskussionen zur Zeitgeschichte geht. Aber zu deutschen Historikerkonferenzen werde ich nicht eingeladen. Wenn ich einmal eingeladen werde, folgt, wie dieser traurige Anlaß beweist, die Ausladung auf den Fuß. Ich trete allerdings überall auf. Auch bei der DVU, wie Sie richtig festgestellt haben. Ich spreche vor sogenannten Links- und Rechtsradikalen. Ich werde niemanden von der Wahrheit ausschließen. Jedermann muß sich, sofern er meinen Vorträgen beiwohnt, die Wahrheit gefallen lassen. Ob sie ihm paßt oder nicht.

Journalist: Herr Irving, Sie bezeichnen die Gaskammern als Märchen beziehungsweise Propaganda. Wer hat demzufolge dieses Märchen oder diese Propaganda erfunden?

Irving: Wir, die Engländer, haben uns das ausgedacht. Die Abteilung für politische Kriegsführung (PWE, Political Warfare Executive) dachte sich diese Propagandalüge bereits im Jahr 1942 aus. Im August 1943 trafen sich Churchill und Roosevelt in Quebec. Dort wurden beide Staatsmänner sowohl von der tschechischen als auch von der polnischen Exilregierung aufgefordert, diese Propaganda über die planmäßige Ausrottung der europäischen Juden durch Giftgas in den deutschen Konzentrationslagern zu inszenieren. Das deutsche Volk sollte mit dieser Lüge verleumdet und die Völker der Alliierten gegen Deutschland aufgehetzt werden. Der damalige Leiter des PWE machte in einem vertraulichen Schreiben an das englische Kabinett besorgt darauf aufmerksam, daß die Gaskammerpropaganda eine von England erfundene Story ist. Er sorgte sich, daß, wenn England diese Story mit der Autorität der Regierung seiner Majestät untermauern würde, das Land dadurch leicht in Verruf geraten könne. Er gab zu bedenken, daß es der Regierung dann ebenso ergehen könne, wie es ihr bereits im Ersten Weltkrieg mit der Greuellüge von den abgeschlagenen belgischen Kinderhänden ergangen ist. Damals mußte sich die britische Regierung offiziell für diese unfeine Propaganda bei der deutschen Reichsregierung entschuldigen. Um es nochmals klar auszudrükken. Wir, die Engländer, haben die Geschichte mit den Gaskammern erfunden.«

Journalist: Was sagen Sie zu den Luftaufnahmen, auf denen deutlich Gaskammern zu erkennen sind? Auf diesen Aufnahmen sind auch Krematorien zu erkennen. Sind das auch Fälschungen?

Irving: Ich kenne diese Fotos wahrscheinlich besser als Sie. Ich habe gerade 40 Stück davon vom National-Archiv Washington bestellt. Diese Fotos werden von zwei CIA-Angehörigen zum ersten Mal im Jahr 1974 an die Öffentlichkeit gebracht. Die amerikanische Regierung hat sich inzwischen von der Interpretation, man könne darauf Gaskammern erkennen, distanziert.

Der CIA brachte diese Fotos an die Öffentlichkeit

Wie sollte man auch ausmachen können, ob sich unter dem Dach eines Gebäudes eine Gaskammer befindet. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß die auf den Fotos als Krematorium bezeichneten Gebäude keine Rauchwolken zeigen. Aber die Kamine hätten zu jener Zeit vierundzwanzig Stunden am Tag rauchen müssen. Die Schornsteine, die man heute in Auschwitz sieht, die von mir in Auftrag gegebenen Filmaufnahmen zeigen dies ganz deutlich, sind sauber. Die Luken, durch welche man angeblich den Inhalt der Büchsen Zyklon B vor jedem Vergasungsvorgang schüttete, wurden erst später angebracht.

In einem Fall stieß man beim Luken ausmeißeln offensichtlich auf Eisenschienen. Denn das Loch wurde nur halb durchgebrochen. Die Arbeit war höchstwahrscheinlich zu anstrengend. Echte Schlamperei, Gott sei Dank.

Diese Erkenntnisse zeigen also, daß man die Gebäude den Zeugenaussagen angepaßt hat. Und die deutschen Historiker, das ist das Allerschlimmste, machten sich noch nicht einmal die Mühe, nach Auschwitz zu reisen und die technischen Unmöglichkeiten selbst in Augenschein zu nehmen.

Journalist: Wie erklären Sie sich die Zeugenaussagen von Leuten, welche die Leichen aus den Gaskammern deshalb sahen, weil sie dieselben wegschaffen mußten?

Irving: Diese Zeugenaussagen sind Fälle für die Psychiatrie. Wer immer sich nach einem sogenannten Vergasungsvorgang zwecks Abtransport der Leichen in die Gaskammern begeben hätte, wäre auf der Stelle selbst getötet worden. Es sei denn, die Helfer hätten Schutzanzüge ähnlich den Raumanzügen getragen. Das war allerdings nicht der Fall. Ganz im Gegenteil, die meisten der von Ihnen erwähnten Zeugen sagten unter Eid aus, die Leichenkommandos hätten die toten Körper sogar ohne Gasmaske herausgeschafft.

Journalist: Haben Sie den Film »Shoa« gesehen?

Irving: Die meisten der Zeugen aus diesem Film gaben später zu, daß sie von den Prozenten für ihre Aussagen beträchtliche Geldsummen erhielten.

Journalist: Wie erklären Sie sich die Aussage von Lagerkommandant Rudolf Höss, der zugab, daß in Auschwitz 2,5 Millionen Menschen vergast wurden?

Einen Plan gab es zu keiner Zeit

Irving: Zeugenaussagen aus Zwangssituationen sind für den Historiker ein interessantes Phänomen. Ich erinnere an die russischen Schauprozesse, vor denen sich völlig unschuldige Menschen der grausamsten Verbrechen bezichtigten und infolgedessen hingerichtet wurden. Ich erinnere an den Ungarn Láslo

Rajk, der sich der absonderlichsten Vergehen schuldig bekannte und anschließend gehenkt wurde. Aber er legte eine Fährte, die die unwahre Selbstbezichtigung später entlarven sollte. Auf den Vernehmungsprotokollen vertauschte er sein Geburtsdatum mit seinem Hochzeitstag.

Ähnlich war es mit Höss. Er gab zu, an manchen Tagen mehr als zwanzigtausend Menschen vergast und kremiert zu haben. Eine technische Unmöglichkeit. Ich kann Ihnen versichern, daß die oftmals sehr unfeinen englischen Vernehmungsmethoden aus Höss Geständnisse zu entlocken im Stande waren, die in diesem Zusammenhang jedes gewünschte Geständnis produzieren konnten.

Ein anderer gewichtiger Punkt ist der, daß selbst die zentrale Verfolgungsbehörde für NS-Verbrechen in Ludwigsburg, Höss widerspricht und seine Zahlenangaben als unrealistisch beurteilt. Die NS-Verfolgungsstelle spricht von einer Million Tote in Auschwitz. Ist das nicht merkwürdig. Man glaubt dem Kronzeugen aus seinen Geständnissen nur das, was man meint, vertreten zu können. Übrigens hat Höss kurz vor seinem Galgentod alles widerrufen.

Journalist: Allerdings wurde während der Wannsee-Konferenz die Endlösung beschlossen. Das heißt, die physische Vernichtung der Juden. Wie erklären Sie sich das?

Irving: Einen Plan gab es zu keiner Zeit, der ein derartiges Ziel verfolgt hätte. Hier unterscheide ich mich von Herrn Jäckel. Herr Jäckel geht davon aus, daß Adolf Hitler seit seiner Machtübernahme nur von dem Gedanken beseelt war, die europäischen Juden auszurotten. Da kann ich nur sagen, es gibt Gott sei Dank Hunderttausende überlebende Juden, die alleine durch ihr Dasein ein solches Programm überzeugend widerlegen.

Ich wundere mich auch, daß die deutschen Historiker niemals auf das im Bundesarchiv Koblenz vorhandene Dokument zurückgreifen, welches die sogenannte Endlösung in ein völlig anderes Licht rückt. In diesem Dokument berichtet Staatsekretär Schlegelberger, daß Reichsminister Lammers ihm mitteilte, der Führer habe ihm gegenüber wiederholt erklärt, daß er die Lösung der Judenfrage bis nach dem Krieg zurückgestellt wissen wolle. Die deutschen Historiker haben dieses Dokument nie zitiert. Nie zur Klärung dieser Frage herangezogen. Sie haben diese wichtige Niederschrift einfach unter den Tisch fallen lassen.

»Es gab keine Massentötungen«

Journalist: Wie kam es, daß dennoch sechs Millionen Menschen getötet wurden?

Irving: Ich möchte niemanden seinen Glauben nehmen. Aber es gab auch viele Menschen, die glaubten an das Leichentuch Christi in Turin. Und nun stellten laborwissenschaftliche Untersuchungen fest, daß das Leichentuch höchstens tausend Jahre alt ist.

Journalist: Wo sind die sechs Millionen hingekommen?

Irving: Wie gesagt, ich kann und will niemanden seinen Glauben nehmen. Auch Ihnen nicht. Ich habe eingangs erwähnt, daß das sowjetische Rote Kreuz nunmehr die Totenbücher von Auschwitz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Und in diesen Büchern sind alle in Auschwitz während des Lagerbestehens umgekommenen Menschen mit 74 000 angegeben. Vergleichen Sie darüber hinaus die jüdischen Bevölkerungsstatistiken der Nachkriegszeit. Vielleicht werden dann auch Sie von Ihrem »Sechs-Millionen-Glauben« lassen.

Journalist: Aber immerhin wurden massenweise Menschen umgebracht.

Irving: Ignoriert man die laborwissenschaftlichen Widerlegungen der Gaskammern, muß man etwas Logik walten lassen. Warum transportiert man Millionen Menschen in Zügen bis zu 2000 Kilometer weit? Wenn man sie ohnehin umzubringen gedenkt. Züge waren Mangelware. Frachtraum wurde für Truppentransporte und Kriegsmaterial benötigt. Bei erwiesenen Massakern wurden Opfer einfach erschossen. An Ort und Stelle, das ist bekannt.

David Irving

Wahrheit macht frei

Wieso wurde ausgerechnet bei Juden ein derart umständliches und kompliziertes Verfahren gewählt? Noch dazu ein für die Lagerbesatzung lebensgefährliches Unterfangen. Die von mir heute angesprochenen und empfohlenen Filmaufnahmen zeigen einen anderen interessanten Aspekt.

Die von allen »Holocaust-Experten« als Entlausungskammern für Kleidungsstücke ausgewiesenen Einrichtungen, weisen alle technischen Kriterien einer betriebsfähigen Gaskammer auf. Es sind enorme Sicherheitseinrichtungen vorhanden. Ähnlich denen amerikanischer Gaskammern zur Hinrichtung von Menschen. Seltsamerweise fehlen bei den sogenannten Duschräumen, in denen angeblich Millionen von Menschen durch Giftgas getötet wurden, alle sicherheitstechnischen Einrichtungen. In jenen Räumlichkeiten, in denen angeblich der Völkermord durch Giftgas stattfand, wären die Opfer innerhalb von Minuten an Sauerstoffmangel gestorben. Es hätte keines Giftgases bedurft.

Diese angeblichen Gaskammern wurden mit dünnen Holztüren, die mehrere Zentimeter Luft zum Boden aufweisen und nach innen zu öffnen waren, geschlossen. Es wäre also gar nicht mehr möglich gewesen, nachdem die hineingepferchten Menschen tot waren, die Türen zu öffnen. Durch die mangelnde Abdichtung hätte das jeweilige Lagerkommando vor der Tür den Tod gefunden. Zu guter Letzt wäre das Giftgas durch die in den angeblichen Gaskammern vorhandenen Abwassergullys in das Wassersystem des Lagers gelangt. Dadurch hätte es keiner weiteren Tötungsaktionen bedurft. Alle im Lager Lebenden, vom Kommandanten bis zum Häftling, wären ohnehin getötet worden.

Ein zweites Gutachten sollte erstellt werden

Journalist: Wo sind sie hingekommen? Den Zeugenaussagen zufolge wurde gerade in den letzten Kriegstagen besonders stark vergast. Man wollte bis zur Befreiung der Lager noch möglichst viele Menschen umbringen.

Irving: Gemäß der offiziellen Geschichtsversion wurde bereits im Oktober 1944 mit dem »Vergasen« aufgehört. Aber warum werden die laborwissenschaftlichen Untersuchungen nicht herangezogen. Das Resultat dieser Untersuchung ist eindeutig. Es gab keine Massentötungen durch Giftgas.

Journalist: Herr Irving, wäre es nicht sinnvoll, ein zweites wissenschaftliches Gutachten erstellen zu lassen, damit wäre die Diskussion, ob das Leuchter-Gutachten nun richtig oder falsch ist, beendet?

Irving: Nachdem einige Leute in England unbegründete Einwände gegenüber dem Leuchter-Gutachten vorbrachten, habe ich gefordert, ein zweites Gutachten von einer unabhängigen Expertenkommission einzuholen. Leider lehnt man das bislang widerspenstig ab. Warum?

Mein besonderer Vorwurf gilt den deutschen Historikern. Diese hätten schon längst ein solches Gutachten erstellen lassen müssen. Aber sie weigern sich sogar verbissen, das Vorhandene zu diskutieren. Eine unglaubliche Haltung. Der Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, Herr Martin Broszat, veröffentlichte beispielsweise das gefälschte Tagebuch von General Engel. Ich habe auch dieses Tagebuch durch Laboruntersuchungen als Fälschung entlarvt. Herr Broszat mußte daraufhin das Tagebuch aus seinem Archiv entfernen.

Wieso springen die deutschen Historiker mit Vorliebe und ohne jeden Vorbehalt auf jede Fälschung? Auch den deutschen Historikern stehen Labors zur Verfügung. Sollten nicht gerade sie alle Dokumente ganz besonderen Analysen unterziehen? Es ist doch hinlänglich bekannt, daß über den geschichtlichen Abschnitt von 1933 bis 1945 mehr gelogen wurde, als über jeden anderen Zeitraum der Weltgeschichte. Ja, die deutschen Historiker lügen sogar noch tatkräftig mit.

Journalist: Was war Ihrer Meinung nach Auschwitz?

Eine Verleumdung des deutschen Volkes

Irving: Ein Arbeitslager. Man benötigte Zwangsarbeiter für die Industrie.

Journalist: Warum hieß Auschwitz dann Vernichtungslager?

Irving: Nicht bei mir. Nur bei Ihnen und bei den deutschen Historikern. Es ist eine Verleumdung des deutschen Volkes, wenn man von Vernichtungslagern und Todesfabriken spricht. Und es ist eine Schande, daß die deutschen Historiker ihr eigenes Volk nicht vor diesen Verunglimpfungen schützen. Deshalb nenne ich die deutschen Historiker Lügner und Feiglinge.

Am Nachmittag demonstrierte David Irving, in beiden Händen seine aufgerollten Plakate mit der Aufschrift »Deutsche Historiker – Lügner und Feiglinge« haltend, vor dem Eingang des SFB. Eine mutige Tat. Ein Engländer alleine in einer deutschen Stadt, die Blicke der Passanten auf sich ziehend, exponierte er sich für die geschichtliche Wahrheit und für die Ehre des deutschen Volkes. Am Nachmittag gab er der Vertreterin der »Tageszeitung« (TAZ) vor dem Sendegebäude ein weiteres Interview. Möglicherweise hat man sich über diesen kühnen Historiker im Redaktionsstab der TAZ einige Gedanken gemacht.

Am Abend hingegen war David Irving nicht mehr allein. Plötzlich gesellte sich eine große Anzahl jüngerer und älterer Berliner Bürger mit Schildern, auf denen zu lesen war: »Deutsche Historiker – Lügner und Feiglinge«, zu ihm. Die Demonstranten standen von 21 Uhr bis 21.45 Uhr diszipliniert am Eingang des Sendegebäudes. Sie hatten vor, Jäckel und seine Kollegen auf dem Weg ins Sendestudio zur Rede zu stellen.

Warum so viel Angst vor den Argumenten dieses mutigen Briten. Es waren brave junge Leute, die darüber empört waren, daß ein Engländer sie vor, ihrer Meinung nach, verlogenen Anschuldigungen aus der jüngsten deutschen Geschichte beschützen mußte. Sie waren verzweifelt, daß ihnen dieser Schutz nicht von Herrn Jäckel zuteil wurde.

Auf Nachfragen gaben die Verantwortlichen des SFB um 21.35 Uhr zu, daß Herr Jäckel, Mayer, Rosendorfer und Schneider bereits durch den Hintereingang in das Sendegebäude gelangt waren. In der Tat machten sie den ihnen durch David Irving verliehenen Namen alle Ehre.

Der Historiker brach um 21.45 Uhr die Demonstration ab. Er richtete folgende Dankesworte an seine Mitstreiter:

»Meine lieben Freunde der geschichtlichen Wahrheit. Meine lieben Mitstreiter gegen Lüge und Feigheit. Ich habe heute die deutschen Historiker herausgefordert. Ich habe sie Lügner und Feiglinge genannt. Ich hätte mir gewünscht, die Anschuldigungen vor Euren Augen zurücknehmen zu müssen. Ich hatte bis zuletzt gehofft, daß die Herren Jäckel, Schneider, Rosendorfer und Mayer letztlich zustimmen würden, daß ich an der Debatte teilnehmen dürfte.

Meine Befürchtungen haben sich bewahrheitet. In einem allerdings habe ich untertrieben. Es handelt sich bei diesen Herren nicht um gewöhnliche Feiglinge. Nein, es sind erbärmliche Feiglinge. Ich hätte niemals zuvor geglaubt, daß Menschen vor der Wahrheit soviel Angst haben könnten. Ein jämmerliches Bild, was sich uns heute abend geboten hat.

Die deutschen Historiker schreiben Bücher unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sie diskutieren unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sie bleiben unter sich.

Welch ein Hochmut. Aber sagt nicht ein deutsches Sprichwort: Hochmut kommt vor den Fall. Glaubt mir meine Freunde, dieser Fall kommt schneller als es den Herren lieb ist.

Wo immer es darum geht, dem deutschen Volk Schuld aufzuladen, auch wenn es sich um die dicksten Lügen handelt, sind die deutschen Historiker zur Stelle und ›fassen mit an‹. Warum läßt sich das deutsche Volk gefallen, von der Außenwelt so beleidigt und verleumdet zu werden. Warum fordert es nicht von seinen eigenen Historikern verteidigt zu werden. Es ist eine Schande, daß ein Engländer kommen muß und für die Wahrheit für das deutsche Volk und für seine Ehre kämpfen muß.«

Zeitgeschichte

Meine revidierten Ansichten

David Irving

Der britische Historiker David Irving schrieb den folgenden Brief an Dr. Peter Huemer, Redakteur beim österreichischen Fernsehen ORF, der lange Zeit für die Fernseh-Diskussionsrunde »Club zwei« gearbeitet hat.

Sie haben mit Recht festgestellt, daß sich in den letzten zehn Jahren vieles an meinen Ansichten geändert hat. Es ist ein harter und nicht immer segensreicher Kampf, aber ich bleibe bei meinen Ansichten, vor allem, nachdem ich feststellen mußte, daß meine Kontrahenten ihre Ansichten nicht mit zeitgenössischen Unterlagen haben untermauern können, die genauso beweiskräftig und stichhaltig sind, wie die Urkunden und Unterlagen, die ich in meiner dreißigjährigen Forschungstätigkeit gesammelt habe.

Das Ergebnis ist zur Zeit sehr gemischt für mich: Meine schriftstellerischen Werke sind, sehr im Gegensatz zu den Arbeiten von Frau Dr. Weinzierl, Herrn Dr. Jäckel und anderen, in der ganzen Welt veröffentlicht. Als Historiker von Weltgeltung habe ich aber eine zunehmende Isolierung festgestellt, von dem Augenblick an, wo ich die Problematik der Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg streifte.

Daß es überhaupt einen »Historikerstreit« über das Entstehen der NS-Judenvernichtungsaktionen gibt, verdankt übrigens die Forschung heute mir allein und meiner bahnbrechenden Hitler-Biographie – »Führer und Reichskanzler – Adolf Hitler 1933–1945«, Herbig-Verlag. Bis zum Augenblick des Erscheinens dieses Buches zweifelte fast niemand daran, daß es einen Hitler-Befehl zur Judenvernichtung gab, man habe ihn lediglich »noch« nicht gefunden, war die Ausrede. Jetzt glaubt kein ernst zu nehmender Historiker mehr daran.

So wird es auch in zehn Jahren sein in der Frage der angeblichen »Todesfabriken« und »Gaskammern« in Auschwitz. Sie legen Wert auf die von Ihnen genannten Augenzeugen – wobei lediglich Herr Höss über Auschwitz aussagen könnte –, ich dagegen lege Wert auf die konkreten Beweise der Laboruntersuchung der KZ-Anlage – Mauer, Dachboden, Mörtel, Ziegelsteine – und der als Gaskammer bezeichneten Gebäude in dem Komplex Auschwitz. Die Ergebnisse sind einwandfrei negativ, was ein Vorhandensein von Zyankaliverbindungen angeht.

Die Mauern können nicht lügen; sehr wohl aber die »Augenzeugen«, die sich alle gegenseitig widersprechen, was die Fragen der Modalitäten, Innenausrüstung, »Vergasungs«-Vorgänge angeht. Daß es überhaupt »Augenzeugen« gibt, ist eher eine Frage für die Psychoanalytiker als für die Historiker.

Ich als Historiker habe in einer Vielzahl von Fällen mit »Augenzeugen« zu tun gehabt, die keine waren – zum Beispiel Soldaten, die den Engländern gegenüber behaupteten, sie wären in Peenemünde gewesen, oder einen Piloten, der aussagte, die Hiroshima-Maschine gesteuert zu haben.

Im Fall Rudolf Höss wissen wir, daß er nach der Verhaftung dem, was die Nazis milde als »verschärftes Verhör« bezeichneten, ausgesetzt wurde, und zwar von einem englischen Vernehmungsoffizier, wie ich sehr zu meinem Bedauern feststellen muß. Aussagen, die mit Folter und Gewalt erpreßt werden, sind – wenn nicht vollständig wertlos – so weit weniger wertvoll als die konkreten Aussagen einer Laboruntersuchung; dies wird ebenfalls in den englischen Gerichten hervorgehoben. Man denke auch an die »Geständnisse« in den sowjetischen Schauprozessen der dreißiger Jahre oder an den Lászlo-Rajk-Prozeß 1949 in Ungarn.

Auch wenn es die konkreten Gegenbeweise der Laborergebnisse nicht gäbe, so stehen wir gewissen logischen Fragen gegenüber, Tatsachen, die mit einer planmäßigen Judenvernichtung seitens des NS-Gewaltregimes unvereinbar sind: Wie sind die Hunderttausende von jüdischen Überlebenden von Auschwitz zu erklären?

War es von vornherein die Absicht, die Millionen von Menschen zu töten, weshalb hat man es nicht gewissermaßen an Ort und Stelle getan, so wie es die Russen taten? Warum der lange Eisenbahntransport, über 1000 bis 2000 Kilometer hinweg, zu einem Zeitpunkt, wo Transportraum Mangelware geworden war?

Wozu überhaupt Zyklon B (Zyankali) verwenden. Es hätte genügt, die 1000 Menschen im luftdichten Raum einzusperren; sie wären ohnehin innerhalb kurzer Zeit an Sauerstoffmangel gestorben, man hätte dann nicht die kaum zu unterschätzenden Probleme beim Umgang mit Zyankali-verseuchten Leichen gehabt.

Wäre es eine Frage der Schnelligkeit, warum nicht die altgewohnte, einfache, zwanzig Pfennig kostende Gewehrkugel? Das genügte für die Russen und auch für die SS an anderen Kriegsschauplätzen. Weshalb also das ganze Theater mit Gaskammern?

Die Gaskammer, die man in Auschwitz dann »vorfand«, ist so, wie sich der kleine Hans eine solche vorstellt; es fehlt aber alles, was für eine wirkliche Massenvergasung notwendig gewesen wäre: an einer Druckluftanlage zur Durchlüftung; an gasdichten Türen und Fenstern; an abgedichteten Mauerwerken; an einer Raumheizungsanlage; an einem Aufzug mit Platz für mehr als eine Leiche zwischen Keller – tatsächlich war es ein Leichenkeller – und dem Krematorium.

Kein Wunder, daß man im Januar 1988 keine Zyankaliverbindung oder sonstige giftige Überreste in den »Gaskammern« vorfand, dagegen 1000 Milligramm Zyankali pro ein Kilo Stoff in der Entlausungsanlage. Die einzige Ausrede, die Holocaust-Historiker jetzt wissen, ist zu behaupten, die Herren haben bösartig ihre Proben aus ganz anderen Gebäuden herausgemeißelt.

Es ist alles nur interessant als eine Fußnotiz in der Geschichtsschreibung, als mahnendes Beispiel dafür, wie höllisch vorsichtig der Historiker sein muß, wenn es am Rand von menschlichen Emotionen vorbeigeht. Daß es zu Massenmorden an Zivilisten gekommen ist, läßt sich anhand von Dokumenten beweisen, die bisher von keinem deutschen oder österreichischen Historiker herangezogen worden sind – so zum Beispiel anhand des CSDIC-Report No. SRGG 1158 (C) –, eines geheim aufgenommenen Protokolls eines Gesprächs zwischen dem deutschen General der Pioniere Werner Bruns und mitgefangenen deutschen Offizieren in England. Hier schildert Bruns die von ihm selbst miterlebte Massenerschießung von litauischen und Berliner Juden vor Riga am 30. November 1941.

Wohlgemerkt: Im Zeugenstand in Nürnberg später leugnete er, je so etwas selber gesehen zu haben. So zuverlässig sind also die »Augenzeugen«.

Den gleichen Vorgang betreffend haben wir Himmlers handschriftliche Aufzeichnung über sein Telefonat aus dem Führerbunker Wolfsschanze mit dem SS-Obergruppenführer Heydrich vom 30. November um 13.30 Uhr: »Judentransport aus Berlin. Keine Liquidierung«.

Auch dieses Dokument wurde von keinem deutschen Historiker zitiert, bevor ich es im Archiv entdeckte und entzifferte. Zu diesem merkwürdigen, wenn auch leider durchschnittlich-ordinären Plünderungs- und Mordvorgang haben wir also erstklassige Dokumente. □

David Irving

Resonanz auf eine Pressekonferenz

Der britische Historiker David Irving hat am 3. Oktober 1989, wie wir berichteten, im Berliner Hotel Kempinski eine Pressekonferenz abgehalten, in der er die deutschen Historiker als Feiglinge und Lügner hinstellte. Interessant ist das Presse-Echo auf diese Äußerungen des Engländers. Besonders beeindruckend in ihrer tendenziösen Berichterstattung ist die Meldung der Deutschen Presse-Agentur dpa, die im Grunde den wesentlichen Inhalt der Berliner Medienkonferenz wegzensierte.

Die Deutsche Presse-Agentur dpa – sie wird übrigens wie andere deutsche Agenturen auch – vom Bundespresseamt subventioniert, verbreitete unter der Überschrift »David Irving: ›Deutsche Historiker sind Feiglinge und Lügner‹« folgende Meldung:

»Der umstrittene britische Historiker David Irving (51) hat deutsche Geschichtswissenschaftler als ›Feiglinge und Lügner‹ beschimpft. Grund für die Vorwürfe war nach seinen Angaben am Dienstag vor der Presse in Berlin, daß der Sender Freies Berlin (SFB) seine Teilnahme an einer Talkshow am selben Tage im dritten Fernseh-Programm abgesagt habe.

Nach Irvings Darstellung hat der Moderator der Sendung, Wilfried Rott, ihn wieder ausgeladen, nachdem die übrigen Teilnehmer gegen seine Anwesenheit protestiert hätten – darunter der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel. Irving wollte dagegen vor dem SFB-Gebäude demonstrieren. Deutsche Historiker seien Feiglinge, weil sie auf Fälschungen hereinfielen und sie verteidigten. Rott sagte dpa, er habe zwar bei Irving angefragt, ihn aber nicht konkret eingeladen und ihm später mitgeteilt, daß er von der Anfrage Abstand nehme.«

In der »Tageszeitung« (taz) wurde unter dieser Überschrift über die Presse-Konferenz von Irving am Mittwoch, dem 4. Oktober 1989, unter anderem berichtet:

»Endlösungsverneiner Irving (Slogan: ›Wahrheit macht frei‹) sagte, die deutschen Historiker seien Feiglinge, weil sie einer Auseinandersetzung mit ihm auswichen. Sie seien Lügner, weil sie auf Fälschungen hereinfielen und diese verteidigen. Irving attackierte besonders den Stuttgarter Historiker Jäckel. Dieser habe in einem seiner Bücher von Konrad Kujau gefälschte Dokumente verwendet. Irving hatte die vor Jahren vom ›Stern‹ als ›Hitler-Tagebücher‹ veröffentlichten Dokumente von Anfang an als Fälschung bezeichnet.

Auf der gestrigen Pressekonferenz ging Irving auf angebliche neue Untersuchungen der Gaskammern von Auschwitz des Amerikaners Fred Leuchter ein. Dieser habe festgestellt, daß ›keine nennenswerten Mengen von Zyankali in den angeblichen Gaskammern‹ verwendet worden seien. Auch Irving selbst habe ›einwandfreie Spuren‹ für die Fälschung von Gaskammern gefunden. Auschwitz sei lediglich ein ›Arbeitslager‹ gewesen, in dem ›nur 74 000 Menschen‹ umgekommen seien und nicht, wie bisher angenommen, bis zu zwei Millionen.«

Unter dieser Überschrift berichtet die Berliner Tageszeitung »Volksblatt« am 4. Oktober 1989 über Irvings Medienkonferenz:

»Die jüngste Veröffentlichung der KZ-Totenbücher in der Sowjetunion beweise, daß nicht, wie angenommen, mehr als eine Million Juden in Auschwitz ermordet worden seien. 74 000 Menschen hätten dort den Tod gefunden, jedoch nicht durch Gas. Nach Irving habe Hitler die totale Vernichtung der jüdischen Bevölkerung nicht geplant. Ein systematisches Programm zur sogenannten Endlösung habe nicht existiert.

Ein neuer Historiker-Streit?

Die jüdischen Überlebenden, die ihre Mitmenschen zum vermeintlichen Duschen gehen sahen und später die Leichen aus den Gaskammern holen mußten, sind für Irving ›reif für die Psychiatrie‹. Die ›Lüge von den Gaskammern‹ sei als Propagandamittel von den Engländern 1942/43 veröffentlicht worden.

Mit diesen Thesen findet David Irving offene Ohren in antisemitischen, rechtsradikalen Kreisen. Die Kritik an seinen Auftritten bei faschistischen Veranstaltungen, so beim Parteitag der DVU 1988, hält er für ›berechtigt‹. Doch für ihn sind die alten und neuen Nationalsozialisten ›keine Unverbesserlichen‹.«

Diese Überschrift setzt Rainer Zitelmann über seinen Beitrag in der Wochenzeitschrift »Die Zeit« vom 6. Oktober 1989, in dem er das neue Buch von Irving »Führer und Reichskanzler – Adolf Hitler 1933–1945« bespricht:

»Irvings wichtigste Änderung gegenüber ›Hitlers Krieg‹ und ›Hitlers Weg zum Krieg‹ dürfte auf Anhieb den wenigsten Lesern auffallen: Irving hat (stillschweigend) alle Stellen, wo er Auschwitz, Treblinka und Majdanek als Vernichtungslager bezeichnete, getilgt. Um die Bedeutung dieser Änderung zu erfassen, muß der Leser folgenden Hintergrund kennen: In Toronto fand 1985 und 1988 ein Prozeß gegen den Deutsch-Kanadier Ernst Zündel statt, der den systematischen Juden-Massenmord (und insbesondere die Existenz von Gaskammern in den Vernichtungslagern) bestreitet. Zündel fand in dem Prozeß nicht nur die Unterstützung bekannter ›Revisionisten‹ wie zum Beispiel des Franzosen Robert Faurisson, sondern konnte sich vor allem auf ein ›Gutachten‹ des amerikanischen ›Gaskammer-Experten‹ Fred Leuchter berufen. Das als ›Leuchter-Dokument‹ bekanntgewordene ›Gutachten‹ gelangte zu dem Schluß, in Auschwitz, Birkenau und Majdanek habe es keine Exekutions-Gaskammer gegeben. Irving schloß sich dieser These an und widerrief vor Gericht seine in ›Hitlers Krieg‹ vertretenen anderslautenden Auffassungen.

Irvings Thesen über Hitler

Der ganze Vorgang wurde bislang von deutschen Historikern zu wenig wahrgenommen und thematisiert. Irvings charakteristische ›Modifikation‹ werden vielleicht Anlaß geben, sich offensiver und gründlicher hiermit auseinanderzusetzen. Es sei hier angemerkt, daß inzwischen eine – wenn auch bislang leider noch nicht veröffentlichte – Kritik des ›Leuchter-Dokuments‹ durch den Amateur-Historiker Werner Wegner vorliegt. Dieser weist nach, daß das von Irving für überzeugend gehaltene ›Dokument‹ auf zahlreichen faktisch unrichtigen Voraussetzungen basiert und fehlerhafte Rechnungen enthält.

Es genügt nicht, sich nur moralisch über die Leugnung der Massenmorde an den Juden zu empören. Gefragt sind sachliche Widerlegungen nach dem oben beschriebenen ›Mommsen-Broszat-Verfahren‹. Irving zu ignorieren, führt nicht weiter, zumal seine Bücher fast immer große Verkaufserfolge sind und viele Menschen beeinflussen. Es wäre auch ungerecht, wollte man nicht darauf hinweisen, daß er einer der besten Quellen-Kenner ist, der zahlreiche wichtige Dokumente erschlossen und der Forschung zugänglich gemacht hat. Seine Schwäche ist aber, daß er – nicht ohne eine gewisse Überheblichkeit – meint, er brauche die wissenschaftliche Diskussion und die Forschungsergebnisse der von ihm verachteten ›Zunft-Historiker‹ nicht wahrzunehmen.« □

Zündel-Prozeß

Das Berufungsverfahren 1989

Karl Philipp

In Toronto begann am 18. September 1989 die Berufungsverhandlung des aus dem Schwarzwald stammenden und in Kanada lebenden Deutschen Ernst Zündel. Zündel strebte dieses Berufungsverfahren an, nachdem er 1988 vor dem Torontoer Berufungsgericht zu neun Monaten Haftstrafe verurteilt worden war.

Die Haftstrafe wurde verhängt, weil das Gericht es als erwiesen ansah, daß der Publizist und Verleger wissentlich falsche Nachrichten verbreitete. Zündel veröffentlichte eine Schrift, in der der britische Student der Universität London, Richard Harwood, nachzuweisen versuchte, daß es weder einen Plan noch die dazugehörige Tat seitens der deutschen Reichsregierung gab, das europäische Judentum auszurotten. Insbesonders verneint Harwood in seiner Schrift »Starben wirklich sechs Millionen?« die Existenz von Gaskammern zur Massentötung von Menschen.

Zündel hat sein Ziel erreicht

In einer nahezu 200 Seiten umfassenden Berufungsschrift führte Zündel 47 Haupteinwände an – aufgegliedert in 1448 Paragraphen – gegen den Prozeßverlauf im Vorverfahren.

Drei Richter des Supreme Court (Höchstes Gericht), das im kanadischen Staat Ontario gleichzeitig das Berufungsgericht stellt, befassen sich mit den über 10 000 Seiten Gerichtsprotokollen des Zündel-Verfahrens. Weitere Tausende von Seiten Präzedenzfällen, mit der die Verteidigung sowie die Staatsanwaltschaft ihre Argumente zu dokumentieren versuchen, sind ebenfalls durchzuarbeiten.

Zündel hat sein Ziel erreicht. Selbst wenn er diesen Prozeß verlieren sollte, hat er die brisantesten Kapitel der Zeitgeschichte in Gerichtsprotokollen festgeschrieben. Die kleine, 32 Seiten umfassende Broschüre »Starben wirklich sechs Millionen?« ist Verursacher dieser Berge von Protokollen. Wie kaum ein anderer Fall bemüht dieser Prozeß die kanadischen Gerichte. Er ist mittlerweile Geschichte geworden.

Für Zündel und seinen hervorragenden Anwalt Douglas Christie ging es hauptsächlich darum, ein Gegengewicht zum Frankfurter Auschwitz-Prozeß zu schaffen. Während das Frankfurter Urteil von Zeugenaussagen gestützt wurde, die sich gemäß dem Leuchter-Gutachten entweder irrten oder gar falsches Zeugnis ablegten, wurden in Toronto die »Holocaust-Experten« der Anklagevertretung widerlegt und im Falle des Kronzeugen Raul Hilberg sogar der Lüge überführt. Die Fakten, so Zündel, hätten nunmehr Eingang in die Gerichtsakten gefunden und seien deshalb für künftige Generationen dokumentarisch verfügbar. Die Geschichte selbst kann dann laut Zündel ihr eigenes, vorurteilsloses Urteil fällen. Holocaustprozeß in Toronto gegen Auschwitz-Prozeß in Frankfurt.

Im letzten Durchgang wurde Zündel in gleicher Instanz das Recht auf ein neues Verfahren eingeräumt. Es ist nicht vorhersehbar, wie die Richter in dieser Instanz entscheiden werden.

Eine schwere Aufgabe für den Anwalt

Anwalt Douglas Christie sah sich einer ungeheuer schweren Aufgabe gegenüber. Er sah sich von morgens bis abends den Einwänden von drei Richtern sowie von vier Staatsanwälten ausgesetzt. Er alleine. Jeden einzelnen Einwand, jedesmal von einer anderen Ecke aus gegen ihn »gefeuert«, mußte er entkräften und ins Gegenteil verkehren. Während er oftmals mit willkürlichen Argumenten von einem der Richter zu kämpfen hatte, konnten die anderen in aller Ruhe geistig »nachladen«, in Ruhe zielen und sich erneut auf den unter Dauerbeschuß stehenden Christie einschießen. Christie wehrte alle Angriffe ab, ging jedesmal selbst in die Offensive und widerlegte im gesamten Prozeßverlauf Argument um Argument.



Der Rechtsanwalt Douglas Christie verteidigte Ernst Zündel und plädierte für Freispruch.

Christie verwies das Gericht darauf, daß der Hauptzeuge der Anklage, Raul Hilberg, in seinem Werk »Die Vernichtung der europäischen Juden« zwei Befehle Adolf Hitlers erwähnte, die die planmäßige Ausrottung der Juden belegen sollten. Im ersten Prozeß blieb Hilberg steif und fest bei seiner Aussage, er habe Beweise, daß es diese beiden Befehle Hitlers gegeben habe.

Etwa einen Monat später konnte man in der Neuauflage dieses Buches nichts mehr davon lesen. Die Überarbeitung desselben muß also vor und während der Zeit erfolgt sein, zu der Hilberg in Toronto Gegenteiliges unter Eid aussagte. Christie bezichtigte Hilberg der Lüge sowie des Meineides. Zumal er nach seiner ersten falschen Aussage im Folgeverfahren nicht mehr bereit war auszusagen. Das Kreuzverhör Christies setzte ihm offensichtlich zu.

Daraufhin wandte der vorsitzende Richter Brooke ein, daß es unbedeutend sei, ob Hitler den Befehl zum millionenfachen Mord gegeben habe oder ob irgendein KZ-Kapo diese Entscheidung traf.

Christie fragte den Richter, ob er mit ihm übereinstimme, daß es sich im Falle des Dritten Reiches um eine Diktatur handelte. Der Richter bejahte dies. Christie stellte dann die Frage, ob denn in einer Diktatur jemand anderes als der Diktator selbst die Befehle erteile. Niemals hätte ein Kapo gewagt, ohne Führerbefehl Millionen von Menschen zu töten. Der Vorsitzende konnte diesem Einwand nicht widersprechen.

Das Beispiel des Kopernikus

Die Verteidigung führte aus, daß es für fast nichts im Leben der Menschen beziehungsweise im Weltengetriebe eine absolute Wahrheit gibt. Insofern handelte der Richter des Vorverfahrens fehlerhaft, als er den Geschworenen bedeutete, daß der »Holocaust« nicht diskutierbar sei. Gerade im Zusammenhang mit der Judenvernichtung könnte keine unumstößliche »Wahrheit« aufgestellt werden. Bislang haben sich alle, so die Worte Christies, Pro-Holocaust-Experten revidieren müssen.

Der Vorsitzende des vorangegangenen Prozesses, Richter Thomas, forderte Rechtsanwalt Christie zufolge die Geschwore-

Zandel-Prozeß

Das Berufungsverfahren 1989

nen in raffinierter Weise dazu auf, ihre Meinung dahingehend zu bilden, daß kein vernünftiger Mensch auch nur teilweise an den hinlänglich bekannten Darstellungen des Holocaust zweifeln dürfe. Dieser Richter nahm also den Geschworenen die Entscheidung ab, ob sie die von Zündel verbreitete Schrift als richtig, falsch oder verhetzend empfanden.

Christie führte das Beispiel Kopernikus an. Kein »vernünftiger« Mensch hätte seinerzeit den Thesen von Kopernikus zugestimmt. Dennoch hatte Kopernikus recht!

Richter Mordon warf ein, daß die Beweislast zugunsten des Holocaust so überwältigend sei, daß seiner Meinung nach tatsächlich kein vernünftiger Mensch an diesem »geschichtlichen« Drama zweifeln könne.

In direkter Erwiderung fragte Christie, ob Richter Mordon einen Holocaust-Experten als vernünftigen Menschen bezeichnen würde. Der Richter bejahte diese Frage ausdrücklich und bestätigte, wenn ein kanadisches Gericht einen Zeugen als Experten einstuft, so handelt es sich bei einem solchen zweifelsfrei um einen vernünftigen Menschen.

Christie knüpfte an und verwies auf die zahlreichen Zeugen der Verteidigung, die sämtlich als Experten , vom Bezirksgericht Toronto eingestuft wurden, somit vernünftige Menschen seien, aber dennoch die Existenz von Gaskammern in deutschen Konzentrationslagern sowie den Holocaust widerlegten.

Die Geschworenen bekamen das Leuchter-Gutachten nicht

Christie wollte vom Gericht wissen, wie man dann den Holocaust zu definieren habe. Seiner Meinung nach sollte jeder vernünftige Mensch an einen Völkermord folgende Kriterien knüpfen: Ein Plan und Befehl muß vorhanden sein, die Zahl der Opfer muß nachvollziehbar sein und die Tatwaffe muß zu ermitteln sein.

Christie folgerte: Die Beweisführung des ersten Verfahrens in seiner ersten sowie seiner Berufungsinstanz förderte die Erkenntnis durch Pro-Holocaust-Expertenaussagen zutage, daß es weder einen Plan noch einen Befehl zur Judenvernichtung ab. Durch das Gutachten des amerikanischen Gaskammerexperten Fred Leuchter sei die Tatwaffe »Gaskammer« ausgeschlossen worden. Die Zahlen der Opfer werden von fast allen kompetenten Historikern drastisch voneinander abweichend wiedergegeben.

Christie empörte sich, daß Richter Thomas, der das Vorverfahren leitete, die fundamentalen Grundrechte seines Mandanten verletzte, als er das Leuchter-Gutachten zwar beeidet zu den Gerichtsakten gab, es aber den Geschworenen vorenthielt.

Daraufhin versicherte der vorsitzende Richter Brooke Rechtsanwalt Christie, er könne ganz beruhigt sein, bei anderen Angeklagten würden die kanadischen Gerichte peinlichst auf die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte achten.

Als Christie am Freitag, dem 22. September 1989 – dem fünften und letzten Verhandlungstag –, nochmals vor sein Rednerpult trat, ging auf Richter und Staatsanwälte ein wahres Feuerwerk von Gegenangriffen, Richtigstellungen, Argumenten, Beweisen und messerscharfen Vergleichen nieder. Als er dann auf Leuchter und Irving zu sprechen kam, herrschte unter den Roben Grabesstille. Es kamen keinerlei Einreden des vorsitzenden Richters mehr.

Kanadische Besucher waren sichtlich bewegt, wie Christie in stolzer, königlicher Haltung sein Plädoyer hielt. Richter und Staatsanwaltschaft schienen vor der nochmaligen Darstellung des Leuchter-Gutachtens sowie der Wiederholung der Zeugenaussage des Historikers David Irving in die Knie zu gehen. Auf die Frage des vorsitzenden Richters, was er zum Antrag des Staatsanwaltes zu sagen habe, der für Zündel neun Monate Gefängnis beantragt habe, antwortete er:

»Ich plädiere auf Freispruch mangels Beweisen und aufgrund des Entzuges konstitutioneller Rechte für meinen Mandanten. Auch Adolf Hitler hat neun Monate im Zuchthaus verbracht und Ghandi wurde von den Briten ebenfalls inhaftiert. Keine dieser Verurteilungen erfüllte eine abschreckende Wirkung. Die Geschichte nahm ihren Lauf. Warum soll also Zündel ins Gefängnis? Noch dazu unschuldig?«

Der Berichterstatter hatte das Glück, die Anzeigenerstatterin, Frau Sabine Citron, ehemalige Vorsitzende und Begründerin der Holocaust-Erinnerungsaktion, vor der Videokamera zum Prozeßverlauf zu befragen.

Ein seltsames Interview

Berichterstatter: Frau Citron, welchen Eindruck haben Sie vom Verlauf des Berufungsverfahrens dieses Holocaust-Prozesses?

Frau Citron: Es ist nicht der Holocaust, der verhandelt wird, sondern die Straftat, daß Zündel wissentlich falsche Nachrichten verbreitet.

Berichterstatter: Aber Herr Zündel sagt in der von Ihnen beanstandeten und zur Anzeige gebrachten Schrift, daß es den Holocaust nicht gab. Darüber hinaus stritten alle Zeugen, alle Experten in allen bislang durchgeführten Verfahren genau darüber. Nämlich gab es ihn oder gab es ihn nicht – den Holocaust?

Frau Citron: Genau das ist falsch. Der Holocaust ist eine Tatsache. Herr Zündel weiß das. Deshalb muß er verurteilt werden. Und das wird er auch. Die Demokratie ist behäbig und ein Urteilsspruch dauert seine Zeit. Aber Herr Zündel wird schon seine Strafe bekommen.

Berichterstatter: Glauben Sie nicht, daß es auch noch andere gibt, die die Existenz der Gaskammern bezweifeln und ihre Meinung auch veröffentlichen werden. Wird eine mögliche Verurteilung Zündels etwas daran ändern?

Frau Citron: Wichtig ist, daß er verurteilt wird. In Deutschland gibt es gute Gesetze. Dort könnte er nicht wagen, was er hier tut.

Berichterstatter: Frau Citron, Sie sind Überlebende von Auschwitz. Sie haben die Gaskammern gesehen. Wie sahen diese aus?

Frau Citron: Niemand hat jemals eine Gaskammer gesehen. Jene, die sie gesehen haben, leben nicht mehr.

Berichterstatter: Der jüdische Gaskammerexperte Raul Hilberg, dessen Bücher über die Gaskammern als Pflichtlektüre Studenten in den Staatsbibliotheken in Nordamerika zugänglich gemacht werden, läßt in seinen Büchern überlebende Juden zu Wort kommen, die die Gaskammern gesehen haben. Wie erklären Sie sich das?

Frau Citron: Das weiß ich nicht. Ich weiß nichts von Herrn Hilberg. Ich weiß nur, daß sechs Millionen Juden vergast wurden und daß Adolf Hitler den Befehl dazu erteilt hat.

Berichterstatter: Woher wissen Sie das?

Frau Citron: Jeder weiß das. Herr Zündel weiß das auch. Deshalb verbreitet er wissentlich falsche Nachrichten.

Berichterstatter: Der amerikanische Ingenieur und Gaskammerexperte Fred Leuchter sagte unter Eid aus, daß es in Auschwitz, Birkenau und Majdanek niemals Gaskammern zur Tötung von Menschen gegeben habe. Er kam aufgrund nicht vorhandener technischer Einrichtungen in besagten Lagern und aufgrund von laborwissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Schluß. Was sagen Sie dazu?

Frau Citron: Ich weiß nichts von einem Leuchter. Ich weiß nur, daß sechs Millionen Juden vergast wurden.

Berichterstatter: Frau Citron, Sie sagen, kein Überlebender konnte jemals eine Gaskammer gesehen haben. Woher wissen Sie denn von deren Existenz?

Frau Citron: Ich beantworte keine Fragen mehr! □

Revisionismus

Hitlers und Stalins Absprachen in Spanien

Alec de Montmorency

Der deutsch-sowjetische Pakt vom September 1939 wird von Historikern als das offizielle Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg angesehen. Aber es bestand bereits ein ähnlicher Pakt seit mindestens drei Jahren – seit Beginn des Spanischen Bürgerkriegs – inoffiziell und heimlich.

Dieses Abkommen war für viele Spanier offensichtlich. Man sprach jedoch nur zwischen Freunden darüber unter großer Geheimhaltung. Ende August und Anfang September 1936, als ich mich als Korrespondent für die Pariser Zeitung »L'Excelsior« in Burgos aufhielt, erzählte mir ein Angehöriger der spanischen Luftwaffe, der auf der Seite der Aufständischen kämpfte, wie er Bombeneinsätze gegen Barcelona flog, die Stadt, in der er aufgewachsen sei und wo – wie er hoffte – seine Mutter und Schwestern noch lebten.

Der Befehl kam von ganz oben

Er kenne die Örtlichkeit wie seine Westentasche, und das sei augenscheinlich der Grund, warum ihm dieses Ziel übertragen worden sei. Dann sprach er von einer eigenartigen Sache: Zu seinen Befehlen gehörte ein ausdrückliches und strenges Verbot, den Hafen anzugreifen.

Als er seinem Kommandeur, einem Obersten, gegenüber dieses für ihn seltsame Verbot erwähnte, konnte dieser ihm keine vernünftige Erklärung dafür geben, zumal gerade sowjetische Schiffe im Hafen lagen, die Kriegsmaterial aller Art ausluden, das von den Republikanern (Kommunisten) gegen die Aufständischen (Royalisten) eingesetzt werden sollte.

Der Befehl war offensichtlich von ganz oben gekommen und man hatte keinen Versuch unternommen, ihn irgendwie zu begründen. Der befehlshabende General in Nordspanien war Emilio Mola, ein Kubaner, Sohn eines Polizeibeamten und ehemaligen Chefs des Sicherheitsdienstes, der als nominellen Staatschef einen General Cabanellas hatte, eine großväterliche Erscheinung, die wie der Nikolaus aussah, abgesehen davon, daß sich auf seinem traurigen Gesicht keine Fröhlichkeit zeigte.

Als Außenminister fungierte der in Kuba gebürtige José de Yanguas y Messia, Vicompte von Santa Clara, ein ehemaliger Außenminister des Königs Alphonso und ein sehr freundlicher und liebenswürdiger Mann, der mich seiner Frau vorstellte und mich beschwor, sie in Madrid zu besuchen, wenn der Krieg vorüber sei.

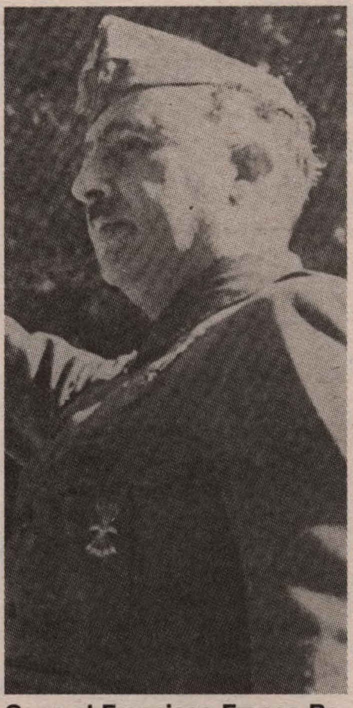
Franco wollte Madrid selbst erobern

Als ich mich mit ihm und mit vielen anderen unterhielt, hielt ich meine Ohren offen für irgendeinen Hinweis auf die Angelegenheit der Immunität des feindlichen Schiffsverkehrs im Hafen von Barcelona.

Die Erklärung dämmerte mir viel später, als die aufständischen Streitkräfte Madrid erreichten, wo völliges Chaos herrschte und von wo die Regierung geflohen war. Die Stadt lag vor den siegreichen Streitkräften des Obersten Yague zu Boden, als letzterer urplötzlich von Francisco Franco, der im vorangegangenen Monat (September 1936) Generalissimo (kommandierender General) geworden war, einen Befehl erhielt.

Franco kündigte an, daß er den Endsturm auf die Hauptstadt selbst führen werde.

Indessen hatte die republikanische Regierung die Verteidigung Madrids in die Hände von General Miaja, eines fähigen Soldaten, gelegt, und als Francos Streitkräfte nach einer Wartezeit von mehr als drei Tagen versuchten Madrid zu stürmen, wurden sie mit blutigen Verlusten zurückgeschlagen.



General Francisco Franco Bahamonde war auf deutsche Hilfe in Form von Waffen, Munition und Geld angewiesen.

Nun, warum meinen Sie, hatte Franco die Streitkräfte Yagues zurückgehalten?

Hitler wurde von London und Moskau umworben

Es dürfte kaum aus Eifersucht geschehen sein: Yague, ein stark dem Alkohol zugeneigter Veteran der spanischen Fremdenlegion, war kein möglicher Rivale. Der Grund war natürlich, daß Franco selbst unter den Befehlen Adolf Hitlers stand, auf den er wegen Waffen, Munition und sogar Geld völlig angewiesen war. Die Vorgeschichte war folgende: Zu einem Zeitpunkt unmittelbar vor dem Aufstand der spanischen Fremdenlegion im Juli 1936 in Melilla, wo Oberst Segui den General Romerales, den Militärgouverneur von Spanisch-Marokko, festgenommen hatte, wurde Hitler sowohl von dem britischen Premierminister Stanley Baldwin als auch von dem sowjetischen Diktator Josef Stalin umworben.

Baldwin, der die Wahlen von 1934 mit einem pazifistischen Wahlprogramm gewann, hatte zugelassen, daß die britischen Streitkräfte hinterherhinkten, als Hitler Deutschland schnell wiederaufrüstete. Zu dieser Zeit spielte Baldwin auf Zeitgewinn, als die Royal Air Force mit sehr ausgeklügelten Hurricane-Jägern und Wellington-Bombern ausgerüstet wurde. Indessen plante Stalin, der Leon Trotzky und seine Anhänger beseitigt hatte, auch die Säuberung der Roten Armee, da er das Erscheinen eines sowjetischen Bonaparte fürchtete.

Hitler hatte sich entschlossen, Frankreich und England zu zerschlagen, bevor er sich mit Stalin befassen wollte, und hatte insgeheim Verhandlungen darüber begonnen, wie Spanien mit Stalin und Benito Mussolini aufzuteilen sei. Mittlerweile war es notwendig, die Herrschaft über die royalistische Seite zu gewinnen, während Stalin das gleiche bei den Republikanern anstrebte.

So sollte Spanien aufgeteilt werden

Stalin mußte die Position der kommunistischen Milizen stärken, die zunächst im Vergleich zu den Anarchisten (Federacion Anarquica Iberica) und der CNT (Confederacion Naccional del Trabajo) winzig klein erschien. Die in Barcelona entladenen Waffen gingen zunächst konsequent an die kommunistischen Milizen und nur in dürftigen Mengen zur republikanischen Regierung, da Stalin auf letztere Druck ausüben wollte, den spanischen Goldvorrat (52 Tonnen) zur »sicheren Aufbewahrung« nach Odessa zu verlagern.

Revisionismus

Hitlers und Stalins Absprachen in Spanien

Nach einer vorläufigen Übereinkunft sollte Hitler Bilbao am Atlantik, Stalin Malaga und Mussolini die Insel Menorca im Mittelmeer bekommen.

Das war die Lage im Februar 1936, als sich dramatische Ereignisse vollzogen.

General Vigon, einer der fähigsten Militärs auf der Seite Francos, sagte aus, daß ein Admiral in der spanischen Kriegsmarine nach Gibraltar gereist sei, um sich dort mit seinem Gegenstück zu treffen und diesem – und der britischen Admiralität – den Plan verraten habe.

Am 14. Februar kreuzte ein britischer Zerstörer, die »HMS Devonshire«, in Mahon, der Hauptstadt von Menorca, auf. Der Kommodore lud den spanischen Militärgouverneur und seinen Stab und andere Offiziere, die der spanische General mitnehmen möchte, zum Mittagessen auf sein Schiff ein.

Dort beim Mittagessen wurde den Spaniern mitgeteilt, daß er, der Kommodore, die Befugnis habe, ihre Peseten, die etwa 98 Prozent ihres Wertes verloren hatten, zum alten Kurs in Pfund Sterling umzutauschen und sie alle zusammen mit ihren Angehörigen nach Mexiko zu bringen.

Es gab eine Bedingung: Der spanische General sollte vor Verlassen des Landes einen spanischen Marineoffizier zu seinem Nachfolger und somit zum Gouverneur von Menorca ernennen, der zufällig bei der Hand war: den Marquis von Santa Cruz.

Es war ein Abkommen, und als die italienische Flotte, angeführt von einem Kreuzer, ankam, war es zu spät: Die rotgoldene königliche Flagge flatterte über Mahon und die Garnison war bereit, den Ort zu verteidigen. Der italienische Kreuzer feuerte viele boshafte Schüsse auf die sich entfernende britische Streitmacht ab, traf jedoch daneben.

Inzwischen verschwand die sowjetische Flottille – zu der ein Truppentransporter gehörte und die auf dem Weg nach Malaga war, wo man die Garnison angewiesen hatte, sie wohlwollend zu empfangen und ihr den Aufenthalt angenehm zu gestalten – spurlos. Die spanische Marine teilte den Behörden der Aufständischen mit, daß sie es nicht getan habe, und es ging die Geschichte herum, daß die britische Navy das Werk vollbracht habe – bei Nacht, weit vom Land entfernt, und daß niemand gerettet wurde.

Letztendlich ging es um die Waffen

Dies geschah nur wenige Wochen vor einem Militärputsch im republikanischen Spanien, angeführt von einem Obersten Casado und unterstützt durch anarchistische Milizen. Die Anarchisten waren trotz aller Bemühungen seitens des Premierministers Largo Caballero und Juan Negrin im mittleren und südlichen Spanien stark geblieben.

Negrin befahl Miaja, Casado festzunehmen, und schlug die Rebellion nieder, aber Miaja lief statt dessen mit seinen Streitkräften zu Casado über und ordnete die Festnahme der kommunistischen Führer an. Dann verhandelten Miaja und Casado mit Franco über die Kapitulation von Madrid unter ihrer Herrschaft. Allein Katalonien, wo Negrin Unterschlupf gefunden hatte, blieb »unbefreit« und hielt bis zum darauffolgenden März stand.

Die französische Regierung entsandte den Senator Léon Berard, um mit Franco zu verhandeln, und stimmte zu, das gesamte Kriegsgerät, das die republikanische Armee auf dem Rückzug ins Land gebracht hatte, zu übergeben.

Zu diesem Kriegsgerät gehörten deutsche Geschütze und andere Waffen, die nach Beginn des Bürgerkriegs mit deutschen Handelsschiffen ins Land gebracht worden waren. Dies war ein weiterer Grund, warum jenem spanischen Flieger verboten worden war, den Hafen zu bombardieren. □

Erster Weltkrieg

Die Wahrheit um die Lusitania

Vivian Bird

Die offiziellen Geschichtsbücher, unterstützt durch jährliche »Erinnerungsartikel« und Programmen in den Medien des Establishments, behaupten weiterhin, der Zwischenfall mit der »Lusitania« sei nur ein weiterer anklagender Beweis für deutsche Brutalität zu Kriegszeiten gewesen. Kürzlich wurde die Versenkung der »Lusitania« in einer britischen Zeitung wieder einmal falsch dargestellt. Es wird daher von Interesse sein, die wahren Tatsachen wiederum darzustellen.

Erst viele Jahre später, als gewisse Regierungsunterlagen, die bis dahin unter Verschluß aufbewahrt wurden, für die Geschichtsforscher zugänglich waren, trat langsam die furchtbare Wahrheit zutage, über ein Ereignis, das in der letzten Konsequenz sehr vielen Amerikanern das Leben kostete.

Der Hauptbetreiber war Churchill

Was dabei herauskam, ist zweifellos einer der erschütterndsten Berichte über menschlichen Verrat und zynische Verachtung des Menschen. Der Hauptbetreiber dieser schändlichen Tat war niemand anders als Winston Churchill mit seinen Mitverschwörern in der britischen Admiralität.

Um 14 Uhr 10, am Freitag, dem 7. Mai 1915, wurde der britische »Passagier«-Liner »Lusitania« von dem deutschen Unterseeboot U-20 vor der Südwestküste von Irland torpediert. Weniger als zwanzig Minuten später versank das Schiff mit dem Verlust von 1200 Männern, Frauen und Kindern, viele von ihnen Amerikaner.



William T. Turner, der Kapitän der »Lusitania«, war nur ein Bauer in einem internationalen Machtspiel.

Die britische Regierung behauptete, die »Lusitania« sei nur ein Passagierschiff gewesen, das größte und luxuriöseste Schiff seiner Art. Die deutsche Regierung behauptete, die »Lusitania« sei in Wirklichkeit ein bewaffneter Hilfskreuzer der Royal Navy gewesen und habe große Mengen an Munition und Schmuggelware an Bord gehabt.

Bislang geheimgehaltene Dokumente enthüllten schließlich – viele Jahre später –, daß die »Lusitania« aufgrund ihrer Mu-

nitionsladung mittschiffs und nicht durch den einen von U-20 abgefeuerten Torpedo gesunken ist. Darüber hinaus fuhr die »Lusitania« absichtlich ohne Begleitschutz, in der Hoffnung, daß ihre Versenkung die Vereinigten Staaten in den Krieg bringen würde.

Die USA in den Krieg getrieben

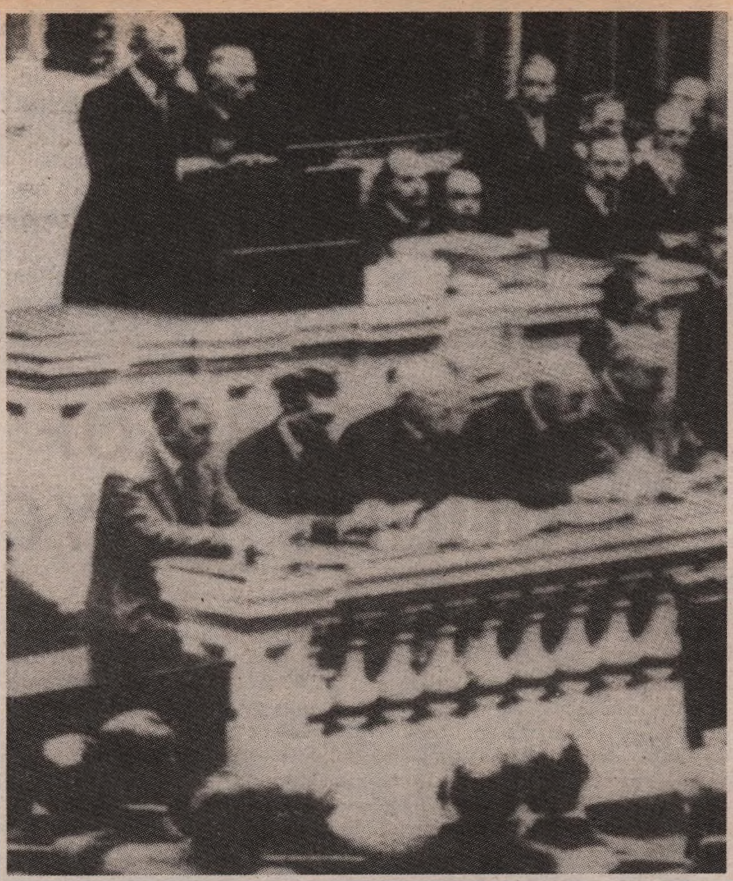
Es besteht daher kein Zweifel mehr daran, daß die britische Regierung – mit Unterstützung einiger offizieller amerikanischen Kreise – die Versenkung des Passagierschiffs vorsätzlich geplant hat, um Amerika in den Ersten Weltkrieg zu treiben.

Die »Lusitania« war genau das, was die Deutschen behauptet hatten: ein mit Kriegsmunition beladener Hilfskreuzer. Eine interessante Bestätigung hierfür findet sich in den britischen Veröffentlichungen »Jane's Fighting Ships 1914« und »Naval Annual 1914«, die beide auf allen deutschen U-Booten als Nachschlagewerke zum Zwecke der Identifizierung benutzt wurden.

In beiden Büchern war die »Lusitania« als bewaffnetes Schiff aufgeführt, in »Jane's« als Hilfskreuzer und in den »Navy Annals« als bewaffnetes Handelsschiff.

Es gab noch andere gleichermaßen bedeutsame Tatsachen in bezug auf die Tarnung der »Lusitania« als Passagierschiff. Im Februar 1915 kam Churchill, der mit seinem Freund und Mitverschwörer Lord »Jackie« Fisher Pläne und Intrigen ausheckte, auf den Gedanken, »Geheimnis«-oder »Q«-Schiffe wie sie genannt wurden – in Wirklichkeit als Passagierschiffe getarnte bewaffnete Kreuzer – gegen deutsche U-Boote einzusetzen, und viele davon wurden tatsächlich in Dienst gestellt.

Churchill entwarf persönlich ihre Befehle und auch das Vorgehen bei der Gefangennahme von deutschen Seeleuten; dies war typisch für seine widerliche Erbarmungslosigkeit, die darauf abgestimmt war, den Krieg auf See eskalieren zu lassen und aufzuheizen. Die gleichen Taktiken sollte er später auch im Zweiten Weltkrieg anwenden.



US-Präsident Wilson (links am Rednerpult) verlangt vom Kongreß am 2. April 1917 die Kriegserklärung an Deutschland.

»Überlebende«, befahl der blutdürstige Erste Lord der Admiralität, ein Posten, den er damals bekleidete, »sollten gefangengenommen oder erschossen werden – je nachdem was am bequemsten ist.«

Überlebende sind zu erschießen

Churchill erteilte noch andere Befehle, die ebenso grausam waren, darunter der berüchtigte Befehl: »Bei allen Einsätzen sind weiße Flaggen unverzüglich unter Feuer zu nehmen.«

Die Eskalation, auf die Churchill hoffte und die er planmäßig betrieb, fand statt.

Es ist bislang unbestreitbar, daß die Mehrheit der deutschen U-Boot-Kommandanten sich gegenüber der Besatzung von Schiffen, die sie in dem uneingeschränkten, von Churchill und der britischen Admiralität begonnenen Seekrieg versenken mußten, anständig und human verhielten. Die Besatzungen konnten erst die Boote besteigen und die Schiffe wurden dann durch Kanonenfeuer versenkt.

Entgegen dem Völkerrecht begann Churchill damit, den Handelsschiffen zu befehlen, neutrale Flaggen, darunter die der Vereinigten Staaten, zu mißbrauchen.

Jahre vor Ausbruch des Krieges von 1914 hatte die britische Admiralität Pläne ausgeheckt gegen das, was sie als wachsende Bedrohung auf See durch das kaiserliche Deutschland ansah, und dies in verstärktem Maße, sobald der Kriegshetzer Churchill und sein böswilliger Kollege Fisher am Steuerrad der Politik standen.

Fisher, der uneheliche Sohn eines britischen Marineoffiziers und einer ceylonesischen Kurtisane – das heißt Dirne der höheren Schichten – besaß die ganze Gerissenheit des Asiaten kombiniert mit der zweideutigen Heuchelei eines Engländers der Oberklasse. Es war keine glückliche Kombination. Dem Aussehen nach hätte man ihn leicht für einen britisch erzogenen japanischen Marineoffizier halten können.

Als er die wachsende Macht der deutschen Flotte mit dem König besprach, schlug er einmal Eduard VII. nicht lange vor dessen Tod vor, daß die Royal Navy einen Überraschungsangriff auf die deutsche Flotte in ihren Stützpunkten in der Nordsee unternehmen und sie damit in der gleichen Weise »kopenhagenisieren« sollte, wie Lord Nelson die ahnungslose dänische Flotte im Hafen von Kopenhagen zerstört hatte.

Der König zeigte Weisheit

Jedoch der König, der bei dieser Gelegenheit bewies, daß er Verstand hatte, starrte Fisher nur an und murmelte: »Fisher, ich glaube Sie sind wahnsinnig«, und wandte sich einer Gruppe mit ihm befreundeter Damen zu.

Aber Churchill war noch gerissener als Fisher und deckte diesem gegenüber nicht alle seine schändlichen Pläne, die er bezüglich der »Lusitania« im Schilde führte, auf. Er wußte, daß J. P. Morgan, der amerikanische Bankier, ein starkes Interesse daran hatte, riesige Mengen amerikanischen Kriegsmaterials an Großbritannien zu verkaufen, und daß Morgan aus den gleichen Motiven des Profits heraus den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg auf der Seite Englands und Frankreichs erreichen wollte.

Mit der besonderen Unterstützung durch den englandfreundlichen Berater im amerikanischen Außenministerium, M. Lansing, gründete Morgan ein Großunternehmen mit Kriegsmaterial, das er kaufte und das sich im ersten Geschäftsjahr auf 1 100 455 950 Dollar belief, was ihm eine Provision von weit über elf Millionen Dollar einbrachte, in jenen Tagen eine gewaltige Summe.

Falsche Namen wurden verwendet um die wahre Identität der Versandleute und Hersteller zu kaschieren. Die Einkäufer waren getarnte britische Agenten und Marineoffiziere.

Britische Spione in den USA

Ein riesiges Netz von britischen Agenten waren in den Vereinigten Staaten tätig, um wichtige Leute zu beeinflussen und Zei-

Erster Weltkrieg

Die Wahrheit um die Lusitania

tungsredakteure zu bestechen, deutschfeindliche Haßfeldzüge zu starten, um ihre Leser aufzuhetzen. Es waren Vorläufer der britischen Propaganda und Unterwanderung vor und während des Zweiten Weltkriegs, die dann durch eine massive zionistische Kampagne zur Aufstachelung zum Krieg gegen Deutschland ergänzt wurde.

Der britische Marinegeheimdienst in überseeischen Gebieten wurde weitgehend von der Royal Navy und der dominierenden Persönlichkeit von Captain Reginald Hall, dem Direktor des Marinegeheimdienstes, beherrscht. Mit der Hilfe von Guglielmo Marconi konnte die Admiralität verschlüsselte deutsche Marinenachrichten abfangen und entschlüsseln, mit dem Erfolg, daß die Bewegungen eines jeden U-Boots annähernd bekannt waren.

Hall befaßte sich besonders mit der Südküste Irlands und den Küsten der Vereinigten Staaten, auf die er, wie sein Mentor Churchill, die Informationen anwandte, an die er durch die Entschlüsselung der Botschaften herangekommen war. Hall war entschlossen die irische Unabhängigkeitsbewegung Sinn Fein zu zerschlagen.

Er konnte Information liefern, die zur Festnahme von Sir Roger Casement, des irischen Nationalisten führte, und es war ebenfalls Hall, der den homosexuellen Inhalt der »Casement-Tagebücher« in die Presse lancierte, so daß Casement schon vorweg jeder öffentlichen Sympathie beraubt wurde und um Casements Berufung gegen das Todesurteil ungünstig zu beeinflussen.

Ein englischer Entschlüsselungsangestellter der US-Botschaft in London befand sich unter Halls Mitarbeitern, mit der Folge, daß alle Meldungen zwischen dem amerikanischen Außenministerium und den US-Botschaften in Europa entziffert und vom britischen Geheimdienst gelesen wurden, lange bevor sie ihren Bestimmungsort erreichten. Alle diese Informationen erwiesen sich für Captain Gaunt, Halls Stellvertreter in Amerika, von größtem Wert.

Ein ähnliches Abfangen von verschlüsselten US-Botschaften fand während des Zweiten Weltkriegs statt.

Churchill plante die Versenkung

Churchill brütete seine Pläne weit im voraus aus, um die Versenkung der »Lusitania« zu gewährleisten. Und zur gleichen Zeit als das Schiff der irischen Küste immer näher kam, fiel er durch seine Abwesenheit von London auf, unter dem Vorwand, die Front in Belgien besichtigen zu wollen. So wurden lebenswichtige Botschaften der Admiralität in Zusammenhang mit der Beschaffung von Begleitschiffen für die »Lusitania« verzögert und Verschleierungstaktiken angewendet, darunter der Versand von nicht übereinstimmenden, oft widersprüchlichen Meldungen.

Der Kapitän der »Lusitania« wurde nicht davon unterrichtet, daß er jetzt allein war, und daß er in jeder Minute näher an U-20 herankam. Aus irgendeinem geheimnisvollen Grund warnte Admiral Coke in Queenstown die »Lusitania« nicht, obwohl es seine Pflicht war das Schiff zu schützen.

Churchill befand sich in Brüssel und war nicht zu erreichen, was Fisher in einem Anfall von Groll gegen seinen Rivalen dazu veranlaßte, Churchills Frau mitzuteilen, daß Winston, »weit davon entfernt an der Front zu sein«, in Wirklichkeit in Brüssel mit einer Mätresse im Bett liege. Dieser Zwischenfall führte zu einer Abkühlung der Beziehungen zwischen Churchill und Fisher, den ersterer schon lange aus der Admiralität vertreiben wollte.

Es gab auch schwerwiegende Fehler in der Konstruktion der »Lusitania«, vor allem hinsichtlich der der Sicherheit der Passagiere, und über die sowohl Churchill als auch Fisher sich wahrscheinlich zynisch in Schweigen hüllten.

Dazu gehörte die veraltete Bootskrananlage, die im Falle einer schnell eintretenden Schräglage des Schiffes das Herablassen der Rettungsboote ebenso schwierig wie gefährlich gestaltet hätte. Als die »Lusitania« von der Katastrophe betroffen wurde, geschah genau das und trug weitgehend zu dem hohen Verlust an Menschenleben bei.

Die »Lusitania« läuft zu ihrer letzten Reise aus New York aus. Sie wird am 7. Mai 1915 vor der irischen Küste versenkt.

Amtliche Version im voraus erstellt

Die amtliche britische Version dessen, was mit der »Lusitania« geschah, war schon vor der Versenkung sorgfältig, Wort für Wort, von Churchill und anderen in der Admiralität ausgearbeitet und danach durch ihren Sprecher, Captain Webb, der Welt mitgeteilt worden. Webb war geschickt im Lügen und Betrügen und in der Vorbereitung von Ablenkungsmanövern. In Übereinstimmung mit Churchill benutzte er den Kapitän Turner der »Lusitania« als Sündenbock und begann sofort mit einer gezielten Verunglimpfung des Kapitäns, wobei er mit Churchills Billigung soweit ging anzudeuten, Turner sei eine Art deutscher Agent.

Dieser langangelegte Rufmordversuch gelang jedoch nur zum Teil, weil Lord Mersey, der die amtliche Untersuchung in Liverpool leitete und der Turner zunächst feindselig gegenüberstand, plötzlich Lunte roch und ihm klar wurde, daß an der ganzen Sache einiges faul war.

Viel später sollte er einem Mitglied seiner Familie gegenüber die oft zitierte Äußerung machen: »Der ›Lusitania‹-Fall war eine verdammt schmutzige Angelegenheit.«

Turner wurde weitgehend von den ihm gegenüber erhobenen Anklagen entlastet, kehrte auf See zurück, überlebte den Krieg und starb später als populäre lokale Figur in Liverpool. Aber er war nie über die schwere Prüfung, durch die er durch den Sprecher Churchills gehen mußte, hinweggekommen.

Diejenigen Zeugen, die als »zuverlässig« und »von gutem Charakter« galten und vor der Untersuchungskommission auftreten durften, waren offensichtlich so sorgfältig durch Bestechung und Bedrohungen vorbereitet worden, daß ihre Versicherungen alle irgendwie monoton den gleichen Tonfall an sich hatten und in vielen Fällen fast Wort für Wort übereinstimmten. Ein Zeuge, der vielleicht darauf bestanden hätte, so etwas wie eine Andeutung der Wahrheit zu sagen, wurde entweder beschwatzt, charakterlich heruntergemacht oder aus der Untersuchung entlassen, als sei seine Aussage von keinerlei Bedeutung. Dies bezog sich besonders auf diejenigen Zeugen, die die Ansicht vertraten, daß ein einziger Torpedo das Schiff unmöglich versenkt haben konnte, und daß die »Lusitania« als Folge mehrerer Großexplosionen in der Mitte des Schiffes gesunken war.

US-Präsident Wilson kannte die Tatsachen

Während des Norwegen-Feldzuges im Jahre 1940 verfolgte Churchill eine ähnliche Politik der schamlosen Verletzung der Neutralität, um Norwegen in sei-

nen Krieg zu verwickeln, indem er in neutralen norwegischen territorialen Gewässern Minen legen ließ.

US-Präsident Woodrow Wilson war über den wahren Charakter der für die »Lusitania« bestimmten Ladung unterrichtet worden: Sechs Millionen Schuß Munition und andere Kriegsvorräte. Er unternahm nichts dagegen, gab aber an dem Tage, als er über die Versenkung des Schiffes unterrichtet wurde zu, daß ihm sein Vorwissen viele schlaflose Nächte bereitet hatte.

Es gab eine echte und eine falsche Frachtliste für die Ladung der »Lusitania«, ohne Auflistung von Munition und Kriegsvorräten auf der ersteren, letztere wurde von einem bestochenen Zollbeamten ausgestellt; während die echte Frachtliste, von der es eine wortgetreue Abschrift gibt, erst Jahrzehnte später freigegeben wurde.

Interessant ist auch die Tatsache, daß die britische Admiralität einem amerikanischen Fotografen eine hohe Summe Geldes gezahlt hat, für ein Foto, das er aufgenommen hatte, kurz bevor die »Lusitania« von New York aus auf ihre letzte schicksalhafte Reise ging. Dieses Foto gab einen »sehr klaren Blick auf die Decks« frei und enthüllte somit peinliche Einzelheiten bezüglich der Bewaffnung des Schiffes, die nur dünn verhüllt war.

Haß gegen Deutschland schüren

Die Briten zahlten 15 000 Dollar für das Negativ und weitere 150 Dollar für jeden vorhandenen Abzug.

Eine Nachwirkung der Versenkung der »Lusitania« war die Affäre um die sogenannte »Lusitania«-Gedenkmünze, die die Deutschen in ihrer teuflischen Bosheit seinerzeit hergestellt haben sollen und auf der das unter den Wellen versinkende Schiff abgebildet war mit dem Motto: »Money before all else« (»Geld vor allem anderen«).

Als die Aufzeichnungen des britischen Foreign Office (Außenministerium) in den letzten Jahren endlich zugänglich waren, wurde bestätigt, daß 300 044 Gedenkmünzen aus verschiedenen Metallen gegossen wurden, 300 000 davon auf Bestellung von Hall, dem Direktor des britischen Marinegeheimdienstes während des Ersten Weltkrieges.



Der Hauptbetreiber am Untergang der »Lusitania« war Winston Churchill, der damals Erster Lord der britischen Admiralität war und die USA unbedingt in den Krieg hineinziehen wollte.

Die Gedenkmünzen wurden also nicht in Deutschland sondern in Birmingham, England, hergestellt, finanziert durch Gordon Selfridge, Eigentümer des Warenhauses an der Oxford Street. Die merkwürdigen Gedenkmünzen wurden dann weit verbreitet in der Absicht, Haß gegen Deutschland zu schüren.

Selfridge sah es offensichtlich als seine patriotische Pflicht an, bei der Herstellung und dem Vertrieb eines der übelsten Fälschungsstücke, die jemals bekannt wurden und die unberechenbare Folgen, auch für die Amerikaner und ihre Familien hatte, mitzuwirken.

Sternenbanner von Briten mißbraucht

Über weitere Piratenstücke britischer Q-Schiffe auf Churchills Befehl, begleitet von offenkundigen Neutralitäts- und Völkerrechtsverletzungen, wurde noch lange nach dem Zwischenfall mit der »Lusitania« berichtet. Da war der Zwischenfall mit U-27, das am 19. August 1915 den britischen Frachter »Nicosian« stoppte und der Besatzung, darunter acht amerikanische Staatsbürger, Gelegenheit gab zu entkommen, bevor er versuchte, das Schiff durch Kanonenfeuer zu versenken.

Als U-27 bei dieser Aktion war, kreuzte plötzlich ein anderes Schiff längsseits auf, das die amerikanische Flagge gehißt hatte und an den Seiten ein Schild mit einem aufgemalten Sternenbanner trug. Dies war die »Barralong«, die das Feuer auf U-27 eröffnete und das U-Boot versenkte.

Die Überlebenden kletterten an Bord der beschädigten »Nicosian« oder blieben im Wasser strampelnd mit erhobenen Händen. Nachdem sie die Besatzung der »Nicosian« an Bord genommen hatte, erschoß die Besatzung der »Barralong« jeden Überlebenden von U-27. Der Kapitän des U-Boots sprang vom Deck der »Nicosian« über Bord, als er sah was geschah und wurde durch Gewehrfeuer getötet.

Nur durch die Proteste der amerikanischen Mannschaftsmitglieder der »Nicosian« an das US-Außenministerium wurde diese Affäre öffentlich bekannt.

Die »Barralong« wiederholte diese Greueltat am 24. September an U-41, als dieses U-Boot den Dampfer »Urbino« gestoppt hatte. Der erste Offizier der »Urbino«, ein Mann namens Crompton, zeigte den Kapitän der »Barralong« bei der Admiralität an und seine Meldung führte kurz darauf zu einer förmlichen Notiz durch Lansing wegen des Zwischenfalls mit U-27.

Die Admiralität bestritt jedoch kategorisch beide Anschuldigungen und verlieh dem Kapitän der »Barralong«, der später vor Scapa Flow ertrank, sofort eine Auszeichnung. Nichtsdestoweniger war die Haltung Lansings bei dieser und anderen Gelegenheiten völlig zweideutig.

Im Zweiten Weltkrieg wurden von protestierenden britischen Besatzungsmitgliedern ähnliche Zwischenfälle bezüglich der Erschießung von unbewaffneten deutschen Schiffsbrüchigen gemeldet, wie kürzlich durch den Fall des jetzt verstorbenen britischen Kriegsverbrechers Captain (später Admiral) Miers zutage trat. Auch in diesem Falle lehnte die Admiralität eine gründliche Untersuchung der Kriegsverbrechen ab, obwohl die wahren Tatsachen hierüber unter den noch lebenden Kriegsveteranen jener Zeit weiterhin bekannt sind.

Schreie der Ertrinkenden aufgezeichnet

In jüngster Zeit, während des Falkland-Krieges, machten Besatzungsmitglieder des britischen Atom-U-Boots, das das alternde argentinische Kriegsschiff »General Belgramo« bei dessen Ausfahrt aus der Kriegszone versenkte, Tonbandaufzeichnungen von den Schreien der ertrinkenden argentinischen Seeleuten, die in den eisigen Gewässern ihrem Schicksal überlassen wurden. Es muß jedoch gesagt werden, daß andere Besatzungsmitglieder heftig dagegen protestierten.

In der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und bei Übergang der zwanziger in die dreißiger Jahre herrschte in den Vereinigten Staaten allmählich eine andere Einstellung vor bezüglich deren Verwicklung in einen Konflikt, der niemals ein amerikanischer war. Damit zusammenhängend erschienen die ersten objektiven Studien über die »Lusitania«-Affäre, wenn auch immer noch dadurch behindert, daß die weiterhin als geheim angesehenen amtlichen Dokumente noch nicht zugänglich waren.

Aber Lob gebührt Lord Arthur Ponsonby für sein ausgezeichnetes Werk »Falsehood in Wartime«, das den Weg zur Wahrheit über die »Lusitania« wies.

Schließlich schrieb und veröffentlichte 1972 Colin Simpson, ein Reporter der »Sunday Times« den endgültigen und wahren Bericht darüber, was wirklich geschehen war, und dessen Schlußfolgerungen Churchill und die britische Admiralität für alle Zeiten verdammen. Lansing und Wilson kommen nicht sehr gut weg bei dieser Episode, die zum Tod von zahllosen Amerikanern und zur Verewigung der Illusion über eine »besondere Beziehung« zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten führen sollte, einer Beziehung die den Vereinigten Staaten teuer zu stehen kam. □

Vertrauliches

Philippinen

Frau Aquino verlangt Entscheidung über US-Stützpunkte

Die philippinische Staatspräsidentin, Frau Cora Aquino, erweiterte die Diskussion in der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) über Militärstützpunkte in der Region, indem sie die regionale Gruppierung dazu aufrief, kategorisch zu erklären, ob sie will, daß die amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen bleiben sollen oder nicht.

Frau Aquino sagte, daß, wenn man wüßte, wie die anderen ASEAN-Mitglieder darüber denken, dies ihrer Regierung die Entscheidung erleichtern würde, ob die amerikanischen Basen beibehalten werden sollen oder nicht. »Es wäre gut, zunächst einmal herauszufinden, ob es im Interesse der Region liegt, die US-Einrichtungen hier zu haben«, meinte sie.

In einer vorangegangenen Rede vor Gesetzgebern der ASEAN bei der Eröffnung der Sitzung der ASEAN Interparlamentary Organization sagte Frau Aquino, daß ASEAN-Mitglieder und nicht fremde Mächte darüber urteilen sollten, wie der Friede in der Region bewahrt werden kann. □

Interpol

Gelder für Krieg gegen Drogen

»Es ist der Beginn jeder Strategie, der Kriegsstrategie, Hilfsquellen mit Hilfsquellen abzustimmen. Wenn die eine Seite ›X‹-Milliarden Dollar hat, dann muß die andere Seite das gleiche haben«, antwortete der Generalsekretär der Interpol, Raymond Kendall, in einem Interview mit dem »Middle East Insider« auf die Frage, wie der Krieg gegen Drogen zu führen ist.

Kendall machte diese Äußerungen, als er auf die letzte internationale Konferenz in Wien zu sprechen kam, von der berichtet wurde, daß die Gelder aus dem Drogenhandel sich auf mindestens 500 Milliarden Dollar belaufen.

Kendall unterstrich, daß in der Frage der Drogengeldwäsche »noch ein langer Weg zu gehen ist. Die Bankgemeinde muß noch erzogen werden. Bei den Banken gibt es kein Problem, wenn man über Betrug und Falschgeld redet. Wenn man erforschen will, wer Konten eröffnet, dann wird die Sache schon schwieriger.«

Was den Drogenterrorismus betrifft, so teilte Kendall mit, daß Interpol jetzt dabei sei, eine Nachrichten- und Überwachungseinheit aufzustellen, um den illegalen Drogenhandel aus dem von Syrien beherrschten Bekaatal im Libanon und die neugeschaffenen Drogenschleichwege, wie die direkte Kokainverbindung zwischen Brasilien und Syrien, zu überwachen. Brasilien sei auch ein bedeutender Außenposten für die spanischen ETA-Terroristen, und er erwarte, daß die Irish Republican Army (IRA) bald einen ähnlichen Stützpunkt errichten wird. □

China

Botschafter dankt Bush für Unterstützung

Der scheidende kommunistische chinesische Botschafter für die Vereinigten Staaten, Han Xu, lobte US-Präsident George Bush in einer Rede vor dem Forum-Club in Palm Beach. Han sagte, seine Regierung »glaubt, daß sie es in Peking mit einem ernsten Aufstand zu tun hatte. Demonstranten trübten den bedeutsamen Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow.«

Alle Probleme »sind vorentscheidend dafür«, daß Chinas Weg zu Reformen voller Risiken sein wird, und »daher ist die Beibehaltung der Ordnung und Stabilität eine vorrangige Aufgabe der Regierung«. Aber »die Regierung und die Menschen haben das Undenkbare bewerkstelligt«, sagte Han und log, daß China fast einem Viertel der Weltbevölkerung ein anständiges Leben beschert habe.

Auf das Massaker an Studenten auf dem Tiananmen Square im Juni und die andauernden Verhaftungen und Hinrichtungen von »Dissidenten« eingehend, sagte Han: »Niemand will, daß die amerikanisch-chinesischen Beziehungen unter den jüngsten Entwicklungen leiden. Es wird viel über weitere Wirtschaftssanktionen gegen China geredet. Solche Sanktionen müssen scharf zurückgewiesen werden. Sie tun den Vereinigten Staaten ebenso weh wie China. Das wichtigste ist: Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas, besonders wenn es sich in Schwierigkeiten befindet. Der Grundsatz der gegenseitigen Nichteinmischung, ein Eckstein der chinesisch-amerikanischen Beziehungen, muß streng eingehalten werden.

Ich begrüße den Widerstand der Bush-Regierung gegen weitere Sanktionen«, sagte der Botschafter, »und ich hoffe, daß der Kongreß mehr Zurückhaltung an den Tag legen wird. Lassen wir uns von nun an von den Kräften der Geschichte und der Vernunft leiten.«

Han gab sich selbst eine große Abschiedsparty in Washington, aber nur »sich im Ruhestand befindliche« amerikanische Regierungsbeamte – darunter Henry Kissinger und Alexander Haig – nahmen daran teil. □

Hongkong

Rotchina kritisiert britische Beamte

Die Regierung des kommunistischen Chinas griff in Hongkong tätige britische Beamte an und behauptete, daß diese sich in die inneren Angelegenheiten der Kolonie einmischen und damit gegen den Vertrag, der die Rückkehr Hongkongs in den Machtbereich Rotchinas festlegt, verstoßen.

Laut Presseberichten, die in der Tageszeitung »Peoples Daily« zitiert wurden, sagte ein Sprecher des Außenministeriums: »Einige britische Beamte haben sich in der Öffentlichkeit offenkundige Kritik und grobe Einmischungen in die Ausarbeitung des Grundgesetzes für Hongkong erlaubt und sogar gegen die Bestimmungen der gemeinsamen chinesisch-britischen Erklärung verstoßen. Der Entwurf und die Formulierung des Grundgesetzes für die unter besonderer Verwaltung stehende Region von Hongkong fallen komplett in den Bereich der souveränen Rechte Chinas. Wir lassen die Einmischung eines fremden Landes nicht zu.«

In der Erklärung wird eine Rede als beleidigend herausgestellt, die Barry Wiggham, führendes Mitglied eines Denk-Tanks, vor einer britischen Verhandlungsgruppe gehalten hat, bevor sie mit ihren chinesischen Partnern zusammentraf. Britische Beamte hätten »sogar den absurden Vorschlag gemacht, daß China keine Truppen in Hongkong stationieren sollte«, heißt es in der Erklärung weiter. In seiner Rede habe Wiggham ausgeführt, daß mehrere Teile des Vertragsentwurfs, darunter die Bestimmung, daß chinesische Truppen in Hongkong stationiert werden, einer Überarbeitung bedürfen. □

Vereinte Nationen

Schwerpunkt heißt Kindersklaverei

»Moderne Formen der Sklaverei« war der Titel einer Konferenz der Vereinten Nationen in Genf, in der Daten über Kinderprostitution vorgelegt wurden. Mehr als eine Million Kinder werden jedes Jahr verkauft oder entführt und zur Prostitution gezwungen, heißt es in Konferenzberichten.

Es wurden Berichte vorgelegt über Kinderprostitution in Indien, Thailand, den Philippinen, Taiwan, Sri Lanka, Südkorea, Brasilien, Kolumbien und in westafrikanischen Staaten. Be-

richte bezeichnen auch Kinderprostitution als großes Problem in Europa und in den Vereinigten Staaten.

Etwa 8000 kindliche Prostituierte befänden sich allein in Paris und in New York 20 000 und darüber. Der norwegische Justizminister Boesterud berichtete, daß 18 Prozent der norwegischen Bevölkerung vor Erreichen des 18. Lebensjahres meistens von Verwandten sexuell mißbraucht worden sind. □

Vereinte Nationen

Bericht über die Verschlechterung der Weltgesundheit

Eine gemeinsame Studie der Weltgesundheitsorganisation, der UNESCO und UNICEF mit dem Titel »Fact for Life« (»Fakten zum Leben«) berichtet über die sich verschlechternde Situation der Weltgesundheit.

In dem Bericht wird ausgeführt, daß Masern jede Sekunde ein Kind töten, Diphtherie in zehn bis 15 Prozent der Fälle tödlich ist und Tetanus 800 000 neugeborene Babys pro Jahr tötet. Jedes Jahr ziehen sich 50 Millionen Kinder Keuchhusten zu und 600 000 sterben daran. Es gibt 275 000 Fälle an Poliomyelitis, die führende Ursache für Paralyse in der dritten Welt. Tuberkulose fordert bis zu zehn Millionen Opfer. Jedes Jahr sterben etwa 3,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren an Durchfall. Etwa vier Millionen Kinder unter fünf Jahren sterben jedes Jahr an Infektionen der Atmungsorgane, meistens Lungenentzündung. Erkrankungen der Atemwege sind verantwortlich für 25 bis 30 Prozent aller Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren in den Entwicklungsländern.

Mehr als 1,31 Milliarden Einwohner von Entwicklungsländern, ausschließlich Rotchina, haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, und 900 Millionen von diesen leben in rückständigen ländlichen Gebieten. Fast 1,75 Milliarden Menschen leben ohne sanitäre Einrichtungen.

Die jährliche Gesamtziffer von klinischen Malariafällen wird auf 100 Millionen geschätzt. Aus Studien in Afrika geht hervor, daß 20 bis 30 Prozent der Säuglings- und Kindersterblichkeit weltweit auf Malaria zurückgeführt werden können. □

Weltbevölkerung

Vier Milliarden sollen verschwinden

Gore Vidal veröffentlichte im Londoner »Observer« seine Gedanken darüber, welche vier der derzeitigen fünf Milliarden Menschen auf der Erde verschwinden sollten. In dem Artikel mit der Überschrift »Gods and Greens« (»Götter und Grüne«) schreibt Vidal:

»Es gibt fünf Milliarden Menschen auf einem sehr kleinen Planeten. Mindestens vier von diesen fünf Milliarden sind zu viel, aber welche vier? Das heißt, wenn die Aufgeklärten über geplante Elternschaft zu reden beginnen, während die finsteren Seelen mit Entzücken das Herannahen der vier Reiter in leichtem Galopp betrachten. Aber wenn die vier oder wieviel Milliarden auch immer verschwänden oder einfach nicht geboren würden, was wäre mit dem Planeten selbst? Obwohl die Anzeichen der Katastrophe schon seit mehr als einer Generation deutlich sichtbar sind, hat niemand daran gedacht, viel, wenn überhaupt etwas zu tun, um das Wasser und die Luft zu reinigen, und wenn möglich jene beiden großen Löcher im Polarhimmel zu schließen. Nur eine Weltkrise kann die Aufmerksamkeit unserer Herrscher auf den Schwerpunkt lenken. Die Mißernten dieses Jahres könnten das schaffen.«

Vidal vergleicht menschliche Wesen mit tödlichen Bakterien. »Man stelle sich die Erde als lebenden Organismus vor, der von Milliarden von Bakterien angegriffen wird, deren Anzahl sich alle 40 Jahre verdoppelt. Entweder stirbt der Organismus oder der Virus oder beide.«

Vidal rief zu einem gewaltigen Medienfeldzug zur Unterstützung des Völkermords auf. »David Hume bemerkte einst, daß die gesamte Macht bei den Regierten liegt, weil es viele sind, während die Regierenden nur wenige sind. Wie beherrschen dann die wenigen die vielen? Durch Meinung, ausgedrückt von der Kanzel herab und im Klassenzimmer. Heute können wir das furchtbare Wort hinzufügen: Massenmedien.« □

Israel

Blaupause oder Fata Morgana?

Es wurde die »Blaupause zur wirtschaftlichen Wiedergeburt in Israel« genannt, und es wurde auf einem besonderen Forum im Cato Institute, einem Washingtoner Denk-Tank, der der Förderung der von Anhängern der Willensfreiheit vertretenen Prinzipien der freien Marktwirtschaft gewidmet ist, auf die Welt losgelassen. Cato gehört übrigens nicht zu den einflußreichsten Washingtoner Studienzentren.

Die Sponsoren des auf der Sitzung im Dezember 1988 enthüllten Planes gehörten jedoch zu der mächtigsten Elite amerikanischer und israelischer Denk-Tanks und Bildungsinstitute. Die Blaupause wurde vom Institut für »Fortschrittliche Strategie und politische Studien« in Jerusalem konzipiert. Sie wurde von zwei amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern erstellt: Alvin Rabushka von der Hoover Institution an der Stanford University und Steve Hanke von der John Hopkins University. Ihnen stand eine breitgefächerte Reihe von israelischen Gelehrten, Regierungsbeamten und Bankern zur Seite. Das amerikanische Input besorgte die konservative Heritage Foundation.

Der Hauptanstoß für die Blaupause war, daß Israel, indem es auf seine sozialistischen Traditionen verzichtet und durch Entregulierung und Privatisierung zum System des freien Marktes übergeht, von seinem Dritte-Welt-Status aufsteigen und seine Abhängigkeit von westlicher, in erster Linie amerikanischer Hilfe verlieren könnte. In der Blaupause wurde auch erklärt, daß Israel sich innerhalb von fünf bis zehn Jahren von der Notwendigkeit für amerikanische Hilfe befreien könnte, wenn es sich an die Richtlinien hält.

Diese Grundsätze sind ironischerweise die gleichen, die, wenn auch halbherzig, von Peres übernommen wurden. Der einzige Zweck, der von der Blaupause für Israels wirtschaftliche Wiedergeburt wirklich erfüllt wird – natürlich abgesehen davon, die USA mit List dazu zu verleiten, dem zionistischen Staat noch mehr Hilfe angedeihen zu lassen unter dem Vorwand, daß dies zu Israels Selbstversorgung führen wird –, ist, den wirtschaftlichen Schlamassel, in den Israel sich hineingeritten hat und in dem es nun hoffnungslos versunken ist, zu unterstreichen.

Die Stimmung unter den Teilnehmern an der Veranstaltung war alles andere als ruhig und besonnen und für Leute angemessen, die mit großen Problemen auf landesweiter Basis ringen. Sie waren statt dessen ausgelassen, zu Scherzen aufgelegt und ließen durchblicken, daß der Witz zu Lasten des amerikanischen Volkes geht, das einen derartigen Unsinn als Vorwand für die Entsendung von noch mehr Milliarden Dollar an Israel für bare Münze nimmt. □

Israel

Wer ist Jude?

Asher Maoz, Professor der Rechte an der Universität von Tel Aviv, definiert das israelische Gesetz und danach den Juden als »eine Person, die von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder zum Judentum übergetreten ist, und die keiner anderen Religion angehört«. Aber, sagt er, die immer noch schwelende Streitfrage im Judenstaat ist die Frage: »Wer ist Jude?« Sie wirft jetzt die Frage auf: »Wer ist ein Konvertierter?« und genauer gesagt: »Wer ist ein Rabbi?«

So ist der Disput im wesentlichen ein Machtkampf zwischen den orthodoxen und ultraorthodoxen Bewegungen in Israel, wobei die Konservative und die Reformgemeinde – die populärsten in den USA – übrigbleiben und sich die Dinge von den Seitenlinien her betrachten. □

Briefe

Betr.: Hitler-Stalin-Pakt »Hoffnung auf sowjetische Annullierung«, Nr. 10/89

Wer die historischen und rechtlichen Geschehnisse, deren Bedeutung, und den damit gegebenen Zusammenhang verkennt, der kann weder ein politisches Konzept entwickeln, noch seine Rechte wahrnehmen. Deshalb muß eindringlich auf die Fehler und Mißverständnisse des Herrn König und anderer hingewiesen werden.

Der Vertrag mit der UdSSR vom 23. 8. 1939 war kein »Pakt« (= Bündnis), sondern ein Nichtangriffs- und Wirtschaftsvertrag. Das sogenannte »Geheime Zusatzprotokoll« hatte keine völkerrechtliche Wirkung auf die nicht beteiligten Staaten, es konnte und sollte eine solche Wirkung auch nicht haben. Dieses Zusatzprotokoll diente lediglich der räumlichen Interessenabgrenzung und enthielt deshalb nur die Beschreibung der geographischen Einflußsphären, innerhalb derer jeder der beiden vertragsschließenden Staaten die ihm genehme Politik betreiben konnte, ohne dem anderen (zunächst) auf die Zehen zu treten.

Wenn man dieses »Geheime Zusatzprotokoll« heute annulliert, so hätte das die gleiche Wirkung, wie wenn man das Weihnachtslied »Stille Nacht . . .« rückwirkend außer Kraft setzen wollte.

So wurde auch keineswegs am 23. 8. 1939 das Baltikum der Sowjetunion »zugeschlagen«, sondern nur bestätigt, daß das uralte Interesse Rußlands an diesem Gebiet keine deutschen Aspirationen verletze. Auch ist Polen nicht durch den Vertrag vom 23. 8. 1939 »geteilt« worden, es wurde nur festgehalten, daß Deutschland in einem Teil Polens, das ja bis 1917 ungeteilt russisches Staatsgebiet war, eigene politische Absichten verfolgen durfte, ohne die Interessen der UdSSR zu verletzen.

Die Rechtsakte, die es nun aufzuheben gilt, liegen alle später! Aber keiner spricht davon, diese späteren Rechtsakte zu annullieren, oder als von Anfang an für nichtig zu erklären. Wir sehen wieder eine Spiegelfechterei von gigantischem Ausmaß, und die »dummen Deutschen« warten wie ein Kind vor der Weihnachtsbescherung, daß sich von selbst etwas bewegt! Es bewegt sich aber außer den Mundwinkeln unbedarfter Kommentatoren und dem »Deutschen Blätterwald« gar nichts.

So geheim war das »Zusatzprotokoll wohl auch nicht! Jedenfalls war es einer Reihe von Leuten bekannt, und ich habe den Verdacht, daß die gewisse Indiskretion eines gewissen »Widerstandskämpfers« in dem an solchen durchaus reichen Auswärtigen Amt jedenfalls nicht unwillkommen war, sollte sie nicht gezielt gewesen sein.

Der Vertrag vom 23. 8. 1939 war doch dazu bestimmt, gewissen Leuten in Warschau (seemännisch: Wahrschau) zu bedeuten, daß die Politik eines »Groß-Polen« (zwischen Kiew und Berlin) undurchführbar, und die Politik Pilsdskia vernünftig und realistisch war. Entgegen anders lautenden Gerüchten stand damals und steht heute fest, daß das damalige Deutsche Reich zuviel Butter und zuwenig Kanonen und anderes Kriegsgerät hatte, weshalb die Regierung zu Friedensanstrengungen gezwungen war.

Sollten die Geheimakten in Moskau und Washington noch nicht vernichtet sein und jemals historischer Forschung zugänglich gemacht werden, so wird man, das ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, von dem Zusammenspiel der Krone und Roosevelts mit Stalin Kenntnis nehmen müssen, welches zur Sicherung des Kriegsausbruchs eingefädelt worden war. Da aber Heß gestorben worden ist, kann man damit rechnen, daß noch weitere Nachrichten unterdrückt oder vernichtet werden.

Die Rechtsgrundlage für die Verwaltung polnischer Gebiete durch die UdSSR findet sich in dem Vertrag vom 28. 9. 1939. Dort wird als Vertragsgrundlage »das Auseinanderfallen« des bisherigen polnischen Staates angegeben, was die Vertragspartner – die UdSSR und das Deutsche Reich – dazu zwinge, in diesen Gebieten für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Da man damals Polen als existent und nur staatlicher Lenkung bedürftig erachtet hatte, war man davon ausgegangen, daß die im Vertrag vom 28. 9. 1939 getroffene Regelung provisorischen Charakter habe. Deshalb wurde auch nach Rückgliederung der alten deutschen Gebiete unter dem Namen »Warthegau« das früher unter dem Namen »Kongreß-Polen« bekannte Gebiet als »Generalgouvernement Warschau« beziehungsweise »Militärgouvernement Lublin« bezeichnet. Dieses Gebiet hatte also nach den damaligen Vertragsgrundlagen eine provisorische Verwaltung, die dann durch die Vereinbarungen von Jalta für die der UdSSR dort zugesprochenen Gebiete endgültig geworden ist. Die damalige polnische Exilregierung hat dies protestierend am 13. 2. 1945 als die fünfte polnische Teilung bezeichnet. Mit der Unterzeichnung des Vertrages über »Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit« zwischen Polen und der UdSSR war Polen endgültig fest in sowjetischer Hand.

Wenn etwas annulliert werden muß, dann sind es diese Verträge und die Abmachungen, die zwischen Juni und Oktober 1940 zur Annexion von Bessarabien und dem Baltikum nach den entsprechenden Ultimaten und nach Bildung militärischer Stützpunkte geführt haben. Die Geschäftsgrundlagen des zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR abgeschlossenen Vertrages vom 23. 8. 1939 sind längst weggefallen.

Somit ergibt sich aus der Annullierung des Zusatzprotokolls vom 23. 8. 1939 auch keineswegs die Pflicht der UdSSR zur Rückgabe der annektierten Provinzen Polens, des Baltikums und Rumäniens.

Ebensowenig wurde die »Rückgabe« deutscher Gebiete an Polen durch die militärische Niederlage vollzogen. Die deutschen Gebiete sind – rechtlich gesehen – Polen nur »zur Verwaltung« übergeben. Daß diese »Verwaltung« die Vernichtung und Vertreibung der Deutschen in diesen Gebieten bedeutet, ist seit 1919 bekannt. Deshalb ist es auch Unfug, das Völkerrechtssubjekt Deutschland auf die Grenzen von 1937 zu beschränken. Da das aber nichts mit dem Vertrag und Zusatzprotokoll vom 23. 8. 1939 zu tun hat, soll das hier nicht weiter vertieft werden.

Jedenfalls ist es grundfalsch zu glauben, die Annullierung des Zusatzabkommens vom 23. 8. 1939 gäbe Anlaß, die deutsche Frage neu zu stellen. Die deutsche Frage hat sich seit 1919 nicht geändert und sie lautet nach wie vor: ist es den Deutschen gestattet, in den von ihren Vorvätern erschlossenen, besiedelten und kultivierten Gebieten nicht nur in einer Kulturgemeinschaft, Sprachgemeinschaft, sondern auch mit dem Recht der Selbstbestimmung in einem eigenen und selbst geleiteten Staat zu leben. Wenn die Deutschen nicht untergehen wollen, so müssen sie ihre Ansprüche fortwährend, laut, deutlich und völkerrechtlich begründet vortragen. Dazu scheinen sie keinen Mut zu haben.

Um die Entwicklung in Gang zu bringen, müßten die Deutschen aber auch dem Osten das Gesicht und nicht den unaussprechlichen Teil des Rückens darbieten. Auf allen Schultern etwas Wasser zu vergießen und sich dauernd für die propagandistisch aufgeputzten Untaten zu entschuldigen, bringt ebensowenig Erfolg wie die ständige Beteuerung, man sei in den US-amerikanisch-englisch-französischen Westen untrennbar integriert.

Wir haben aber außer einer »freiheitlichen Demokratie« nichts, was den politischen Willen der Deutschen formieren und verkünden könnte! Weder Politiker von Format, noch eine freie Presse! Nachdem die Kriegsgeneration abzutreten im Begriffe ist und die linken Bubis von der 68er APO weitgehend an Einfluß gewonnen haben, steht wohl auch keine Besserung ins Haus!

Die Polen wissen, daß sie das deutsche Land nur unrechtmäßig besitzen, weshalb sie es folgerichtig unterlassen haben, die alten deutschen Einrichtungen zu erhalten, zu erneuern und mehr zu produzieren, als gerade für den Tagesbedarf unumgänglich ist. Sie werden aber durch die treulosen deutschen Politiker und durch eine den Deutschen feindliche, die historische Wahrheit verfälschende deutschsprachige Presse animiert, dauernd Geld und deutsches Land von uns zu fordern.

Um einen völkerrechtsmäßigen Zustand herbeizuführen, müßte also alles andere von Jalta bis Potsdam annulliert und revidiert werden, nur nicht jenes Zusatzprotokoll vom 23. 8. 1939, welches keine Rechtswirkung hatte und an das sich Stalin ohnehin nicht halten wollte, wie die Reichsregierung erst nach dem Besuch von Molotow im November 1940 begriffen hatte.

Es ist dies das Jahrhundert der Vertreibung der Deutschen aus Ihrer Heimat, der Unterdrückung ihrer Kultur und Sprache, der Beraubung ihrer Rechte, von 1919 bis zur heutigen Flucht im Jahre 1989, von Salurn bis Tondern und vom Elsaß bis zum Memelland.

Dies wäre alles noch zu ertragen, nur, daß die Deutschen selbst dabei mitmachen oder alles klaglos dulden, ist nicht nur unverständlich, sondern auch unerträglich! Aber man sollte doch wenigstens wissen, was geschehen ist und welche Folgen es hatte.

Manfred Blessinger, Miesbach



Die umfassende Dokumentation über Hintergründe zur Geschichte von Krieg und Revolutionen. Die Autoren haben sich eingehend mit dem internationalistischen Netzwerk beschäftigt, das die Welt regiert.



Archibald Maule Ramsay »Der namenlose Krieg«
Adolf Rossberg »Der Orden des Herrn Weishaupt«
Karl Heise »Okkultes Logentum«
Leon de Poncins »Hinter den Kulissen der Revolution«
Konrad Lerich »Der Tempel der Freimaurer«
Im Anhang: Die Konstitution »Alter und Angenommener Schottischer Ritus«

»Der namenlose Krieg«, 448 Seiten mit 84 Abbildungen
DM/Sfr 36,–
ISBN 3-923864-04-3
Verlag Diagnosen
D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel